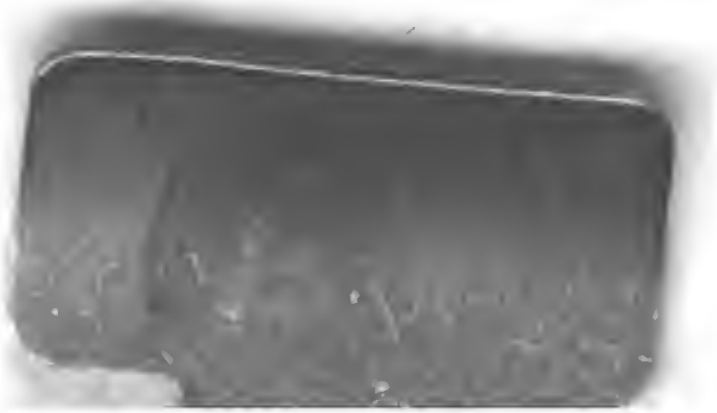

Digitized by Google

Digitized by Google

Verfassungen

der Kantone der

schweizerischen Eidgenossenschaft.

Zweite Abtheilung,

enthaltend die Verfassungen der Kantone

Appenzell beider Rhoden, Genf, Glarus, Graubünden, Neuenburg, Schaffhausen, Tessin, Unterwalden, Urt, Wallis und Zug.

Trogen.
Druck und Verlag von J. Schläpfer.
1836.

Digitized by Google

Vormerkung.

Verschiedene Umstände haben die Herausgabe dieser zweiten Abtheilung mit dem Anhang zum 1. Theile verzögert. Der Anhang ist dazu bestimmt, zum I. Bändchen gebunden zu werden; daher mit fortlaufenden Seitenzahlen und einem neuen Register versehen worden. Durch den Anschluß der neuen Glarner-Verfassung, welche wohl bis zur künftigen Versammlung der Tagsatzung die Garantie von Seite der Stände erhalten wird, sind nun in diesen zwei Bändchen sämmtliche Kantonsverfassungen schweizerischer Eidgenossenschaft enthalten.

Spätere Abänderungen derselben werden in einem Anhang zum zweiten Bändchen nachgeliefert.

Digitized by Google

Verfassung

des

Standes Uri.

Die Regierung des hohen Standes Uri hat der Tagsatzung vom Jahr 1820 die nachfolgende Erklärung der Grundlagen der Verfassung ihres Kantons eingereicht.

Wir Landammann und Rath und gemeine Landleute des gemeineidgenössischen Kantons Uri in der Schweiz, in Folge der Bestimmung des §. 15 des Bundesvertrags, daß die Verfassungen der hohen Stände der hohen Tagsatzung eingegeben und in das eidgenössische Archiv abgelegt werden sollen — erklären hiemit:

Daß wir zwar nie eine in Urkund geschriebene Verfassung unsers Kantons gehabt haben, daß aber durch Jahrhundert lange Uebung und bestehende Gesetze dieselbe auf folgenden Grundsätzen beruht, die wir unter dem Schutze des Allerhöchsten unsern Nachkommen unverändert übertragen wollen.

1. Die Religion des eidgenössischen Standes Uri ist die römisch-katholische.

2. Die souveräne, oberste Gewalt steht der Landsgemeinde zu.

Digitized by Google

3. Die Landsgemeinde trifft nach bisheriger Uebung die ihr zustehenden Wahlen und verfügt über die Angelegenheiten des Landes.

4. Die Standeshäupter, Landammann, Landesstatthalter und andere sechs vorgesetzte Aemter, so wie die Landschreiber, Landsfürsprechen, Amtleute und übrigen Landesdienste werden von der Landsgemeinde, die Rathsherren aber von den eilf Genossammenen, wovon das alte Land zehn und der Bezirk Urseren die eilfte ausmacht, gewählt.

5. Der Wochenrath, der ein-, zwei- und dreifache Landrath, der geheime oder Verwaltungsrath und das Gericht zu Reuß und Schächen behalten ihre alten, auf Uebung und Gesetzen beruhenden Verrichtungen, Einrichtungen und Wahlart, so auch der Bezirksrath von Urseren, laut bestehendem Vertrag.

6. Die Gerichte, als das Siebner- und Eilfergericht, das Bezirksgericht in Ursern und das Kantons- oder Appellationsgericht, sprechen nach Inhalt unserer Landesgesetze in allen Streitfällen ab.

In Allem bleibt es bei unsern wohlhergebrachten Uebungen und Landesgesetzen, und uns und unsern Nachkommen unbenommen und vorbehalten, diejenigen Abänderungen in unsern innern Landeseinrichtungen zu treffen, die Landammann und Rath und eine ganze Landsgemeinde der

Digitized by Google

Ehre und dem Vortheil unsers Standes zuträglich erachten werden.

Zu Urkund dessen haben wir diese Erklärung in gehöriger Form ausfertigen und mit den Unterschriften unsers dermaligen Standeshaupts und eines Landschreibers, so wie mit unserm Kantonssiegel versehen lassen.

Gegeben Altorf, den 7. Mai 1820.

Landammann und Rath und gemeine Landleute des eidgenössischen Kantons Uri.

Der Landammann:

Anton Maria Schmid.

Der Landschreiber:

Karl Florian Lusser.

Dem von Usteri herausgegebenen Handbuche des schweizerischen Staatsrechtes entnehmen wir folgende Nachträge:

Eine etwas nähere, zwar nicht amtliche, aber treue und zuverläßige Darstellung der öffentlichen Gewalten und Staatseinrichtungen des hohen Standes Uri ist in nachfolgenden Sätzen enthalten:

1. Der Kanton Uri bekennt sich ungetheilt zur katholischen Religion Seine politische Verfassung ist rein demokratisch und die höchste Gewalt beruht auf der Gesammtheit des

Digitized by Google

Volks. Jeder Einwohner ist Soldat und zum vaterländischen Dienst verpflichtet, sobald er das durch das Gesetz bestimmte Alter, nach dermal bestehendem Gesetze das zwanzigste Jahr, erreicht hat.

2. Der Kanton ist in zwei Bezirke, Uri und Ursern, und diese in Genossammen eingetheilt. Der Bezirk Uri besteht aus zehn, Ursern aus einer Genossamme.

Die zehn Genossammen von Uri sind nach uralter Eintheilung, die freilich jetzt in Rücksicht auf Bevölkerung einiger Ortschaften ein sehr ungleiches Verhältniß darbietet, folgende: erste und zweite Genossamme: Altorf, Flühlen und Sisigen, wovon Altorf anderthalbe und Sisigen eine halbe Genossamme ausmachen; dritte: Bürglen ob dem Gräblin; vierte: Bürglen unter dem Gräblin, Schatdorf und Erstfeld hierseits der Reuß; fünfte: Silenen; sechste: Erstfeld jenseits der Reuß und Gurtnellen; siebente: Wasen mit seinen Filialen und Unterschächen; achte: Spiringen; neunte: Attinghausen und Seedorf; zehnte: Seelisberg, Isithal und Baume.

3. Die gesetzgebenden, vollziehenden und richterlichen Behörden sind die Landsgemeinde, Räth und Landleute, der drei-, zwei- und einfache Landrath, der geheime Rath, das Appellations- und die Bezirksgerichte, das Siebnergericht und das Gericht zu Reuß und Schächen.

a) Die Landsgemeinde oder allgemeine Versamm-

lung des Volks, ist die höchste Landesbehörde. Sie besteht aus allen Landleuten, die das zwanzigste Jahr erfüllt haben, und wird jährlich den ersten Sonntag im Mai zu Bezlingen an der Gand gehalten. Sie erwählt durch freie Hand und Stimme den Landammann, den Landesstatthalter, den Pannerherrn, den Landshauptmann, die zwei Landsfähnriche, den Landsseckelmeister, den Zeugherrn, die vier Landschreiber, acht Landsvorspreche, den Großweibel, die beiden Standesläufer, den Waagmeister und die Zoller, auch die Gesandten auf die jährlichen Tagsatzungen und drei Ammannrichter ins Appellationsgericht. Der Landsgemeinde müssen alle Bündnisse und Verträge, Kriegs- und Friedensschlüsse, alle Vorschläge zu neuen Landesgesetzen oder Abänderung der alten zum Entscheid vorgelegt werden, nachdem sie vom Landrath geprüft sind. Sie allein kann das Landrecht ertheilen und die Erhebung von Steuern und Abgaben erkennen. Sieben Mann von verschiedenen Geschlechtern können Vorschläge und Begehren der Landsgemeinde anbringen, wenn sie einen Monat vorher dem Landrathe davon Kenntniß gegeben haben.

Von der Landsgemeinde im Jahr 1820 ward gesetzlich verordnet: daß kein durch Schuldenruf oder Verbrechen seiner Ehre entsetzter an Lands- und andern Gemeinden mehren möge, und daß bei der Wahl eines Rathsherrn

an Dorfgemeinden aus jeder Haushaltung nur Einer, der das gesetzliche Alter von zwanzig Jahren besitzt, stimmen möge.

b) Die Landsgemeinden jedes Bezirks erkennen und verfügen über die Gemeingüter und andere ihren Bezirk allein betreffende Gegenstände, Anstalten und Gesetze, und wählen zudem ihre Bezirke allein angehenden Beamten. Sie werden den zweiten Sonntag im Mai gehalten.

c) Ausserordentliche Landsgemeinden werden vom Landrath zusammen berufen und haben nur über die Gegenstände ihrer Zusammenberufung zu erkennen.

d) Räth und Landleute sind eine den ausserordentlichen Landsgemeinden ganz gleiche Versammlung und werden über minder wichtige Gegenstände einberufen.

e) Der einfache Landrath besteht aus dem Landammann, den Alt-Landammännern (die einmal, nämlich zwei Jahre wenigstens, das Landammannamt versehen haben), dem Landsstatthalter, Pannerherrn, Landshauptmann, zwei Landsfähnrichen, Landsseckelmeister und Zeugherrn, welche die vorsitzenden Herren genannt werden, und welche Beamtungen alle, mit Ausnahme des Landsstatthalters und Landsseckelmeisters, lebenslänglich und mit der Landammannsstelle verträglich sind, und aus vierundvierzig Rathsherren, nämlich vier aus jeder der eilf Genossammen

des Kantons. Der Landrath ist, nach der Landsgemeinde, die höchste vollziehende, anordnende, auch strafende Landesbehörde.

f) Der zweifache Landrath, bestehend aus den obgemeldten Gliedern und eben so vielen Miträthen, welche für die vorsitzenden Herren vom Landrath, für die vierundvierzig Rathsherren aber auch von den eilf Genossammen auf lebenslänglich gewählt werden, spricht über höhere Kriminal- oder Malefizfälle, und wird daher gewöhnlich der Malefiz-Landrath genannt.

g) Der dreifache Landrath, welcher aus dem zweifachen, mit Zuzug noch einer der obbemerkten gleichen Anzahl Miträthen, besteht, versammelt sich nur höchst selten*), und eigentlich nur zu Beurtheilung von Vorfällen oder Vergehen gegen die Verfassung oder die gesetzliche Ruhe und Ordnung im Lande.

h) Der Wochenrath besteht aus obgemeldten vorsitzenden Herren und den Rathsherren aller Genossammen, wovon jedoch meistens nur die der näher am Hauptorte gelegenen dabei erscheinen und einberufen werden. Er ist die verfügende, vollziehende und strafende Behörde in minder wichtigen Fällen.

---

*) Es geschah seit den Sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts dies nur einzig wieder im Jahr 1815.

Digitized by Google

i) Der geheime Rath, bestehend aus dem Landammann, den Alt-Landammännern und den übrigen von der Landsgemeinde gewählten vorsitzenden Herren, nebst fünf Rathsherren des Bezirks Uri, wovon immer einer von Altorf und die andern vier aus den übrigen acht Genossammen abwechselnd, und einem von Ursern, hat die höhere finanzielle Verwaltung des Kantons, und bildet dann auch, mit Zuzug der Stabsoffiziere und Hauptleute der Miliz, den Kriegsrath.

k) Das Appellationsgericht besteht aus dem Landammann, drei von der Landsgemeinde gewählten Ammannrichtern, wovon zwei aus dem Bezirk Uri und einer von Ursern, und dann aus einem der vier Rathsherren jeder der eilf Genossammen, also aus fünfzehn Gliedern. Es spricht über alle Civilstreitigkeiten in zweiter und letzter Instanz ab.

l) Das Bezirksgericht von Uri besteht aus dem Landsstatthalter und zehn Rathsherren, nämlich aus einem der vier jeder der zehn Genossammen des Bezirks. Das Bezirksgericht in Ursern besteht aus dem von dortiger Landsgemeinde gewählten Bezirksrath, welcher zugleich die verwaltende und vollziehende Behörde dieses Bezirks ist, unter Vorsitz des Bezirksammanns. Diese Bezirksgerichte sprechen über Civilstreite in erster Instanz; in Streitfällen aber, die den Werth von sechzig Gulden

Digitized by Google

nicht übersteigen, und in Ursern auch in Fällen, wo beide Parteien dortige Bezirksbewohner sind, bis auf zweihundert Gulden, ohne Appellation.

m) Das Siebnergericht im Bezirk Uri besteht aus dem Landsstatthalter, zwei Rathsherren und vier andern Richtern, die von der Bezirkslandsgemeinde gewählt werden. Es spricht in Civil-Streitsachen, die den Werth von sechzig Gulden nicht übersteigen, ohne weitere Appellation ab, und ist die strafende Behörde über Frevel und gesetzwidrige Benutzung auf Gemeingütern und andern Vergehungen gegen Satz und Ordnungen, auf deren Uebertretung Geldbußen gesetzt sind.

n) Das Gericht zu Reuß und Schächen im Bezirk Uri, bestehend aus dem Landammann, dem Landsseckelmeister und sieben von der Bezirkslandsgemeinde gewählten Rathsherren, besichtigt und untersucht jährlich den Zustand der Wuhren bei den Bergströmen Reuß und Schächen, und befiehlt ohne Appellation Alles, was zur Sicherheit des Landes gegen schädliche Ausbrüche dieser gefährlichen Bergströme zu thun nöthig oder nützlich ist.

4. Die Eintheilung des Landes in Genossammen bezieht sich ausschließlich nur auf die Zahl und Wahl der Rathsherren. Sonst ist das Land in Gemeinden vertheilt, und die Gemeinden sind in Verwaltung ihrer

Digitized by Google

Kirchengüter, ihres Schul- und Armenwesens und anderer Anstalten von einander unabhängig.

5. Die Gemeindsversammlungen wählen ihre geistlichen und weltlichen Gemeindsvorsteher, und erkennen über alle Gegenstände, die ihrer Gemeinde besonders angehören. Sie werden so oft versammelt, als es die Geschäfte fordern.

6. Ein Gemeindsrath oder Dorfgericht, aus wenigstens sieben von der Gemeindsversammlung gewählten Mitgliedern bestehend, hat die obrigkeitlichen Verordnungen sowohl als die Gemeindsbeschlüsse zu vollziehen, versieht das Waisenamt und ist überhaupt die verwaltende und vollziehende Behörde der Gemeinde.

Digitized by Google

Kantonsverfassung

des

eidgenössischen Standes Unterwalden ob dem Wald.

---

1. Der Kanton Unterwalden ob dem Wald besteht aus sieben Pfarrgemeinden, als Sarnen, Kerns, Sachseln, Altnacht, Gyswyl, Lungern und das Kloster und Thal Engelberg.

2. Sarnen ist der Hauptort.

3. Die christkatholische Religion ist die Religion des Landes.

Oeffentliche Gewalten.

A. Die Landsgemeinde.

4. Die höchste souveräne Gewalt beruht auf der Landsgemeinde oder allgemeinen Versammlung des Volkes.

5. Diese besteht aus den rechtlichen Landleuten, die das zwanzigste Jahr erfüllt haben, weder Fallit, noch sonst durch eine Sentenz entehrt und davon ausgeschlossen sind.

6. Die Landsgemeinde versammelt sich jährlich ordentlicher Weise am letzten Sonntag im April; ausserordent-

Digitized by Google

lich wird sie zusammenberufen, wenn der Landrath solches wegen dringenden, wichtigen Geschäften nothwendig erachtet.

7. Die Landsgemeinde wählt den regierenden Landammann und die übrigen Vorgesetzten des Landes; sie ernennt ferner die Standeskanzlei und die übrigen Landesbedienstеten.

8. Landesvorgesetzte sind: vier Landammänner, der Landsstatthalter, der Landssekelmeister, der Landsbauherr, der Pannerherr, zwei Landshauptmänner, zwei Landsvenner und zwei Zeugherren.

9. Sie ernennt den Gesandten auf die jährliche Tagsatzung.

10. Sie bestätigt oder verwirft die Gesetzesentwürfe und andere wichtige Anträge, die ihr von dem Landrathe vorgelegt werden.

11. Sie wird jährlich von dem Bestand des Landsseckels in Kenntniß gesetzt, und sie bewilligt die Erhebung der zu Bestreitung der Landesbedürfnisse erforderlichen Landsteuern.

12. Ihr steht die Befugniß zu, Landrechte an diejenigen zu ertheilen, welchen der Acceß hiefür von dem Landrath gestattet ist.

13. Kein anderer Gegenstand kann an der Landsgemeinde

Digitized by Google

in Berathung gezogen werden, er sei dann zuvor dem Landrath eingegeben worden, und nach dessen Gutachten.

14. Die ausserordentlichen Landsgemeinden können nur über diejenigen Gegenstände berathschlagen, wegen welchen sie zusammenberufen worden sind.

B. Der Landrath.

15. Der Landrath besteht aus den von der Landsgemeinde gewählten Vorgesetzten und aus fünfundsechzig von den Pfarrgemeinden gewählten Rathsgliedern.

16. Von dem Landrath wird die höchste vollziehende, verwaltende und polizeirichterliche Gewalt ausgeübt.

17. Er schlägt der Landsgemeinde die nöthig findenden Gesetze vor, und besorgt nach erhaltener Genehmigung die Vollziehung derselben.

18. Er erläßt zu diesem Ende sowohl, als zur Handhabung der Polizei, als über die in das Fach der Verwaltung einschlagenden Gegenstände, die erforderlichen Beschlüsse.

19. Er besorgt die Vollziehung der Verfügungen der Bundesverfassung und der Tagsatzungsbeschlüsse.

20. Er ertheilt der Gesandtschaft auf die eidgenössischen Tagsatzungen die gutfindenden Instruktionen.

21. Er ertheilt Niederlassungsbewilligungen nach Vorschrift des Gesetzes.

22. Er prüft die Rechnungen der Landesverwaltungen.

Digitized by Google

23. Er ernennt die Verwalter des Armenguts und der Polizeibeamten.

24. Der Landrath entscheidet in letzter Instanz über Gegenstände, welche in die Indikatur der Gemeindräthe einschlagen, desgleichen über Zugrechtsstreitigkeiten.

25. Er ertheilt Revision über civilrichterliche Urtheile.

26. Er übt die ihm zustehenden Kollatur- und Konfirmationsrechte einiger geistlichen Pfründen aus.

27. Er beurtheilt die polizeilichen und minder wichtigen peinlichen Rechtsfälle.

28. Es liegt in seiner Kompetenz, in wichtigen Kriminalfällen den zwei- oder dreifachen Landrath zusammenzuberufen.

29. Von dem einfachen Landrath hängt der Entscheid ab, ob ein Kriminalprozeß als Malefiz zu behandeln sei oder nicht.

30. Im ersten Fall wird der dreifache Landrath in der Eigenschaft als Malefizgericht versammelt, welchem das ausschließliche Recht zusteht, ein Todesurtheil zu fällen.

C. Der regierende Landammann.

31. Der regierende Landammann führt sowohl an den Landsgemeinden, als bei dem ein-, zwei- und dreifachen Landrath den Vorsitz; in seiner Abwesenheit vertritt der

Digitized by Google

Landsſtatthalter deſſen Stelle, und wenn dieſe beide abweſend, jeweilen der älteſte Landammann.

32. Der regierende Landammann verſammelt den Landrath, ſo oft es die vorliegenden Geſchäfte erfordern.

33. Er öffnet die an den Rath gerichteten Schreiben, und legt ihm dieſe und andere zu behandelnde Geſchäfte zur Berathung vor. Es iſt aber jedes Rathsglied befugt, mit Vorwiſſen des regierenden Landammanns, gutfindende Vorträge zu machen.

34. Er verwahrt das von der Landsgemeinde ihm anvertraute Schwert der Gerechtigkeit und das Landesſigill.

35. Er unterzeichnet alle unter dem Landesſigill ausgehenden Briefſchaften und Aktenſtücke.

36. Er nimmt in Pflicht und Eid die Beamten und alle Uebrigen, die durch das Landesgeſetz zu Leiſtung derſelben verbunden ſind.

37. Ueber Polizeivergehen und peinliche Kriminalfälle, mit Ausnahme des Maleſizgerichtes, führt er gegen den Deliquenten die Klage, hat aber dann bei dem Urtheil keine Stimme.

D. Die Civilgerichte.

38. Die bürgerliche Juſtizpflege wird verwaltet: a) von den Siebnergerichten als erſter Inſtanz; b) von dem Geſchwornen- oder Appellationsgericht.

Digitized by Google

39. Jede Pfarrgemeinde hat ein Siebnergericht, welches jährlich abgeändert wird.

40. Das Geschwornengericht besteht, nebst dem regierenden Landammann, welcher dabei den Vorsitz führt, aus sechszehn Richtern, welche von den sieben Gemeinden gewählt und jährlich abgeändert werden. Der aus dem Amt tretende Landammann ist jeweilen ein Mitglied dieses Gerichts.

41. Vor diesen Gerichten werden alle Civilstreitigkeiten, die Hab und Gut, Ehr und Eigen betreffen, entschieden, mit Ausnahme der Zugrechtsstreitigkeiten, welche der Judicatur des Landraths unterworfen sind.

E. Das Landgericht.

42. Dieses Gericht besteht aus dem versammelten Landrath, und wird bei offener Thüre gehalten. Die Vermächtnisse und testamentlichen Verordnungen, welche demselben vorgetragen werden, erwachsen in Judicatum, im Fall sie nicht in zu bestimmendem Termin rechtlich angefochten und widertrieben werden.

Wahlart.

43. Die Landsgemeinde wählt den regierenden Landammann und die übrigen §. 7 genannten Vorgesetzten, die Kanzlei und die übrigen Landesbedienstеten.

Digitized by Google

44. Der regierende Landammann wird jährlich abgeändert. Der Landsseckelmeister und Landsbauherr resigniren jährlich ihre Aemter, sind aber sogleich wieder wählbar. Die übrigen Landesvorgesetzten bleiben lebenslänglich im Amte. Die Kanzlei und übrigen Landesbediensteten aber müssen sich jährlich um die Bestätigung in ihren Stellen melden.

45. Die sieben Gemeinden wählen die sie betreffenden Mitglieder des Landraths und des Geschwornen- oder Appellationsgerichts in folgendem Verhältnisse: a) Die beiden größern Gemeinden, Sarnen und Kerns, wählen jede fünfzehn Rathsglieder und zu dem Geschwornengericht drei Mitglieder. b) Die fünf kleinern Gemeinden, Sachseln, Altnacht, Giswyl, Lungern und Engelberg, aber wählen jede sieben Glieder des Landraths und zwei Richter des Geschwornengerichts.

46. Nach der Anzahl der jede Gemeinde betreffenden Rathsglieder und der darin wohnenden Landesvorgesetzten wählen sie auch die Mitglieder des zwei- und dreifachen Landraths.

47. Sie wählen auch jährlich die Mitglieder des Siebenergerichts, welches in allen Gemeinden mit drei Rathsgliedern und vier Richtern aus der Gemeinde besetzt wird. Sarnen allein wählt dazu vier Rathsglieder und drei aus der Gemeinde.

Digitized by Google

48. Zu Beſetzung des Geſchwornengerichts wählen die Gemeinden Sarnen und Kerns jährlich zwei Mitglieder des Landraths und einen Richter aus der Gemeinde, die übrigen Gemeinden aber jede ein Rathsglied und einen aus der Gemeinde.

49. Die Wahlen, ſowohl bei der Landsgemeinde als bei den Kirchgangsgemeinden und bei den Rathsverſammlungen, geſchehen durch offenes Handmehr.

50. An der Landsgemeinde, bei zwei- und dreifachen Rathsverſammlungen wird das Mehr durch den Landweibel und die ſieben Gemeindsweibel gegeben. Bei dem einfachen Landrath geſchieht ſolches durch den Landweibel.

Stimm- und Wahlfähigkeit.

51. Um an der Landsgemeinde ſtimm- und wahlfähig zu ſein, muß man a) ein rechtlicher und ehrlicher Landmann ſein, b) das zwanzigſte Jahr erfüllt haben.

52. Zur Stimm- und Wahlfähigkeit an den Kirchgangsgemeinden aber wird nebſt den obigen Eigenſchaften erfordert: a) daß er Antheilhaber am Gemeindsgut ſei oder das Recht dazu habe, und b) daß er in der Gemeinde wohne.

53. Vater und Sohn oder zwei Brüder können nicht zu gleicher Zeit Rathsſtellen im einfachen Rathe bekleiden;

Digitized by Google

doch bleibt es der Landsgemeinde vorbehalten, bei den Wahlen der Vorgesetzten hierin Ausnahme zu machen. So behalten auch die Mitglieder des Landraths, welche zu Vorgesetzten ernannt werden, ihre Rathsstellen bei.

54. Das vor dem Jahr 1798 bestandene Landrecht ist wieder hergestellt.

55. Es liegt in dem Souverainitätsrecht der Landsgemeinde, auf den Vorschlag des Landraths, in eint und anderm Artikel dieser Kantonalverfassung Abänderungen oder gutfindende Zusätze zu machen.

Also von der am 10. Heumonat versammelten außerordentlichen Landsgemeinde beschlossen, nun aber durch die wegen der Vereinigung des Klosters und Thals Engelberg mit unserm Stande zur Folge habenden Beisätze und Abänderungen vermehrt.

Sarnen, den 28. April 1816.

Der regierende Landammann:

(Unterz.) Nic. Imfeld.

Der erste Landschreiber:

(Unterz.) Ignaz Rohrer.

Digitized by Google

Verfassung

des

eidgenössischen Standes Unterwalden nid dem Kernwald.

Tit. I.

Allgemeine Bestimmungen.

Der Kanton Unterwalden nid dem Wald bekennt sich ungetheilt zur römisch-katholischen Religion.

Seine Verfassung ist rein demokratisch.

Die höchste Gewalt des Kantons beruht auf dem Volke.

Jeder Landmann, der die gesetzlichen Jahre erreicht hat, ist Soldat, und nach den bestehenden Einrichtungen zum vaterländischen Dienst verpflichtet. Ueber die übrigen Einsaßen verfügt das Gesetz.

Tit. II.

Landeseintheilung.

Der Kanton Unterwalden nid dem Wald besteht aus sechs Pfarreien, und diese bilden dreizehn Irtenen.

Die Pfarrei Stanz begreift in sich: 1) die Irty Stanz, 2) Ennemoos, 3) Thallenwyl und Wysenberg, 4) Stanz-

Digitized by Google

ſtadt, Obbürgen und Kirſiten, 5) Oberdorf und Waltersperg, 6) Büren unter dem Bach. Dann folgt 7) die Irty Buochs, 8) Ennetbürgen, 9) Wolfenſchießen, Boden, Allzellen und Oberrickenbach, 10) Büren ob dem Bach, 11) Beckenried, 12) Hergiswyl, und 13) Emmeten.

Tit. III.

Oeffentliche Gewalten.

Dieſe beſtehen in der Landsgemeinde, Nachgemeinde, Räthe und Landleuten; in dem dreifachen, zweifachen und einfachen Landrath; in dem Wochen- und Extrarath; in dem Blutgericht und Geſchwornengericht, und in den Siebener- und Friedensgerichten.

A. Die Landsgemeinde iſt die höchſte Kantonsbehörde. Sie beſteht aus allen Landleuten, die das Geſetz nicht unfähig erklärt. Sie beſtimmt die Landes-Ehrenämter, als die vier Landammänner, und beſtimmt Denjenigen, der ins Amt treten ſoll. Sie ernennt den Statthalter, Pannerherrn, den Seckelmeiſter, Landshauptmann, Obervogt, Zeugherrn, Bau- und Straßenherrn, den Landsfähndrich und den Polizeidirektor, beide Landſchreiber, Landweibel und den Standesläufer.

Von obigen Aemtern ſind allein der jährlichen Beſtätigung unterworfen der Landsſtatthalter und Landsſeckelmeiſter; hingegen beide Landſchreiber, Landweibel und

Läufer müssen alle sechs Jahre für die Bestätigung in ihren Aemtern sich melden.

Sie ernennt die Ehrengesandten auf die jährlichen gewohnten Tagsatzungen, den Landsfähndrich außer dem Rath und die drei Landmajoren. Sie nimmt neue Landleute an, und zwar auf den Ammannsatz [1])

Sie berathet sich und schließt ab über Militärkapitulationen; sie ertheilt Instruktionen über Krieg, Frieden und Bündnisse, und erkennt auf den Vorschlag des Landraths Landessteuern.

B. Die Nachgemeinde errichtet oder ändert Gesetze ab und macht andere nothwendige Verordnungen. Sie ernennt die Landschätzer [2]), Rechnungsherren, Aawasservögte, die Kastenvögte beim Frauenstift St. Klara, bestätet die Proviantschätzer [3]), ertheilt Schützengaben und nimmt Hintersaßen auf Wohlverha'ten an.

An der Nachgemeinde, den 12. Mai 1816, ist erkannt und zu einem verbindlichen Landesgesetz gemacht worden, wie folgt: Es solle fürohin an Lands- oder Nachgemeinden kein Vorschlag oder Anzug geschehen, wenn nicht derselbe in bestimmter Zeit vorher einer hochweisen Obrigkeit zur Prüfung vorgelegt worden ist. Herentgegen ist auch der Landrath nicht befugt, den ihm vorgelegten Anzug oder Vorschlag zurückzuweisen, wenn derselbe nichts wider die Ehre und Glorie Gottes, nichts wider die Ehre und

Digitized by Google

Wohlfahrt des Vaterlandes und nichts gegen die Landesverfassung oder geschwornen Bünde und Verträge enthält. Mit dem Beisatze, daß dann alle von der hochweisen Obrigkeit nach dem Sinn dieses Gesetzes geprüfte und vorzubringen bewilligte Vorschläge acht Tage vorher in allen Pfarreien durch öffentliche Verlesung zu Jedermanns Kenntniß gebracht werden sollen, damit jeder freie Landmann in Stand gesetzt sei, vorläufig über das Schädliche und Nützliche des Vorschlags seine Ueberlegungen zu machen.

C. An Räthen und Landleuten kann jeder wahlfähige Landmann erscheinen. Die Kompetenz derselben ist, den Ehrengesandten auf die Tagsatzung Instruktionen zu ertheilen. Sie hört ihre Verrichtungen an und beurtheilt dieselben.

Wenn die Regierung es für nothwendig erachtet, Vieh in das Land zu verbieten, so ist diese Befugniß Räthen und Landleuten eingeräumt.

D. Der dreifache Landrath besteht aus dem ein- und zweifachen Landrath, und dann wird auf jedes Rathsglied einer jeden Irty annoch ein verständiger Mann beigegeben.

Der dreifache Landrath behandelt alles Dasjenige, was ihm von der Landes- und Nachgemeinde aufgetragen wird.

E. Der zweifache Landrath besteht aus dem ein-

Digitized by Google

fachen Landrath, und dann wird auf jeden Irtyrath noch ein verständiger Mann beigegeben.

Dieser ernennt alle sechs Jahre das Salzdirektorium und bestimmt den Preis des Salzes.

F. Der einfache Landrath besteht aus allen Herren Vorgesetzten und achtundfünfzig Irty-Rathsherren, in welchen nach folgendem Maaßstabe von den Irtenen ernannt werden:

1)	Stanz	6	Rathsglieder.
2)	Ennemoos	6	"
3)	Thallenwyl und Wysenberg . . .	4	"
4)	Stansstadt, Obbürgen und Kirsiten	1	"
5)	Oberdorf und Waltersperg . . .	4	"
6)	Büren unter dem Bach	2	"
7)	Buochs	6	"
8)	Ennetbürgen	6	"
9)	Wolfenschießen, Boden, Allzellen und Oberrickenbach	6	"
10)	Büren ob dem Bach	2	"
11)	Beckenried	3	"
12)	Hergiswyl	6	"
13)	Emmeten	3	"
	Sämmtlich	58	Rathsglieder.

Ferner sind des Raths die zwei Herren Landschreiber und der Landweibel, wenn sie ihre Beamtungen aufgeben.

Digitized by Google

Der einfache Landrath ernennt die Zoller im Lande, den Sustmann zu Stansstadt und den Boten [4]), und behandelt alle übrigen im Gesetzbuche ihm übertragenen Verwaltungsgegenstände. Er hat auch die Befugniß, sich in einen Malefiz-Landrath zu konstituiren.

G. Der Wochenrath besteht aus dem jeweiligen regierenden Landammann, oder an dessen Statt dem Amtsstatthalter, und aus jeder der dreizehn Irtenen wenigstens einem Rathsglied; jedoch mögen die Tit. Herren Vorgesetzten, wie auch andere Rathsglieder, sich dabei nach Willkür einfinden.

Derselbe behandelt minder wichtige Zivil-, Polizei- und Provisionalgegenstände, erlaubt, Steuern anzulegen, unter dem vierten Grad vaterhalb [5]), entläßt von Vogteien, die nicht vom Vater bestimmt sind; er bevogtet und ernennt Vögte bis auf das nächste Geschwornengericht; er setzt Kommissionen, beantwortet die eingekommenen hoheitlichen Schreiben, und hat beinebens Gewalt, in gefährlichen Zeiten Spiel und Tanz einzustellen und zu verbieten.

H. Der Extrarath soll wenigstens aus sieben Mitgliedern bestehen und kann von dem regierenden Landammann in dringenden Fällen, die keinen Vorschub leiden, zusammenberufen werden.

Des Rathsplatzes sind unfähig erklärt: die Falliten und die ihre Schulden nicht bezahlen können; Die-

Digitized by Google

jenigen, welche unter Vogt- oder Freundschaft stehen, und endlich alle Diejenigen, die laut Uebung und Gesetz zu einer solchen Stelle untauglich erklärt sind.

I. Der Kriegsrath besteht aus allen Herren Vorgesetzten, den Stabsoffizieren und den auf dem Piket stehenden Offizieren.

Dieser versammelt sich, wenn das Vaterland von außen bedroht oder im Innern durch schwere Gährung in Gefahr gesetzt werden sollte. Er trifft die erforderlichen Militäranstalten, und ordnet alles Dasjenige an, was zum Abmarsch der Truppen auf jede allfällige Aufforderung erforderlich sein wird, um die Gefahr des Vaterlandes von außen oder im Innern mit Bundeshülfe abwenden zu helfen.

K. Den Sanitätsrath bilden alle Herren Landammänner, der Statthalter, zwei Herren Doktoren und zwei Chirurgi, die das Wartgeld beziehen, wenn dieselben schon nicht des Raths sind.

Dieser versammelt sich, wenn Anzeigen von ansteckenden Krankheiten unter Menschen und Vieh einlangen. Er trifft bei solchen Umständen diejenigen Anstalten, die geeignet sein mögen, diesen Krankheiten oder Viehseuchen den Eingang zu verwehren, oder wenn diese im Lande selbst Wurzel gefaßt hätten, durch die möglichsten Vorsorgungsmittel zu dämmen.

Digitized by Google

Tit. IV.

Richterliche Behörden.

1. Das Blutgericht besteht aus dem einfachen Landrath und aus allen Landleuten, die das dreißigste Jahr erreicht haben, mit Ausnahme folgender:

a) die einen geistlichen Stand anzutreten gedenken;
b) welche des Eides unfähig erklärt, und endlich
c) derjenigen, welche dem Beklagten unter dem vierten Grade blutsverwandt sind.

Die Anwesenden sollen dann bei Eiden verbunden sein, das Urtheil über den Delinquenten auszufällen.

2. Das Geschwornengericht besteht aus dem regierenden Landammann, als Präsidenten, in dessen Abwesenheit aus dem Amtsstatthalter, oder aus dem ältesten Landammann in Abwesenheit des zweiten, und aus eilf Mitrichtern.

Dasselbe spricht ab über alle Streitgegenstände, die Ehre oder Gut betreffen, und zwar ohne weitere Appellation.

Dahin gehören auch alle bußfälligen Sachen, auf welche Geldstrafen gesetzt sind.

Dasselbe ernennt Vögte und bestätigt die vorgelegten Testamente.

3. Die Siebenergerichte von Stanz, Buochs und Wolfenschießen bestehen aus sieben Mitgliedern. Dieselben

Digitized by Google

sprechen ab über Zivil-Mißhälle, die unter dem Werth von dreißig Gulden zu stehen kommen, inappellabel.

4. Die Friedensgerichte jeder Pfarrei bestehen aus drei Mitgliedern. Alle Streitgegenstände müssen bei denselben vorwalten, ehe sie vor eine höhere Gerichtsinstanz gezogen werden können. Ihre Weisung ist, mit der möglichsten Wirksamkeit den Parteien zuzureden und die vorwaltenden Umstände wo möglich in Güte beizulegen.

Die Friedensgerichte sprechen inappellabel, was unter dem Werth von zehn Gulden ist.

Wir Landesstatthalter und Rath des Kantons Unterwalden nid dem Wald

verordnen hiemit, daß die Verfassung des Kantons aus dem Gesetzbuche erhoben und mit Ausstreichung des Gebiets und der ehemaligen Verhältnisse Engelbergs in das eidsgenössische Archiv niedergelegt werden soll.

Kraft Erkanntniß eines hochweisen Landraths vom 4. März dieses Jahrs.

Stanz, den 12. August 1816.

Der regierende Amtsstatthalter:

Franz Jos. Businger.

Im Namen des Raths:

Der erste Landschreiber:

Käslin.

Digitized by Google

Anmerkungen und Erläuterungen zu der Verfassung von Nidwalden.

1. Ammannsatz. Unter diesem Worte versteht man, daß an der Landsgemeinde, nachdem der regierende Landammann erwählt ist, als erstes Geschäft die Annahme der neuen Landleute in Berathung fallen soll, wenn deren für das Landrecht sich melden würden. Dies war aber seit 1664, wo ein Herr Traxler gegen Erlegung von tausend Gulden zu Landleuten angenommen ward, nicht mehr der Fall, bis im Jahr 1816 den Herren Schultheiß von Müllinen von Bern, Schultheiß Rüttimann von Luzern und Landammann Arnold von Uri, zum Dank für ihre als Abgeordnete der Tagsatzung während der vorjährigen Unruhen geleisteten Dienste, das Landrecht geschenkt ward

2. Landschätzer. Ihrer sind zwei, einer aus dem Rathe und einer aus gemeinen Landleuten. Sie sind verpflichtet, bei Eiden dem Gläubiger, es sei an liegenden oder fahrenden Habseligkeiten des Schuldners, zuzuschätzen, daß der erstere aus dem Geschätzten sich wohl kann bezahlt machen. Jede Pfarrgemeinde hat auch eigene Pfandschätzer, diese haben aber keine Gewalt, um Liegenschaften oder Zinsschriften zu schätzen.

3. Proviantschätzer. Sie taxiren den Preis von Fleisch und Wein in den Wirthshäusern. Sie haben die

Digitized by Google

Aufsicht über die Bäcker. Nur der Proviantschätzer von Stanz wird durch die Nachgemeinde bestätigt, wegen der dort befindlichen Metzg, die im ganzen Lande einzig als obrigkeitliche Metzg angesehen wird.

4. Der vom Landrath gewählte Bote ist Derjenige, welcher Briefe und Waaren nach Luzern trägt. Bevor die Regierung mit den Postpächtern in Bern einen Vertrag schloß, gemäß welchem die Briefe über die Brünig-Poststraße kommen und über Brunnen nach Italien und Deutschland befördert werden, war der Luzerner Bote der einzige Landesbote. Seither sind Boten oder Briefträger nach Obwalden und nach Brunnen bestellt, welche von den bernischen Postpächtern bezahlt werden.

5. Steuern wurden ehemals von dem Wochenrathe für Hülflose und Bedürftige bei derselben Anverwandten bis in den vierten Grad der Verwandtschaft bewilligt. Wenn jedoch die Steuer zu hoch anstieg, die Zahl jener Anverwandten zu klein oder dieselben zu unvermögend waren, so bewilligte der Landrath, Anverwandte in entfernteren Graden mit Steuern zu belegen. Im Jahr 1809 wurden für die Summe von 5784 Gulden solcher Familiensteuern angelegt. Seitdem nun aber besondere Armenverwaltungen eingerichtet sind, so liegt die Sorge für den Unterhalt der Armen diesen ob, und die Regierung befaßt sich nicht weiter mit Familiensteuern.

Digitized by Google

Verfassung
des
Kantons Glarus.

Die Regierung des hohen Standes Glarus hat der eidsgenössischen Tagsatzung im Jahr 1815 die nachstehende Erklärung über die Grundsätze der Verfassung dieses Kantons eingereicht.

Wir Landammann und Rath und gemeine Landleute des gemeineidsgenössischen Kantons Glarus, —

in Folge der Bestimmung des Bundesvertrags, daß die Verfassung der einzelnen hohen Stände der hohen Tagsatzung eingegeben und in das Archiv abgelegt werden sollen, —

erklären hiermit:

daß wir zwar nie eine in Urkund geschriebene Verfassung unsers Kantons gehabt haben, daß aber durch Jahrhunderte lange Uebung, durch allmälige Berichtigungen und durch die zwischen beiden Religionstheilen zu Stande gekommenen Verträge allmälig diejenige Verfassung entstanden ist, die nach dem Landsgemeind-Memorial vom 21. Juni 1814 auf nachfolgenden Grundsätzen beruht, und

Digitized by Google

die wir unter dem Schutze des Allerhöchsten unsern Nachkommen unverändert übertragen wollen.

1. Die souveraine, oberste Gewalt des gemeineidsgenössischen Standes Glarus steht der gemeinen Landsgemeinde zu.

2. Die Landsgemeinden jeder Religion treffen nach bisheriger Uebung die ihnen zustehenden Wahlen und verfügen über die Angelegenheiten jedes Religionstheils.

3. Der gemeine Rath, so wie der evangelische und der katholische Rath, behalten ihre ehemaligen Verrichtungen, Einrichtungen und Wahlart.

4. Die Standeshäupter, der Landammann und Landstatthalter, so wie die sämmtlichen Schrankenämter, werden wie bis anhin theils von jedem Theil, theils abwechselnd von beiden Religionstheilen gewählt. Eben so bleibt es für sämmtliche Landesdienste bei der bisherigen Abtheilung.

5. Die Gerichtsstäbe, nämlich die beiden Neunergerichte, die Fünfergerichte, das Augenscheingericht, so wie die vermischten Gerichte in Streitsachen zwischen Angehörigen beider Glaubensbekenntnisse, das Appellationsgericht und das evangelische Chorgericht, sprechen nach Inhalt unserer Landesgesetze in allen Streitfällen ab.

6. Die gänzliche Religionsfreiheit beider Glaubensbekenntnisse und die freie Ausübung des katholischen und

Digitized by Google

evangelischen Gottesdienstes ist in den Orten, wo der eine oder andere ausgeübt wird, feierlichst gewährleistet.

In Allem bleibt es bei unsern wohlhergebrachten Uebungen, Landesgesetzen und Landesverträgen, und uns und unsern Nachkommen unbenommen und vorbehalten, diejenigen Abänderungen zu treffen, die Landammann und Rath und sämmtliche Landleute der Ehre und dem Vortheil unsers Standes zuträglich erachten werden.

Urkundlich dessen haben wir diese Erklärung in behöriger Form ausfertigen und mit unserm Kantonssiegel versehen lassen.

Gegeben Glarus, den 3. Juli 1814.

Landammann und Rath und gemeine Landleute des gemeineidsgenössischen Kantons Glarus in der Schweiz.

In deren Namen:

Niklaus Heer, Landammann.
Karl Burger. Landsstatthalter.
Brunner, Landschreiber.

In Bezug auf vorstehende Verfassung entnehmen wir dem von Usteri herausgegebenen Handbuche des schweizerischen Staatsrechtes ebenfalls folgende Nachträge.

Digitized by Google

Die vorstehende Hinweisung auf die ältere, nie in Urkund geschriebene Verfassung macht die nachfolgende nähere Darstellung erforderlich, die das Wesentliche der Verfassungsgesetze, insoweit sie jetzt wieder in Uebung sind, umfaßt, und die als eine treue, keineswegs aber als eine offizielle Darstellung darf angesehen werden.

Das Landrecht besitzen alle Eingeborne, deren Aeltern Landleute waren, und die Schweizer oder Ausländer, denen es vom Volke bewilligt worden ist.

Alle Landleute sind in fünfzehn Abtheilungen, nach der geographischen Eintheilung des Landes in fünfzehn Tagwen oder Bezirke, getheilt.

Diese Tagwen sind: Bilten, mit Kerenzen, Ober- und Nieder-Urnen, Näfels, Mollis, Nettstall, Glarus, Enneda, Mitlödi, Schwanden, Eschen, Betschwanden, Rüti und Ennetlinth, Linththal, Matt, Elm. — Diese Eintheilung ist sehr alt; dermalen sind die Tagwen auch in der Bevölkerung sehr verschieden, ernennen aber die gleiche Anzahl von Rathsherren, obschon es Tagwen gibt, die kaum den vierten Theil der Bevölkerung des volkreichsten Tagwens haben.

Bei einzelnen Ortschaften bildet der Tagwen zugleich die Kirchgemeinde und die Korporation oder Genossamme für Gemeindsgüter, Waldung, Wildheuet u. s. w. In diesem Fall ist z. B. Mollis. In andern hingegen ist solches ver-

Digitized by Google

ſchieden; die Dorfſchaft Rüti z. B. bildet mit Ennetlinth einen Tagwen, gehört zur Kirche Betſchwanden, und hat Allmend, Saaten und Waldung größtentheils für ſich allein.

Jeder Tagwen, oder, wo andere Verhältniſſe eintreten, die Dorfſchaften, verfügen über Benutzung ihrer Gemeindsgüter und alles, was darauf Bezug hat. Die Rathsherren und Vorſteher üben nach den von der Gemeinde feſtgeſetzten Verordnungen das Strafamt aus über Holzfrevel und örtliche Polizeivergehen; ſie beſorgen ferner die Verwaltung, von welcher jährlich Rechnung abgelegt werden muß.

Jeder Tagwen ernennt vier Rathsherren, welche Mitglieder des Landraths ſind und in der Regel zeitlebens die Stellen behalten.

Die Kirchgemeinden ernennen ihre Pfarrer und Schulmeiſter. Das Kollaturrecht der Kaplanei zu Ober-Urnen macht allein eine Ausnahme, welches zum Theil der der Familie Bachmann zuſteht.

Das Tagwenrecht kann an einen Auswärtigen nur dann ertheilt werden, wenn derſelbe zuerſt das Landrecht erworben hat. Der Angenommene erwirbt dadurch das Recht des Mitantheils an allen Gemeindgütern, Waldung und Wildheuet, die der Tagwen beſitzt, ſo wie Anſpruch auf Unterſtützung im Fall der Armuth.

Digitized by Google

Jeder Landmann oder Tagwenmann kann in einen andern Tagwen ziehen und allda wohnen, und bezahlt einen kleinen Beitrag an die Ortspolizei-Auslagen; er hat aber keinen Antheil an den Gemeindsgütern.

Auswärtigen ertheilt die Obrigkeit die Bewilligung der Niederlassung; der Niedergelassene zahlt in der Gemeinde, in welcher er wohnt, einen Beitrag an die örtlichen Ausgaben; der Beitrag wird, unter Vorbehalt obrigkeitlicher Ermäßigung, von der Gemeinde festgesetzt.

Wer das Landrecht besitzt, wird im Alter von sechszehn Jahren Landmann und Mitglied der Landsgemeinde. Jeder muß schwören: "des Landes Nutzen zu fördern und den Schaden zu wenden; bei Schlaghändeln Fried aufzunehmen und Fried zu geben; einem Landammann, Rath und Gericht gehorsam zu sein, auch zu Rath und Gericht die Weisesten und Redlichsten zu wählen." Die Rathsglieder schwören, die Gesetze zu handhaben, und zu verschweigen, was im Rath vom Ammann verboten wird, oder was ein anderes Rathsglied gerathen und geurtheilt hat.

Jeder Landmann, der weder Fallit noch ehrlos, auch eigenen Rechtens ist, bildet einen Theil des Souverains; erscheint bei der Landsgemeinde; gibt seine Stimme zu allen Verhandlungen und Wahlen; ist zu allen Aemtern wahlfähig und keiner Abgabe unterworfen, als welche er oder die Mehrheit seiner Mitbürger bewilligen. Das Gesetz

Digitized by Google

bestimmt die Anlegung der Verwandtschaftssteuern für Arme, Kranke, Wittwen und Waisen. Jeder Landmann muß zur Vertheidigung des Vaterlandes bereit sein. Die Militärorganisation ist der gemeineidsgenöss'schen angepaßt; für deren Vollziehung ist ein Kriegsrath eingesetzt, dem die Wahl der Offiziere zusteht. Dieselbe ist (in 64 Artikeln abgefaßt) von Landammann und Rath am 9. Juni 1818 und 14. Dez. 1819 beschlossen und festgesetzt worden.

Die Landleute aller fünfzehn Tagwen, Reformirte und Katholiken, halten regelmäßig am zweiten Sonntag im Mai bei dem Hauptflecken Glarus eine allgemeine Landsgemeinde. Der Rath eröffnet in einem Memorial die Anträge und Gesetzesvorschläge, die er an die Landsgemeinde bringt. Vier Wochen vor der Landsgemeinde werden zum Voraus alle Landleute aufgefordert, wenn sie zum Besten des Vaterlandes etwas anzubringen wünschen, solches dem Rathe einzureichen, welcher alsdann diese Vorschläge, ohne Benennung des Einsenders, mit seinem Gutachten begleitet, in die Verhandlungen der Landsgemeinde aufnimmt.

Ausserordentliche Landsgemeinden werden nach Dringlichkeit der Umstände von dem Rathe einberufen.

Die Landsgemeinde übt alle Hoheitsrechte aus. Sie ist der unumschränkte Gesetzgeber in politischen, Polizei-, Civil- und Kriminalsachen; sie entscheidet über Bündnisse,

Digitized by Google

Krieg und Frieden und in wichtigen gemeineidsgenössischen Angelegenheiten; sie bestimmt Steuern und Auflagen, und weiset solche Geschäfte an den Rath, die wegen Verwickelung und Weitläufigkeit von ihr selbst nicht füglich behandelt werden konnten.

Das Haupt der Republik, der Landammann, oder in seiner Abwesenheit der Statthalter, eröffnet die Landsgemeinde mit einer Rede, und leistet folgenden Eid: "Ich schwöre zu Gott, des Landes Nutzen und Ehre zu fördern, allen Schaden zu wenden; dem Vaterlande und dessen Verfassung getreu zu sein; Gesetze und Ordnungen zu handhaben; Wittwen und Waisen zu schirmen; ein gleicher Richter zu sein dem Armen wie dem Reichen, und dem Reichen wie dem Armen, und hierum weder Geschenke, Geld und Geldeswerth zu nehmen, ausser dem gewohnten Lohn, und im Ganzen mit allen Kräften des Landes Nutzen und Ehre zu fördern und den Schaden zu wenden." — Nach ihm schwören die übrigen Beamten, Rathsherren, Richter und das ganze Volk den oberwähnten Eid.

Die Landsgemeinde überträgt die ausübende Gewalt dem Haupte der Republik, dem Landammann, und neben ihm dem Statthalter, einem Pannerherrn, zwei Landshauptleuten, einem Landsseckelmeister, zwei Landsfähnrichen, zwei Zeugherren, einem Pannervorträger, einem

Digitized by Google

Landmajor und den von den Tagwen gewählten sechszig Rathsherren. Stete Glieder dieses Rathes sind zugleich die aus dem Amt tretenden Landammänner.

Diese Versammlung bildet unter dem Vorsitz des regierenden Landammanns den gemeinen Rath. Dieser besorgt die allgemeine Verwaltung und Polizei, so wie die Handhabung der Kapitulationen, nimmt zur Vollziehung der Gesetze die nothwendigen Beschlüsse, behandelt alle auswärtige politische Geschäfte und ertheilt den Gesandten Instruktion.

Der gemeine Seckelmeister gibt jährlich dem Rathe Rechnung von seiner Verwaltung. Die Rechnung wird zuerst durch einen Ausschuß, bestehend aus den Standeshäuptern, den Schrankenherren oder ersten Rathsgliedern und fünfzehn Rathsherren aller Tagwen geprüft; sie muß vier Wochen vor der Abnahme jedem Tagwen zur Einsicht mitgetheilt werden. Auch wird der Landsgemeinde jährlich davon summarische Kenntniß gegeben.

Die Reformirten und Katholiken sind für die Wahl aller Beamten und für Ausübung der Gerechtigkeitspflege gänzlich von einander getrennt.

Jede Glaubenspartei hält für das, was ihr zusteht, ihre besondere Landsgemeinde, hat ihren besondern Landrath und Gerichte, und führt für Kriminalkosten, Bußen u. s. w. eine besondere Verwaltung.

Digitized by Google

Die Aemterbesetzung wechselt zwischen beiden Glaubenstheilen folgendermaßen: Die Landammannsstelle bekleidet ein reformirter Glarner drei Jahre, und dann ein katholischer zwei Jahre. Wenn der eine Theil das Haupt der Republik zu ernennen hat, so wählt immer der andere den Landsstatthalter. Die Stellen von Pannerherr und Pannervorträger sind lebenslänglich. Sie alterniren zwischen beiden Religionen; jeder Religionstheil hat ferner einen Landshauptmann, einen Landsfähnrich, einen Zeugherr; diese Stellen, so wie der Landmajor, sind lebenslänglich, und werden Schrankenämter genannt. Der gemeine oder Landsseckelmeister wird für sechs Jahre von den Reformirten und dann für drei Jahre von den Katholiken gewählt.

Zur Staatskanzlei ernennen die Reformirten zwei und die Katholiken einen Landschreiber.

In den gemeinen Rath wählen die reformirten Tagwenleute achtundvierzig Rathsherren, die katholischen zwölf und dann noch drei sogenannte Vertrags-Rathsherren.

Jede Glaubenspartei hält ihre besondere Landsgemeinde den ersten Sonntag im Mai, also acht Tage vor der gemeinschaftlichen Landsgemeinde.

Die Reformirten versammeln sich bei Schwanden; die Katholiken bei Näfels.

Digitized by Google

Jede dieser Landsgemeinden wird vom regierenden Landammann, oder wenn das Haupt der Republik von der andern Partei ist, vom Landsstatthalter geführt.

Eine jede ernennt die Standeshäupter, Schrankenämter, Richter, Landschreiber, Landweibel und Läufer, welche sie, den bestehenden Verhältnissen gemäß, zu erwählen berechtigt ist.

Die Landsgemeinde der Reformirten übt zugleich die kirchliche Gewalt aus; daher werden von ihr alle Ehegesetze und Kirchenordnungen bestimmt. Bei den Katholiken gehören diese vor den Bischof und den Papst.

Die reformirte Geistlichkeit bildet ein eigenes Kapitel.

Die Standeshäupter, Schrankenämter oder ersten Rathsglieder, Rathsherren und Richter einer jeden Religion bilden den reformirten und katholischen Rath, und als solche die ausübende Gewalt in allen jede Glaubenspartei betreffenden Angelegenheiten.

Die Ernennung zu allen Aemtern, welche an der Landsgemeinde jedes Glaubensbekenntnisses vergeben werden, geschieht durch das offene Mehr und das Loos.

In dieser Rücksicht ist der reformirte Theil in drei Bezirke getheilt; zu jedem Amt werden aus dem mittlern Bezirk vier, und aus jedem der beiden übrigen zwei Männer ermehrt. Diese acht Kandidaten treten in den Ring (die Mitte, wo der ganze Rath bei der Landsgemeinde

Digitized by Google

im Kreiſe ſitzt), um zu looſen. Das Loos bezeichnet den Ernannten. Die Katholiken bezeichnen für jedes zu vergebende Amt fünf Kandidaten, unter denen das Loos entſcheidet.

Der Landsſtatthalter wird ohne fernere Wahl regelmäßig Haupt der Republik, oder Landammann. Die Reformirten erwählen dazu, ohne Rückſicht auf die drei Bezirke, aus ihrer Mitte drei, ſelten mehrere Kandidaten, welche dann ebenfalls looſen.

Dieſe Wahlformen modifiziren inzwiſchen die Landsgemeinden nach Willkür; bei der Stelle des Landsſtatthalters, der als zukünftiger Landammann bezeichnet iſt, entſcheiden ſie jedesmal, ob ſolche mit oder ohne Loos, im letztern Fall durch einfaches freies Handmehr, vergeben werden ſoll; bei den untern Stellen, ob dieſelben auf die oben näher angegebene Weiſe, oder durch Verlooſung unter allen Landleuten, oder noch auf andere Weiſe (an den Meiſtbietenden u. ſ. w.) ſollen vergeben werden *).

Die Landsgemeinde jeder Partei ernennt die Glieder

*) Die evangeliſche Landsgemeinde hat am 7. Mai 1820 neuerdings beſchloſſen: es ſollen die Stellen der Landſchreiber, Landweibel, Läufer und Wagmeiſter alſo ausgelooſet werden, daß zuerſt acht Kandidaten für jede Stelle durch das Loos bezeichnet werden, und hernach aus dieſen die Wahl ſelbſt hinwieder durch das Loos geſchieht.

Digitized by Google

des Neunergerichts, welches über Kirchen-, Schul-, Gemeinds- und Genossamme-Streitigkeiten, ferner über Erbschaften, zugefügten Schaden, Liedlohn, Falliments- und Scheltungs-Streitigkeiten; jene des Fünfergerichts, welches über Schulden und Ansprachen, Kauf und Verkauf, Schatzungen, Hypothekar-Streitigkeiten; und endlich des Augenscheingerichts, welches in Streitsachen um unbewegliches Gut, Wegsame u. s. w. spricht. Das Neunergericht und das Augenscheingericht werden von dem Amtslandammann oder Landsstatthalter das Fünfergericht aber von dem erstfolgenden Alt-Landammann oder Beamten präsidirt. Der reformirte Theil hat gegenwärtig auch ein eigenes Appellationsgericht, wozu die Richter ebenfalls von der Landsgemeinde gewählt werden. Das Appellationsgericht spricht in letzter Instanz über Streitsachen, deren Werth fünfzig Gulden oder mehr beträgt, so wie über Grund und Boden und immerwährende Rechte.

Der katholische Theil hat für sich kein Appellationsgericht; in vermischten Fällen findet aber nichts destoweniger Appellation statt; die katholischen Richter werden dann aus dem Rath gezogen.

Der reformirte Theil hat endlich ein Ehegericht, das aus dem Standeshaupt, zwei geistlichen und sechs weltlichen Richtern besteht; seine Urtheile sind inappellabel.

Digitized by Google

In Streitsachen zwischen beiden Religionsgenossen wird das sogenannte vermischte Gericht gebildet; nämlich im Neunergericht werden die vier ersten reformirten und die vier ersten katholischen Richter dazu gezogen, und der erste Magistrat von der beklagten Religion ist der Obmann. Auf gleiche Weise werden im Fünfergericht von jeder Religion die zwei ersten Richter gezogen, und das Nämliche findet auch in Augenscheins-Streitigkeiten statt.

Der reformirte und katholische Rath ist das Blutgericht oder der Kriminalrichter für die Landleute seines Glaubens; für Fremde hingegen, ohne Unterschied der Religion ist es der gemeine Rath.

Der reformirte Landrath besteht aus den Standeshäuptern, Schrankenämtern, Rathsherren und allen Gliedern der Civilgerichte.

Der katholische Landrath besteht aus den Standeshäuptern, Schrankenämtern, Rathsherren und allen Richtern.

Jeder Landrath besorgt die innere Verwaltung in seinen Bezirken; weiset streitende Parteien an Vermittlung, und nicht vergleichenden Falls an das kompetente Gericht; richtet über Leben und Tod; führt die Oberaufsicht über Vormundschaft, wofür im Speziellen in jeder Kirchgemeinde ein Waisenvogt, und für das Ganze eine eigene Ober-Waisenamtskommission eingesetzt sind; besorgt die

Kirchensachen und das Armenwesen, und ertheilt den Gesandten Vorschriften über Gegenstände, welche ausschliessend Religionsverhältnisse betreffen.

Zieht ein Rathsherr aus seinem Tagwen in einen andern, so kann er nicht mehr Stellvertreter jenes Tagwens sein.

Vater und Sohn, oder zwei Brüder, dürfen nicht zugleich Rathsherren des gleichen Tagwens oder Glieder eines und desselben Gerichts sein; aber es ist erlaubt, daß der Vater ein Staatsamt bekleide und der Sohn Rathsherr sei.

Digitized by Google

Verfassung

des

Kantons Zug.

Wir Landammann und Rath des eidsgenössischen Kantons Zug — nachdem Wir die Erkanntnisse und Erklärungen der zehn löblichen, den bisherigen Kanton Zug bildenden Gemeinden, in Bezug der von der aus den Deputirten derselben bestehenden Verfassungskommission entworfenen, unterm 27. August beschlossenen und den 28. des gleichen Monats vorgelegten Verfassung für den Kanton Zug untersucht haben, als nämlich den Gemeindsschluß der löbl. Stadtgemeinde Zug vom 28. August 1814, der gesammten löbl. Gemeinde Ober- und Unter-Aegeri vom 28. August 1814, der löbl. Gemeinden: Menzingen vom 2. Herbstm. 1814, Baar vom 1. Herbstm., Cham vom 28. August 1814, Hüneberg vom 28. August 1814, Steinhausen vom 28. August 1814, Risch vom 28. August 1814, Walchwyl vom 28. August 1814, welche sämmtlich die gehörige Authentizität besitzen, und in Folge welcher diese Verfassung als die Verfassung des Kantons Zug ange-

Digitized by Google

nommen und von der Verfassungskommission Uns als der darin aufgestellten Vollziehungsbehörde zur Vollziehung überwiesen worden — urkunden und erklären anmit, daß folgende Verfassung die Verfassung des eidsgenössischen Kantons Zug sei.

Verfassung des Kantons Zug.

I. Allgemeine Grundsätze.

1. Die christliche Religion nach dem römisch-katholischen Glaubensbekenntnisse ist die Religion des Kantons Zug.

2. Jeder Kantonsbürger ist vor dem Gesetze gleich, und es gibt im Kanton Zug keine Unterthanen.

Kantonsbürger sind alle Jene: a) die vor 1798 mit oder ohne vollen Antheil am Gemeindsgut Bürger einer Gemeinde waren; b) ihre rechtmäßigen Abkömmlinge; und c) die, welche seither das Kantonsbürgerrecht auf gesetzlichem Wege erworben haben.

3. Die Ertheilung des Gemeindsbürgerrechts kommt ausschließlich der betreffenden Gemeinde zu; wem aber ein Gemeindebürgerrecht ertheilt wird, der ist gehalten, und zwar unter Verlust des erhaltenen Gemeindsbürgerrechts, innert Jahresfrist das Kantonsbürgerrecht auf gesetzlichem Wege zu erwerben.

Digitized by Google

Die Ertheilung des Kantonsbürgerrechts ist dem Gesetzgeber vorbehalten. Niemand kann als Kantonsbürger angenommen werden, als solche, die ein Gemeindsbürgerrecht haben. Das Gesetz wird die Art und Weise der Ertheilung des Kantonsbürgerrechts bestimmen.

4. Jeder Kantonsbürger ist befugt, sich in einer andern Gemeinde niederzulassen, daselbst Liegenschaften zu erwerben, und Gewerbe nach bestehenden Ordnungen und Verfügungen wie jeder Ortsbürger zu treiben.

Um sich aber niederlassen zu können, muß er a) von von seiner Gemeindsbehörde ein Zeugniß guten Leumunds haben, so wie, daß er wenigstens fünf Jahre in der Gemeinde angesiedelt gewesen; b) die Eigenschaften besitzen, der Gemeinde unbeschwert leben zu können Er muß einen Heimathschein mitbringen, worin für ihn und sein Weib und alle seine Kinder die unbedingte Wiederaufnahme zu allen Zeiten und unter allen Umständen zugesichert ist.

Jeder Niedergelassene kann a) zu einer Real-Kautionsleistung, welche nicht weniger als zweihundert Franken sein, und im Ganzen fünfhundert Franken nicht übersteigen soll, und b) zu Beiträgen an die örtlich polizeilichen Auslagen angehalten werden.

Jede Gemeinde ist befugt, den oder die Niedergelassenen fortzuweisen: a) wenn sie sich eines unsittlichen Lebenswandels schuldig machen, b) im Fall der Erarmung.

Digitized by Google

Jeder soll sein politisches Bürgerrecht dort ausüben, wo er sein Gemeindsbürgerrecht besitzt. Niemand kann sein politisches Bürgerrecht zu gleicher Zeit an zwei Orten ausüben.

5. Alle Zug- und Abzugsrechte sind abgeschafft.

6. Die Verfassung garantirt die Loskäuflichkeit der Zehnten, Grundzinse und Feudallasten nach ihrem wahren Werthe.

7. Jeder Gemeinde, so wie auch jeder geistlichen und weltlichen Korporation, bleibt ihr Eigenthum und desselben Verwaltung durch die Verfassung gesichert.

8. Jeder Kantonsbeamte ist für seine amtlichen Verrichtungen dem Kantonsrathe verantwortlich.

9. Jeder Einwohner des Kantons, wenn er das neunzehnte Jahr erfüllt, ist Soldat für das Vaterland und dessen Verfassung.

II. Eintheilung des Kantons.

10. Der Kanton Zug ist einsweilen in zwei Theile, als in das innere und das äussere Amt, eingetheilt.

a) Die löbl. Stadtgemeinde Zug und die löbl. Gemeinden Cham, Hüneberg, Steinhausen, Risch und Walchwyl bilden das innere, und

b) die löbl. Gemeinden Ober-Aegeri, Unter-Aegeri, Menzingen mit Neuheim und Baar das äussere Amt.

Die Stadt Zug ist das Hauptort des Kantons.

III. Kantonsbehörden und deren Bildung.

11. Das Volk ist der Souverain des Kantons; es übt seine Souverainität theils an der Landsgemeinde, theils an den verfassungsmäßigen Gemeinden, und theils durch den dreifachen Landrath aus.

12. Die Gemeindsversammlungen bilden mit Ausnahme der Geistlichen die sämmtlichen Gemeindsbürger, welche die durch den §. 2 bezeichneten Eigenschaften besitzen und das neunzehnte Jahr erfüllt haben.

Von diesen Gemeindsversammlungen sind ausgeschlossen: a) die Falliten, so lange als sie ihre Gläubiger nicht werden befriedigt haben, und durch die gesetzliche Behörde nicht wieder rehabilitirt sein werden; b) jene, welchen die Gemeindsversammlungen zu besuchen verboten worden; c) die, welche durch Strafurtheile eine entehrende Strafe auf sich haben; d) die in einem Kriminalprozesse Verflochtenen bis nach ausgesprochenem Urtheile; e) die von kompetenter Behörde, wegen Verschwendung oder Blödsinn Bevogteten; f) die oder deren Kinder vom öffentlichen Almosen leben.

Befugnisse der Landsgemeinde.

13. Die Landsgemeinde versammelt sich ordentlicher

Weise alljährlich am ersten Sonntag im Mai, und ausserordentlich, wenn es der Kantonsrath nothwendig erachtet.

Die Landsgemeinde wählt die Standeshäupter: a) den Landammann, b) den Landshauptmann, c) den Pannerherrn, d) den Landsfähndrich, e) den Landschreiber, f) ferner die Gesandtschaften zu den Tagsatzungen und Konferenzen.

Der erste Gesandte wird für ein Jahr aus dem innern, und abwechselnd für ein Jahr aus dem äussern Amte von freier Wahl gewählt. Wenn der erste Gesandte aus dem einen Kantonstheile ist, so wird der zweite aus dem andern genommen.

Befugnisse des Landammanns.

14. Der Landammann ist das erste Standeshaupt, und wird abwechselnd auf zwei Jahre aus dem innern und auf zwei Jahre aus dem äussern Amte von freier Wahl gewählt.

a) Er präsidirt 1) die Landsgemeinde; 2) den dreifachen Landrath; 3) den Kantonsrath; 4) das Kriminalgericht.

b) Er ruft den Kantonsrath zusammen, so oft er es nothwendig findet, und das Kriminalgericht, wenn ein Fall oder Prozeß demselben zu beurtheilen übertragen ist.

c) Er bewahrt das Standessiegel.

d) Er wohnt im Hauptorte des Kantons.

e) Er setzt die von den Gerichten ausgefällten Urtheile

Digitized by Google

in Vollziehung, und sorgt für die Handhabung der vom Kantonsrath ausgesprochenen Verordnungen.

f) Er leitet die an ihn gebrachten Klagen an Behörde, und verordnet die nothwendig erachteten Verhaftungen und Arreste über Menschen und Effekten.

g) Er besiegelt mit dem Standessiegel die hoheitlichen Schreiben, Bündnisse und Traktate mit dem In- und Auslande, und mit seinem angebornen Familiensiegel alle Kauf-, Tausch- und Gültbriefe.

h) Er unterschreibt nebst dem Landschreiber alle öffentlichen Aktenstücke, obrigkeitlichen Briefe, Verordnungen und Urtheile.

i) Er entscheidet bei dem Kantonsrathe im Fall gleichgetheilter Stimmen.

k) Er wacht über die Handhabung der Verfassung.

l) Er schwört zu dem Ende der Landsgemeinde alljährlich den Eid, und diese dem Landammann.

Befugnisse des Statthalters.

15. Der Statthalter wird auf ein Jahr vom Kantonsrath aus freier Wahl gewählt. Er ist der Stellvertreter des regierenden Landammanns in Fällen von Krankheit, Abwesenheit oder Verwandtschaft. Er ist Präsident des Kantonsgerichts, und ruft dasselbe zusammen, so oft es er Fall ist, oder es von einer streitenden Partei verlangt

Digitized by Google

wird. Er entscheidet als Präsident im Falle gleichgetheilter Stimmen.

Derselbe muß in der Stadt Zug wohnen.

16. Der Landshauptmann, der Pannerherr, der in der Stadt Zug wohnt, der Landsfähndrich, bleiben lebenslänglich im Amte und sind Mitglieder des vom Kantonsrathe zu wählenden Kriegsraths.

Verrichtungen des Landschreibers.

17. Der Landschreiber wird von freier Wahl gewählt Er hat an der Landsgemeinde, im Landrathe, im Kantonsrathe, in den Kantonsgerichten und bei den Standeskommissionen das Protokoll zu führen. Er führt die Unterpfandsprotokolle und registrirt die abgeschlossenen und ratifizirten Käufe und Täusche ein. Er besorgt die Feuerassekuranz-Register und deren ordentliche Fortsetzung. Er besorgt die Standesarchive und die ihm von Behörde aufgetragene Korrespondenz. Er unterschreibt nebst dem regierenden Landammann alle öffentlichen Aktenstücke, obrigkeitlichen Briefe und Verordnungen, so wie auch die einregistrirten Kauf-, Tausch- und Gültbriefe. Er besorgt die Staatsgelder, und legt jährlich der zu dem Ende gewählten Kommission darüber Rechnung ab. Zur Erleichterung der Geschäfte wählt er sich einen Substituten, unter dem Titel: zweiter Landschreiber, und ein Unter-

Digitized by Google

schreiber, deren Bestätigung dem Kantonsrathe zukommt. Er ist für seine Verrichtungen sowohl als jene seiner Kanzleiangestellten dem Kantonsrathe verantwortlich, und stellt demselben für seine Treue zwei annehmbare Bürgen.

IV. Befugnisse der verfassungsmäßigen Gemeinden.

18. Die verfassungsmäßigen Gemeinden versammeln sich ordentlicher Weise alljährlich am zweiten Sonntag im Mai, und wählen a) ihre zum Kantonsrath treffenden Räthe; b) ihre zum dreifachen Landrath treffenden Mitglieder, diese werden auf ein Jahr gewählt; jedes Glied ist alljährlich wieder wählbar; c) die ihnen treffenden Glieder zum Kantonsgericht; d) einen Gemeindrath von freier Wahl, e) nebst Schreiber und Weibel. Die Zahl der Glieder zum Gemeindrath zu bestimmen, bleibt jeder Gemeinde überlassen; jedoch soll derselbe aus nicht weniger als aus einem Präsidenten und vier Gliedern bestehen.

19. Jede Gemeinde und jeder Gemeindrath ist befugt, Vorschläge für Errichtung neuer Gesetze oder für Abänderung der schon bestehenden zu machen; solche müssen aber von ihnen sechs Wochen, bevor sie der gesetzgebenden Behörde vorgelegt werden, dem Kantonsrath eingegeben sein, welcher nach Anweisung des §. 28 seinen Bericht hierüber zu machen hat.

Digitized by Google

20. Die Gemeinden haben auch das ausschließliche Verwaltungsrecht ihres Gemeindsgutes; zu dem Ende bestellen diejenigen Gemeindsbürger, welche vollkommene Antheilhaber an dem Gemeindsgute sind, ihre Verwaltungsräthe in beliebiger Anzahl. Um diesen verfassungsmäßigen Gemeinden sowohl, als den Gemeindsversammlungen welche über die Gemeindsverwaltung sich berathen, beiwohnen zu können, sind die im §. 12 bestimmten Eigenschaften ebenfalls erforderlich.

V. Dreifacher Landrath und dessen Befugnisse.

21. Der dreifache Landrath besteht aus dem Kantonsrath und aus zwei Gliedern, die jedem Gliede des Kantonsraths beigeordnet werden. Er bildet die gesetzgebende Behörde der Kantone; in dieser Eigenschaft hat derselbe

a) über die von dem Kantonsrath ihm vorgelegten Gesetzesvorschläge, Bündnisse, Handelsverträge, Militärkapitulationen und Militärorganisationen zu berathschlagen, selbe anzunehmen oder zu verwerfen.

b) Er instruirt die Gesandtschaften auf die Tagsatzungen und Konferenzen, und läßt sich von selben genaue Relation abstatten.

c) Demselben kommt die Abnahme und Genehmigung der Staatsrechnungen zu.

d) Er versammelt sich ordentlicher Weise alljährlich

1. am Schwörtage zur Leistung des amtlichen Eides; 2. am dritten Montage im Brachmonat zur Instruirung der Gesandtschaft; 3. am ersten Montage im Weinmonat zur Abnahme der Relation und der Staatsrechnung; 4. so oft es der Kantonsrath nothwendig erachtet.

e) Zu einem gültigen Beschlusse des dreifachen Landraths ist die absolute Mehrheit der gesammten Rathsglieder erforderlich.

f) Sie können von ihren respektiven Gemeinden entschädigt werden.

VI. Kantonsrath und dessen Befugnisse.

22. Der Kantonsrath besteht aus vierundfünfzig Gliedern und dem Landammann, wovon die eine Hälfte vom innern und die andere Hälfte vom äussern Amt erwählt wird.

Vom innern Amt wählt die löbl. Stadtgemeinde Zug 11, die löbl. Gemeinden Cham und Hüneberg 9, Steinhausen 2, Risch 2, Walchwyl 3; zusammen 27.

Vom äussern Amt wählt die löbl. Gemeinde Ober-Aegeri 5, Unter-Aegeri 4, Menzingen 9, Baar 9; zusammen 27. Insgesammt 54 Glieder.

23. Der Kantonsrath ist nach hier folgenden nähern Bestimmungen die oberstrichterliche, verwaltende und vollziehende Gewalt.

Digitized by Google

Er erwählt am ersten Montag nach dem zweiten Sonntag im Mai, als an seinem gewohnten Schwörtage, aus seiner Mitte a) den Statthalter; b) den Vize-Statthalter, welcher in Krankheits-, Abwesenheits- oder Verwandtschaftsfällen der Stellvertreter des Statthalters ist; c) ein Kriminalgericht.

Dieses Gericht besteht aus fünfundzwanzig Gliedern: der regierende Landammann, Präsident, 1; von der löbl. Stadtgemeinde Zug 5; Gemeinde Ober-Aegeri 2; Unter-Aegeri 2; Menzingen 4, Baar 4; Cham 2; Hüneberg 2; Steinhausen 1; Risch 1; Walchwyl 1. Jeder Erwählte bleibt ein Jahr im Amte, ist aber wieder wählbar, und kann vor Verfluß von zwei Jahren die auf ihn gefallene Wahl nicht ablehnen. Aus der Mitte dieses Gerichts werden zwei Verhörrichter gewählt; diese bilden mit Zuzug eines Kanzlisten, der das Protokoll führt, die Verhörkommission, und bleiben Mitglieder des Gerichts; diese Kommission bestellt die nach Maßgabe nothwendige Bedienung.

24. Das Kriminalgericht urtheilt über jene Kriminalverbrechen, welche Todesstrafe nach sich ziehen können, nachdem die Aburtheilung derselben ihm vom Kantonsrathe zugewiesen sein wird. Kein Todesurtheil kann ausgefällt werden, wenn nicht sechszehn Stimmen für den Tod gestimmt haben; wenn sich aber der Kriminalfall als

Digitized by Google

als Staatsverbrechen qualifizirt, so sind zu einem gültigen Todesurtheil wenigstens zwanzig Stimmen erforderlich.

25. Der Kantonsrath besorgt a) das Sanitätswesen; b) das Kriegswesen; c) das Finanzwesen; d) er wacht über das Erziehungswesen und die öffentlichen Lehranstalten; e) derselbe hat die Oberaufsicht über waisenamtliche Gegenstände; f) er untersucht und entscheidet als oberste vollziehende Behörde die daherigen an ihn gebrachten Klagen.

26. Der Kantonsrath ist die oberste Polizeibehörde; derselbe erläßt von sich aus die nöthigen Polizeiverfügungen und andere in das Staatsverwaltungsfach einschlagende Verordnungen, und sorgt für deren Beobachtung.

27. Derselbe besorgt alle übrigen diplomatischen Geschäfte, welche nicht der gesetzgebenden Behörde vorbehalten sind.

28. Dem Kantonsrath kommt das ausschließliche Recht zu, der gesetzgebenden Behörde Vorschläge zu neuen Gesetzen, oder Abänderung der schon bestehenden vorzulegen. Er ist gehalten, die ihm nach Anleitung des §. 19 zugekommenen Anträge ebenfalls an die gesetzgebenden Behörde zur Annahme oder Verwerfung zu bringen. Es kann kein Gesetz abgeändert werden, als durch die gesetzgebende Behörde, und zwar nur auf den Vorschlag des mit absoluter Mehrheit (28 Stimmen) dafür stimmenden Kantonsrathes.

Digitized by Google

29. Der Kantonsrath kann zur Beförderung und Erleichterung der Geschäfte aus seiner Mitte Kommissionen ernennen, und dieselben mit den nothwendig erachteten Vollmachten versehen. Jede Kommission ist ihm für Erfüllung ihrer Aufträge verantwortlich.

30. Der Kantonsrath ist Revisionsrichter; in dieser Eigenschaft kann er über jene Streitigkeiten, bei deren Aburtheilung Informalitäten oder nicht genugsamer Untersuch der Rechtsgründe statt gehabt, oder neue Gründe vorgelegt werden, nach richterlichem Ermessen Revision ertheilen. Er urtheilt über Scheltungen und Kränkungen an Ehre und guten Leumden ab. Derselbe hat die Befugniß, uneheliche Kinder zu legitimiren.

31. Der Kantonsrath nimmt die Mitglieder des Gerichts, den zweiten Landschreiber und den Unterschreiber, so wie auch die Weibel und Läufer, in Eid und Pflicht. Er läßt die vom Landschreiber abzulegende Staatsrechnung jährlich durch eine Kommission unter dem Präsidium des Statthalters vorprüfen, welche mit beigefügtem Kommissionalrapport dem dreifachen Landrathe zur endlichen Sanktion vorgelegt wird.

Derselbe hat die Entschädnisse für die von Kantonswegen aufgestellten Beamten, Beauftragten und Bedienstеten zu bestimmen und festzusetzen. Er wird, wie bisanhin, von den Weibeln bedient.

Digitized by Google

VII. Gerichtswesen.

Kantonsgericht und dessen Befugnisse.

32. Das Kantonsgericht besteht aus sechs Richtern und dem Präsidenten, als: der Statthalter ist von Amtswegen Präsident 1; die löbl. Stadtgemeinde Zug wählt 1 Richter, die löbl. Gemeinden Ober- und Unter-Aegeri 1, Menzingen 1, Baar 1, Cham und Hüneberg 1, Steinhausen, Risch und Walchwyl 1.

33. Es entscheidet über alle Civilgegenstände, die nicht in der Kompetenz der Gemeindsgerichte liegen, so wie auch über Eigen und Erb, und fertigt die Fallimenter, zu welchem es aus seiner Mitte eine Kommission von drei Mitgliedern ernennt, und spricht über diesfällige Streite ab.

34. Im Fall der durch den Kantonsrath nach §. 30 ertheilten Revision wird der streitige Gegenstand an das Kantonsgericht zurückgewiesen, welches aber in diesem Falle mit sechs Gliedern, die der Kantonsrath am jährlichen Schwörtag aus seiner Mitte erwählt, vermehrt wird. Dieses Gericht spricht dann definitiv und summarisch ab.

Gemeindsgerichte und deren Befugnisse.

35. In jeder Gemeinde bildet sich ein Gemeindsgericht, bestehend aus dem Gemeindspräsidenten mit zwei Bei-

Digitized by Google

sitzern aus dem Rath, welche von der Gemeinde bezeichnet werden. Dieses Gemeindsgericht spricht definitiv über jene Streitigkeiten ab, welche den Werth von zwölf Franken nicht übersteigen, die streitenden Parteien mögen Bürger der gleichen Gemeinde sein oder nicht. Dieses Gericht kann ebenfalls über Streitigkeiten, deren Werth zweiunddreißig Franken nicht übersteigt, definitiv aburtheilen, insofern die streitenden Theile Bürger der gleichen Gemeinde sind. Uebersteigt der Werth des Streites zwölf Franken, so muß das Gericht noch mit zwei von der Gemeinde gewählten Richtern vermehrt werden. Der Präsident der Gemeinde, in welcher der Beklagte wohnt, ist bei jeder Streitigkeit, selbe mag mehr oder weniger betreffen, amtlich gehalten, eine gütliche Vermittlung in seiner Gegenwart auf Begehren des Klägers einzuleiten.

Die Stadt Zug behält ihr besonderes Sechszehner-Gericht für sich bei über Baustreitigkeiten innert den Ringmauern.

VIII. Gemeindräthe und deren Befugnisse.

37. Die Gemeindräthe, nach Anleitung des §. 18 erwählt, besorgen die niedere Polizei in ihrem Gemeindsbezirke. Das Gesetz wird hierüber das Nähere bestimmen.

38. Der Gemeindrath verwaltet das der Gemeinde gehörige Eigenthum, das Kirchen- und das Armengut, und

Digitized by Google

legt den vollen Antheilhabern dieser Güter ordentliche Rechnung nach bestehenden Verfügungen ab.

Die Gemeindräthe besorgen die vormundschaftlichen Sachen, bestellen die Vögte und Anwälde, und lassen sich von diesen ordentliche Rechnung ablegen. Sie fertigen die Käufe und Täusche, welche ihnen in Zeit von drei Wochen bei Strafe der Ungültigkeit müssen eingegeben werden. Sie bestrafen die Vergehungen unerlaubten oder zu frühzeitigen Beischlafes, im Fall keine erschwerenden Umstände eintreten, die dieses Vergehen zu einem Kriminalverbrechen eignen. Sie vollziehen die von dem Kantonsrathe erlassenen Verordnungen.

39. Der Gemeindschreiber führt bei den Raths- und Gemeindsversammlungen und bei dem Gemeindsgericht das Protokoll. Er unterschreibt mit dem Präsidenten die von da ausgehenden Akten. Seine Unterschrift gibt diesen öffentlichen Aktenstücken sowohl, als Kauf- und Tauschbriefen, Vergabungen und Transaktionen, Lebens- und Gesundheitsscheinen vollkommene Glaubwürdigkeit.

IX. Finanzwesen.

40. Die Kantonsausgaben werden durch den Ertrag der Regalien sowohl als durch indirekte Auflagen und direkte Gemeindssteuern, insofern erstere nicht hinlänglich sein werden, bestritten. Die indirekten Auflagen zu bestimmen,

Digitized by Google

soll der Kantonsrath vorschlagen und zur Genehmigung der gesetzgebenden Behörde vorlegen. Diese bestehen hauptsächlich a) in einer Konsumo-Abgabe auf alle in den Kanton eingeführten Getränke, b) Stempel, c) Handels- und Jagdpatenten.

Die direkten Steuern, so wie die übrigen Kantonslasten aber sollen von den betreffenden Gemeinden nach dem Verhältnisse ihrer Repräsentation im Kantonsrathe entrichtet werden.

X. Kraftgültigkeit der bestehenden Gesetze.

41. Die ältern und neuern Gesetze und in Gesetzeskraft übergegangenen Verordnungen sollen durch den Kantonsrath mit möglichster Beförderung revidirt, und die Revision der gesetzlichen Bestimmungen der Gesetzgebung zur Genehmigung vorgelegt werden. Bis dies geschehen sein wird, sollen selbe in Kraft verbleiben.

XI. Bestimmung über allfällige Abänderung der Verfassung.

42. Es kann an der Verfassung nichts geändert werden, als durch die gesetzgebende Behörde, und zwar nur auf den Vorschlag des mit fünf Sechstheilen (45 Stimmen) ausdrücklich dafür stimmenden vollzähligen Kantonsraths.

Digitized by Google

Zur Urkund und Bekräftigung deſſen iſt vorſtehende Verfaſſung durch den regierenden Landammann, Statthalter, Vizeſtatthalter und die wirklich in Unſerer Mitte ſitzenden Alt-Ammänner und durch Unſere Standeskanzlei unterſchrieben, und mit Unſerm Standesſiegel verwahrt, doppelt ausgefertigt worden, wovon das eine Doppel in Unſer Kantonsarchiv, und das andere, nach Vorſchrift des §. 15 des allgemeinen Bundesvertrags der neunzehn Kantone der Schweiz, in das eidsgenöſſiſche Archiv niedergelegt werden ſoll.

Gegeben in Unſerer Rathsverſammlung, Montags den fünften Herbſtmonat des Jahres Eintauſend Achthundert und Vierzehn.

Landammann und Rath des Kantons Zug.

In deren Namen:

Der regierende Landammann, C. F. Brandenberg.

Der Statthalter, G. Joſeph Sidler.

Der Vizeſtatthalter, F. J. Müller, Pannerherr.

Die Alt-Ammänner:

Franz Joſeph Michael Letter.

Joſeph Anton Heß, Präſ. der Gem. Unter-Aegeri.

Die Kanzlei des Kantons Zug.

In deren Namen:

Der Landſchreiber, Karl Anton An der Matt.

Verfassung

des Kantons

Appenzell der äussern Rhoden.

Der Kanton Appenzell der äussern Rhoden ist ein Freistaat mit rein demokratischer Verfassung, und bildet als solcher ein Glied der schweizerischen Eidsgenossenschaft. Er besteht aus zwanzig Gemeinden, sieben hinter der Sitter und dreizehn vor der Sitter. Seine Verfassung ist in folgenden Artikeln enthalten.

1. Von der Landsgemeinde.

Die Landsgemeinde besteht aus allen Landleuten, die den Religionsunterricht erhalten und das 18. Jahr erreicht haben. Jeder Landmann ist bei der im Gesetz bestimmten Buße verpflichtet, die Landsgemeinde zu besuchen und derselben vom Anfang bis zum Ende beizuwohnen. Ausgeschlossen sind nur die, welche ehr- und wehrlos, d. h. unter Scharfrichters Hand gewesen sind. Sie wird gewöhnlich alle Jahre abwechselnd in Trogen und Hundweil am letzten Sonntag Aprils gehalten.

Die Landsgemeinde ist die oberste Gewalt im Lande; was sie erkennt, soll weder der zweifache Landrath, noch der Gr. Rath, noch eine andere Behörde abändern oder aufheben mögen. Sie wählt, bestätiget, entläßt, setzt

Digitized by Google

oder entsetzt jährlich folgende Landesbeamtete: 2 Landsammänner, 2 Statthalter, 2 Seckelmeister, 2 Landshauptmänner, 2 Landsfähnriche, je einen auf jeder Seite der Sitter, sammt dem Landschreiber und Landweibel. Alle zwei Jahre geht die Stelle des regierenden Landammanns von einer Seite der Sitter auf die andere über, womit auch der Rang der übrigen Beamteten wechselt, so daß immer diejenigen, wo der stillstehende Landammann ist, den Vorrang haben.

Der Landsgemeinde allein kömmt es zu, auf verfassungsmäßigem Wege neue Gesetze zu machen und alte abzuändern oder abzuschaffen, so oft sie es nöthig findet. Sie beschließt über Krieg und Frieden, Bündnisse und Traktate, jedoch in Uebereinstimmung mit den eidgenössischen Bundespflichten. Sie ertheilt das Landrecht. Neue wichtige Bauten dürfen nicht ohne Einwilligung oder Vollmacht der Landsgemeinde unternommen werden. Die Jahresrechnung, nachdem sie jedesmal vier Wochen vor der Landsgemeinde durch den Druck bekannt gemacht worden ist, wird derselben vorgelegt und von ihr entschieden, ob sie eine Kommission zu deren Prüfung ernennen wolle.

Ausserordentliche Landsgemeinden mögen gehalten werden, so oft die Obrigkeit es nöthig findet. Auch andere Landleute haben das Recht, solche zu verlangen, sie

Digitized by Google

müſſen ſich alsdann an die Obrigkeit wenden, die ihnen entweder von ſich aus entſprechen kann, oder unverzüglich auſſerordentliche Kirchhören anordnen muß. Wenn dann wenigſtens zehn Kirchhören dafür ſind, ſo ſoll die Landsgemeinde auſſerordentlich verſammelt werden, und zwar ebenfalls abwechſelnd an einem der beiden Orte, wo die ordentlichen Landsgemeinden ſtattfinden, jedoch ohne Rückſicht auf dieſe.

2. Wie man der Landsgemeinde etwas vorſchlagen möge.

Wenn ein Landmann begehrt, etwas vor die Landsgemeinde zu bringen, das ihn billig und recht und dem Vaterlande nützlich bedünkt, ſo ſoll er ſchuldig ſein, ſolches vorher dem Gr. Rathe vorzutragen, welcher die Sache überlegen und berathen wird. Findet nun der Gr. Rath, daß die Sache dem Vaterlande nützlich und gut ſei, ſo ſoll er dem Landmann willfahren und ſeinen Antrag an die Landsgemeinde bringen. Wenn aber die Obrigkeit den Antrag ſchädlich und nicht für thunlich erachtet, und der Landmann wollte ſich auf gemachte Vorſtellungen hin nicht abweiſen laſſen, ſo mag er ihn dennoch vor die Landsgemeinde bringen; er ſoll aber auf den Stuhl gehen und die Sache mit Anſtand vortragen, wobei er von der Obrigkeit geſchützt und ge-

Digitized by Google

schirmt wird und von Niemand gestört oder gekränkt werden darf. Die Anträge müssen jedoch, mit Ausnahme dringender Fälle, wenigstens vier Wochen vor der Landsgemeinde von allen Kanzeln des Landes verlesen und durch den Druck bekannt gemacht werden; dabei hat die Obrigkeit auch ihre Ansicht darüber kund zu machen.

Die Vorschläge, welche die Obrigkeit an die Landsgemeinde bringen will, müssen ebenfalls, dringende Fälle ausgenommen, vier Wochen vor der Landsgemeinde von allen Kanzeln verlesen und durch den Druck bekannt gemacht werden.

Anders, als auf solche Weise, soll Nichts, weder von der Obrigkeit, noch von den Landleuten, an die Landsgemeinde gebracht und ins Mehr gesetzt werden dürfen.

3. Vom zweifachen Landrath.

Der zweifache Landrath ist nach der Landsgemeinde die höchste Behörde im Lande, und besteht aus den zehn Landesbeamteten, beiden Hauptleuten jeder Gemeinde und aus denjenigen Mitgliedern, die von den Kirchhören frei aus allen wahlfähigen Einwohnern der Gemeinde gewählt werden, und zwar so, daß eine Gemeinde von 1500 Einwohnern und darunter eines, eine solche von 1500 bis 3000 zwei und die von 3000 und darüber jede drei zu wählen hat. Beizuwohnen haben ferner: die

Digitized by Google

beiden Kanzleibeamteten, Rathsschreiber und Landschreiber; jedoch haben beide nur eine berathende Stimme. Er versammelt sich gewöhnlicher Weise acht Tage nach der ordentlichen Landsgemeinde, abwechselnd in Trogen und Herisau.

Die Verrichtungen dieser Behörde bestehen darin, daß sie die neugewählten Rathsglieder und Richter beeidigt, den Präsidenten und die Mitglieder des Ehegerichts, die Präsidenten der Kl. Räthe, den Rathsschreiber, die Examinatoren, Bauherren, den Verwalter des Salzfondes, die Salzfaktoren, die Stabs- und Kompagnie-Offiziere, die Zeugherren, den Standesläufer, die Wegmeister, Fächter, den Scharfrichter und Gleitboten wählt.

Dem zweifachen Landrath liegt ferner ob: für das Beste der Kirche und Schule zu sorgen, die nöthigen Anordnungen zur Anwendung und Vollziehung des eidgenössischen Militärreglements und der dahin einschlagenden Tagsatzungsbeschlüsse zu treffen, sowie auch die erforderlichen polizeilichen und überhaupt solche Verordnungen zu erlassen, die zur Vollziehung der von der Landsgemeinde genehmigten Gesetze, im Sinn und Geist derselben, nothwendig sind. Er beschließt über Steuern und Abgaben, bestellt auch die nöthigen Kommissionen und Verwaltungen für Kirchen-, Schul-, Militär-, Po-

Digitized by Google

lizei-, Sanitätswesen und andere Angelegenheiten; Alles jedoch im Zusammenhang und in Uebereinstimmung mit den Gesetzen des Landes. Nach stattgefundener Beeidigung der neugewählten Rathsglieder und Richter geschehen alle Verhandlungen des zweifachen Landrathes öffentlich.

4. Vom Großen Rath.

Der Gr. Rath besteht aus den zehn Landesbeamteten, beiden Bauherren, dem regierenden Hauptmann jeder Gemeinde, dem Rathsschreiber und Landschreiber; diese beide mit dem gleichen Stimmrecht, wie im zweifachen Landrath. Von Trogen und Herisau sitzen beide Hauptleute, und wenn der Rath in einer andern Gemeinde gehalten wird, auch von dorther. Er versammelt sich, so oft es die Geschäfte erfordern, abwechselnd in Trogen und Herisau; doch hat der regierende Landammann das Recht, ihn einmal des Jahres an seinen Wohnort zu berufen. Die Jahresrechnung wird jährlich einmal, wechselsweise in Trogen und Hundweil, gehalten. Der Gr. Rath sorgt für die Handhabung der Landesgesetze, trifft Verordnungen zur Vollziehung von Tagsatzungs- und Landsgemeindsbeschlüssen und die in das Verwaltungsfach einschlagenden Verfügungen, so weit sie der vollziehenden Gewalt zustehen; er ertheilt die Instruktion

Digitized by Google

auf die Tagsatzung, soll aber, wo es sich um Krieg und Friede, Bündnisse und Verträge handelt, die Genehmigung der Landsgemeinde vorbehalten. Er ernennt den Abgeordneten zur Tagsatzung und sorgt dafür, daß alle Verhandlungen derselben, mit Beziehung auf die dem Abgeordneten mitgegebene Instruktion, dem Volke mitgetheilt werden. Er veranstaltet die Prüfung Derjenigen, die sich um die Stelle des Rathschreibers, Landschreibers, Landweibels und Standesläufers bewerben, wofür sich jeder ehrenfeste Landmann anmelden mag. — Seine Verhandlungen und Beschlüsse soll er durch den Druck bekannt machen.

Der Gr. Rath ist auch die höchste richterliche Behörde; er beurtheilt in letzter Instanz alle Prozesse und Strafsälle, die nach dem Gesetz an ihn gelangen, und richtet über Leben und Tod. Kriminalfälle werden immer in Trogen beurtheilt. In Sachen, worüber einzelne Mitglieder des Gr. Rathes schon richterlich abgesprochen haben, müssen sie abtreten. Gerichtsgebühren sollen keine bezogen und bei Streitigkeiten zwischen Landleuten keine Advokaten zugelassen werden.

5. Vom Ehegericht.

Das Ehegericht besteht aus neun Mitgliedern, sechs weltlichen Beamteten und drei im Lande angestellten

Geistlichen, und wird alljährlich vom zweifachen Landrath erwählt. Die gleiche Behörde ernennt auch aus der Mitte des Gerichts den Präsidenten. Das Prptokoll führt der Landschreiber. Es versammelt sich in der Regel einmal des Jahrs, abwechselnd zu Trogen und Herisau. Ausserordentliche Sitzungen mögen auf Kosten der Parteien stattfinden. Die Pflichten und Befugnisse des Ehegerichts sind in den Ehesatzungen enthalten.

6. Von der Synode.

Die Synode besteht aus den vom zweifachen Landrath in das Ehegericht gewählten sechs weltlichen Beamteten, aus den in unserm Lande angestellten Pfarrern und aus allen Landleuten des geistlichen Standes, welche in die Synode aufgenommen wurden und des Beisitzes noch fähig sind. Sie versammelt sich in der Regel alljährlich einmal, wechselsweise in Trogen und Herisau, und wählt für ein Jahr den Dekan frei aus ihrer Mitte, welcher Geschäftsführer an der Synode ist; ihre weitern Befugnisse werden durch Statuten bestimmt, welche der Genehmigung des zweifachen Landrathes bedürfen.

7. Von den Kl. Räthen.

Die Kl. Räthe bestehen, mit Einschluß des Präsiden-

Digitized by Google

ten, hinter und vor der Sitter aus dreizehn Mitgliedern. Diese werden von den Kirchhören frei aus allen wahlfähigen Einwohnern der Gemeinde gewählt, und zwar

hinter der Sitter:

von Herisau drei, von Urnäsch, Schwellbrunn, Hundweil und Stein aus jeder Gemeinde zwei, von Schönengrund und Waldstatt aus jeder Gemeinde eines, zusammen 13 Mitglieder;

vor der Sitter:

aus jeder der dreizehn Gemeinden, als: Teufen, Bühler, Speicher, Trogen, Rehetobel, Wald, Grub, Heiden, Wolfhalden, Lutzenberg, Walzenhausen, Reute und Gais eines, zusammen dreizehn Mitglieder.

Die Präsidenten der beiden Kleinen Räthe werden vom zweifachen Landrath aus der Mitte derselben ernannt. Ihre Mitglieder können weder im zweifachen Landrath, Gr. Rath, noch in den Gemeindsbehörden sitzen. Der Landschreiber führt das Protokoll; der Landweibel ist Diener des Kl. Rathes vor der Sitter, und der Standesläufer desjenigen hinter der Sitter.

Der Kl. Rath hinter der Sitter versammelt sich in der Regel am ersten Donnerstag jeden Monats abwechselnd zu Urnäsch, Herisau und Hundweil, doch so, daß

Digitized by Google

die Reihe je zum zweiten Mal an Herisau kommt. Der Kl. Rath vor der Sitter wird in der Regel am ersten Dienstag jeden Monats abwechselnd zu Trogen und Heiden gehalten, doch so, daß die Reihe je zweimal an Trogen und einmal an Heiden kommt.

Die Kl. Räthe sind Gerichte zweiter Instanz für Streitigkeiten, Straffälle und andere ihnen durch das Gesetz zugewiesene Gegenstände.

8. Von den Kirchhören.

Die Kirchhören bestehen aus allen stimmfähigen Gemeindsgenossen und Beisaßen; in besondern Fällen aber nur aus den Gemeindsgenossen.

An den gemeinsamen Kirchhören üben die Gemeindsgenossen und Beisaßen gemeinschaftlich ihr Stimm- und Wahlrecht aus. Auch die letztern sind schuldig, sich den auf sie gefallenen Wahlen zu unterziehen.

Diese Kirchhören versammeln sich gewöhnlich des Jahres zweimal, und ausserdem so oft Hauptleut' und Räthe oder eine gleiche Zahl von Ehrenmännern es nöthig finden. Sie haben das Recht, den Pfarrer zu wählen und zu entsetzen. Am ersten Sonntag Mai's wählen, bestätigen, entlassen, setzen oder entsetzen sie Hauptleut' und Räthe, die Mitglieder des zweifachen Landrathes und der Kl. Räthe. Die übrigen Pflegschaften und

Digitized by Google

Aemter werden entweder an dieſer oder an einer ſpätern Kirchhöre beſtellt. Alle dieſe Stellen mögen aus Gemeindsgenoſſen oder Beiſaßen beſetzt werden, jedoch ſoll die Mehrzahl der Vorſteher immer aus Gemeindsbürgern beſtehen. Einer der beiden Hauptleute muß Gemeindsbürger ſein, der andere aber mag frei aus den Gemeindsgenoſſen und Beiſaßen gewählt werden.

Die gemeinſamen Kirchhören beſchließen ferner die Abgaben für Gemeindsbedürfniſſe, an welche die Beiſaßen beitragen müſſen, oder ertheilen den Vorſtehern Vollmacht dazu. Sie beſtimmen diejenigen Beſoldungen und empfangen die Rechnungen derjenigen Gemeindsverwaltungen, an welche die Beiſaßen mitzahlen, und entſcheiden, ob ſie eine Kommiſſion zur Prüfung dieſer Rechnungen ernennen wollen. Sie verfügen endlich über bedeutende Bauten und Errichtung von Anſtalten, deren Koſten nicht von den Gemeindsgenoſſen allein getragen werden.

Hingegen bilden die Gemeindsgenoſſen allein die Kirchhöre zur Beſetzung von Pflegſchaften und Aemtern, bei welchen die Beiſaßen nicht betheiligt ſind. Sie entſcheiden über wichtige Verträge, die von den Vorgeſetzten Namens der Gemeinde geſchloſſen werden; verfügen über Gemeindsgüter, über Kauf und Verkauf von Liegenſchaften, die ausſchließliches Eigenthum der Gemeindsgenoſſen ſind; über bedeutende Bauten und Anſtalten,

Digitized by Google

an welche die Beisaßen nichts beitragen. Die Gemeindsgenossen empfangen ferner die Rechnungen über die ihnen allein zustehenden Verwaltungen, und entscheiden ob sie eine Kommission zur Prüfung der Rechnungen bestellen wollen. Sie beschließen über Ertheilung des Gemeindrechts und überhaupt über Gegenstände, die keine Last für die Beisaßen nach sich ziehen.

Alles, was der einen oder andern Kirchhöre zum Entscheid vorgelegt wird, sollen die Vorgesetzten mit Ausnahme dringender Fälle, acht Tage vorher von den Kanzeln bekannt machen lassen.

9. Hauptleut' und Räthe.

Die Hauptleut' und Räthe sind die Vorgesetzten der Gemeinde, und bestehen wenigstens aus sieben, höchstens aus vierundzwanzig von der Kirchhöre gewählten Mitgliedern. Sie versammeln sich in der Regel alle Monate einmal, und inzwischen, so oft die Geschäfte es nöthig machen. Sie handhaben und vollziehen die Gesetze des Landes und die Verordnungen der obern Behörden, sorgen für das Gedeihen des Schulunterrichts; für die Aufrechthaltung der Sittlichkeit und Ordnung, und sprechen in erster Instanz über alle Prozeßsachen. Sie bestrafen auch polizeiliche und andere Vergehen mit Bußen, die nach dem Gesetz in den Armensekel fallen,

Digitized by Google

und fünf Gulden nicht übersteigen. Von ihnen wird auch die Errichtung der Zedel bewilligt. Sie ernennen die Vögte, besorgen die Gemeinds- und Vogtkindergüter, und führen die Aufsicht über Stiftungen und Anstalten der Gemeinde. Die Besorgung der Vogtkindergüter, so wie derjenigen Gemeindsgüter, Stiftungen und Anstalten, an welche die Beisaßen nichts beitragen, wird entweder von den aus den Gemeindsgenossen gewählten Vorstehern allein übernommen, oder mit den aus den Beisaßen ernannten Vorstehern gemeinschaftlich getragen. Wo die gemeinschaftliche Besorgung verlangt wird, sind die aus den Beisaßen ernannten Vorsteher zur Theilnahme an derselben verpflichtet.

Ueber die Verwaltung sollen die Vorsteher den Kirchhören ausführliche Rechnung ablegen, und für alles ihnen anvertraute Gut der Gemeinde und der Vogtkinder verantwortlich sein.

10. Von den Ehegäumern.

Die Ehegäumer bestehen aus dem Pfarrer des Orts und den beiden Hauptleuten. Sie wachen über gute Sitten und ehrbaren Wandel, über Erfüllung der gegenseitigen Pflichten der Eltern und Kinder, und richten ihr Augenmerk auf Eheleute, die wegen Streitigkeiten abgesondert wohnen. Ihnen steht in erster Instanz die

Digitized by Google

Beurtheilung der Ehehändel und streitigen Eheversprechungen zu; sie untersuchen die Vaterschaftsklagen, Unzuchtsfälle und andere ihnen durch die Gesetze zugewiesene Gegenstände, und leiten die Fehlbaren dem Strafamt ein.

11. Ueber Verwandtschaftsgrade in Gericht und Rath.

Im Kl. Rath und in den Gemeindsbehörden mögen nicht zugleich sitzen Vater und Sohn und Brüder. Wenn in zwei Gemeinden Vater und Sohn oder zwei Brüder zu Mitgliedern des Kl. Raths ernennt würden, so soll die größere Gemeinde einen andern wählen, Hauptleute und Gemeindsschreiber sollen nicht durch einander Geschwisterkind oder nähere Blutsverwandte, auch keine Schwäger und nicht Schwiegervater und Tochtermann sein. Die Stelle des Hauptmanns und Gemeindsschreibers darf nicht der nämlichen Person übertragen werden.

12. Von der Kirche und Schule.

Die evangelisch-reformirte Religion ist die Religion des Landes. Allen Einwohnern desselben wird der fleißige Besuch der Kirche und des Abendmahls, sowie überhaupt die würdige Feier der Sonn- und Festtage nachdrucksamst empfohlen. Es sollen zu dem Ende an die-

Digitized by Google

sen Tagen alle diejenigen Geschäfte unterlassen werden, wodurch die Erbauung gehindert und der Gottesdienst gestört werden könnte. Den Geistlichen liegt besonders ob, die Kinder in der Religion Jesu, nach dem Sinn und Geist derselben, gehörig zu unterrichten, und sie zu einem würdigen Genuß des heiligen Abendmahls vorzubereiten. Ueberhaupt sind sie verpflichtet, auf Sittlichkeit und Religiosität des Volkes, auf und neben der Kanzel, nach Kräften hinzuwirken, wobei sie von der Obrigkeit bestens geschützt werden sollen.

In der Pflicht des Volkes und der von ihm gewählten Obrigkeit liegt auch die Sorge für den Schulunterricht. Durch denselben sollen die Kinder zu guten Christen und nützlichen Bürgern des Vaterlandes erzogen werden. Es sind demnach die Eltern, Vormünder und andere, denen die Jugend anbefohlen ist, schuldig, dieselbe zum fleißigen Besuch der Schule anzuhalten, worüber Geistliche und Vorgesetzte genaue Aufsicht führen sollen.

Weil aber das Gedeihen der Kirche und Schule vorzüglich von der Tüchtigkeit der Pfarrer und Schulmeister abhängt, so soll keiner derselben ohne eine obrigkeitliche Bescheinigung der Tüchtigkeit und Wahlfähigkeit das Predigt- oder Schulamt antreten mögen.

Digitized by Google

13. Gleichheit der Rechte.

Alle Landleute genießen den gleichen Schutz der Gesetze, und, mit Ausnahme der im Gesetz bestimmten Fälle, auch gleiche Rechte.

14. Freiheit des Worts und der Schrift.

Jedem Landmann steht frei, seine Gedanken mündlich, schriftlich oder gedruckt bekannt zu machen; jedoch ist er für den Mißbrauch dieses Rechts nach dem Gesetz verantwortlich.

15. Petitionsrecht.

Das Recht, Wünsche und Begehren an die Landesobrigkeit und die Gemeindsbehörden zu richten, ist gewährleistet.

16. Sicherheit des Eigenthums.

Die Sicherheit und Unverletzbarkeit des Eigenthums ist gewährleistet. Für Abtretungen, die zum Besten des Landes oder einer Gemeinde gefordert werden, ist angemessene Entschädigung zu leisten.

17. Gewerbsfreiheit.

Jedem Landmann ist nach den gesetzlichen Bestimmungen die Gewerbsfreiheit zugesichert.

Digitized by Google

18. Steuerpflichtigkeit.

Alle Einwohner des Kantons sollen nach ihrem Vermögen und in möglichst gleichem Verhältniß zu den Landeskosten beitragen.

19. Militärpflicht.

Jeder Landmann und jeder im Lande angesessene Schweizer ist nach den gesetzlichen Bestimmungen zum eidg. Militärdienst verpflichtet.

20. Versorgung der Armen.

Eine jede Gemeinde hat ihre armen Angehörigen, sie mögen in oder außer derselben wohnen, selbst zu versorgen.

21. Von Erlangung des Landrechts.

Wer das Landrecht erwerben will, muß fünf Jahre lang im Lande gewohnt haben, die Entlassung von seinem frühern Bürgerrecht urkundlich nachweisen, und die Versicherung geben können, daß, im Fall er von der Landsgemeinde zu einem Landmann angenommen werde, er auch ein Gemeindrecht im Lande habe. Hat ein solcher diese Bedingungen erfüllt, so hat ihn der Gr. Rath an die Landesgemeinde zu weisen, wo er dann selbst auf den Stuhl

Digitized by Google

treten soll, sein Gesuch aber durch den Hauptmann der betreffenden Gemeinde vortragen lassen mag. Die Einkaufssumme, welche in den Landseckel fällt, beträgt höchstens sechshundert Gulden, und wenn die Mutter desjenigen, der sich um das Landrecht bewirbt, eine Landesangehörige gewesen ist, höchstens dreihundert Gulden. Sobald er angenommen ist, ist er gleich andern Landleuten, stimm- und wahlfähig. Ein Gemeindrecht ohne ein Landrecht ist ungültig.

22. Von Abänderung der Verfassung.

Vorstehende Verfassungsartikel sollen gelten, so lange es der Landsgemeinde gefällt. Abänderungen vorzuschlagen, dazu hat die Obrigkeit und jeder Landmann zu allen Zeiten das Recht. Alsdann gelangt der Antrag, auf die im Art. 2 der Verfassung angegebene Weise, vor die Landsgemeinde, und kann von ihr angenommen oder verworfen werden.

Vorstehende Verfassung des Kantons Appenzell der äussern Rhoden wurde von der ausserordentlichen Landsgemeinde in Trogen, den 31. August 1834 angenommen.

Digitized by Google

Verfassung
des
eidg. Standes Graubünden.

Standesverfassung.

Wir Präsident und Gr. Rath des souveränen eidsgenössischen Standes Graubünden urkunden anmit: daß, nachdem die Verfassung desselben bereits durch den am 11. November 1814 von der damaligen obersten Standesbehörde genommenen Beschluß festgesetzt, auch von den Räthen und Gemeinden, als der obersten Staatsgewalt unsers Freistaats, genehmigt und bestätigt worden ist, wir dieselbe mit den auf verfassungsmäßigem Wege erhaltenen nähern Bestimmungen in unserer heutigen Sitzung für vollkommen berichtigt und geschlossen erklärt, und demnach beschlossen haben, diese Standesverfassung, so wie sie hier folgt, in das eidsgenössische Archiv niederlegen zu lassen:

1) Der Freistaat Graubünden bildet zufolge der Bundesakte einen souveränen Mitstand der schweizerischen Eidsgenossenschaft.

2) Die Souveränität desselben beruht auf der Ge-

sammtheit der Räthe und Gemeinden, und äussert sich durch die Mehrheit ihrer gesetzmäßig eingeholten und aufgenommenen Willensmeinungen oder Gemeindsmehren.

Eintheilung und Grenzen.

3) Derselbe ist in drei Bünde, und diese in politischer Rücksicht wieder in Hochgerichte und Gerichte eingetheilt, welche mit Vorbehalt desjenigen, was in den Art. 5 und 15 bestimmt ist, in denjenigen Grenzen verbleiben, in welchen sie sich am 20. Dez 1813 befunden haben. In Rücksicht auf die Milizeinrichtung ist derselbe, wie bisher, in neun Kreise eingetheilt.

Befugnisse der Hochgerichte und Gerichte.

4) Die Hochgerichte und Gerichte erwählen ihre Vorsteher und Obrigkeiten, durch welche die niedere Polizei und ihr Justiz- und Gemeindswesen verwaltet wird; sie sind befugt, die dahin einschlagenden Ordnungen festzusetzen, welche jedoch den allgemeinen Kantonsgesetzen der dem Eigenthumsrecht eines Dritten nie zuwider sein dürfen. Sie ernennen frei aus allen Bürgern ihres Gerichts oder Hochgerichts ihre Mitglieder zum Gr. Rathe, und ertheilen ihnen die nöthigen Vollmach-

Digitized by Google

ten.*) Sie haben das Recht, über die von den Landesbehörden ihnen vorgelegten bürgerlichen Gesetze, Staatsverträge und Bündnisse zu berathschlagen, und solche anzunehmen oder zu verwerfen.

---

*) Als nähere Bestimmung dieses Artikels ward in der Sitzung des Gr. Rathes vom Jahr 1820 beschlossen: es müsse der als Deputirter eines Gerichts oder Hochgerichts zum Gr. Rath Gewählte Bundsmann, d. i. Bürger des gleichen Bundes, sein, um als Deputirter für jenes Gericht oder Hochgericht beim Gr. Rath einsitzen zu können.

**) Durch Standesmehren ist das nachfolgende, am 24. Nov. 1814 vorgeschlagene Gesetz über Repräsentanz und Lastenvertheilung angenommen, und im Juni 1815 von dem Gr. Rath als in Kraft bestehend erklärt worden:

1. Bei allen Abstimmungen, sowohl auf den Gemeinden als im Gr. Rathe, wird hinfüro folgendes Verhältniß der Stimmgebung oder Repräsentanz statthaben:

Das Hochgericht Disentis hat Stimmen	4
Lungueß	3
Ilanz und Grub mit Tenna und Schleuis sammt dem Gericht Laax und Seewis	4
Obersaxen und Waltensburg ohne Laax und Seewis	2
Transport	13

5) Es steht jedem Gericht und jedem unter Einem Stab stehenden Hochgerichte frei, mit Zustimmung von drei Viertheilen aller dasselbe bildenden Theile Abänderungen in seiner Verfassung vorzunehmen, welche jedoch der Verfassung und den Gesetzen des Kantons nicht zuwider sein dürfen, und in dieser Rücksicht dem Gr. Rathe vorzulegen sind.

		Transport	13
	Im Boden		4
	Heinzenberg		3
	Schams und Rheinwald		3
	Misox		4
			27
Das Hochgericht	Chur		3
	Bergell		2
	Oberhalbstein		2
	Oberengadin		3
	Fürstenau und Ortenstein		2
	Greifenstein		2
	Unterengadin		4
	Fünf Dörfer		2
	Puschlav		2
	Stalla, Avers, Remüs und Schleins		2
	Münsterthal		1
			25

Digitized by Google

Wo einzelne Gerichte sich in einem Hochgerichte befinden, können Sie sich unter Eine gemeinschaftliche Obrigkeit vereinigen, wenn in jedem der zu vereinigenden Gerichte dessen gesetzmäßige Mehrheit dafür stimmt.

In beiden obgenannten Fällen bleibt der sich beschwert glaubenden Minderheit der Rekurs an den Gr. Rath vorbehalten, welcher über ihre Anstände eidlich abspricht.

Das Hochgericht	Davos	2
	Klosters	2
	Kastells	2
	Schiersch und Seewis	2
	Mayenfeld	2
	Bellfort	2
	Schaufigg und Langwies	1
		13

Insgesammt: Stimmen 65

2. Alle Geldleistungen zur Bestreitung von Kantonslasten werden auf diese Hochgerichtsstimmen vertheilt, jedoch mit dem Vorbehalt, durch etwaige nähere Bestimmungen den ungleichen Wohlstand der verschiedenen Gegenden dabei einigermaßen zu berücksichtigen.

(Die Art. 3 und 4 waren nur transitorisch.)

5. Die Unterabtheilung der Stimmen in jedem Hochgericht bleibt dem Einverständnisse seiner einzelnen Bestandtheile, und

Digitized by Google

In keinem Fall kann ein dermalen bestehendes ganzes Gericht oder Hochgericht in kleinere politische oder Justizbezirke zerstückelt werden.

6) In den Hochgerichten und Gerichten, welche in den frühern Zeiten eine auf Vorrechte und Feudaleinrichtungen gegründete Verfassung hatten, oder in welchen Verhältnisse zwischen beiden Religionstheilen festgesetzt waren, verbleibt es in dieser Hinsicht bei derjenigen Ordnung, welche am 20. Dez. 1813 eingeführt war.

---

in Ermanglung eines solchen, und auf erhobene Beschwerde, dem Entscheid des Gr. Rathes anheimgestellt. Dabei wird festgesetzt, daß keine Gemeinde von allem Antheil an der Repräsentanz ihres Hochgerichts ausgeschlossen bleiben, aber auch keine Bevölkerung von minder als der Hälfte der Normalzahl eine eigene Stimme besitzen könne.

6. Einverständnisse zwischen Theilen verschiedener Hochgerichte die sich zu gemeinschaftlicher Repräsentanz verbinden wollen, können mit Bewilligung aller dabei betroffenen Theile auf Genehmigung des Gr. Raths und unter der Voraussetzung geschlossen werden, daß niemals für minder als die Hälfte der erforderlichen Seelenzahl eine eigene Stimme bestellt werden könne.

7. Die nach obigen Grundsätzen und Angaben getroffene Stimmenabtheilung soll, sammt der darin verbundenen Lastenvertheilung, zwanzig Jahre lang unabgeändert fortbestehen, nach deren Verlauf jeder derjenigen Theile, der sich nach Maßgabe seiner Bevölkerung beeinträchtigt glaubt, seine Ansprüche

Digitized by Google

Oberbehörden und deren Befugnisse.

1. Großer Rath.

7) Der Gr. Rath besteht dermalen aus fünfundsechszig stimmgebenden Mitgliedern, welche wenigstens ein Jahr im Amt bleiben, und bei ihrem Austritt wieder wählbar sind. Die Mitgleider des Kl. Raths wohnen den Sizzungen desselben mit rathgebender Stimme bei.*)

8) Der Gr. Rath bildet in Verwaltungs- und Landes-Polizei-Angelegenheiten die oberste Behörde, und die berathschlagende über die bürgerlichen Gesetze, Staatsverträge und Bündnisse, die den Gemeinden zur Sanktion vorzulegen sind. Er wählt die Beamten des Standes, dessen Abgeordnete und Stellvertreter, und beeidigt und instruirt dieselben, wo es erforderlich ist. Er läßt sich alljährlich von dem Kl. Rath und der Standeskommission Rechenschaft über ihre Amtsführung und die Verwaltung der Finanzen ablegen, wovon er auch

---

dem Gr. Rathe vortragen, und auf eine Berichtigung seines Antheils antragen mag, welche aber in jedem Fall nur auf Genehmigung der ehrs. Räthe und Gemeinden bewilligt werden kann.

*) Die Geschäftsordnung des Gr. Raths ward am 29. Juni 1816 beschlossen.

Digitized by Google

den Gemeinden Kenntniß zu geben hat. Er bestimmt und vertheilt nach einem gesetzlich aufzustellenden Maßstabe den Betrag der öffentlichen Beiträge an die Kantonskasse, wenn die Einnahmen die Ausgaben nicht decken sollten; aber neue Erhöhungen der Standesgefälle kann er nicht ohne Genehmigung der Räthe und Gemeinden einführen. Er klassizirt die Mehrheit der Gemeinden entweder selbst, oder durch die von ihm niedergesetzten Kommissionen. Er wacht über die Vollziehung der Beschlüsse der eidsgenössischen Oberbehörden. In Streitigkeiten zwischen Gemeinden über ihre politischen Verhältnisse spricht er als alleiniger Richter eidlich und endlich ab.

9. Der Gr. Rath versammelt sich regelmäßig im Anfang des Brachmonats, und ausserordentlich, so oft der Kl. Rath ihn einzuberufen für nothwendig findet. Er wählt einen Präsidenten und Vizepräsidenten frei aus der ganzen Versammlung. Vor der Stimmenaufnahme hat eine Diskussion statt. Das Protokoll wird deutsch und zwar von demjenigen Sekretär der Regierungskanzlei geführt, welchen die Sitzung bestimmen wird.

20. Der Gr. Rath bestellt jedes Jahr eine Standeskommission von neun Mitgliedern, von welchen die ganze Sitzung drei aus den Bürgern eines jeden Bundes frei erwählt; diese werden nebst den Bundesstatthaltern

Digitized by Google

zur Mitberathung und Erledigung der wichtigern Regierungsgeschäfte einberufen. Dieselbe versammelt sich regelmäßig unmittelbar vor der Einberufung des Gr. Raths zur Vorberathung der demselben vorzulegenden Geschäfte und zur Beurtheilung allfälliger Rekurse. Sie muß einberufen werden, wenn Mahnungen zu Hilfleistungen oder zu militärischen Aufgeboten von eidsgenössischen Behörden oder Kantonen an die Regierung gelangen; in allen Fällen, wo die Ruhe des Kantons oder der Schweiz von Innen oder von Aussen bedroht wird; und überhaupt bei wichtigen und dringenden Umständen, wo der Gr. Rath nicht sogleich versammelt werden kann, und allenfalls wenn nur eins der Mitglieder des Kl. Raths ihre Versammlung verlangt. Sie ist dem Gr. Rathe Rechenschaft von ihren Verhandlungen schuldig (Art. 8).

5. Kleiner Rath.

11. Die täglichen Regierungsgeschäfte sind einem Kl. Rathe von drei Mitgliedern übertragen. Dieselben werden alljährlich, je eins aus jedem Bund, frei aus allen Bürgern desselben durch die abstimmenden Mitglieder des ordentlichen Gr. Raths in gemeinschaftlicher Sizzung gewählt. Sie bleiben ein Jahr im Amt, und sind im zweiten wieder wählbar, können aber jedesmal nicht

Digitized by Google

länger als zwei nach einander folgende Jahre diese Stelle bekleiden. Sie können nicht zu gleicher Zeit miteinander austreten; ein Beschluß des Gr. Rathes wird darüber das Angemessene festsetzen.

12. Dem Kl. Rath ist die Vollziehung aller vom Gr. Rath oder von den eidsgenössischen Oberbehörden ergangenen Beschlüsse übertragen. Er besorgt die Verwaltung des Kantonsvermögens an Liegenschaften, Gefällen, Zöllen und Straßengeldern. Er hat die Aufsicht über die Landespolizei, über die Erhaltung der Straßen, und über die Aufnahme des Handlungswesens, immer mit billiger Rücksicht auf die Kommerzialstraßen im Kanton; endlich über das Schulwesen, nach den jeweiligen Verfügungen des Gr. Rathes, und insofern es nicht von den besondern kirchlichen Einrichtungen abhängt. Er führt die seiner Stelle obliegende Korrespondenz mit den eidsgenössischen und andern auswärtigen Behörden. Von ihm ergehen, wenn der Gr. Rath nicht versammelt ist, die nöthigen Erlasse an die Räthe und Gemeinden. Er bestimmt in Streitigkeiten zwischen Partikularen oder Gemeinden gegen Gemeinden oder Korporationen den Richter, wenn im Hochgericht oder Gericht kein unpartheiischer Richter zu finden wäre, und zwar durch Anweisung dreier nahe gele-

Digitized by Google

genen Gerichte, wovon jede Part eins ausschlägt und und das dritte aburtheilt. Er übt die Aufsicht über den Rechtsgang der Zivilrechtspflege; das Gesetz bestimmt seine Befugnisse in dieser Hinsicht. Ueber seine deshalb ergehenden Beschlüsse kann an die Standeskommission rekurrirt werden, welche darüber eidlich und endlich abspricht. *) Ihm kommt laut Art. 19 auch die Aufsicht über die Kriminalrechtspflege zu. Er hat die Obliegenheit, wenn bei ihm Klagen über die Nichtvollziehung von Zivil- oder Kriminalurtheilen einkommen, nach Berathung mit der Standeskommission deren Vollziehung zu veranstalten, und wenn die betreffende Obrigkeit nach zweimaliger Aufforderung solche nicht vollzogen hat, sie selbst vollziehen zu lassen.

13. Die Bundesstatthalter sind auf gleiche Weise und zu gleicher Zeit mit den Mitgliedern des Kl. Raths zu wählen und zu beeidigen; sie sind ihrer Stelle nach Mitglieder der Standeskommission. In Fällen, wo ein Mitglied des Kl. Raths auf längere Zeit abwesend sein muß, hat derselbe den Bundesstatthalter auf dem gleichen Bunde einzuberufen.

---

*) Ueber die Behandlung dieser Rekurse hat der Gr. Rath im Juni 1816 bestimmtere Vorschriften ertheilt.

Digitized by Google

14. Die Kanzlei der Regierung wird von ihm mit möglichster Ersparniß ernannt.

Justizeinrichtung und Tribunale.

15. Die Justizeinrichtungen in den Hochgerichten und Gerichten bleiben in dem Bestand, wie sie den 20. Dez. 1813 festgesetzt waren, jedoch mit Berücksichtigung der Art. 5, 16 und 17 dieser Verfassung. Dem zufolge bleibt Haldenstein dem Hochgericht der fünf Dörfer einverleibt, und die Gemeinde Tarasp in denselbigen Einrichtungen und Verhältnissen zu dem Gericht Obtasna, wie solche in dem erwähnten Zeitpunkte festgesetzt waren.

Die endliche Festsetzung der Justiz- und Polizeiverwaltung auf dem fürstbischöflichen Hofe bleibt vorbehalten.

16. Es sollen in den Gerichten und Gemeinden Vermittlungsämter aufgestellt werden, mit einer gewissen Kompetenz zur inappellabeln Entscheidung. Dem Gesetze bleiben die nähern Bestimmungen vorbehalten. *)

---

*) Das Gesetz über Aufstellung der Gerichtsausschüsse zur inappellabeln Entscheidung über Rechtsfälle von geringerm Belang ist im Juni 1816 erlassen worden.

Digitized by Google

17. Die Verfassung stellt ein Kantons-Appellationsgericht für Zivilstreitigkeiten, aus neun Mitgliedern bestehend, auf; diese werden von der Versammlung der abstimmenden Mitglieder des Gr. Raths zu gleichen Sätzen aus jedem Bunde erwählt. Das Gesetz wird die Einrichtung dieses Tribunals und seine Kompetenz bestimmen, welche jedoch für Gegenstände von benanntem Werthe nicht unter tausend Gulden Bündnerwährung gesetzt werden kann. *)

18. Die Hochgerichte jedes Bundes können durch Einverständniß unter sich ein oder mehrere Appellationstribunale für Streitigkeiten von geringerm Werth in demselben aufstellen, deren Organisation aber dem Gr. Rathe zur Genehmigung vorgelegt werden muß.

19. Die Verfassung ertheilt dem Kl. Rathe die Oberaufsicht über das Kriminal-Justizwesen; das Gesetz bestimmt die nähere Einrichtung desselben.

20. Dem Kantonsgericht ist die Untersuchung und definitive Aburtheilung über Staatsverbrechen und Auf-

---

*) Dieses Gesetz ist im Gr. Rathe vom Juni 1817 als durch Standesmehren angenommen erklärt worden. Die Ober-Appellationsgerichtsordnung ward am 28. Juni 1816 erlassen.

Digitized by Google

ruhr gegen die Standesbehörden oder ihre Angestellten übertragen. Es verwandelt sich in solchen Fällen in ein Kriminalgericht, dessen Einrichtungen und Befugnisse das Gesetz näher bestimmt.

21. Das gegen Landstreicher und Gauner aufgestellte Kantons-Kriminaltribunal wird beibehalten.

22. In Rechtsansprachen gegen den Kanton soll der Ansprecher sowohl, als die Regierung, jeder Theil wenigstens zwei Schiedsrichter, welche ihrer Eide gegen den Stand entlassen werden, ernennen; sollten sich diese in ihrem Spruche und auch über die Wahl des Obmanns vereinigen können, so soll die eidsgenössische Tagsatzung, wenn sie versammelt ist, und in der Ermanglung dessen das Vorort der Schweiz, ersucht werden, einen Obmann ausser dem Kanton zu ernennen. Dieses Gericht spricht nach fruchtlosem Versuch der Güte, eidlich und endlich ab.

Bürgerrecht und Pflichten.

23. Das Aktivbürgerrecht in Stimmen und Mehren über Landessachen fängt mit dem Eintritt in das siebenzehnte Jahr des Alters an, und wird nur an demjenigen Orte ausgeübt, wo ein jeder anerkannter Gerichts-

Digitized by Google

und Gemeindsbürger ist. Um fähig zu sein, in Standesbehörden gewählt zu werden, wird der Eintritt in das einundzwanzigste Lebensjahr erfordert; das Recht zu stimmen und mehren, sowohl als jenes, Standesämter zu bekleiden, kann zu gleicher Zeit nur in einer Gemeinde ausgeübt werden.

Das politische und ökonomische Bürgerrecht kann einem Gemeindsgenossen nur durch Urthel und Recht, und zwar nur der Person des Schuldigen, nicht aber seinen Nachkommen, das Heimathrecht in seiner Gemeinde aber in keinem Fall entzogen werden.

24. Jeder Einwohner ist an dem Orte, wo er ansäßig ist, von dem Eintritt in das siebenzehnte bis nach zurückgelegtem sechszigsten Lebensjahr milizpflichtig. Dem Gesetze ist es vorbehalten, diese Dienstpflichtigkeit, ihre Abstufungen und die Einrichtungen der Milizen überhaupt näher zu bestimmen.

25. Die Kantonsbürger können sich unter den vom Kanton aufgestellten gesetzlichen Bedingungen aller Orten im ganzen Kanton frei niederlassen. *) Der freie An-

*) Die allgemeine Niederlassungsordnung ist im Jahr 1814 erlassen worden.

kauf von Liegenschaften, der freie Verkehr und die Ausübung ihrer Industrie, welche letztere jedoch der Gesundheitspolizei und den Einschränkungen der vom Kanton aufgestellten Gewerbsordnung unterworfen bleibt, ist ihnen ebenfalls im Umfang des ganzen Kantons zugesichert. Gegen andere Eidsgenossen ist das Gegenrecht aufgestellt; in Betreff von Ausländern wird das Gesetz verfügen.

26. Das Lokations- und jedes andere Zugrecht, mit Ausnahme des Kaufzugrechts für Verwandte, Mitbelehnte und Miteigenthümer, bleibt aufgehoben.

Allgemeine Verfügungen.

27. Das reformirte und das römisch-katholische Glaubensbekenntniß werden als Religionen des Standes anerkannt, und beiden die freie Religionsübung zugesichert.

28. Bei allen Standesämtern, Kommissionen und Deputationen sollen zwei Drittheile der Stellen mit reformirten und ein Drittheil mit katholischen Kantonsbürgern besetzt werden.

29. Die Loskäuflichkeit von Zehnten, Bodenzinsen und von jeder Art Feudallasten bleibt zugesichert; jedoch können die zu Gunsten frommer Stiftungen und Kor-

Digitized by Google

porationen bestehenden Bodenzinse, Zehnten und ähnlichen Beschwerden zwar mit Einwilligung derjenigen (geistlichen oder weltlichen) Behörde, welche darüber von Rechtswegen zu verfügen hat, unter den mit ihr einzuverstehenden Bedingungen losgekauft, niemals aber die Besitzer wider ihren Willen von Seiten der Zins- oder Zehntpflichtigen zu solchen Loskäufen angehalten werden.

Ueber die Auskäuflichkeit der Weidrechte auf Privatgütern wird das Gesetz das Nähere festsetzen.

30. Alle Verordnungen des Gr. Rathes, und die von den Räthen und Gemeinden bisher genehmigten Landesgesetze bleiben einstweilen in Kräften, insofern sie der gegenwärtigen Verfassung des Standes und der Eidsgenossenschaft nicht zuwider sind.

Der Gr. Rath wird ihre Revision in dieser Beziehung ordnen.

31. Die von den Standesbehörden zu entwerfenden gleichförmigen bürgerlichen und Kriminalgesetze sollen binnen den nächsten drei Jahren berathen, und den ehrsamen Räthen und Gemeinden zur Genehmigung vorgelegt werden.

32. Ein Gesetz oder ein Beschluß des Gr. Rathes kann nur dann abgeändert werden, wenn von dem

Digitized by Google

Zeitpunkt des Antrags an ein Jahr verflossen, oder wenn zwei Drittheile der Mitglieder des Gr. Rathes die Dringlichkeit der Abänderung erkannt haben, und nachdem der Antrag von der Standeskommission reiflich erdauert worden ist. Alle Gesetzesabänderungen können nur mit Genehmigung der ehrsamen Räthe und Gemeinden statthaben.

33. Die Siegel der Oberbehörden des Standes enthalten, wie bisher, die Wappen der drei Bünde. Das größere oder eigentliche Standessiegel dient dem Gr. und das kleinere oder Regierungssiegel dem Kl. Rathe, welcher beide in Verwahrung hält, zu ihren Ausfertigungen.

34. Der obersten Gewalt der Räthe und Gemeinden bleibt es vorbehalten, die gegenwärtige Verfassung zu bessern, erläutern, mindern und mehren. Wenn der Gr. Rath einen diesfälligen Antrag vorläufig zugelassen hat, so soll er bis zur nächstfolgenden ordentlichen Versammlung desselben von der Standeskommission erdauert, dem Gr. Rathe mit ihrem Gutachten vorgelegt, und falls dieser ihn gutheißt, auf die Gemeinden ausgeschrieben werden; jede Abänderung kann aber nur mit einer Mehrheit von zwei Drittheilen der Gemeindsstimmen als gültig anerkannt werden.

Digitized by Google

Zur Bekräftigung haben wir gegenwärtige Verfassungsurkunde mit unserm großen Standessiegel und mit den Unterschriften unsers Präsidenten und Kanzleidirektors verwahren und ausfertigen lassen.

Gegeben in Chur in unserer Sitzung v. 19. Juni 1820.

Der Präsident:

(L. S) Johann Friedrich v. Tscharner.

Namens des Gr. Raths:

Der Kanzleidirektor, C. C. Wredow.

Digitized by Google

Verfassung
des
Kantons Schaffhausen.

Allgemeine Grundsätze.

§. 1. Der Kanton Schaffhausen bildet einen Bestandtheil der schweizerischen Eidsgenossenschaft.

§. 2. Die evangelisch-reformirte Religion ist die herrschende im Kanton. Der paritätischen Gemeinde Ramsen sind ihre bisherigen Religionsverhältnisse gewährleistet.

§. 3. Die Souveränität beruht auf der Gesammtheit der Aktivbürger, und wird durch dieselben in verfassungsmäßigen Versammlungen ausgeübt:

a) Dadurch, daß die Kantonsverfassung, so wie jede Abänderung derselben, ihrer Genehmigung oder Verwerfung unterlegt werden muß.

b) Durch Erwählung ihrer Stellvertreter in den Gr. Rath.

c) Durch Erwählung eines Verfassungsrathes, im

Fall, daß nach §. 81 die Revision der Verfassung durch einen solchen zu bewerkstelligen wäre.

§. 4. Alle Bürger des Kantons sind vor dem Gesetze gleich, und haben, so weit sie die durch das Gesetz vorgeschriebenen Eigenschaften besitzen, Zutritt zu allen öffentlichen Aemtern und Stellen; es findet demnach kein Vorrecht des Orts, der Korporationen, der Geburt, der Personen oder der Familien statt.

§. 5. Die persönliche Freiheit ist gewährleistet; kein Angeklagter darf dem ordentlichen Richter, welchen das Gesetz anweist, entzogen werden. Ein Verhafteter ist binnen zweimal 24 Stunden dem ersten Verhör zu unterwerfen.

§. 6. Das Eigenthum ist unverletzlich, und kann nur in Fällen, in denen der allgemeine Nutzen des Kantons oder einer Gemeinde solches nothwendig erfordert, in Anspruch genommen werden. Wenn wegen der Entschädigung kein gütliches Uebereinkommniß stattfinden kann, so soll durch einen zivilrichterlichen Ausspruch über die Nothwendigkeit der Abtretung des Eigenthums und das Maaß der dem Eigenthümer zu leistenden Entschädigung entschieden werden.

§. 7. Die Verfassung gewährleistet die Freiheit der Presse. Das Gesetz bestimmt die Bestrafung des Miß-

Digitized by Google

brauches derselben, und bezeichnet das in solchen Fällen zu beobachtende Verfahren.

§. 8. Sie gewährleistet ferner jedem Bürger, jeder Gemeinde, oder von dem Staate anerkannten Korporation das freie Petitionsrecht an den Kl. und Gr. Rath.

§. 9. Das Gesetz trifft für den öffentlichen Unterricht jede nothwendige Anordnung. Die Sorge für dessen Begünstigung und Vervollkommnung ist Pflicht der Bürger und ihrer Stellvertreter.

§. 10. Die Verfassung gewährleistet die Fortdauer der Befugniß, nach gesetzlicher Vorschrift Zehenden und Grundzinse loszukaufen.

Liegenschaften können mit unloskäuflichen Beschwerden weder belegt sein, noch belegt werden.

§. 11. Die Vertheidigung des Vaterlandes ist allgemeine Bürgerpflicht, daher soll jeder Bürger des Kantons und jeder in demselben wohnende Schweizerbürger, der die gesetzlichen Eigenschaften besitzt, Militärdienste leisten.

Militärkapitulationen mit auswärtigen Staaten sind nicht weiter zulässig.

§. 12. Die Verpflichtung, nach Verhältniß des Ver-

Digitized by Google

mögens, Einkommens oder des Gewerbes zu den öffentlichen Lasten beizutragen, erstreckt sich auf alle Einwohner des Kantons und auf alles in demselben befindliche Eigenthum.

§. 12. Als steuerpflichtige Einwohner sind solche Fremde nicht zu betrachten, die ihren Aufenthalt nur für unbestimmte Zeit im Kanton gewählt haben, und in demselben weder Grundeigenthum besitzen, noch Gewerbe treiben.

§. 13. Jeder Kantonsbürger kann das Ortsbürgerrecht in jeder andern Gemeinde nach gesetzlicher Vorschrift erwerben, sich gemäß derselben überall haushäblich niederlassen, und jede Art von Beruf oder Gewerb in gleicher Art und Ausdehnung, wie solches den Bürgern der Gemeinde, in welcher er sich ansiedelt, gestattet ist, ungehindert treiben.

§. 14. Da, wo Handwerksinnungen bestehen, bleibt die Aufnahme in dieselben und die Ausübung des Meisterrechts dadurch bedingt, daß ein jeder, der ein Handwerk treiben will, sich über dessen vollständige Erlernung und seine persönliche Fähigkeit, selbiges zu betreiben, auszuweisen hat. Die nähern Bestimmungen hierüber und die Fürsorge, daß die Erlernung eines Handwerks und die Aufnahme in dasselbe nicht durch lästige

Digitized by Google

Gebühren und Förmlichkeiten erschwert, noch die freie Thätigkeit der einzelnen Meister durch enge Schranken gehemmt werde, sind durch das Gesetz ausgemittelt.

Die Meister der Handwerksinnungen werden einander in Hinsicht des Rechtes der Ausübung ihres Berufes gegenseitig gleichgestellt. Das Gesetz bestimmt die Ausführung dieses Grundsatzes und die Art der Anwendung desselben auf einzelne Fälle.

§. 15. Das bisherige System des Erfordernisses obrigkeitlicher Bewilligung zu Errichtung neuer ehehafter Gewerbe, mit Anwendung des Grundsatzes der steten Berücksichtigung der Erfordernisse des Gemeinwohles und des örtlichen Bedürfnisses bleibt in Kraft.

§. 16. Die unmittelbare Ausfuhr der Landeserzeugnisse ist jedem Kantonsbürger gestattet, und kann selbst in Fällen der Theurung gegen die Eidsgenossenschaft nicht erschwert, noch gehemmt werden.

Zum Verkauf an Jahrmärkten ist jeder gleich berechtigt, mit Vorbehalt derjenigen Verfügungen, die als nothwendig gewordene Repressalien im Wege der Reziprozität gegen Nichtkantonsbürger durch die Regierung getroffen werden würden. Zum Verkauf an Viehmärkten hingegen steht nur den Einwohnern des Kantons

die völlig gleiche Berechtigung wie den Bürgern derjenigen Gemeinde zu, in welcher diese Märkte abgehalten werden. *)

Jeder Einwohner des Kantons ist berechtigt, seine Bedürfnisse an Handwerksartikeln gegen Bestellung im Umfange des Kantons von daher zu beziehen, wo er es seinem Vortheil angemessen findet.

Das Nämliche findet statt gegen diejenigen eidgenössischen Stände und das Ausland, wo dem Kanton Schaffhausen das Gegenrecht gehalten wird. Diesfallsige Verträge zu unterhandeln, liegt in den Befugnissen des Kl. Rathes.

---

*) Wenn auch die Tagsatzung von 1835 die Gewährleistung der ihr hiezu vorgelegten Verfassung des Kantons Schaffhausen der §§. 16 und 20 wegen noch aufgeschoben hat, so nehmen wir gleichwohl keinen Anstand, sie dem Ganzen einzureihen. Bei §. 16 machten deswegen mehrere Stände Einwendung, weil dieser §. gegen den Art. 11 des Bundesvertrages, die Freiheit des Verkehrs beschränke, indem sich daraus schließen lasse, daß den Nichtkantonsbürgern der Viehverkauf auf den dortigen Märkten untersagt werden könne. Durch §. 20 (s. folg. S.) glaubten Einige, dem Bürger anderer Kantone das Recht benommen, allfällige Prozesse vor den dortigen Gerichten durch Advokaten führen zu lassen. Auf den Antrag des Abgeordneten von Schaffhausen beschloß die Tag-

§. 17. Kein öffentlicher Beamter darf politische oder militärische Stellen, Titel, Orden, Besoldungen und Pensionen von einer fremden Macht annehmen, ohne vorerst die Bewilligung des Gr. Rathes erhalten zu haben.

§. 18. Diejenigen Landstraßen, auf denen der Staat ein Weggeld zu beziehen berechtiget ist, müssen von demselben auch unterhalten werden. Der gleiche Grundsatz kommt auch bei Anlegung neuer Landstraßen in Anwendung.

§. 19. Die Trennung der vollziehenden und der richterlichen Gewalt ist als Grundsatz angenommen.

§. 20. Die Zulassung von Advokaten bei allen Gerichtsstellen bleibt auch für die Zukunft untersagt.*)

§. 21. Alle durch die Verfassung vorgeschriebenen Ernennungen geschehen durch geheime Wahl, und es wird zur Gültigkeit derselben absolute Stimmenmehrheit erfordert. Bewerbungen für erledigte Stellen sind un-

---

satzung, „von seinen Kommittenten eine Erläuterung der angegriffenen Stellen einzufordern und den Entscheid über die vorgelegte Verfassung zu vertagen, bis die geforderte Interpretation erfolgt sein werde.

*) S. die Anmerkung zu §. 16.

Digitized by Google

terſagt. Wer ſich derſelben für ſich ſelbſt oder für Andere ſchuldig macht, wird für vier Jahre in der Ausübung ſeines Aktivbürgerrechtes ſtillgeſtellt.

Einfache Anmeldungen bei den Präſidenten der Behörden, die zu wählen haben, ſind nicht als Bewerbungen zu betrachten.

§. 22. Bei Abſtimmungen der Beſoldungen aller öffentlichen Beamten und Angeſtellten iſt möglichſte Sparſamkeit als Grundſatz zu beobachten.

§. 23. Von vier zu vier Jahren auf Pfingſten findet eine vollſtändige Erneuerung aller Behörden des Kantons ſtatt, vorausgeſetzt, daß nicht in der Zwiſchenzeit eine Verfaſſungsreviſion ſtattgefunden habe, in welchem Falle die beſtehenden Behörden bis zur nächſten Pfingſten fortzuamten haben.

Die Austretenden können aber wieder neu gewählt werden.

Stimmfähigkeit der Bürger.

§. 24. Jeder Kantonsbürger erlangt das Stimmrecht mit zurückgelegtem zwanzigſten Altersjahre, und übt dasſelbe in derjenigen Gemeinde aus, der er durch ſein Ortsbürgerrecht angehört.

§. 25. Solche, die mehrere Ortsbürgerrechte beſitzen,

Digitized by Google

haben sich bei jeder allgemeinen Erneuerung der obersten Behörden zu erklären, in welcher Gemeinde sie ihr Aktivbürgerrecht bis zur nächsten Regierungserneuerung ausüben wollen.

§. 26. Von dem Stimmrechte und der Wählbarkeit sind ausgeschlossen:

a) Die Almosengenössigen.
b) Die Volljährigen, welche unter Vormundschaft stehen.
c) Die in Kriminalunterſuchung Befindlichen.
d) Die Verauffallten, Falliten und alle Akkordirten.
e) Diejenigen Bürger, welche durch Urtheil und Recht ihres Aktivbürgerrechts verlustig erklärt oder suspendirt worden sind.

Die beiden letztern Klassen jedoch nur insofern, als deren Rehabilitation nicht stattgefunden hat.

§. 27. Eidsgenossen oder Ausländer, die ein Gemeindsbürgerrecht im Kanton um den vollen gesetzlichen Betrag erworben haben, genießen das Stimmrecht gleich den übrigen Bürgern der Gemeinde, welcher sie durch das Ortsbürgerrecht angehören, und es ist ihnen auch die freie Ausübung ihres Gewerbes gestattet.

Eidsgenossen treten sogleich, Ausländer hingegen erst nach Verfluß von fünf Jahren, vom Zeitpunkte der

Digitized by Google

Erwerbung des Bürgerrechts an gerechnet, in den Genuß des vollen Aktivbürgerrechts.

Solche Söhne von Neubürgern, die zur Zeit des Einkaufes ihres Vaters das sechszehnte Altersjahr noch nicht angetreten hatten, sind den gebornen Bürgern des Kantons gleich zu achten. Wären sie hingegen älter, so finden auf sie die nämlichen Bestimmungen ihre Anwendung, wie auf ihre Väter.

Bürger des Kantons, die sich in einer andern Gemeinde einkaufen, sind nach Art. 25 denjenigen gleichzustellen, die doppelte Bürgerrechte besitzen.

Behörden.

A. Großer Rath.

Rechte und Pflichten desselben.

§. 28. Ein Gr. Rath von 78 Mitgliedern übt im Namen des Volks nach Vorschrift der Verfassung die höchste Gewalt aus.

Diese 78 Mitglieder, aus denen der Gr. Rath besteht, werden auf folgende Weise gewählt:

A. Die Stadt Schaffhausen wird in drei Wahlversammlungen eingetheilt, von welchen jede sechs Mitglieder nach freier Wahl aus der Mitte der

Gesammtheit der Aktivbürger des Kantons in den Gr. Rath zu wählen hat.

Jede der zwölf Gesellschaften und Zünfte der Stadt Schaffhausen wird nämlich durch das Loos in drei gleiche Theile getheilt, und alsdann jeder dieser Theile einer der genannten drei Wahlversammlungen einverleibt.

Die nähern Bestimmungen hierüber werden dem Stadtrath von Schaffhausen überlassen.

B. Die Wahlversammlungen der Landschaft wählen zusammen 60 Mitglieder nach freier Wahl aus der Gesammtheit der Aktivbürger des Kantons, und zwar die Wahlversammlung

	Mitglieder.
Schleitheim und Beggingen	9
Unterhallau	7
Behringen, Löhningen und Gundmadingen	6
Neunkirch und Oberhallau	6
Gächlingen und Siblingen	5
Wilchingen, Osterfingen und Trasadingen	5
Dörflingen, Buch, Ramsen und Hemishofen	4
Stein	3
Thäyngen und Barzheim	3
Transport	48

Digitized by Google

Transport	48
Das Kirchspiel Lohn und Herblingen . .	4
Merishausen, Bargen und Hemmenthal .	3
Neuhausen und Buchthalen	2
Rüdlingen und Buchberg	3
	60

§. 29. Jeder stimmfähige Bürger des Kantons, der das 25. Altersjahr zurückgelegt hat, ist fähig, in den Gr. Rath gewählt zu werden.

§. 30. Es können weder Vater und Sohn, noch zwei Brüder zugleich Mitglieder des Gr. Raths sein.

§. 31. Einzelne Stellen sollen innerhalb acht Tagen nach eingetretener Erledigung wieder besetzt werden.

§. 32. Ein von mehrern Wahlversammlungen zu gleicher Zeit in den Gr. Rath gewähltes Mitglied hat sich binnen 24 Stunden nach erhaltener offizieller Anzeige zu erklären, welche der auf ihn gefallenen Wahlen dasselbe anzunehmen Willens ist.

§. 33. Die Zensur der Wahlen in formeller Beziehung wird bei allgemeinen Erneuerungen durch den abtretenden Gr., und bei einzelnen Wahlen durch den Kl. Rath ausgeübt.

Digitized by Google

§. 34. In allen öffentlichen Akten führt der Gr. Rath den Titel:

„Präsident und Gr. Rath
des eidsgenössischen Standes Schaffhausen.“

§. 35. Der Gr. Rath versammelt sich in der Regel jährlich zweimal, und zwar spätestens 14 Tage vor Eröffnung der ordentlichen eidsgenössischen Tagsatzung, und binnen zwei Monaten nach Beendigung derselben.

Bei den Einladungen in die Sitzungen ist den Mitgliedern des Gr. Raths jedesmal von den zu verhandelnden Gegenständen Kenntniß zu geben.

§. 36. Ausserordentlich kann derselbe zusammenberufen werden, wenn der Präsident des Gr. Rathes oder der Kl. Rath eine solche Zusammenberufung nothwendig findet, oder dieselbe von zwanzig Mitgliedern des Gr. Rathes durch eine schriftliche Eingabe, mit Anführung der Gründe, verlangt wird.

§. 37. Dem Gr. Rath steht das ausschließliche Recht der Gesetzgebung und die Oberaufsicht über die Erhaltung und Vollziehung der Verfassung und der Gesetze zu.

a) Er erhält daher vom Kl. Rathe die erforderlichen Vorschläge zu Gesetzen und Beschlüssen, und hat Befugniß, dieselben anzunehmen oder abzuändern,

Digitized by Google

oder an den Kl. Rath zurückzuweisen oder zu verwerfen.

b) Jedes Mitglied hat das Recht, durch Anträge, Gesetze oder Beschlüsse in Vorschlag zu bringen, und es muß darüber abgestimmt werden.

Wenn die Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Gr. Rathes einem solchen Antrage beistimmt, so ist der Kl. Rath verpflichtet, in der nächsten Sitzungsperiode den verlangten Vorschlag vorzulegen.

Sollte der Kl. Rath in dieser Frist dem Begehren nicht entsprechen, und sich über die Gründe der eingetretenen Verzögerung nicht genügend ausweisen, so kann der Gr. Rath einem Ausschusse aus seiner Mitte die Entwerfung eines Beschlußvorschlages übertragen, und dann darüber in der nächsten Sitzungsperiode in Berathung und Schlußnahme eintreten.

c) Er bestimmt die erforderlichen Steuern und Auflagen jeder Art, ihre Erhebungsweise, Vertheilung und Verwendung, und bezeichnet diese namentlich in dem jährlichen Voranschlage.

d) Er bestimmt alle vom Staate abzureichenden Gehalte.

Digitized by Google

e) Die Veräusserungen und der Tausch von Staatsgütern, sowie Geldaufnahmen, die für Rechnung des Staats gemacht werden müssen, können nur mit seiner Bewilligung stattfinden.

f) Oeffentliche neue Bauten und Straßenanlagen können nur durch seine Beschlüsse bewilligt werden.

g) Er übt das Begnadigungsrecht in allen Fällen aus, in denen ein Verbrecher zum Tode verurtheilt worden ist. Die Ausübung dieses Begnadigungsrechtes findet in Abstand der Mitglieder der Behörden, die über den Fall, von dem es sich handelt, gesprochen, statt.

h) Er läßt sich jährlich vom Kl. Rath über die Vollziehung der Gesetze und Beschlüsse, und über den Zustand der öffentlichen Verwaltung, und von dem Appellationsgerichte über den Gang seiner Verrichtungen im Allgemeinen schriftliche Berichte erstatten, prüft dieselben und ertheilt die nöthigen Weisungen.

i) Er läßt sich ferner von dem Kl. Rathe über die Verwaltung des gesammten Staatsvermögens Rechnung ablegen, genehmigt oder verwirft dieselbe, oder erläßt die nöthigen Weisungen an den Kl. Rath.

Digitized by Google

Bei der Berathung der Berichte des Kl. Raths und des Appellationsgerichtes haben die Mitglieder derjenigen Behörden, deren Bericht berathen wird, keine Stimme, und begeben sich, da wo eine geschlossene Sitzung erkannt wird, in den Abstand.

k) Die vom Gr. Rathe genehmigten Staatsrechnungen sollen in ihren Hauptbestandtheilen und in angemessener Form durch den Druck öffentlich bekannt gemacht werden.

l) Der Gr. Rath läßt sich alljährlich in der Spätjahrssitzung über die wahrscheinlichen Ausgaben des künftigen Rechnungsjahres einen annähernden Voranschlag geben und entscheiden darüber. Unvorhergesehene ausserordentliche Ausgaben sollen, ehe sie gemacht werden dürfen, seiner Genehmigung unterworfen werden.

m) Er genehmigt oder verwirft die von dem Kl. Rathe mit andern eidsgenössischen Ständen und auswärtigen Staaten eingeleiteten Verträge.

n) Er empfängt die an ihn gerichteten Bittschriften und Vorstellungen der Bürger unmittelbar, und verfügt darüber.

o) Er ernennt die Abgeordneten zur Tagsatzung, ertheilt denselben die nöthigen Aufträge, und ent-

Digitized by Google

scheidet über die Frage der Zusammenberufung ausserordentlicher Tagsatzungen.

p) Er trifft die verschiedenen durch die Verfassung ihm übertragenen Wahlen; er ernennt ferner die weltlichen Beisitzer des Kirchen- und Schulrathes, den Antistes aus dem dreifachen Vorschlage des Kirchenrathes, sodann die Finanzkommission. Endlich

q) Wählt der Gr. Rath den Staatsschreiber und den Rathsschreiber, welche das oberste Kanzleipersonale des Gr. und des Kl. Rathes bilden, so wie den Archivar.

Dem Gesetze ist vorbehalten, auch die Besetzung anderer Kantonalstellen dem Gr. Rathe zu übertragen.

§. 38. Der Gr. Rath wählt seinen Präsidenten und Vizepräsidenten aus seiner Mitte.

Nach Verfluß der jährlichen Amtsdauer ist jeder derselben für das nächstfolgende Jahr zu der nämlichen Stelle nicht wieder wählbar.

§. 39. Die Verrichtungen der Mitglieder des Gr. Rathes, als solche, sind unentgeldlich.

Die Entschädigungen der Mitglieder des Gr. Rathes

Digitized by Google

bleiben dem Gutbefinden der Wahlversammlungen, die sie gewählt haben, überlassen.

§. 40. Die Verhandlungen des Gr. Rathes sind öffentlich, Fälle ausgenommen, wo eine öffentliche Verhandlung Nachtheil bringen oder Anstoß verursachen könnte, in welchen Fällen eine geheime Sitzung abzuhalten ist.

Während der Vorträge der Partheien und der Eröffnung der Urtheile sind auch die Sitzungen aller Justizbehörden öffentlich, mit Vorbehalt solcher Fälle, die wegen ihres Einflusses auf Anstand und Sittlichkeit eine geheime Sitzung erforderlich machen.

Die Matrimonialfälle sind jedenfalls in geschlossenen Sitzungen zu behandeln.

§. 41. Die Mitglieder des Gr. Rathes, jene des Kl. Rathes mit inbegriffen, nehmen in den Sitzungen ihren Rang und ihre Plätze nach der Bestimmung des Looses ein.

Nur für den Präsidenten und Vizepräsidenten sind besondere Plätze vorbehalten.

Ueber die Form der Berathung wird das Reglement das Nähere festsetzen.

§. 42. Die Gültigkeit eines Beschlusses des Gr. Ra-

Digitized by Google

thes ist durch die Anwesenheit von fündundvierzig Mitgliedern bedingt.

§. 43. Die Wahlversammlungen zu Stadt und Land wählen bei Integralerneuerungen an drei verschiedenen Tagen, so daß zu diesem Zwecke die Versammlungen des Landes hinsichtlich der Wahlepochen in drei Theile getheilt werden, und ebenso die drei Wahlversammlungen der Stadt Schaffhausen zu drei verschiedenen, jedoch schnell auf einander folgenden Zeitpunkten zu wählen haben.

Der abtretende Kl. Rath ist mit der Anordnung dieser Wahltage beauftragt.

§. 44. Die Kanzlei ist verpflichtet, die Mitglieder des Gr. Rathes, welche den Versammlungen ohne zureichende Entschuldigung nicht beigewohnt haben, aufzuzeichnen. Das Verzeichniß derjenigen Mitglieder, welche auf solche Weise während eines Jahres den dritten Theil der Sitzungen versäumten, wird ihren Wahlversammlungen zugestellt, und sind diese bezeichneten Mitglieder einer neuen Wahl zu unterwerfen.

B. Kleiner Rath.

§. 45. Ein Kl. Rath, welcher aus neun Mitgliedern besteht, ist mit Vollziehung der Gesetze und mit der

Digitized by Google

Staatsverwaltung beauftragt. Er entwirft die Standesinstruktionen auf die ordentlichen und ausserordentlichen Tagsatzungen, und die Gesetzesvorschläge, die er nothwendig erachtet, oder deren Vorlegung ihm von dem Gr. Rathe aufgetragen worden.

Dem Kl. Rathe liegt die Führung sämmtlicher Regierungsgeschäfte ob. Er besorgt die innern und äussern Angelegenheiten, wacht über die Erhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit; beaufsichtigt und leitet die Polizei und alle Zweige der Verwaltung, und erläßt innerhalb der verfassungsmäßigen und gesetzlichen Schranken die zur Erfüllung seiner Obliegenheit nothwendigen Verordnungen.

Nach Art. 37, Lit. a und i der Verfassung. legt er dem Gr. Rathe jährlich Rechenschaft ab, und ist demselben für seine ganze Verwaltung verantwortlich.

Für den Kl. Rath bestehen drei Suppleanten, aus denen diese Behörde nöthigen Falls ergänzt wird. Dieselben haben das Recht, den Sitzungen dieser Behörde jederzeit beizuwohnen, jedoch ohne allen Antheil an den Verhandlungen, sofern sie nicht als Stellvertreter in die Sitzungen berufen werden.

Diese Suppleanten sind nach freier Wahl durch den Gr. Rath aus der Mitte derjenigen stimmfähigen Bür-

Digitized by Google

ger des Kantons, welche das dreißigste Altersjahr angetreten haben, zu ernennen.

§. 46. Mit Ausnahme der dem Gr. Rathe vorbehaltenen Ernennung des Antistes besetzt der Kl. Rath die sämmtlichen Pfarreien des Kantons und ernennt die Lehrer an den Kantonal-Schulanstalten; erstere auf den dreifachen Vorschlag des Kirchenrathes, letztere auf jenen des vereinigten Kirchen- und Schulrathes.

Er bestellt die zur Führung der Geschäfte nothwendigen Verwaltungsstellen, deren Besetzung nicht dem Gr. Rathe vorbehalten oder auf andere Weise angeordnet ist. Die organischen Gesetze werden die Wahlbefugniß des Kl. Raths noch näher bestimmen.

Die Gemeinden sind berechtigt, drei Abgeordnete aus ihrer Mitte zu wählen, welche bei der Wahl ihrer Ortsgeistlichen Sitz und Stimme im Kl. Rathe haben.

§. 47. Seiner Aufsicht unterliegen sämmtliche Behörden, die nicht in die Klasse der von ihm unabhängigen Justizstellen gehören.

§. 48. Der Kl. Rath entscheidet in letzter Instanz über alle Verwaltungsstreitigkeiten, und es gilt der allgemeine Grundsatz, daß als solche diejenigen Fälle zu betrachten sind, die nicht durch die Verfassung oder das Gesetz den Justizstellen zugewiesen werden.

Digitized by Google

Dem Kl. Rathe ist vorbehalten, die Vorberathung wichtiger Gegenstände und die Erledigung dringender Fälle nach Befund letztere an Kommissionen und erstere an Referenten zu weisen.

§. 49. Ueber Anstände, welche sich zwischen Verwaltungsbehörden und Justizstellen in Bezug auf Kompetenzbefugnisse erheben, entscheidet eine besondere Kommission, welche dergestalt zusammenzusetzen ist, daß der Kl. Rath und das Appellationsgericht, und zwar jede Behörde zwei Mitglieder aus ihrer Mitte, und jede zwei Mitglieder des Gr. Rathes, ausser ihrer Mitte, bezeichnet. Diese acht Mitglieder wählen aus der Mitte des Gr. Rathes ihren Präsidenten, der jedoch weder dem Kl. Rathe, noch dem Appellationsgerichte angehören darf.

§. 50. Die neun Mitglieder des Kl. Rathes werden durch den Gr. Rath aus seiner Mitte nach freier Wahl jedoch so gewählt, daß das zu wählende Individuum das dreißigste Altersjahr angetreten haben muß.

Vater und Sohn, zwei Brüder, Schwiegervater und Tochtermann und zwei Schwäger können nicht zugleich Mitglieder des Kl. Rathes sein.

Die Stelle eines Mitgliedes des Kl. Rathes ist mit der Bekleidung eines richterlichen Amtes, oder einer

Digitized by Google

mit Rechnungsstellung verbundenen Kantonalverwaltung unverträglich.

§. 51. Zwei Bürgermeister führen abwechselnd, jeder ein Jahr lang, den Vorsitz im Kl. Rathe; derjenige, der nicht im Amte ist, vertritt nöthigen Falls die Stelle des Andern.

Beide werden durch den Gr. Rath aus der Mitte des Kl. Rathes für die Dauer von vier Jahren gewählt.

Beide Bürgermeister sind verpflichtet, in der Hauptstadt oder in deren nächsten Umgebung zu wohnen.

§. 53. In allen öffentlichen Akten führt der Kl. Rath den Titel:

„Bürgermeister und Rath
des eidsgenössischen Standes Schaffhausen.“

§. 52. Die Kanzlei hat die Obliegenheit, diejenigen Mitglieder des Kl. Rathes, welche den Sitzungen desselben ohne zureichende Entschuldigungen nicht beigewohnt haben, aufzuzeichnen. Das Verzeichniß derjenigen Mitglieder, welche auf solche Weise während eines Jahres den vierten Theil der Sitzungen versäumten, wird dem Gr. Rathe zugestellt, und sind diese bezeichneten Mitglieder einer neuen Wahl zu unterwerfen.

Digitized by Google

C. Appellationsgericht.

§. 54. Für den ganzen Kanton besteht ein aus neun Mitgliedern zusammengesetztes Appellationsgericht, welches die letztinstanzliche Behörde für Rechtssachen, sowohl in formeller, als in materieller Beziehung, bildet.

An dasselbe gelangen die Appellationen über Zivilstreitigkeiten, über Kriminal-, Konkurs- und Matrimonialfälle.

§. 55. Die Gerichtsstellen stehen unter der Aufsicht des Appellationsgerichts, und sind demselben für ihre Verrichtungen verantwortlich. In gleichem Verhältniß steht dann aber auch dieses Tribunal zu dem Gr. Rathe, und hat demselben alljährlich über den Zustand des Gerichtswesens und die Geschäftsführung sämmtlicher Gerichtsstellen Bericht zu erstatten.

§. 56. Die Präsidenten des Appellationsgerichts und des Kantonsgerichts und die Mitglieder des Appellationsgerichts werden von dem Gr. Rath nach freier Wahl aus der Zahl derjenigen stimmfähigen Bürger des Kantons gewählt, welche das dreißigste Altersjahr angetreten haben.

Der Präsident des Appellationsgerichts wird für die Dauer von vier Jahren ernannt. Derselbe ist verpflich-

Digitized by Google

tet, in der Hauptstadt oder in der nächsten Umgebung zu wohnen.

Das Appellationsgericht wählt seinen Vizepräsidenten für die Dauer von vier Jahren aus seiner Mitte. Dasselbe bestellt seine Kanzlei selbst.

§. 57. Für das Appellationsgericht bestehen vier Suppleanten, aus denen diese Behörde nöthigen Falls ergänzt wird. Dieselben haben das Recht, den Sitzungen dieser Behörde beizuwohnen, jedoch ohne allen Antheil an den Verhandlungen, sofern sie nicht als Stellvertreter in die Sitzungen berufen werden. Sie sind nach freier Wahl durch den Gr. Rath aus der Mitte derjenigen stimmfähigen Bürger des Kantons, welche das dreißigste Altersjahr angetreten haben, zu ernennen.

§. 58. Die Kanzlei hat die Obliegenheit, diejenigen Mitglieder des Appellationsgerichts, welche den Sitzungen desselben ohne zureichende Entschuldigung nicht beigewohnt haben, aufzuzeichnen. Das Verzeichniß derjenigen Mitglieder, welche auf solche Weise während eines Jahres den vierten Theil der Sitzungen versäumten, wird dem Gr. Rathe zugestellt, und sind diese bezeichneten Mitglieder einer neuen Wahl zu unterwerfen.

Digitized by Google

D. Kantonsgericht.

§. 59. Die erstinstanzliche Beurtheilung, Entscheidung und Bestrafung über Kriminal- und Matrimonialfälle, ferner die Beurtheilung und Bestrafung von Zucht-polizeivergehen ist einem aus einem Präsidenten und sechs Beisitzern bestehenden Kantonsgericht übertragen.

§. 60. Die Mitglieder und die vier Suppleanten des Kantonsgerichts werden bei jeder allgemeinen Regierungserneuerung durch den Gr. Rath nach freier Wahl aus denjenigen stimmfähigen Kantonsbürgern gewählt, welche das dreißigste Altersjahr angetreten haben. Einzelne, in der Zwischenzeit erledigte Stellen werden ebenfalls durch den Gr. Rath auf die angebene Weise besetzt.

§. 61. Ein aus zwei im Kriminalfache erfahrnen Männern zusammmenzusetzendes Verhöramt hat in peinlichen Fällen die Untersuchung zu führen, und die Aufträge des Kriminalgerichts zu vollziehen. Die Stelle eines Verhörrichters ist mit der Bekleidung eines richterlichen Amtes nicht unverträglich, doch kann ein solcher an der Beurtheilung eines Falles, der seiner Untersuchung unterworfen gewesen, als Richter nie Theil nehmen, sondern muß zu diesem Behufe durch einen Suppleanten ersetzt werden.

Digitized by Google

E. Fiskal.

§. 62. Das Institut eines Fiskals besteht fort. Das Gesetz bestimmt seinen Wirkungskreis.

F. Kirchenrath.

§ 63. Die Aufsicht über das Kirchenwesen, die Unterhaltung einer zweckmäßigen Verbindung mit der Synode, die Prüfung und Aufnahme der Kandidaten für das Predigtamt und die durch geheime Wahl vorzunehmende Bildung der Vorschläge zur Besetzung aller geistlichen Stellen ist einem Kirchenrathe übertragen, dessen Zusammensetzung und Wirkungskreis das Gesetz bestimmt.

G. Schulrath.

§. 64. Die Fürsorge für den öffentlichen Unterricht, die Beaufsichtigung desselben, die Veranstaltung oder Einleitung alles dessen, was zur religiösen, sittlichen und geistigen Ausbildung der Jugend beitragen kann, ist einem aus Mitgliedern des weltlichen und geistlichen Standes zusammengesetzten Schulrathe übertragen, dessen nähere Organisation das Gesetz bestimmt.

H. Militärbehörde.

§. 65. Die Militärkommission ist mit der Aufsicht

Digitized by Google

und Leitung des gesammten Kantonal-Militärwesens und der Vollziehung der Militärorganisation beauftragt.

In Rekursfällen bildet der Kl. Rath die zweite und letzte Instanz. Demselben steht auch die Ernennung zu den höhern Offiziersstellen, und die Entscheidung über alle wichtigern, das Militärfach betreffenden Verfügungen und Ausgaben zu.

I. Finanzkommission.

§. 66. Die unmittelbare Beaufsichtigung des gesammten Finanzwesens und die spezielle Leitung der verschiedenen Zweige desselben werden einer Finanzkommission übertragen.

Dem Gesetze ist die nähere Organisation der Finanzkommission übertragen.

K. Kantonspolizeikommission.

§. 67. Zur Aufsicht über allgemeine Kantonssicherheitsangelegenheiten, über Vaganten, über Maß und Gewicht im Allgemeinen, über Handwerksangelegenheiten und dergleichen ist eine unter der unmittelbaren Leitung des Kl. Rathes stehende Polizeikommission aufgestellt.

Das Gesetz bestimmt des Nähern ihren Wirkungskreis.

L. Sanitätsbehörde.

§. 68. Die Aufsicht über den Gesundheitszustand von

Menschen und Thieren, die Prüfung aller zum Medizinalwesen gehörenden Personen, sowie die jährliche Untersuchung der öffentlichen und Privatapotheken ist einer besondern Behörde unter dem Namen Sanitätsrath übertragen, der aus einem Präsidenten und sechs Mitgliedern bestehen soll, welche durch den Gr. Rath nach freier Wahl doch so zu ernennen sind, daß ein Arzt, ein Apotheker und ein Thierarzt Mitglieder der Behörde sein müssen.

Die Zahl der Medizinalpersonen, deren sich der Sanitätsrath zur Vollziehung seiner Aufträge bedient, wird das Gesetz bestimmen. Dieselben sind einer periodischen Erneuerung unterworfen. Der Sanitätsrath bestellt seine Kanzlei selbst.

Die Rechnung des Sanitätsrathes ist der gleichen Kontrolle, wie die übrigen Rechnungen, unterworfen.

M. Kaufmännisches Direktorium.

§. 69. Die Befugnisse des kaufmännischen Direktoriums und seine Verhältnisse wird das Gesetz bestimmen.

N. Bezirksbehörden.

§. 70. Der Kanton ist in Hinsicht auf die Gerechtigkeitspflege in erster Instanz in sechs Bezirke eingetheilt. Die Hauptorte derselben sind: Schaffhausen, Stein, Thayngen, Neunkirch, Unterhallau und Schleitheim.

Digitized by Google

§. 71. Jeder Bezirk hat ein eigenes Bezirksgericht, das aus einem Präsidenten, sechs Mitgliedern und vier Suppleanten besteht.

Die Bezirksgerichte entscheiden in erster Instanz:

a) Ueber die Zivilfälle, welche ihnen nach der bisher bestandenen Einrichtung übertragen gewesen sind, und über Schimpf- und Schlaghändel, insofern letztere die durch das Gesetz näher zu bestimmende Kompetenz dieser Behörde nicht überschreiten.

b) Ueber die Behandlung und Liquidation der Konkurse, und die daraus hervorgehenden Streitfragen.

c) Ueber die Bestrafung der Verauffallten, insoferne selbige deren Kompetenz nicht überschreitet.

Das Gesetz wird die Gränzlinie zwischen den Befugnissen der Verwaltungs- und der Justizbehörde, insofern sie Streitigkeiten über vormundschaftliche Verwaltungen betreffen, bezeichnen.

Für die Liquidation der Konkursmassen hat der Präsident eines jeden Bezirksgerichts auf ähnliche Weise, wie für alle öffentlichen Kantonalverwaltungen, Bürgschaft zu leisten.

§. 72. Der Präsident, die Mitglieder und die Sup-

Digitized by Google

pleanten der Bezirksgerichte werden durch das Appellationsgericht aus einem Vorschlage von zweiundzwanzig Bürgern gewählt, den die einzelnen Gemeinden des Bezirks nach Verhältniß der Bevölkerung nach freier Wahl aus ihrer Mitte oder ausser derselben zu bilden haben.

Die Vorzuschlagenden müssen das fünfundzwanzigste Altersjahr zurückgelegt haben; und es dürfen in keinem Falle alle Richter aus einer und derselben Gemeinde gewählt werden.

Erledigte Kandidaturen haben die betreffenden Gemeinden sogleich wieder zu ergänzen.

Jedes Bezirksgericht wählt die Kanzlei und den Weibel aus seiner Mitte selbst.

O. Gemeindräthe.

§. 73. Jede Ortschaft, welche eine bisher für sich bestandene Körperschaft mit eigenem Gemeindsvermögen und mit Gemeindsrechten gebildet hat, bleibt auch fernerhin eine Gemeinde.

Die sämmtlichen Gemeinden des Kantons ernennen ihre Gemeindräthe nach bisheriger Vorschrift jedesmal nach stattgefundener Regierungs-Erneuerung für die Dauer von vier Jahren vollständig, jedoch so, daß die

Digitized by Google

Austretenden wieder wählbar sind; sie besetzen auch einzelne Stellen, die in der Zwischenzeit erledigt werden, wie bis dahin; es wäre denn, daß die Stadtgemeinde Schaffhausen es vorziehen sollte, ihren großen Stadtrath auch auf gleiche Weise wie die ihr zukommenden Mitglieder des Gr. Rathes zu wählen.

Vereinigung mehrerer Ortschaften zur Bildung einer Gemeinde oder eines Gemeinds- oder Fertigungsgerichtes können nur mit Bewilligung der gesetzgebenden Behörde neu gebildet, oder da, wo sie bestanden haben, wieder aufgehoben werden.

§. 74. Die Gemeindrathspräsidenten werden durch den Kl. Rath aus der Mitte des Gemeindraths gewählt.

Den Gemeindrathspräsidenten können keine Gemeindsverwaltungen übertragen werden.

Jeder Gemeindrath wählt seinen Schreiber und Weibel aus seiner Mitte.

§. 75. Die Gemeindspräsidenten und Gemeindräthe sind verpflichtet, die Gesetze und obrigkeitlichen Verordnungen theils unmittelbar zu vollziehen, theils auf deren Befolgung ab Seite sämmtlicher Gemeindsgenossen und auf Erhaltung der Ruhe und Ordnung im Allge-

Digitized by Google

meinen zu wachen, besonders aber für die gute Verwaltung der Gemeindsgüter zu sorgen, die Güterschazzungen, Kauf- und Zinsfertigungen zu bewerkstelligen; — die Annahme von Bürger und Bürgerinnen, die Ertheilung von Heimathscheinen und ähnlicher Urkunden nach dem Gesetze zu bewilligen, die Gemeinds-Kommunikations- und Güterstraßen und das Marchwesen zu beaufsichtigen, und die Angelegenheiten der Wittwen, Waisen und Bevormundeten, und die Beschreibungen und Abtheilungen von Hinterlassenschaften zu besorgen.

Die Gemeindräthe führen, gemeinschaftlich mit den Ortsgeistlichen, die Aufsicht über die gute Verwaltung der Kirchen- und Armengüter, und wachen, entweder vollständig oder durch Kirchenstände, ebenfalls gemeinschaftlich mit den Ortsgeistlichen, über die Sitten und den öffentlichen Unterricht.

§. 76. Bei allen vorgenannten Behörden findet der für den Kl. Rath festgesetzte Ausstand statt, dem gemäß als allgemeiner Grundsatz gilt, daß in keiner Behörde weder Vater und Sohn, noch zwei Brüder, weder Schwiegervater und Tochtermann, noch zwei Schwäger zugleich Mitglieder derselben Behörde sein können.

In keiner Behörde können weder Vater und Sohn, noch zwei Brüder zugleich die Stelle eines Präsidenten und Schreibers bekleiden.

Digitized by Google

§. 77. Die bezirksweise Beaufsichtigung des Vormundschaftswesens und der Theilungsangelegenheiten wird in jedem Bezirke einem Theilungs- und Waiseninspektor übertragen, der mit den Gemeindswaisenbehörden in die durch das Gesetz festgesetzten Verhältnisse tritt.

Friedensrichteramt.

§. 78. Das Amt der Friedensrichter zum Versuche der Vermittlung aller bürgerlichen Streitigkeiten bleibt beibehalten.

Nach erfolgter Aufstellung der Gemeindräthe wählt jede Gemeinde ihren Friedensrichter nach freier Wahl ohne dabei an eine Stelle gebunden zu sein

Annahme und Revision der Verfassung.

§. 79. Durch Annahme der Verfassung von der Mehrheit der Aktivbürger erhält dieselbe vollgültige Kraft, und wird in ihren Vorschriften durch die Thatsache der Annahme für alle Bürger des Kantons verpflichtend.

§. 80. Bei jedesmaliger Regierungserneuerung leistet der neugewählte Gr. Rath folgenden Eid:

„Der Gr. Rath schwört, des schweizerischen Vater-
„landes und insbesondere des Kantons Schaffhausen

„Nutzen, Ehre und Wohlfahrt zu befördern, Scha-
„den und Nachtheil von demselben nach besten Kräf-
„ten abzuwenden, demselben Treue und Wahrheit zu
„halten, sein Amt nach Inhalt der Verfassung und
„der Gesetze zu führen, von deren Vorschriften nicht
„abzuweichen, Religion, Freiheit und Recht zu schir-
„men, bei allen Wahlen seine Stimme nur demjeni-
„gen zu geben, den er nach reiflicher, unbefangener
„Prüfung für den rechtschaffensten und würdigsten
„hält, und überhaupt alle Obliegenheiten, die das
„Zutrauen der Bürger in seine Hände gelegt, auf-
„richtig, unpartheiisch, ohne Mieth, noch Gaben zu
„nehmen, mit Gewissenhaftigkeit zu erfüllen."

§. 81. Die Revision der Verfassung muß stattfinden:

Wenn entweder der Gr. Rath, zu zwei Drittheilen seiner Mitglieder versammelt, mit absoluter Mehrheit diese Revision angemessen findet.

Oder ein Drittheil der Gesammtheit der Aktivbürger durch Petitionen eine solche verlangt.

In beiden Fällen muß die Frage an die Wahlversammlung gebracht werden.

Und wenn dann diese mit Stimmenmehrheit diese Frage bejahend entscheiden, muß die Revision stattfinden.

Um jedoch einen gültigen Beschluß fassen zu können,

Digitized by Google

müssen in den Wahlversammlungen wenigstens zwei Drittheile der Gesammtheit der Aktivbürger anwesend sein.

Nachdem die Hauptfrage entschieden ist, muß dann noch durch die gleichen Versammlungen festgesetzt werden, ob die Revisionsarbeit durch den Gr. Rath, oder durch eine aus dem Volke und durch dasselbe zu wählenden Verfassungsrath vorgenommen werden solle?

Im Falle einer Revision und nach Vollendung derselben muß die abgeänderte Verfassung den stimmfähigen Bürgern des Kantons zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt werden.

Vorstehende Verfassung des Kantons Schaffhausen wurde von dem Gr. Rathe in Folge der erfolgten Annahme durch das Volk als Grundgesetz erklärt den 24. Dezember 1834.

Digitized by Google

COSTITUZIONE

DELLA

REPUBBLICA E CANTONE
DEL TICINO

DECRETA IL 23. GIUGNO 1830.

NOI LANDAMANO PRESIDENTE

E

GRAN CONSIGLIO

DELLA REPUBBLICA E CANTONE
DEL TICINO

SULLA PROPOSIZIONE DEL CONSIGLIO DI STATO;

Considerando che il bene della patria esige di modificare la Costituzione del 18. Dicembre 1814;

Digitized by Google

DECRETIAMO LA SEGUENTE

COSTITUZIONE

DELLA REPUBBLICA E CANTONE DEL TICINO

TITOLO I.

Disposizioni generali e Garanzie.

Art. 1. La Religione Cattolica, Apostolica e Romana è la Religione del Cantone.

Art. 2. La Sovranità del Cantone risiede essenzialmente nell' università dei cittadini. Essa viene esercitata dai loro Rappresentanti, eletti secondo le forme costituzionali.

Art. 3. Ogni abitante del cantone è soldato.

Art. 4. Non vi è nel cantone privilegio di luogo, di nascita, di persone, di ceto, di foro, di famiglia.

Art. 5. Gli Ecclesiastici non possono far parte nè del potere esecutivo, nè del potere giudiziario, salva l'eccezione posta nell' art. 23, §. 14.

Art. 6. È garantità la libertà del commercio, ed

Digitized by Google

il libero esercizio delle arti e dell' industria, sotto la disciplina delle leggi.

Art. 7. Vi sarà nel cantone un sol peso, una sola misura ed un solo corso monetario; alla legge si porteranno le modificazioni che l' interesse del pubblico esigerà.

Art. 8. Vi sarà un codice criminale, correzionale, civile e di procedura uniforme in tutto il cantone. La legge vi provvederà sollecitamente.

Art. 9. Vi saranno delle dogane solamente per la sicurezza e facilitazione del commercio. La legge ne determinerà il numero, il luogo ed i regolamenti.

Art. 10. Nessuno può essere arrestato nè processato, che in virtù della legge; nè può essere sottratto dal suo giudice naturale; nè detenuto oltre 24 ore, senza essere presentato al giudice competente.

Art. 11. È garantità la libertà della stampa, in guisa però che non offenda i buoni costumi, nè la religione del cantone, nè le relazioni colla Confederazione e colle potenze amiche. La legge ne reprimerà gli abusi.

Digitized by Google

Art. 12. È garantito il diritto di petizione.

Art. 13. La legge provvederà sollecitamente per la pubblica istruzione.

TITOLO II.

Territorio del Cantone.

Art. 14. Il Cantone del Ticino è diviso in Distretti e in Circoli.

Li Distretti sono otto; cioè Mendrisio (*col circolo di Riva San Vitale*), Lugano, Locarno, Vallemaggia, Bellinzona, Riviera, Blenio, Leventina.

I Circoli sono trentotto; cioè Mendrisio, Stabbio, Balerna, Caneggio, Riva san Vitale, Lugano, Ceresio, Carona, Agno, Magliasina, Sessa, Breno, Taverne di sotto, Tesserete, Sonvico, Pregassona, Vezia, Locarno, Gambarogno, Onsernone, Melezza, Isole, Navegna, Verzasca, Maggia, Rovana, Lavizzara, Bellinzona, Ticino, Giubiasco, Riviera, Malvaglia, Castro, Olivone, Giornico, Faido, Quinto, Airolo.

La legge li rettificherà per quanto il richiederanno la località e la popolazione.

Art. 15. Il Gran Consiglio ed il Consiglio di

Digitized by Google

Stato risiedono alternativamente per anni sei nelle città di Bellinzona, Locarno e Lugano, come al turno già stabilito dalla sorte.

TITULO III.

Stato politico de' Cittadini.

Art. 16. Per esercitare i diritti di cittadino attivo è necessario:

a) Essere patrizio di qualche comune del cantone.

b) Avere l' età d' anni venticinque compiti.

c) Possedere beni stabili pel valore di franchi duecento, o l' usufrutto di franchi trecento, costituito sopra beni stabili nel cantone.

d) Essere, da un anno almeno, domiciliato stabilmente, ed inscritto nel registro civico del comune, in cui intende di esercitare il diritto di cittadinanza. Oltre di ciò sono ritenute in pieno vigore le condizioni relative al domicilio, volute dalla legge 10. dicembre 1819.

Art. 17. Un estero che voglia conseguire la cittadinanza cantonale deve:

a) Avere acquistato il patriziato.

Digitized by Google

L' acquisto d' un patriziato non potrà farsi che per contratto volontario con un comune del cantone, mediante l' assenso di tre quarti dei patrizj, che hanno il diritto di voto.

b) Avere ottenuta la naturalizzazione cantonale con un atto legislativo, dalla quale nessun estero può essere dispensato, qualunque sia il tempo che dimora nel cantone.

c) Avere rinunciato a qualunque altra cittadinanza.

d) Nessun estero naturalizzato potrà esercitare i diritti di cittadino che dopo cinque anni dalla data del decreto di naturalizzazione.

La legge determina le altre condizioni.

Art. 18. Si perde il diritto di cittadinanza, o ne resta sospeso l' esercizio nei casi seguenti:

a) Se uno è condannato a pena infamante.

b) Se è convinto di aver fatto pratiche illecite per eleggere, o essere eletto a qualche pubblica autoritá.

c) Se è fallitto dolosamente o colpevolmente.

d) Se è giuridicamente interdetto.

La legge provvederà sopra questi casi, e potrà

Digitized by Google

pure determinarne altri a titolo di pena, in cui si perda, e si sospenda il diritto di cittadinanza.

TITOLO IV.

Pubbliche Autorità.

Art. 19. In ogni comune vi è una Municipalità composta di tre membri almeno, e non più di undici compreso il Sindaco, che n' è il Presidente. Essa ha l' amministrazione comunale, e la polizia locale. La legge fissa gli altri di lei attributi.

I membri delle Municipalità restano in carica per tre anni, si rinnovano per terzo e sono rieleggibili.

Art. 20. Vi è in ogni Circolo una giustizia di pace: la legge ne fissa gli attributi.

Art. 21. Nei distretti di Mendrisio, Valle Maggia, Bellinzona, Riviera, Blenio e Leventina vi è un Tribunale di Prima Istanza, composto di cinque membri, che giudica in materia civile e criminale. Nei distretti di Lugano e Locarno vi sono due Tribunali di cinque membri ciascuno, uno per il civile, e l' altro per il criminale. La legge ne determina gli attributi.

Digitized by Google

Art. 22. Per tutto il Cantone vi è un Tribunale d' Appello, il quale giudica in ultima istanza in materia civile e criminale. Egli è composto di tredici membri. Egli nomina i suoi segretarj.

§. 2. Il Tribunale non pronuncia che in numero completo, ed in macanza di qualche membro si chiama un supplimentario.

§. 3. Tutte le sentenze riguardanti delitti punibili con pena capitale o infamante devono necessariamente essere portate avantiil Tribunale d' Appello.

§. 4. Egli tiene le sue sedute ordinarie alternativamente in Bellinzona, Locarno e Lugano. Le sedute straordinarie per gli affari criminali le tiene nel Capo-luogo, nella cui giurisdizione si trova l'imputato.

Art. 23. Vi è un Consiglio di Stato composto di nove membri. È nominato dal Gran Consiglio.

§. 2. Egli ha l' iniziativa dei progetti di legge, d' imposte, di grazia e di commutazione di pena.

§. 3. Egli è incaricato dell' esecuzione delle leggi, ordini e regolamenti: a quest' effetto egli fa li decreti, e prende le determinazioni necessarie.

Digitized by Google

§. 4. Invigila sulle autorità inferiori pel mantenimento dell' ordine, senza influire nei giudizj dei Tribunali.

§. 5. Nomina li suoi agenti ed impiegati; ma i loro salarj e stipendj devono essere approvati dal Gran Consiglio.

§. 6. Rende conto ogni anno al Gran Consiglio di tutti i rami dell' amministrazione. Deve presentargli il quadro delle riscossioni, e delle spese dell' anno amministrativo precedente, e di quelle presunte per l'anno seguente. Questo, dopo l'approvazione del Gran Consiglio, si pubblica in istampa e si partecipa ai Comuni.

§. 7. Tiene la corrispondenza cogli altri Cantoni e cogli Stati esteri.

§. 8. Dispone della forza armata pel mantenimento dell' ordine pubblico.

§. 9. Può prolungare la durata delle sessioni ordinarie del Gran Consiglio, e convocarne delle straordinarie. Deve però nell' un caso, e nell' altro fissare un limite alle sessioni coll' indicare gli oggetti da trattarsi, e col determinare i giorni da occuparsene.

§. 10. Cinque membri almeno devono giornal-

Digitized by Google

mente trovarsi al Capo-Luogo, ed intervenire alle deliberazioni, le quali non sono valide senza la presenza di cinque membri. Nessuna revoca, variazione, o sospensione d'un decreto può aver effetto senza l' assenso affermativo di sei membri.

§. 11. Il Consiglio di Stato deve assistere in corpo, o per commissioni alle discussioni del Gran Consiglio, e prendervi parte, ma senza voto. Egli si ritira quando si vota sulla sua amministrazione, e sulli suoi conti. Quando si tratta di questi oggetti non votano neppure i membri del Gran Consiglio, che si trovassero congiunti coi membri del Consiglio di Stato nei gradi contemplati dall' articolo 38.

§. 12. Il Consiglio di Stato si ritira pure dal Gran Consiglio, quando esso fa le nomine che gli spettano.

§. 13. Il Segretario di Stato può intervenire e prender parte alle discussioni del Gran Consiglio, ma non vota, o si ritira nei casi espressi superiormente.

§. 14. Nel Consiglio di Stato potrà sedere e farne parte un Ecclesiastico.

§. 15. Il Consiglio di Stato è presieduto da uno

Digitized by Google

de' suoi membri col titolo di Presidente. La Presidenza gira fra di loro per turno di mese in mese. Il Presidente in caso di legittimo impedimento è supplito dal più prossimo alla presidenza; ben' inteso che nessuno possa presiedere il Consiglio di Stato per due mesi continui.

Art. 24. Il potere Sovrano è esercitato da un Gran Consiglio composto di 114 deputati nominati per quattro anni, e sempre rieleggibili. Il Gran Consiglio si raduna di pieno diritto ogni anno il primo lunedì di maggio in quella delle tre città a cui appartiene giusta il turno stabilito nell' articolo 15. La sua sessione ordinaria è d' un mese, a meno che il Consiglio di Stato non ne prolunghi la durata in conformità del §. 9 dell' articolo precedente. Il Gran Consiglio 1°. acceta o rigetta i progetti di legge e d' imposte che gli sono presentati dal Consiglio di Stato. Nessuna legge d' imposizioni o di aumento di esse potrà essere sanzionata senza il voto affermativo di settantasei membri.

§. 2. Egli esercita il diritto di grazia soltanto in materia criminale con decreto apposito, sulla proposizione del Consiglio di Stato, il quale dovrà

Digitized by Google

aggiungervi il preavviso del Tribunale d' appello. Per un decreto di grazia vi dovrà concorrere il voto almeno di tre quarti dei membri presenti del Gran Consiglio. La legge statuisce sul tempo, sul modo e sulle condizioni necessarie per essere ammesso alla domanda di grazia.

§ 3. Si fa render conto dell' esecuzione delle leggi, ordini e regolamenti, non che dell' amministrazione e delle finanze dello Stato.

§. 4. Fissa gli onorari, stipendj e salarj per le autorità costituite, e per li pubblici impiegati.

§. 5. Autorizza e ratifica l' alienazione dei beni cantonali.

§. 6. Delibera sulle domande di diete straordinarie; nomina i deputati alle diete, e dà loro le istruzioni, dalle quali non possono dipartirsi; nomina pure li rappresentanti al Consiglio Federale.

§. 7. Nomina i membri del Consiglio di Stato, il segretario di stato, i membri ed i supplimentarj del Tribunale d'Appello, il Tesoriere generale, il Capitano generale delle milizie, i membri ed i segretarj dei Tribunali di prima istanza.

§. 8. I membri del Consiglio di Stato possono

Digitized by Google

essere presi tanto dal seno del Gran Consiglio che fuori; ma nel primo caso cessano di farne parte, e sono rimpiazzati dai rispettivi circoli.

§. 9. Il Capitano generale può esser membro del Gran Consiglio, ma non del Consiglio di Stato. Il Tesoriere generale non può esser preso dal seno del Gran Consiglio, e neppure far parte del Consiglio di Stato.

§. 10. I membri e supplimentarj del Tribunale d'Appello, come pure quelli dei Tribunali di Prima Istanza, non possono essere presi dal seno del Gran Consiglio.

§. 11. I membri del Gran Consiglio non possono occupare nessun officio, carica od impiego pubblico salariato qualunque, tranne gli ufficj municipali.

§. 12. Il Gran Consiglio vota in nome del Cantone.

§. 13. Egli sceglie il proprio Presidente nel suo seno in ciascuna sessione. La stessa persona non può esserlo due volte di seguito.

§. 14. Le sessioni del Gran Consiglio sono tenute a porte aperte, fuori dei casi che con due terzi dei voti si ordini il comitato segreto.

Digitized by Google

§. 15. Il processo verbale deve contenere tutte le risoluzioni prese, ed accennare tutte le proposizioni, ed i fatti avvenuti nella sessione. Il Gran Consiglio ne ordina la pubblicazione di un estratto officiale.

§. 16. Ogni nomina che si farà dal Gran Consiglio avrà luogo per ballottazione secreta, escluse le schedole.

§. 17. Il Consiglio di Stato mette alla di lui disposizione una guardia d'onore.

Art. 25. Se il Consiglio di Stato avesse rifiutato in due sessioni consecutive ordinarie, o straordinarie del Gran Consiglio di presentare un progetto di legge, di imposta, di grazia, o di commutazione di pena, che gli fosse stato raccomandato dal Gran Consiglio; o se un tale progetto, presentato dal Consiglio di Stato fosse stato dal Gran Consiglio rigettato in due sessioni consecutive come sopra; allora, nel primo caso, il Gran Consiglio ha il diritto di aggiungere al Consiglio di Stato, per la deliberazione su quest' oggetto, una commissione di otto membri, e da questa unione emanerà il progetto da presentarsi all' assemblea; nel secondo caso il Consiglio di Stato avrà il diritto

Digitized by Google

di domandare al Gran Consiglio, e farsi aggiungere una simile delegazione per conferire con essa.

TITOLO V.

Modo di elezione, e condizioni di eleggibilità.

Art. 26. Qualunque membro d'una pubblica autorità deve necessariamente essere cittadino attivo.

Art. 27. I membri delle municipalità sono nominati dall' assemblea comunale tra i cittadini attivi dell' età di trent' anni compiti, proprietarj, o usufruttuarj di beni stabili del valore di franchi trecento.

Art. 28. Un giudice di pace, un assessore segretario, ed un supplementario, che in mancanza dell' uno o dell' altro li rimpiazza, sono nominati direttamente dai rispettivi circoli. Devon' essere cittadini attivi, e domiciliati nel proprio circolo, possessori di beni stabili pel valore di mille franchi, e dell' età di trent' anni compiti. Stanno in carica quattro anni, e sono rieleggibili.

Art. 29. I membri dei Tribunali di prima istanza sono nominati dal Gran Consiglio sulle liste dei circoli. Ciascun circolo nomina tre candidati, che

Digitized by Google

devono essere domiciliati nel circolo stesso, proprietarj di beni stabili pel valore di franchi tre mille, ed avere trent' anni compiti. Il circolo di Riviera nomina nove candidati. Quelli che non sono eletti giudici saranno supplimentarj. Stanno in carica quattro anni e si rinnovano per quarto. Sono rieleggibili.

Art. 30. I membri del Tribunale d' Appello sono nominati liberamente dal Gran Consiglio fuori dal suo seno. Stanno in carica quattro anni, si rinnovano per quarto, e sono rieleggibili. Devono avere trentt' anni compiti, e la proprietà di beni stabili pel valore almeno di franchi cinquemille.

§. 2. Sette almeno de' medesimi debbono essere legali, laureati o patentati in legge da pubblica università. Gli altri basta che siano stati giudici o segretari d' Appello o di prima istanza almeno per cinque anni.

§. 3. Ogni tribunale nomina li suoi inservienti.

Art. 31. I membri del Consiglio di Stato sono nominati dal Gran Consiglio come all' art. 23. Stanno in carica per quattro anni: sono rinnovati per quarto.

Digitized by Google

§. 2. Dopo essere stati nominati due volte di seguito non sono rieleggibili, che passato l' intervallo di due anni.

§. 3. Devono evere trent' anni compiti, e possedere beni stabili pel valore di franchi ottomille.

Art. 32. Ogni circolo nomina direttamente tra li cittadini attivi del circolo stesso tre deputati per formare il Gran Consiglio.

§. 2. Due di essi devono avere trent' anni compiti, l' altro basterà che ne abbia venticinque compiti. Devono possedere beni stabili nel Cantone pel valore di quattro mille franchi almeno, oppure goderne l' usufrutto legale.

§. 3. Detto nomina si fa dalli cittadini attivi d' ogni circoli uniti in assemblea, dietro convocazione ordinata dal Consiglio di Stato, almeno quindici giorni prima, e pubblicata da ciascuna municipalità almeno sette giorni prima.

§. 4. La stessa assemblea nomina il giudice di pace, il segretario assessore, ed il supplimentario, non che tre candidati pel Tribunale di prima istanza; salva l' eccezione pel circolo di Riviera, come all' art. 29.

Digitized by Google

Art. 33. In caso di mancanza di uno o più deputati per morte, dimissione, o altrimenti, essi saranno rimpiazzati entro un mese dai rispettivi circoli.

Art. 34. Accadendo dimissione volontaria, questa dovrà darsi in iscritto al giudice di pace, il quale senza dilazione la notificherà ai comuni del circolo, ed al Consiglio di Stato, perchè determini il giornico di rimpiazzo.

Art. 35. Qualunque rimpiazzo accada nelle autorità costituite, questo non avrà effetto che per il tempo che rimaneva ancora da compire al rimpiazzato, e nelle forme e condizioni, o cui lo stesso era stato obbligato.

TITOLO VI.

Disposizioni speciali.

Art. 36. Le risoluzioni ed i decreti emanati dal Gran Consiglio per lo passato in materia di grazia e di pubblica amministrazione, che non formano oggetto di legge, restano fermi ed irrevocabili, e l' amministrazione è ratificata.

Art. 37. Resta pure ferma ed irrevocabile la

Digitized by Google

legge sul riscatto delle decime; dei livelli, laudemj e simili.

Art. 38. Non possono trovarsi nel tempo stesso nel Consiglio di Stato, o in un medesimo Tribunale gli ascendenti, i fratelli, lo zio ed il nipote consanguineo, il suocero ed il genero, i cugini germani ed i cognati.

Art. 39. I secretarj non ponno essere parenti coi membri dei rispettivi Tribunali nei gradi incompatibili tra li giudici stessi.

Art. 40. È incompatibile l' esercizio contemporaneo di funzioni giudiciarie principali o subalterne, e dell' avvocatura.

Art. 41. Le leggi, i decreti e regolamenti attualmente in vigore avranno forza anche dopo posta in attività questa costituzione, in quanto non le sono contrarj, e finchè non vengano rivocati espressamente da leggi posteriori.

Art. 42. Tutte le parti del Cantone, per quanto sarà compatibile col bene pubblico, verranno contemplate nella distribuzione delle cariche proporzionalmente alla rispettiva popolazione.

Art. 43. I Tribunali presentano ogni anno il

Digitized by Google

quadro delle loro operazioni al Consiglio di Stato, il quale lo comunica al Gran Consiglio.

Art. 44. Sono proibiti tutti i giuochi pubblici di azzardo, comprese le lotterie. Le concessioni temporarie accordate in proposito non potranno essere prorogate.

Art. 45. I membri del Gran Consiglio, del Consiglio di Stato, il Segretario di Stato, i membri del Tribunale d' Appello, li Deputati alla Dieta, il Tesoriere generale, il Capitano generale delle milizie prestano il giuramento avanti il Gran Consiglio.

§. 2. I membri dei Tribunali di prima istanza, e loro supplimentarj prestano il giuramento in seduta pubblica, alla quale interviene il Commissario di Governo, e se ne fa registro a protocollo. Così pure i loro segretarj.

§. 3. I supplimentarj ed i segretarj del Tribunale d' Appello lo prestano avanti di esso.

§. 4. I giudici di pace, loro assessori e supplimentarj lo prestano avanti il Tribunale di prima istanza.

§. 5. I Commissarj di Governo, suoi segretarj

Digitized by Google

ed impiegati lo prestano avanti il Consiglio di Stato.

§. 6. La legge ne determina i formolari.

Art. 46. Non potrà aver effetto in avvenire nessuna modificazione a questa costituzione, se non dopo dodici anni almeno dalla sua attivazione, e sempre riservata la ratifica del popolo colla maggioranza assoluta dei circoli.

Art. 47. I membri del Gran Consiglio ricevono dallo stato un' indennità annale di franchi 100.

TITOLO VII.

Disposizioni transitorie.

Art. 48. Il presente atto di modificazione alla Costituzione attuale sarà sottoposto alla sanzione del popolo, la quale verrà espressa colla maggioranza assoluta delle assemblee di circolo.

§. 2. Il modo di votazione è libero alle assemblee medesime.

Art. 49. Le assemblee di circolo si riuniranno per quest' oggetto nel giorno quattro di luglio prossimo.

Digitized by Google

Art. 50. La Costituzione del 17. dicembre 1814 sarà stampata secondo le modificazioni qui sopra decretate, e di nuovo pubblicata.

Art. 51. In seguito vi si aggiungerà il decreto del Gran Consiglio, col quale sarà certificata la sanzione delle assemblee.

Art. 52. Essa sarà deposta nell' archivio della Confederazione in conformità dell' art. XV del Patto Federale per essere collocata sotto la garanzia espressa nell' art. I del medesimo.

Art. 53. Subito dopo deposta nell' archivio Federale, il Consiglio di Stato convocherà le assemblee primarie per la nomina dei 114 deputati, e per le altre nomine di loro competenza.

§. 2. Il Gran Consiglio si costituirà prontamente, e procederà all' elezione compiuta di tutte le autorità e funzionarj costituzionali.

Art. 54. All' atto delle prime nomine si stabilità col metodo della sorte il turno di scadenza dei membri delle pubbliche autorità, che si rinnovano per frazioni.

Art. 55. Il Consiglio di Stato è incaricato della

Digitized by Google

esecuzione pronta e completa di questa così modificata Costituzione in quanto lo riguarda.

Lugano, il 23. Giugno 1830.

Pel Gran Consiglio
Il Landamano Presidente
G. A. LOTTI.

Li Consiglieri Segretarj
Corrado Molo.
Avv. Gius. Trefogli.

NOI LANDAMANO E CONSIGLIO DI STATO
DELLA REPUBBLICA E CANTONE DEL TICINO.

Vedutta la suddetta Costituzione in modificazione di quella del 17. Dicembre 1814, ordiniamo che sia stampata, pubblicata, affissa ai luoghi soliti ed eseguita.

Lugano, 23. Giugno 1830.

Pel Consiglio di Stato.
Per il Landamano
Il Consigliere di Stato
GIULIO POCOBELLI.
Il Consigliere Segretario di Stato
V. D'Alberti.

Digitized by Google

NOI LANDAMANO PRESIDENTE

E

GRAN CONSIGLIO

DELLA REPUBBLICA E CANTONE DEL TICINO.

Avendo preso in attento esame i processi verbali delle Assemblee di Circolo, che, dietro nostra risoluzione del giorno 15 Giugno p. p., vennero convocate espressamente dal Consiglio di Stato con suo decreto del 18. Giugno suddetto pel giorno 4 del corrente Luglio, all' oggetto di deliberare sull' accettazione della Costituzione Modificata, da Noi definitivamente decretata li 23. Giugno suddetto, la quale a termini degli articoli 48 e 49 della stessa doveva essere sottoposta alla sanzione del popolo nell' indicato giorno 4 corrente;

Risultando dai processi verbali sopra indicati, che le Assemblee dei Circoli di Mendrisio, Stabbio, Balerna, Caneggio, Riva San Vitale, Lugano, Ceresio, Carona, Agno, Sessa, Breno, Taverne di sotto, Tesserete, Sonvico, Pregassona, Vezia, Locarno, Gambarogno, Onsernone, Melezza, Isole, Navegna, Verzasca, Maggia, Rovana, Lavizzara,

Digitized by Google

Bellinzona, Ticino, Giubiasco, Riviera, Malvaglia, Castro, Olivone, Giornico, Faido, Quinto ed Airolo l' hanno unanimamente accettata; e formando questi circoli non solo più che la maggioranza voluta dal predetto articolo 48, ma ben' anche la quasi totalità, non essendo dissenziente che il solo Circolo di Magliasina;

DICHIARIAMO E DECRETIAMO:

Art. 1. La Costituzione del 17. Dicembre 1814, modificata dal Gran Consiglio sulla proposizione del Consiglio di Stato il giorno 23. di Giugno 1830, è *legge fondamentale dello Stato.*

Art. 2. Tutte le pubbliche Autorità, ed i Cittadini d' ogni ordine, stato e condizione la eseguiranno, e la faranno eseguire in quanto a ciascuno appartiene o potrà appartenere.

Così fatto in Gran Consiglio il giorni tredici di Luglio mille ottocento trenta.

PER IL GRAN CONSIGLIO:
Il Landamano Presidente:
G. A. LOTTI.

I Consiglieri Segretary:
Avv. GIUSEPPE TREFOGL.
G. G. CALGARI.

Digitized by Google

Das nachfolgende Geſetz iſt zur Stunde noch als integrirender Theil der Verfaſſung zu betrachten, und dürfte daher, als Nachtrag derſelben, nicht fehlen.

NOI

LANDAMANO E GRAN CONSIGLIO

DELLA REPUBBLICA E CANTONE *DEL TICINO*

SULLA PROPOSIZIONE

DEL LANDAMANO E CONSIGLIO DI STATO.

Considerando, che avvicinandosi il tempo delle periodiche rinnovazioni delle Autorità Costituzionali è necessario, che sia stabilito e fissato il modo invariabile e fuori d' ogni dubbio d' arbitraria interpretazione il sacro diritto del Cittadino nell' esercizio de' suoi diritti politici;

Veduto il dispositivo dell' Atto Costituzionale al Lit. 3, art. 12, §. D.

DECRETIAMO:

1) Un Cittadino non potrà esercitare i diritti politici in un Comune, se non concorrano in lui tutti i requi-

Digitized by Google

siti voluti dall' art. 12, Lit. 3, dell' Atto Costituzionale.

2) Il domicilio si trasporta stabilmente e legalmente da un Comune in un altro nel senso del §. D, art. 12, Lit. 3, della Costituzione da quel Cittadino, il quale si reca effettivamente egli e tutta la sua famiglia ad abitare nel nuovo Comune di sua scelta, rinunciando formalmente con atto pubblico e legale, esso e tutta la sua famiglia, ad ogni diritto e relazione politica del Comune che abbandona, e che per un anno almeno dimorerà stabilmente di giorno e di notte senza alcuna interruzione nel detto nuovo Comune, dopo aver fatto constatare al Consiglio di Stato, che ne terrà apposito rigistro, tanto l' atto di rinuncia per sè e la sua famiglia all' esercizio dei diritti politici nel Comune che lascia, quanto la dichiarazione dell' Autorità locale del Comune del suo nuovo domicilio, qualmente essa lo ha ammesso lui e la sua famiglia nel Catalogo de' suoi Cittadini ed inscritto nei rigistri Civici del Comune.

3) Queste condizioni relative al domicilio sono necessarie tanto per que' Cittadini, che intendono di trasportare il loro domicilio legale, ed esercitare i diritti politici in un Comune, in cui non hanno titolo originario, quanto per quelli, che volessero trasportare

Digitized by Google

di nuovo il loro domicilio legale ed esercitare i diritti politici in un Comune, in cui avessero bensì titolo originario, ma all' epoca della sanzione della presente legge, fossero stati riconosciati dai Decreti, Giudiziari, Governativi e Legislativi promulgati dopo l' attivazione dell' attuale Costituzione, avervi prodotto il diritto di domicilio politico.

4) Un Cittadino, che ha il padre vivente, non si reputa, in verun caso, di avere trasportato legalmente il suo domicilio quantunque fosse emancipato, quando suo padre conservi il domicilio reale, o l'esercizio dei diritti politici nell' antico Comune di sua origine.

5) Un Cittadino, che avrà trasportato legalmente il suo domicilio da un Comune in un altro, non potrà più per cinquant' anni, nè esso, nè alcuno di suoi discendenti, riacquistare i diritti politici nel Comune, che avrà abbandonato.

6) Un Cittadino, il quale per causa di impiego pubblico in servigio dello Stato trovasi obbligato a dimorare o tutto l' anno, o una parte di esso, sia fuori del territorio del Cantone, sia fuori del Comune del proprio domicilio, non vi perde per questo il diritto all' esercizio dei diritti politici.

Digitized by Google

7) Un Cittadino, il qualc trovasi assente della patria per aver preso servizio nei reggimenti o Corpi Militari Capitolati, ne' quali ha parte il Cantone Ticino, non perde in verun caso, al suo ritorno in patria, il medesimo diritto.

8) Un Cittadino, il quale per l' esercizio della sua professione, arte o mestiere, negoziazione ed agricoltura abbandona il Comune del suo legale domicilio, o anche la patria, e dimora altrove per un tempo più o meno determinato, non perderà egualmente al suo ritorno il diritto all' esercizio de' diritti politici nel Comune della sua origine.

9) Un Cittadino, il quale sia pensionato o salariato da un' estera potenza, e che dimori fuori dello Stato per poter godere della pensione o salario, non potrà esercitare i diritti politici del Cantone fintanto che ritornando stabilmente a dimorare nella patria non vi sia riabilitato coll' esecuzione di quanto dalla presente legge e dalla Costituzione è prescritto.

10) I Cittadini compresi negli art. 6, 7, 8 e 9 dovranno però, onde continuare a godere dell' esercizio de' loro diritti politici, aver pagato costantemente tutte le imposte ed aggravj comunali nel

Digitized by Google

Comune di loro origine, e soddisfato regolarmente a tutti gli aggravj personali e reali dello Stato.

11) Il Consiglio di Stato è incaricato dell' esecuzione della presente legge.

Bellinzona, 10. Dicembre 1819.

Per il Gran Consiglio:
Il Landamano Reggente:
G. A. LOTTI.

I Consiglieri Segretarj:
G. A. MESCHINI.
D. M. LEONI.

Noi Landamano e Consiglio di Stato della Repubblica e Cantone del Ticino ordiniamo, che la presente legge sia stampata, pubblicata, affissa a luoghi soliti ed eseguita.

Per il Consiglio di Stato:
Il Landamano:
G. Batt. QUADRI.
Il Segretario di Stato:
V. d' Alberti.

Digitized by Google

CONSTITUTION

DE

LA RÉPUBLIQUE ET CANTON *DE GENEVE.*

Wir nehmen dieſe Verfaſſung mit allen den intereſſanten Zuſätzen auf, welche ſich bei der neueſten, von Hrn. Rigaud, Vizepräſidenten des Gerichtshofes und Profeſſor der Rechte, beſorgten und als offiziell zu betrachtenden Ausgabe finden. Dieſe Ausgabe führt den Titel:

Constitution de la République et Canton de Genève. Nouvelle édition, dans laquelle on a supprimé toutes les dispositions abrogées, et classé dans un ordre méthodique toutes celles, qui ont été conservées, modifiées ou ajoutées depuis l'acceptation de la Constitution le 24. Août 1814 *jusqu'au à la fin de la session de Mai* 1835. *Genève, Briquet et Dubois, libraires, rue du Rhône, nro.* 170, *vis-à-vis la Poste.* 1835. — Blos das «*Règlement pour la police intérieure du Conseil Représentatif et l'ordre de ses délibérations, arrêté par ce Con-*

Digitized by Google

seil le 16. Novembre 1814, modifié les 10. Février 1823 et 18. Janvier 1832 » — glaubten wir für unſer Publikum füglicher weglaſſen zu dürfen.

AVERTISSEMENT

SUR

CETTE NOUVELLE ÉDITION.

La Constitution, adoptée en 1814 *) par la Nation Genevoise, est divisée en trois parties:

1. *La Constitution*, contenant les principes, sur lesquels le Gouvernement est basé; savoir:

L'égalité des citoyens devant la loi;

La liberté de la presse;

L'obligation pour tout Genevois, de servir dans la Milice;

L'établissement d'un Conseil Représentatif, amo-

---

*) Le projet de Constitution fut publié le 17. Août 1814 et soumis aux suffrages de tous les Genevois âgés de vingt-cinq ans, qui avaient eu droit, de voter dans l'ancien Conseil Général en 1798, ou qui étaient issus de pères ayant ce droit.

La votation eut lieu les 22., 23. et 24. Août, le projet fut adopté à la pluralité de 2444 suffrages contre 334.

Digitized by Google

vible, élu par les citoyens, et exerçant, comme pouvoir législatif et comme pouvoir électoral, des attributions plus nombreuses et plus étendues que celles de l'ancien Conseil Général;

L'établissement d'un Conseil d'État chargé du pouvoir exécutif et de l'initiative des lois;

L'établissement de Tribunaux, indépendans des pouvoirs législatif et exécutif;

Enfin le pouvoir attribué aux deux Conseils, d'apporter à la Constitution elle-même les changemens, qu'ils jugeraient convenables.

On trouve dans la Constitution, outre le développement de ces principes, plusieurs dispositions de détail, dont on ne peut expliquer l'insertion que par les circonstances, dans lesquelles se trouvait la République en 1814; elle venait seulement de renaître à l'indépendance et tout était à créer.

2. *Les lois appropriées uniquement à la première formation des Conseils.*

Elles contiennent des dispositions temporaires ou transitoires, qui ont reçu leur exécution.

3. *Les lois éventuelles pour le cas, ou la République acquerrait du territoire.*

Le rapport, publié avec le projet de Constitution,

Digitized by Google

motive ces lois sur les négociations diplomatiques, qui se suivaient alors, et sur la convenance, de faire connaitre aux nouveaux concitoyens, que nous allions recevoir, à quelles conditions ils participeraient aux avantages de la liberté et de l'indépendence Genevoise.

Ils y trouvaient en particulier la garantie du libre exercice du Culte Catholique.

La réunion de la République de Genève à la Confédération Suisse fut, sur la demande du Gouvernement Genevois, votée par la Diète Helvétique le 12. Septembre 1814 et les conditions en furent définitivement arrêtées par l'acte d'union, signé à Zurich, le 19. Mai 1815.

L'acte du congrès de Vienne du 29. Mars 1815, le traité de Paris du 20. Novembre 1815 et le traité de Turin du 16. Mars 1816, acceptés par la Confédération Suisse et par le Canton de Genève, réunirent à ce Canton quelques Communes détachées de la Savoie et du pays de Gex. *)

---

*) Le protocole du Congrès de Vienne du 29. Mars 1815, art. 3, et le traité de Turin du 16. Mars 1816 ont stipulé certaines conditions à la cession des Communes détachées de la Savoie et réunies au Canton de Geneve. Voyez ces actes dans les deux premiers volumes du Recueil authentique des lois.

Digitized by Google

Ainsi fut definitivement formé le Canton de Genève, tel qu'il existe aujourd'hui.

Son étendue superficielle est de 12 lieues carrées.

D'après le dernier recensement, fait en 1834, sa population, dont la moitié à peu près habite la ville de Genève, est de 56,655 ames. *)

Les deux Conseils ont fait un fréquent usage du pouvoir constituant, qui leur est attribué.

Sans parler des lois sur des objets transitoires ou temporaires, dix-huit lois constitutionelles ont été promulguées de 1814 à Mai 1835, ainsi que sept autres dispositions constitutionelles, la plupart dérogatoires, votées, à l'occasion de lois ordinaires, aux deux tiers des suffrages dans les deux Conseils.

Voici les objets les plus importans, sur lesquels il a été statué par ces lois constitutionelles.

I. *Élection du Conseil Représentatif.*

L'égalité des droits politiques des anciens et des

---

*) Sur cette population il y a 37897 Genevois, 7697 Suisses d'autres Cantons, 11,061 Étrangers.

Digitized by Google

nouveaux Genevois a été reconnue par la loi du 18. Novembre 1816.

La loi du 28. Juillet 1819 a annulé un privilège établi par l'article 8, Tit. I, de la Constitution en faveur de certaines personnes exerçant des fonctions publiques.*)

Cette loi de 1819 a augmenté le nombre des Électeurs en fixant à 25 florins le cens électoral, qui, d'après la Constitution, devait être de 63 florins, 9 sols. **)

Le cens électoral a été abaissé à 15 florins par la loi du 18. Avril 1832, il a été réduit à 7 florins par la loi du 23. Février 1835. ***)

---

*) Voici le texte de cet article 8:

» Tous les Membres de la Compagnie de Pasteurs, du Consistoire, de l'Académie soit Université, de la Direction de la Bibliothèque, de l'Hôpital de Genève, de la Société économique, de la Chambre des Tutelles, les Régens du Collége, les Dizeniers, les Directeurs des Bourses française et allemande, et les Genevois membres du Bureau de Bienfaisance auront le droit d'élire, qu'ils paient ou non le cens électoral. «

La loi constitutionelle du 18. Novembre 1816 avait étendu ce privilège aux Curés Genevois, tant en fonctions qu'en retraite, et aux Maires.

**) La grande diminution des impôts opérée depuis 1814 avait rendu nécessaire un abaissement du cens électoral.

***) Le nombre des Electeurs a été: sous le régime de la loi de 1819 de 2042 à 2340. — Sous le régime de la loi de 1831 de 2902 à 3007. — D'après la loi de 1835 il sera d'environ 4500.

Digitized by Google

La Constitution avait établi, et la loi du 28. Juillet 1819 avait maintenu, en le simplifiant, un systeme d'élection à deux degrés, qui a été aboli par la loi du 21. Janvier 1831, depuis laquelle les élections sont entierement directes. *)

---

*) Le Corps Électoral doit chaque année élire trente Députés au Conseil Représentatif.

D'après la loi du 28. Juillet 1819, pour être élu directement, il fallait avoir obtenu non seulement la majorité absolue des suffrages des Électeurs, qui avaient pris part à l'élection, mais encore que le nombre des suffrages obtenus ne fut pas inférieur au quart du nombre total des Électeurs portés sur le tableau électoral.

Si l'élection n'était pas consommée par le premier scrutin, elle était terminée par une Section du Corps Électoral, composée des Membres du Conseil d'État et du Conseil Représentatif; des Électeurs sortis du Conseil Représentatif l'année précédente; des Électeurs Pasteurs ou Curés, soit en activité soit émérites; des Électeurs âgés de 60 ans accomplis.

On présentait à cette Section Électorale la liste des Candidats, qui avaient obtenu le plus de suffrages dans la première opération, en nombre double des places restant à pourvoir, et sur cette liste devait être complétée l'élection annuelle de trente Députés.

Le Corps Électoral aurait pu élire directement les trente Députés, mais en fait cela n'est jamais arrivé, il a élu directement:

En 1819	— 13	Députés.	En 1825	— 9	Députés.
» 1820	5	»	» 1826	7	»
» 1821	5	»	» 1827	7	»
» 1822	2	»	» 1828	15	»
» 1823	2	«	» 1829	11	»
» 1824	0	»	» 1830	7	»

La Section Électorale complétait l'élection entre les Candidats présentés par le Corps Électoral.

Depuis 1831 le Corps Electoral élit directement les trente Députés.

Digitized by Google

II. *Conseil d'État.*

La loi du 5. Août 1831 a établi l'amovibilité des Membres du Conseil d'État et réduit leur nombre de vingt-huit à vingt-cinq; la loi du 3. Décembre 1834, en supprimant l'office de Trésorier-général, a réduit le nombre des Membres du Conseil d'État à vingt-quatre.

III. *Tribunaux.*

Le nombre des Tribunaux, créés par la Constitution, a été diminué par la loi du 7. Février 1816, qui a établi la publicité des débats criminels.

La loi du 5. Décembre 1832 a rendu les juges amovibles et leurs fonctions incompatibles avec celles de Conseiller d'État et d'Aministrateur salarié. *)

Toutes les lois constitutionelles ayant été insérées à leur date dans les vingt-un volumes du Recueil des Lois, il devient très-difficile pour ceux, qui ne font pas de la législation leur étude principale, de

---

*) Jusqu'à cette loi de 1832 cinq Conseillers d'État élus par le Conseil Représentatif siégaient dans les Tribunaux en qualité de Présidens ou Juges; tant qu'ils étaient Membres des Tribunaux, ils ne pouvaient être élus Syndics, ils cessaient de siéger et de voter dans le Conseil d'État; cependant ils pouvaient être appelés à donner leur avis dans ce corps sur des objets déterminés par la loi, mais avec voix consultative seulement.

connaître précisément l'État de notre législation constitutionelle.

Le besoin d'un recueil, qui la mit à la portée de tous, a été depuis long-temps senti et exprimé. Ce travail avait déjà été entrepris en 1828; Messieurs Barbezat et Delarue publièrent à cette époque une édition de la Constitution avec les changemens, modifications et abrogations, qu'elle avait subie depuis 1814. Cette édition fut très-vite épuisée.

Dès lors de nombreux changemens ont encore été apportés à la Constitution et n'ont rendu que plus nécessaire la publication d'une nouvelle édition.

Deux moyens se présentaient à celui, qui voulait entreprendre ce travail:

Ou, réunir, d'après l'ordre chronologique, la Constitution et toutes les lois constitutionelles, qui y ont apporté des changemens, en imprimant en caractères italiques les dispositions abrogées, comme on l'avait fait dans l'édition de 1828;

Ou, adopter l'ordre des matières, et, tout en conservant avec fidélité le texte ancien, opérer un nouveau classement des dispositions constitutionelles, pour les présenter dans un ordre méthodique, qui permette d'en saisir facilement l'ensemble et les détails.

Digitized by Google

Ce dernier mode, malgré la difficulté de son exécution, a paru préférable au premier, qui n'aurait présenté à l'esprit que confusion au lieu d'idées claires et nettes. *)

Voici les bases d'après lesquelles ce travail a été entrepris.

Toutes les dispositions constitutionelles, non abrogées, anciennes et nouvelles, ont été divisées en 186 articles, en cherchant, *autant que possible*, à ne présenter qu'une idée principale dans chaque article, il a fallu pour cela fractionner en plusieurs des articles et même des paragraphes du texte officiel; tous ceux, qui ont étudié la Constitution, savent, que l'ordre des matières avait été peu suivi dans la rédaction.

---

*) Le premier mode indiqué avait été suivi dans l'édition de 1823, mais alors le nombre et l'importance des changemens apportés à la Constitution étaient bien moindres qu'ils ne le sont aujourd'hui.

Sur 168 articles ou paragraphes, que contiennent la Constitution et les Lois éventuelles,

67 ont été abrogés en entier,
13 ont été plus ou moins modifiés,
88 sont conservés en entier.

Ce premier travail fait, tous ces articles ont été classés sous six titres généraux, subdivisés en sections, autant que le sujet l'a permis. La méthode commode d'une seule série de numéros d'articles a été adoptée pour tout l'ouvrage; à côté de chaque article se trouve, en marge, *) l'indication du ou des textes desquelles il est tiré. **)

Le fractionnement d'articles ou de paragraphes du texte officiel a obligé à quelques répétitions de mots, pour conserver à l'article nouveau son vrai sens; ces mots ainsi répetés sont imprimés en caractères italiques.

Les modifications de texte, résultant d'une loi postérieure indiquée dans la note marginale, sont aussi imprimées en caractères italiques.

Des notes jointes au texte de la Constitution renferment quelques éclaircissemens: en indiquant la ré-

---

*) *Nous placerons toutes ces notes marginales au-dessous des articles, qu'elles regardent.*

**) Ces notes marginales contiennent les abréviations suivantes:

Tit. y est mis pour titre de la Constitution de 1814.
Art. » » » » article.
§. » » » » paragraph.
Alin. » » » » alinéa.

Les lettres A, B, C etc., placées dans quelques-unes des notes, indiquent que l'article auquel est joint la note marginale, dans la quelle se trouve une de ses lettres, ne contient pas la totalité du texte officiel cité.

Digitized by Google

lation, qui existe entre divers articles, en renvoyant aux lois, qui ont développé les principes posés dans la Constitution ou en donnant quelques autres explications jugées utiles.

L'auteur de cette publication s'est abstenu de toute louange et de toute critique, il n'a eu pour but que de faire mieux connaître nos lois constitutionnelles et les changemens, qui ont été apportés successivement à ces lois. On pourra aussi mieux apprécier les améliorations dont la Constitution serait susceptible à l'avenir.

Il s'estimera heureux, si ce travail n'est pas jugé trop imparfait et si ses concitoyens l'accueillent avec quelque bienveillance.

Edouard Rigaud,

Vice-Président de la Cour de Justice,
et Prof. honoraire de Droit.

Digitized by Google

CONSTITUTION

DE

LA REPUBLIQUE ET CANTON DE GENÈVE *).

TITRE PREMIER.

Dispositions génerales.

Art. 1. Les Genevois font à la religion et à la patrie le sacrifice de tout souvenir des anciennes dis-

*) La Constitution de 1814 portait le titre de Constitution pour *la Ville et République de Genève*; ce titre a dû être changé depuis la réunion de la République de Genève à la Confédération Suisse. Une loi fut rendue à ce sujet dans la forme constitutionelle le 10. Août 1815; en voici le texte:

»Art. 1. La dénomination de République et Canton de Genève sera substituée à celle de Ville et République de Genève.

»Art. 2. Cette dénomination sera dorénavant employée dans toutes les lois et dans tous les actes, qui émaneront des diverses autorités et des fonctionaires publics du Canton; ainsi que dans la formule exécutoire prescrite par l'article 63 de la loi du 6. Janvier dernier pour les expéditions des jugemens et les grosses des actes notariés.»

Digitized by Google

sentions, de tout ressentiment, de tout esprit de parti: nul ne sera recherché pour des délits politiques antérieurs à la date du présent Edit, qui sera en même temps un Édit de pacification solide et durable.

Tit. X, art. 1.

Art. 2. La Constitution ne reconnaît ni patriciat, ni classes privilégiées; tous les Genevois sont égaux devant la loi.

Tit. I, art. 3.

Art. 3. Tout Genevois âgé de vingt ans accomplis sera nécessairement inscrit dans la milice.

Tit. IX, art. 5.

Art. 4. La liberté de la presse est consacrée; mais tout écrit devra porter le nom de l'imprimeur, sous sa responsabilité.

Néanmoins, si les circonstances l'exigent, le Conseil Représentatif pourra, par des règlemens, limiter l'exercice de cette liberté. *)

Tit. I, art. 4.

---

*) Voyez la loi du 2. Mai 1827, contenant quelques dispositions pénales et de police relatives à la presse.

Cette loi n'admet aucune censure.

Elle porte:

»Art. 20. Avant toute publication d'un écrit

Art. 5. ***La Constitution*** **établit** ***un Corps Électoral,*** **un Conseil Représentatif, quatre Syndics, un Conseil d'Etat.**

Elle établit des tribunaux civils et criminels dans Genève.

Tit. I, art. 1 (A), modifié par les lois des 28. Juillet 1819, 7. Février 1816 et 5. Décembre 1832. (n. I.)

Art. 6. Toutes les élections se feront au scrutin.

Tit. III, art. 12.

Art. 7. Les anciennes lois sur les récusations, tant

---

imprimé dans le Canton, l'imprimeur devra en déposer deux exemplaires à la Chancellerie d'Etat pour la Bibliothèque publique.

» Art. 22. Aucun journal ou autre écrit périodique ne pourra être imprimé dans le Canton, si les éditeurs n'ont fait à la Chancellerie d'Etat la déclaration de leur entreprise.

» La déclaration ne pourra comprendre au delà de trois éditeurs.

» Aucune personne ne pourra être admise en qualité d'éditeur, si elle n'a son domicile dans le Canton. «

Cette loi devra être revue par le Conseil Représentatif dans sa session de Décembre 1837.

Digitized by Google

pour les Conseils que pour les Tribunaux, sont provisoirement remises en vigueur. *)

Tit. III, art. 14.

Art. 8. La loi de 1635, rappelée et confirmée dans le titre 5 du livre 2 du code 1791, sur les correspondances et pensions étrangères, est maintenu. **)

Tit. XI, art. 8 (A).

---

*) Les lois des 15. Février 1816 et 5. Décembre 1832 (n. IV) ont déterminé d'une manière plus précise les récusations ne ce qui concerne les Tribunaux.

**) Voici le texte de cette loi du 30. Octobre 1635.

»Il a été arrêté qu'afin que chacun demeure plus entier en son devoir et fidélité envers Dieu, et cet État, très-expresses inhibitions et défenses sont faites à toutes personnes de quelque qualité et condition qu'elles soient de prendre ni recevoir d'aucuns Princes, États et Républiques, de leurs Ministres ou Officiers, dons, pensions, gages ni récompenses, sous quelque prétexte ou occasion que ce soit, ni d'avoir avec eux pour affaires d'État correspondance ou communication verbalement ni par écrit, ni même leur donner avis directement ou indirectement, sinon que la seule nécessités des affaires publiques le requérant, intervint commandement exprès et spécifique de la part de

Art. 9. Le Conseil Représentatif, sur un préavis du Conseil d'État, réglera l'organisation du nouveau territoire, et il assurera aux nouveaux Genevois les droits et privilèges, qui sont établis par la Charte constitutionelle. *)

Les deux Conseils auront pour principe de resserrer l'union et la confraternité entre les Genevois des deux territoires, de contribuer de tout leur pouvoir à leur bien-être, et de veiller à ce que la justice leur soit rendue avec fidélité et impartialité, et de la manière la moins onéreuse.

Lois éventuelles, art. 12.

Art. 10. Le Conseil Représentatif suppléera par son pouvoir législatif aux vides de la présente Charte, et il lui donnera tout le développement, dont elle

---

la Seigneurie, à laquelle seule est réservée de rendre aux dits Princes, États et Républiques, leurs Ministres et Officiers les offices, qu'ils désireront de nous ou des nôtres, et iceux interdits comme les interdisons à tous autres, le tout à peine de confiscation de corps et biens.«

*) Voyez la loi du 14. Novembre 1816 sur l'organisation des territoires cédés au Canton de Genève et la loi constitutionelle du 18. Novembre 1816 sur quelque points relatifs aux élections.

a besoin, sans s'écarter des principes fondamentaux sur lesquels elle repose et des dispositions qu'elle renferme.

Tit. II, art. 12.

Art. 11. Il ne pourra être fait aucun changement à la Charte constitutionelle qu'à la pluralité des deux tiers des suffrages dans les deux Conseils. *)

Tit. II, art. 8.

TITRE II.

Du Corps Electoral. **)

SECTION PREMIÈRE.

Attribution du Corps Électoral.

Art. 12. Le Corps Électoral élira les Membres du Conseil Représentatif.

Loi du 28. Juillet 1819, art. 1, alin. 1.

---

*) C'est-à-dire dans le Conseil d'État et dans le Conseil Représentatif.

Cet article est celui, qui a permis pour le passé et qui permet pour l'avenir d'apporter à la Constitution tous les changemens qu'exigent le bien de la République et les progrès de la civilisation et des lumières.

**) Voyez dans l'avertissement l'exposé des changemens qu'a éprouvé le système électoral depuis 1814.

Digitized by Google

Art. 13. Chaque année *le* Conseil *Représentatif* sera renouvelé de trente places.

Dans ce nombre seront comprises les places vacantes par admission au Conseil d'État, par décès, par démission ou par une absence de deux ans sans permission du Conseil d'État.*)

Tit. II, art. 5, §. 1.

Art. 14. Le premier renouvellement s'opérera par le sort; il n'aura lieu que dans cinq ans; il portera d'abord sur tous les Députés de la première création, jusqu'à ce qu'elle soit totalement épuisée.**)

---

*) La loi du 3. Mars 1826 a interprété cette dernière disposition de la Constitution comme suit:

»Art. 1. Tout député au Conseil Représentatif absent du Canton pendant deux années consécutives, sera porté sur la liste des vacances, s'il n'a demandé et obtenu, avant l'expiration de la seconde annee, une permission du Conseil d'État.

»Art. 2. Le deputé, qui aura obtenu cette permission sera porté sur la liste des vacances, s'il laisse écouler une troisième année sans siéger dans le Conseil Représentatif.«

**) D'aprés l'article premier de la loi transitoire, acceptée en même temps que la Constitution, la première élection des députés au Conseil Représentatif, en 1814, ne fut que de 240 au lieu de 250 députés.

Digitized by Google

Dans la suite il aura lieu par la date de l'élection, en sorte que les plus anciens sortiront les premiers, et si leur nombre excède celui des places, qui doivent être renouvelées, on aura recours au sort.

Tit. II, art. 5, §. 4.

Art. 15. Toute délibération est interdite au Corps Electoral.

Loi du 28. Juillet 1819, art. 8. (A.)

Art. 16. Les Électeurs n'auront droit à aucune indemnité.

Loi du 28. Juillet 1819, art. 8. (B.)

En 1816, après la réunion et l'organisation des territoires cedés, le Conseil Représentatif etant reduit à 212 membres par suite de décès, de démission et d'élection au Conseil d'État, il fut procédé pour le compléter à une élection de 38 députés. Voyez l'article 4 de la loi constitutionelle du 18. Novembre 1816.

D'après l'article 42 de la loi organique sur l'élection des députés au Conseil Représentatif du 22. Septembre 1819, ces 38 députés élus en 1816 ne furent point considérés pour le tirage au sort comme étant de la première formation.

L'effet du mode de renouvellement réglé par la Constitution est de donner une durée de neuf ou dix ans aux fonctions de député au Conseil Représentatif.

Digitized by Google

SECTION II.

Qualités requises pour être Electeur.

Art. 17. Tout individu domicilié dans la ville ou dans son territoire aura le droit d'élire, s'il est né Genevois, ayant, par droit le naissance antérieurement au 15. Avril 1798 *), le droit de cité, ou de commune, ou d'habitation perpétuelle, ou s'il est issu d'un père ou d'un aïeul ayant ce droit, ou s'il l'a acquis par concession, ou par achat. **)

---

*) Cette date est celle de la réunion de Genève à la France, la République a recouvré son indépendance le 31. Décembre 1813.

**) On sait que, dans l'ancienne République, les Genevois étaient divisés en plusieurs classes, jouissant chacune de droits différens.

Les Citoyens et Bourgeois, les seuls, qui exerçassent des droits politiques.

Les anciens Genevois de la campagne; les étrangers devenus Genevois par l'acquisition du droit d'habitation perpétuelle (qu'on payait de 1000 à 1500 florins), et leurs descendans, connus sous le nom de Natifs, jouissaient de droits civils plus ou moins étendus. Voyez le livre II du code de 1791 et lois antérieures.

L'édit du 12. Décembre 1792 appela toutes ces classes à l'égalité des droits politiques. L'art. 7 de cet édit porte que: »Il n'y aura dans Ge-

Il devra, en outre, avoir les conditions requises ci-après (*art.* 21 *et suivans*).

Tit. I, art. 5.

Art. 18. Le Conseil d'État pourra accorder ou vendre le droit de cité, soit de commune dans la ville, et la somme provenant de cette vente, sera versée dans la caisse de l'Hôpital de Genève.

Tit. I, art. 6, §. 1, alin. 1.

Art. 19. La concession ou la vente du droit de commune, par une commune de campagne, devra être autorisée par ce Conseil d'État, et la somme provenant de cette vente appartiendra à la commune.

Tit. I, art. 6, §. 2.

Art. 20. Les habitans du territoire cédé par le traité de Paris du 20. Novembre 1815 et par celui de Turin du 16. Mars 1816, reconnus Genevois, jouiront du droit d'élire et d'être élus et ils l'exer-

---

nève et son territoire que des citoyens et des étrangers.«

Les derniers dispositions législatives, qui, dans l'ancienne République, avaient réglé l'état des citoyens et qui doivent être consultées pour l'application de cet article sont les articles 3 et 11 de la Constitution du 6. Octobre 1796.

ceront concurremment avec les Genevois de l'ancien territoire et sous les mêmes conditions.*)

Loi du 18. Novembre 1816, art. 1.

Art. 21. *Le Corps Électoral* se compose de tous les Genevois âgés de vingt-cinq ans accomplis, domiciliés dans le Canton, qui paient tant par eux que par leurs femmes, ou leurs enfans mineurs, au moins *sept* florins de contributions directes, et qui ne sont dans aucun des cas d'exclusion déterminés par l'article *vingt-cinq*.**)

Loi du 28. Juillet 1819, art. 1, alin. 2, modifié par la loi du 23. Février 1835, art. unique.

Art. 22. Ne seront pas imputées les contributions payées pour des états, qui, d'après la loi, ne

---

*) Voyez les conditions requises dans le nouveau territoire, pour être reconnu Genevois, dans le titre II de la loi du 14. Novembre 1816 sur l'organisation des territoires cédés au Canton de Genève.

**) Le cens électoral était fixé, par la Constitution, à 20 livres de Suisse soit à 63 florins, 9 sols. Il fut réduit, en 1819, à 25 florins, en 1832 à 15 florins; il vient enfin d'être réduit, en 1835, à 7 florins (22 batzen et 2 rappen), soit 3 francs, 23 centimes.

Digitized by Google

peuvent être exercés qu'avec une autorisation de la Police.

Loi du 28. Juillet 1819, art. 3.

Art. 23. Le Genèvois, qui paie moins de *sept* florins de contributions directes, et qui n'est pas exclu par les dispositions de l'article 25, sera admis comme Électeur, s'il complète cette somme par une contribution volontaire, pourvu 1) qu'il occupe un appartement de 350 florins au moins de loyer dans la ville de Genève, ou de 200 fl. de loyer dans les autres communes du Canton, 2) qu'il ait fourni ce complément l'anuée, où il voudra jouir du droit d'être Électeur, et chacune des deux années précédentes.*)

Loi du 28. Juillet 1819, art. 4, modifié par la loi du 23. Février 1835, art. unique.

---

*) Quoique cet article soit dans ce moment sans application, puisque tous les Genevois auxquels, il pourrait être applicable, paient la taxe personnelle de sept florins, cependant il n'a pas été abrogé lors du dernier abaissement du cens; les motifs de cette non abrogation sont donnés dans le passage suivant du rapport du Conseil d'État: »Les personnes, qui sont à un loyer égal ou superieur à celui fixé par cet article, paient, il est vrai, dans ce moment, un impôt de sept florins pour la taxe

Art. 24. Lorsqu'un Électeur payera plus de *sept* florins de contributions directes, ce surplus sera imputé en faveur de ses fils aptes à devenir Électeurs et vivans chez lui, afin d'établir ou de compléter leur cote électorale, en commençant par le plus âgé et en allant successivement, s'il y a lieu, du plus âgé à celui, qui le suit immédiatement.

La totalité des contributions directes payées par une veuve sera imputée à ses fils selon le même ordre.

Loi du 28. Juillet 1819, art. 5, modifié par la loi du 23. Février 1835, art. unique.

Art. 25. Ne pourront être membres du Corps Électoral:

1) Ceux, qui sont en état de domesticité,

---

personnelle et sous ce rapport, l'article sera sans application actuelle; mais si par un budget, cette taxe était jamais abaissée, la faculté laissée par cet article pourrait de nouveau profiter aux citoyens, qui sont dans cette cathégorie; et avec cette chance, l'abrogation serait tout au moins superflue.«

Digitized by Google

2) Ceux, qui sont faillis, interdits ou pourvus d'un conseil judiciaire;

3) Ceux, dont l'insolvabilité serait établie par un jugement de condamnation, tant qu'ils n'en produisent pas la quittance;

4) Ceux, qui n'ont pas remboursé les assistances, qu'ils ont reçues des bourses publiques de charité,

5) Ceux, qui ont été condamnés par un jugement; ou infamant ou emportant privation du droit d'être électeur.

Loi du 28. Juillet 1819, art. 2.

SECTION III.

Qualités requises pour être éligible.

Art. 26. Nul ne sera éligible s'il n'a les qualités requises pour être Électeur.

Les éligibles devront en outre être laïcs âgés de trente ans accomplis, ou de vingt sept ans accomplis s'ils sont mariés.

Tit. II, art. 1. (B.)

Art. 27. Les Députés, qui sortiront du Conseil Représentatif *par la lois du renouvellement*, seront rééligibles une année après leur sortie.

Tit. II, art. 5, §. 2.

Digitized by Google

Art. 28. *Les Conseillers d'Etat, qui donneraient leur démission ou qui ne seraient pas réélus,* seront éligibles *au* Conseil *Représentatif* dès la première élection, qui suivra leur sortie.

Loi du 5. Août 1831, art. 7. (B.)

SECTION IV.

Formes à suivre pour l'élection.

Art. 29. Le tableau des membres du Corps Électoral sera dressé chaque année.

Loi du 28. Juillet 1819, art. 6.

Art. 30. Tous les aspirans à la place de Député au Conseil Représentatif pourront s'inscrire en Chancellerie: la liste en sera rendue publique; mais les Électeurs ne seront pas astreints à ne nommer que les candidats inscrits dans cette liste.

Tit. II, art. 4.

Art. 31. L'élection annuelle de trente Membres du Conseil Représentatif se fera à Genève. Elle devra être commencée à l'époque, et terminée dans le délai, qui seront fixés par la lois organique. Il y sera procédé au scrutin. *)

Loi du 28. Juillet 1819, art. 7.

---

*) La loi organique a fixé le mois d'Août.

Art. 32. Chaque Électeur nommera trente personnes éligibles. La loi organique décidera dans quels cas les billets seront rectifiés ou annulés, pour contravention à cette disposition.

Loi du 28. Juillet 1819, art. 9.

Art. 33. Seront déclarés élus, jusqu'à concurrence des trente places à pourvoir, et selon l'ordre des suffrages, les Candidats, qui auront obtenu la majorité absolue, si le nombre des suffrages obtenus n'est pas inférieur au quart des Membres portés au tableau du Corps Électoral.

Loi du 28. Juillet 1819, art. 10.

Art. 34. Si l'élection de trente Députés à nommer n'est pas consommée dans le premier tour de scrutin du Corps Électoral, ce corps sera convoqué de nouveau pour procéder à un second tour de scrutin entre les Candidats, qui auront obtenu le plus de suffrages après les élus et sur une liste en nombre double des places restant à pourvoir.

Loi du 21. Janvier 1831, art. unique, §. 1.

Art. 35. Dans le second tour de scrutin chaque Electeur choisira entre les seuls Candidats portés sur la liste ci-dessus, un nombre de personnes égal à celui des Membres restant à élire.

Digitized by Google

La majorité relative suffira dans ce second tour pour être élu. *)

Loi du 21. Janvier 1831, art. unique, §. 2.

Art. 36. Si dans les opérations ci-dessus indiquées, il y a égalité de suffrages, la préférence sera accordée au plus âgé.

Loi du 28. Juillet 1819, art. 16.

Art. 37. *Lors de leur élection*, les Députés au Conseil Représentatif prêteront le serment de leur office devant *ce* Conseil. **)

Tit. III, art. 16. (B.)

Art. 38. Le Conseil Représentatif, sur un préavis du Conseil d'Etat, fera les règlemens nécessaires á la police des élections, à la manière d'y procéder, et à la solution des questions, qui pourraient s'élever sur le droit d'élire ou d'être élu. ***)

Loi du 28. Juillet 1819, art. 17.

---

*) Les articles 34 et 35 sont ceux, qui remplacent les articles de la loi de 1819, qui établissaient l'élection à deux degrés. Voye la note VIII dans l'avertissement.

**) Voyez la formule de ce serment dans l'article 1 du Réglement du Conseil Représentatif.

***) Voyez la loi organique sur l'election des députés au Conseil Représentatif du 22. Septembre 1819, modifiée le 24. Janvier 1831.

Digitized by Google

TITRE III.

Du Conseil Représentatif.

SECTION PREMIÈRE.

Composition du Conseil Représentatif.

Art. 39. Le Conseil Représentatif sera composé de deux cent cinquante Députés.

Tit. II, art. 1. (A.)

Art. 40. *Le Conseil Représentatif* sera présidé par les Syndics et le Conseil d'État, qui en font partie; par cette adjonction, *il* sera de deux cent soixante et *quatorze* membres. *)

Tit. II, art. 2, modifié par les lois du 5. Août 1831, art. 1, et du 3. Décembre 1834, art. unique.

Art. 41. Les Conseillers d'Etat, qui donneraient leur démission ou qui ne seraient pas réélus, cesseront de faire partie du Conseil Représentatif.

Loi du 5. Août 1831, art. 7. (A.)

---

*) Voyez la note de l'article 88, sur le nombre de membres du Conseil d'État.

La présidence du Conseil Représentatif est exercée par le Premier Syndic, qui, en cas d'empêchement, est remplacé comme cela est déterminé dans l'article 4 du règlement.

Digitized by Google

Art. 42. Il ne pourra y avoir plus de cinq personnes du même nom et famille, qui siègent ensemble dans le Conseil Représentatif.

Tit. II. art. 6, §. 7.

Art. 43. Les Membres du Conseil Représentatif n'auront droit à aucune indemnité.

Loi du 28. Juillet 1819, art. 8. (C.)

SECTION II.

Sessions du Conseil Représentatif, et forme de ses délibérations. *)

Art. 44. Le Conseil Représentatif sera convoqué nécessairement le premier Lundi du mois de Mai et du mois de Décembre: chaque session sera de trois semaines, à moins que le Conseil d'État n'en prolonge la durée.

Il pourra être convoqué extraordinairement par le Conseil d'État, qui déterminera la durée de la session.

Tit. II, art. 9.

---

*) Les séances du Conseil Représentatif sont publiques. Voyez la loi du 21. Janvier 1833 et le reglement du 8. Avril 1833 sur la publicité des séances du Conseil Représentatif.

Digitized by Google

Art. 45. Le *Conseil Représentatif* aura la police de son corps qu'il déterminera par des règlemens.

Tit. II, art. 7, §. 10.

Art. 46. Il sera corps délibérant; il fera, pour éviter la longueur des délibérations, les règlemens qu'il jugera convenables. *)

Tit. II, art. 3.

Art. 47. Le Conseil d'État a l'initiative dans toutes les matières, qui sont portées à la délibération du Conseil Représentatif. **)

Tit. III, art. 5, §. 1. (A.)

---

*) Voyez le règlement du Conseil Représentatif sur la police interieure de ce Conseil, et la forme de ses délibérations.

**) Cette disposition générale a été conciliée avec les autres articles de ecte section par l'article onze du règlement du Conseil Représentatif.

Cet artiele rappelle que l'édit constitutionnel admet trois exceptions à la règle fondamentale que le Conseil Représentatif ne peut délibérer que sur des propositions, qui lui sont portées par le Conseil d'État, savoir:

1. Pour les objets de police intérieure de l'assemblée.

Digitized by Google

Art. 48. Dans toutes les affaires, qui seront portées au Conseil Représentatif, il pourra modifier le préavis du Conseil d'État; mais il devra se renfermer dans la question, qui est soumise à sa délibération.

Tit. II, art. 7. §. 9.

Art. 49. Dans les séances périodiques, tous les membres du Conseil Représentatif pourront faire des propositions ou des représentations.

Le Conseil d'État aura le droit d'agréer ou de rejeter une proposition, mais si une représentation a pour objet la transgression d'une loi, et que cette représentation soit renouvelée et appuyée dans la session suivante par cent suffrages, elle devra être portée à la décision du Conseil Représentatif dans le terme de trois jours pour le plus tard.

Dans tout ce qui concerne la Charte constitutionelle, il devra se conformer à l'article *onze*. Si la représentation est rejetée, elle ne pourra être renouvelée de cinq ans.

Tit. II, art. 10.

---

2. Pour les représentations.

3. Pour des amendemens sur des propositions du Conseil d'État.

SECTION III.

Pouvoirs attribués au Conseil Representatif.

§. 1. Relations extérieures.

Art. 50. Le *Conseil Représentatif* aura le droit d'approuver, de modifier et de rejeter les capitulations et conventions avec d'autres Etats, qui lui seraient proposées par le Conseil d'État, en se conformant toutefois aux lois générales de la Confédération.

Tit. II, art. 7, §. 3.

§. 2. Affaires fédérales.

Art. 51. Sur un préavis du Conseil d'Etat, le *Conseil Représentatif* statuera sur toutes les matières relatives aux Diètes ordinaires et extraordinaires, il donnera sa sanction aux instructions et aux mandats. *)

Tit. II, art. 7, §. 8. (A.)

§. 3. L'égislation.

Art. 52 Le Conseil Représentatif aura le pouvoir législatif, sous la réserve de l'initiative des

---

*) Voyez le règlement du 27. Mars 1815 sur les députations à la Haute Diète.

Digitized by Google

Syndics et du Conseil d'Etat, et en se conformant aux lois générales de la Confédération Helvétique.*)

Tit. II, art. 7, §. 1.

Art. 53. Il aura le droit de créer des magistratures, des tribunaux et des emplois, en tant qu'ils n'auront rien de contraire aux dispositions du présent Edit.

Tit. II, art. 7, §. 4.

Art. 54. Le Conseil Représentatif, sur un préavis du Conseil d'Etat, déterminera à qui appartient l'exercice des attributions et des pouvoirs, qui ne sont pas expressément délégués par la loi, et quels sont les départemens, qui devront être présidés par un Syndic.

Tit. II, art. 7, §. 12.

§. 4. Finances.

Art. 55. Le Conseil Représentatif aura seul le droit de battre monnaie.

Tit. II, art. 11.

Art. 56. Il aura, *sous la réserve de l'initiative du*

*) Indépendamment de cette disposition générale, voyez des dispositions spéciales sur le pouvoir législatif du Conseil Représentatif dans les articles 4, 10, 38, 123, 154 et 169.

Digitized by Google

Conseil d'État, et en se conformant aux lois générales de la Confédération Helvétique, le droit d'établir, d'abolir, d'augmenter, de diminuer, de changer, de modifier les impôts et d'en régler la durée; de statuer sur toutes les dépenses extraordinaires, qui excèdent la somme de 6500 livres de Suisse; sur les emprunts, sur les subsides extraordinaires et sur les loteries publiques. *)

Tit. II, art. 7, §. 2. (A).

Art. 57. Les droits réunis sont supprimés, sauf la vente du sel qui appartiendra à l'Etat, comme par le passé **.

Tit. X, art. 2.

---

*) En 1821, la Conseil d'État proposa l'établissement de six loteries, qui auraient été ouvertes en six années différentes et dont le produit aurait été appliqué à des œuvres de charité.

Le Conseil Representatif craignant de faire plus de mal que de bien, en entretenant ou en créant dans la classe indigente le goût du jeu, ajourna cette proposition, qui n'a pas été reproduite dès lors.

**) L'article 2, titre X, de la Constitution, outre la disposition maintenue dans cet article, contenait une disposition transitoire qu'on n'a pas cru devoir reproduire dans le texte de cette nouvelle édition, la voici:

Digitized by Google

Art. 58. L'octroi appartient à la commune de Genève, ainsi que la ferme de la pêche et des boues, à la charge par elle d'entretenir la machine hydraulique, l'éclairement de la ville, les quatre ponts sur le Rhône et les pavés, et de payer graduellement les dettes de la Mairie. *)

Tit. X, art. 4.

Art. 59. La taxe, qui pourrait être imposée *sur les* permissions de domicile, appartiendra à la caisse de la commune de Genève. **)

Tit. I, art. 6, §. 1, alin. 2.

»Vu les dettes et les besoins de l'État, et les »circonstances singulières dans lesquelles il se trouve »placé, il n'est pas possible de faire dans ce mo»ment, la revision des impôts actuels; ils sont »maintenus jusqu'au premier Janvier 1816, pour »le plus tard.«

L'art. de la Constitution maintenait, outre le droit du sel, »le droit de garantie (*sur les ou»vrages d'or et d'argent*) tel qu'il est fixé par le »règlement du Conseil provisoire.«

On n'a pas reproduit cette disposition dans le texte, parceque dès le premier Janvier 1816, cet impôt a été aboli.

*) Les dettes de l'ancienne Mairie de Genève ont été entierement acquittées.

**) La Chambre des Étrangers instituee par la loi du 11. Mars 1816 est chargée d'accorder ou de

Art. 60. Le Conseil d'Etat présentera chaque année au Conseil Représentatif:

Un projet de budget soit tableau des recettes et dépenses présumées pour l'année suivante. Il sera procédé sur ce projet selon les formes ordinaires.*)

Loi du 6. Mars 1835, art. unique, §. 1.

Art 61. Si le Conseil d'Etat a des dépenses à faire, qui doivent rester secrètes, il demandera au Conseil Représentatif de nommer six commissaires, qui seront autorisés à les allouer, et le secret sur

---

retirer aux étrangers résidans dans le Canton, les permissions de séjour; les permissions de domicile sont accordés ou retirées par le Conseil d'Etat. Voyez le titre III de la dite loi.

Les lois de finances, en assujettissant ces permissions à une taxe, ont statué que le produit de cette taxe appartiendrait, pour tout le Canton, à la commune dans laquelle réside l'étranger, qui a obtenu la permission de séjour ou de domicile, defalcation faite des frais de la Chambre des Etrangers. Voyez l'article 346 de la loi du 7. Mars 1827, modifié par l'article 7 de la loi de finances du 10. Mars 1828.

***) Le Conseil d'État présente au Conseil Représentatif un budget pour les recettes et dépenses du Canton et un budget séparé pour les recettes et dépenses de la Ville Genève.

Digitized by Google

l'emploi de cette allocation devra être religieusement gardé.*)

Tit. II, art, 7, §. 2. (B.)

Art. 62. *Le Conseil d'Etat présentera chaque année au Conseil Représentatif:*

Un tableau des recettes et dépenses effectuées dans l'exercice de l'année précédente, et l'état de situation des finances publiques.

L'examen des comptes à l'appui de ce tableau et le règlement définitif de l'exercice seront renvoyés à une Commission de Revision composée de deux Membres du Conseil d'Etat, nommés par ce corps et n'ayant pas voix délibérative et de sept Députés au Conseil Représentatif élus au scrutin de liste.**)

Loi du 6. Mars 1835, art. unique, §. 2.

Art. 63. Dès que les finances de l'Etat le permettront, la Chambre des Blés sera rétablie. Le Conseil Représentatif déterminera le mode de son existence.***)

Tit. X, art. 3.

---

*) Depuis 1814 il n'a été fait qu'une fois usage de cet article.

**) Le Conseil d'État présente annuellement au Conseil Représentatif deux comptes séparés, l'un pour les finances du Canton et l'autre pour celles de la Ville de Genève.

***) La Chambre des Blés était chargée dans l'an-

Digitized by Google

§. 5. Militaire.

Art. 64. *Le Conseil Représentatif* statuera en dernier ressort sur le militaire, sur les arsenaux, sur les augmentations et diminutions de fortifications.*)

Tit. II, art. 7, §. 7. (A.)

---

cienne République de faire des approvisionnemens de Blé, pour le compte de l'Etat, afin de prévenir les dangers de la disette.

Pour atteindre ce but, la Chambre avait à sa disposition des capitaux considérables et jouissait de plusieurs privilèges, qui restreignaient la liberté du commerce des grains, par exemple, les boulangers devaient, en général, s'approvisionner dans les magasins de l'Etat.

En 1820, le Conseil Représentatif agita la question de son rétablissement; une grande majorité y trouva plus d'inconvéniens que d'avantages.

Il fut rendu alors, sous la date du 10. Avril 1820, une loi contenant des dispositions et encouragemens relatifs aux subsistances. Cette loi qui devait être revue au bout de cinq ans, a été abrogée le 9. Mai 1825.

*) Voyez les lois des 19. Juin 1822, 14 Mars 1825 et 4. Juillet 1834 sur les fortifications de la Ville de Genève.

Digitized by Google

Art. 65. *La Constitution établit* une garnison soldée, dont le nombre sera déterminé par le Conseil Représentatif qui pourra l'augmenter ou la diminuer selon que les circonstances l'exigeront.*)

Tit. I, art. 1. (D.)

§. 6. Vente forcée des propriétés particulières.

Art. 66. *Le Conseil Représentatif statuera en dernier ressort* sur la vente forcée du sol des particuliers quil serait jugé indispensable de faire entrer dans les fortifications, ainsi que sur les propriétés des particulier dont la vente forcée serait nécessaire pour la sureté et la salubrité d'une rue, ou tout autre cas d'une utilité évidente pour le public: bien entendu qu'il sera alloué une pleine indemnité aux particuliers intéressés.**)

Tit. II, art. 7, §. 7 (B.), modifié par la loi du 14. Février 1834, art. 32.

---

*) La Garde Soldée est réduite d'après la loi du 14. Fevrier 1834, à 214 hommes, dont 88 de Gens-d'armerie et 126 d'Artillerie.

**) Voyez la loi du 14. Février 1834 sur la vente forcee pour cause d'utilité publique.

Digitized by Google

SECTION IV.

Élections attribuées au Conseil Representatif *).

§ 1. Dispositions générales.

Art. 67. *Le Conseil Représentatif* nommera à toutes les places de magistrature et de judicature **),

---

*) Voyez le réglement du 10. Mars 1817, modifié les 3. Fevrier 1826, 20. Mai 1826 et 18. Janvier 1832, relatif aux elèctions qui appartiennent au Conseil Representatif.

*) Il y a trois exceptions à la regle que tous les juges doivent être nommes par le Conseil Representatif.

1. Vingt-quatre juges du Tribunal de recours sont designes par le sort. Voyez l'article 137.

2. Les juges et suppleans du Tribunal de commerce sont elus par une assemblee de commerçans. Voyez l'article 139.

3. »Les membres des Conseils de discipline et »de révision ainsi que leurs suppleans et le juge-»instructeur de la milice seront nommés par le »Conseil d'État«

Voyez la loi du 31. Mars 1826 sur la discipline de la milice, article 93 voté constitutionnellement comme dérogatoire au §. 5, article 7, titre IL de la Constitution.

Digitized by Google

et à tous les emplois que la loi attribue exclusivement aux membres du Conseil Représentatif.

Tit. II, art. 7, §. 5.

Art. 68. Les Députés pourvus d'un emploi continueront de l'exercer pendant le terme fixé, s'ils sortent du Conseil Représentatif par la loi du renouvellement *).

Tit. II, art. 5, §. 3.

---

*) Cet article doit s'entendre des emplois exclusivement attribués aux députés au Conseil Représentatif.

La constitution de 1814 attribuait exclusivement aux députés au Conseil Representatif les emplois de Président Criminel de la Cour Suprême et de Procureur Général, de même que deux places dans le Conseil Militaire; ces dispositions ont été abrogées par les lois constitutionnelles des 5. Décembre 1832 (n. 1) et 2. Avril 1834.

Il ne reste plus de fonctions exclusivement attribuées aux députés au Conseil Representatif que celles de Conseiller d'Etat, voyez l'article 77, et trois places dans la Chambre des Comptes. Voyez l'article 108.

C'est seulement aux députés élus, pour ces dernières places, que l'article 68 parait actuellement applicable.

Digitized by Google

Art. 69. Dans les élections qui appartiennent au Conseil Représentatif, le Conseil d'État fera une nomination en nombre double, à laquelle seront joints ceux qui auront été indiqués dans ce Conseil, ou qui se seront inscrits en Chancellerie *).

Tit. III, art. 5, §. 3, alin. 2.

§. 2. Époques auxquelles le Conseil Représentatif doit procéder aux diverses élections.

Art. 70. Les Syndics, le Lieutenant, le Procureur-Général *et* les Auditeurs, seront élus dans la session du mois de Décembre **). Si l'une de

---

*) Le Conseil Représentatif n'est point astreint à ne choisir que parmi les personnes nommées ou indiquées par le Conseil d'État ou inscrites en Chancellerie, il a, dans quelques cas, élu hors de ces listes.

On suit une autre forme que celle tracée dans cet article pour l'election des Syndics. Voyez l'article 74.

**) Les élections aux fonctions de Procureur-Général, d'Auditeur et de Juge, devenues vacantes par suite de décès ou de démission, doivent avoir lieu dans les six semaines de la vacance. Voyez l'article 27 de la loi du 5. Décembre 1832 (n IV) sur l'organisation judiciaire.

Digitized by Google

ces places devient vacante, le Conseil dÉtat y pourvoira provisoirement, jusqu'à la première session du Conseil Représentatif.

Tit. X, art. 9 (A.), modifié par la loi du 7. Février 1816, et par celle du 3. Décembre 1834.

Art. 71. L'élection ordinaire de Conseillers d'Etat aura lieu dans le mois de Décembre, avant celle des Syndics.

L'élection, pour cause de décès ou de démission, se fera dans les six semaines de la vacance.

Loi du 5. Août 1831, art. 4.

Art. 72. *Il sera procédé à l'élection pour toutes les* autres places dont l'élection appartient au Conseil Représentatif, *dans la session la plus voisine de la vacance.*

Tit. X, art. 9. (E.)

§. 3. Élection des Syndics.

Art. 73. Les Syndics seront élus pour un an; ils pourront être élus de nouveau un an après être sortis de charge.

Tit. III, art. 11. (A.)

Art. 74. On procédera à l'élection des Syndics, en présentant au Conseil Représentatif tout le ta-

Digitized by Google

bleau du Conseil d'État, à la réserve des quatre Syndics

Les Conseillers d'Etat âgés de 70 ans accomplis, s'ils demandent leur décharge, l'obtiendront de plein droit.

Le Conseil d'Etat pourra en outre accorder à deux de ses membres leur décharge de l'élection; mais elle devra être confirmée par le Conseil Représentatif. Nul autre membre du Conseil ne pourra demander sa décharge.

Tit. III, art, 10, §. 1 et 2, modifié par la loi du 3. Décembre 1834.

Art. 75. Le Lieutenant *de police*, à la veille de sortir de charge, pourra être élu Syndic.

Tit. X, art. 9. (C.)

Art. 76. L'élection faite, le Conseil Représentatif procédera à l'élection du premier Syndic, sans égard à l'ancienneté. Il procédera de même à l'élection du Syndic de la Garde, lequel n'aura, par cette élection, aucune préséance sur ses collégues *).

Tit. III, art. 10. §. 5.

---

*) Le Syndic de la Garde est Président du Conseil Militaire (voyez art. 110) et Chef des forces

§. 4. Élection des Conseillers d'État.

Art. 77. Les seuls Députés au Conseil Représentatif âgés de 35 ans accomplis, seront éligibles pour la place de Conseiller d'Etat.

Seront néanmoins éligibles ceux qui seront sortis du Conseil Représentatif par la loi du renouvellement, dans l'année qui suivra immédiatement leur sortie.

Tit. III, art. 1.

Art. 78. Les Conseillers d'État seront élus pour huit ans et rééligibles immédiatement.

Loi du 5. Août 1831, art. 2.

Art. 79. Quelle que soit la date de leur élection, leurs fonctions cesseront au 31. Décembre de la huitième année de cette élection.

Loi du 5. Août 1831, art. 3.

§. 5. Élection du Lieutenant de Police.

Art. 80. Le Lieutenant de Police sera nommé

---

militaires du Canton, voyez art. 4, loi du 18. Février 1818 sur les premières autorités militaires.

par le Conseil Représentatif entre les Membres du Conseil d'État.

Loi du 5. Décembre 1832, (n. II.) art. 1.

Art. 81. Il sera élu pour deux ans et immédiatement rééligible.

Toutefois, après six années consécutives d'exercice, le même membre ne pourra être réélu qu'après un an d'intervalle.

Loi du 5. Décembre 1832, (n. II.) art. 2.

Art. 82. Un Syndic, à la veille de sa sortie de charge, pourra être élu Lieutenant.

Tit. X, art. 9. (B.)

§. 6. Élection des Députés à la Diète.

Art. 83. *Le Conseil Représentatif* nommera les Députés à la Diète, mais le chef de la députation devra être pris dans le Conseil d'État.

Il pourra cependant laisser au Conseil d'État le choix des Députés *).

Tit. II. art. 7, §. 8. (B.)

---

*) Voyez le règlement du 27. Mars 1815 sur les députations à la Haute Diète, modifié le 18. Décembre 1829.

Digitized by Google

§. 7. Élection des Magistrats de l'Ordre judiciaire.

Voyez les dispositions relatives à ces élections ci-après article 137 *et suivans.*

§. 8. Prestation du serment des Magistrats élus **).

Art. 84. Lors de leur élection, les Syndics *et* les Conseillers d'Etat *prêteront le serment de leur office devant le Conseil Représentatif.*

Tit. III, art. 16, (A.)

D'après ce règlement le Conseil Representatif décide, chaque fois qu'il doit nommer des Deputes à la Diete, s'il veut faire lui-même l'election des Deputes ou s'il veut en laisser le choix au Conseil d'Etat.

Les Deputes nommés prêtent serment devant le Conseil Representatif, soit qu'ils aient ete elus par ce Conseil, soit qu'ils l'aient ete par le Conseil d'Etat.

**) La loi du 13. Décembre 1815 qui institue une fête publique annuelle au 31 Decembre, jour anniversaire de la restauration de la Republique, décide, art. 2.

»Les Syndics et autres magistrats ou juges amo»vibles, dont l'election doit se faire dans la session »periodique du Conseil Representatif du mois

Art. 85. Avant d'entrer en fonctions, les Membres des tribunaux et du ministère public, ainsi que les Auditeurs, prêteront le serment de leur office devant le Conseil Représentatif.

Toutefois, pour les élections qui auraient lieu dans une session extraordinaire, le Conseil d'État recevra le serment s'il n'a pas été prêté avant la clôture de la dite session.

Loi du 5. Décembre 1832 (IV), art. 31.

Art. 86 Les autres Magistrats, les fonctionnaires Civils et Ecclésiastiques prêteront serment devant le Conseil d'État.

Tit. III, art. 16, (C.) modifié par la loi du 5. Décembre 1832 (n. IV.) art. 31.

»de Décembre, prêteront serment le 31. du même »mois, et entreront de suite en fonctions«

L'arrêté du Conseil Representatif du 14. Décembre 1827 décide que »les prestations de ser»ment mentionnées par la loi du 13. Décembre »1815, auront lieu publiquement dans l'une des »églises de Geneve, désignée par le Conseil »d'Etat.«

Cette cérémonie a eu lieu des lors dans la cathédrale de St.-Pierre.

Digitized by Google

§. 9. Des Décharges.

Art. 87. Les Syndics, le Lieutenant et le Procureur-Général ne pourront être déchargés de leur emploi qu'avec le consentement du Conseil Représentatif et sur un préavis du Conseil d'État.

Toute autre décharge sera accordée par le Conseil d'Etat. Il ne pourra la refuser à celui qui, pendant un mois, aura persisté à la demander.

Le Conseil Représentatif pourra, sur un préavis du Conseil d'État, accorder le titre, le rang et les honneurs de Conseiller d'État à celui qui aurait obtenu sa décharge.

Tit. III, art. 15.

TITRE IV.

Des Syndics et Conseil d'État, et de diverses Autorités administratives.

SECTION PREMIÈRE.

Composition du Conseil d'État, et dispositions d'ordre relatives à ce Corps et à ses Membres.

Art. 88. Le Conseil d'État sera composé de vingt *quatre* Membres en y comprenant les quatre Syn-

Digitized by Google

dies, le Lieutenant, *et* les deux Secrétaires d'Etat qui auront voix délibérative *).

Tit. III, art. 3, modifié par les lois du 5. Août 1831, 3. Décembre 1834 et 5. Décembre 1832. (n. I.)

Art. 89. Ne pourront siéger ensemble dans le Conseil d'Etat plus de deux personnes de même nom et famille, un père et un fils, un grand-père et son petit-fils, un beau-père et un gendre, deux frères, un oncle et un neveu de même nom et famille.

Tit. III, art. 2.

---

*) D'après la Constitution, le Conseil d'État était composé de 28 Membres, il a été reduit à 25 par la loi constitutionnelle du 5. Août 1831, et à 24 par la loi constitutionnelle du 3. Decembre 1834, qui statue, article unique:

»La place de Conseiller d'État, Trésorier-général, est supprimée à dater du 1. Janvier 1835. »En conséquence et par dérogation à l'article 1 »de la loi constitutionnelle du 5. Août 1831, le »nombre des Membres du Conseil d'État est »réduit à 24.«

Voyez sur l'incompatibilité des fonctions de Conseiller d'État avec d'autres fonctions publiques l'article 141 et la loi du 20. Janvier 1815 sur l'incompatibilité de diverses places.

Digitized by Google

Art. 90. *Le Conseil d'État* aura la police de son corps, et il fera des règlemens sur cet objet.

Tit. III, art. 5, §. 11.

Art. 91. Aucun Conseiller d'État ne pourra porter de décoration conférée par une puissance étrangère.

Tit. XI. art. 8, (B.)

Art. 92. Les Syndics, à l'expiration du Syndicat, seront placés à la tête des Conseillers; les autres Conseillers auront le rang de l'ancienneté, qu'ils aient été Syndics ou non.

Tit. III, art. 11, (B.)

Art. 93. Le rang d'ancienneté entre les Membres du Conseil d'Etat sera fixé par la date de leur première élection dans ce corps.

Loi du 5. Août 1831, art. 6.

Art. 94. Les Conseillers d'Etat, qui seront réélus immédiatement, continueront d'exercer jusqu'au terme fixé, les fonctions qu'ils remplissaient en leur qualité de Conseillers d'Etat.

Loi du 5. Août 1831, art. 5.

Digitized by Google

Art. 95. La paye de Conseiller d'Etat sera de 650 livres de Suisse (2072 *florins*).

Tit. III, art. 8.

Le traitement des quatre Syndics sera double de celui des Conseillers.

Tit. III, art. 9. §. 3.

Art. 96. *Le Conseil d'Etat* élira un Sautier pour six ans, le Sautier sera rééligible; il sera pris indistinctement dans le Conseil Représentatif ou hors de ce Conseil.

Tit. III, art. 5, §. 1o.

SECTION II.

Pouvoirs attribués aux Syndics *).

Art. 97. Les Syndics présideront le Conseil d'E-

---

*) La loi du 6. Janvier 1815, sur l'organisation provisoire de l'ordre judiciaire, article 68, confirmé par la loi du 20. Février 1816 article 36, charge spécialement les Syndics de maintenir l'autorité paternelle et celle des tuteurs; à cet effet, en se referant au code de 1791, elle donne aux Syndics:

Digitized by Google

tat; et à leur défaut, le premier en rang dans les anciens Syndics non récusables *).

Tit. III, art. 9, alin. 1.

Art. 98. Les Syndics auront le pouvoir provisionnel dans les cas urgens, à la charge par eux

---

»Le droit de reprimer par des admonitions, »par des censures ou par la prison, les enfans »mineurs et non mariés qui manqueraient au »respect et à l'obeissance, soit envers leurs père »ou mère, soit envers leur tuteur; en obser»vant néanmoins que les Syndics ne pourront in»fliger la peine de la prison pour un terme plus »long que deux mois, et qu'a la réquisition du »pere ou, à son defaut, de la mère, ou à la »réquisition du tuteur, et après avoir eu, dans »ce dernier cas, l'avis de la Chambre des Tu»telles. Ce pouvoir particulier des Syndics ne »doit préjudicier en aucun cas à la jurisdiction »des Tribunaux de l'État.«

*) La présidence du Conseil d'État est exercée par le premier Syndic, lequel, en cas d'empêchement, est supplée par l'un de ses collègues; en cas d'empêchement de ceux-ci, la présidence passe à un ancien Syndic.

Voyez sur la présidence du Conseil Représentatif l'article 40 et la note sur cet article.

Digitized by Google

d'en faire rapport dans le plus court délai au Conseil d'Etat.

Tit. III, art. 9. §. 1.

Art. 99. Les Syndics ou chacun d'eux auront le pouvoir de faire emprisonner les personnes prévenues d'un délit, et à l'exception du flagrant délit, le prévenu, s'il le demande, devra être conduit à l'un des Syndics.

Tit. III, art. 9, §. 2.

SECTION III.

Pouvoirs attribués au Conseil d'Etat.

§. 1. Dispositions générales.

Art. 100. *Le Conseil d'État* a le pouvoir exécutif, et il l'exercera pour le maintien de la tranquillité de l'Etat, des propriétés publiques et particulières, *et* de la sûreté individuelle.

Tit. III, art. 5, §. 1. (B.)

Art. 101. Il sera formé dans le Conseil d'Etat des Commissions à qui il pourra confier certaines parties de l'administration qui sont de son ressort; et ces Commissions, comme il *est* dit dans *l'art.*

Digitized by Google

108, seront soumises á son autorité, et elles pourront, sous l'approbation du Conseil d'Etat, se nommer des adjoints qui se formeront ainsi à l'administration *).

Tit. III, art. 5. §. 5.

---

*) Les départemens de l'État chargés, sous l'autorité et l'inspection du Conseil d'Etat, des diverses parties de l'administration publique sont :

Pour les affaires génerales.

La Chancellerie d'Etat dirigée par les deux Secrétaires d'État.

Pour l'instruction publique.

Le Conseil d'Instruction publique. Voyez la note sur l'article 169.

Pour les finances.

La Chambre des Comptes. Voyez l'article 108.

Pour le militaire

Le Conseil militaire. Voyez l'article 110.

Pour la police.

Le Lieutenant de Police et les Auditeurs. Voyez les articles 121 et 136.

La Chambre des Etrangers. Voyez la note sur l'article 116.

Le Conseil de Santé. Voyez la note sur l'article 117.

Digitized by Google

Art. 102. *Le Conseil d'État aura* la surveillance des Autorités inférieures, et le droit de régler les préséances dans les cas non-déterminés par la loi.

Tit. III, art. 5, §. 1. (D.)

Art. 103. Il veillera à ce que les tribunaux remplissent leurs fonctions avec soin et assiduité.

Tit. III, art. 5, §. 8. (A.)

Art. 104. En général il exercera, pour le maintien des lois, des mœurs et du bon ordre, pour la prospérité du commerce et des manufactures *),

---

Pour l'administration intérieure.

La Chambre des Travaux publics. Voyez la note sur l'article 116.

La Commission administrative des Communes. Voyez la note 2 sur l'article 123.

La Chambre municipale de la Ville de Genève. Voyez la note 1 sur l'article 123.

Pour le commerce et les manufactures.

La Chambre de Commerce. Voyez la note sur l'article 104.

*) Le Conseil d'Etat a établi une Chambre de Commerce chargée de veiller à tout ce qui peut intéresser la prospérité du commerce et des fabri-

l'autorité suprême, sans porter atteinte aux attributions des autres corps de l'Etat.

Tit. III, art. 5, §. 8. (B.)

§. 2. Relations extérieures.

Art. 105. *Le Conseil d'État* sera seul chargé des relations extérieures sous la réserve mentionnée dans *l'art.* 50.

Tit. III, art. 5, §. 2.

§. 3. Affaires fédérales.

Le préavis du Conseil d'Etat est nécessaire dans toutes les affaires fédérales portées à la connaissance du Conseil Représentatif. Voyez l'art. 51.

§. 4. Droit d'Initiative du Conseil d'Etat.

Voyez l'art 47 *qui donne au Conseil d'Etat le droit*

---

ques. Voyez ses attributions dans le règlement du 17. Décembre 1815.

Cette Chambre est composée d'un Syndic Président, d'un Conseiller d'Etat, du Président et des Juges du Tribunal de Commerce, d'un Auditeur et de neuf autres Membres nommés par le Conseil d'Etat. Voyez les reglemens des 17. Décembre 1815, 4. Juin 1819 et 12. Décembre 1832.

Digitized by Google

d'initiative dans toutes les matières qui sont portées à la connaissance du Conseil Représentatif.

§. 5. Culte et Instruction publique.

Art. 106. *Le Conseil d'État* aura la police et la surveillance du culte et de l'instruction.

Tit. III, art. 5, §. 1. (C.)

§. 6. Finances et Chambre des Comptes.

Art. 107. *Le Conseil d'Etat* aura l'administration des finances *).

Tit. III, art. 5, §. 4, alin. 1. (A.)

Art. 108. Il établira une Chambre des Comptes, laquelle sera soumise à son inspection et à son au-

---

*) Sur la proposition du Conseil d'Etat, le Conseil Représentatif établit, modifie ou abolit les impôts, vote les emprunts, arrête, d'après les budgets qui lui sont présentés chaque année les recettes et les dépenses pour le Canton et pour la Ville de Genève (art. 56 et 60).

Le Conseil d'Etat présente annuellement au Conseil Représentatif qui le règle définitivement, l'état des recettes et dépenses effectuées dans l'année précédente (art. 62).

Digitized by Google

torité; il en élira les membres: elle sera composée d'un Syndic, de trois Conseillers d'État, et de trois Députés au Conseil Représentatif.

Tit. III, art. 5, §. 4, alin. 1, (B.)

Art. 109. *La Chambre des Comptes* pourra se faire aider par des adjoints à son choix: ces adjoints seront admis à donner leur avis, lorsqu'ils en seront requis, mais ils n'auront pas droit de suffrage.

Tit. III, art. 5, §. 4, alin. 2.

§. 7. Militaire et Conseil Militaire.

Art. 110. Il y aura un Conseil Militaire dont le Syndic de la Garde sera Président et dont la composition sera déterminée par la loi *).

Tit. I, art. 1 (E.), et loi du 2. Avril 1834, art. 1.

Art. 111. Le Conseil Militaire sera entièrement soumis à l'autorité du Conseil d'État, et il ne pourra

---

*) Le Conseil Militaire est composé, outre le Syndic de la Garde, de onze membres, élus par le Conseil d'Etat. Voyez la loi du 2. Avril 1834, sur la composition du Conseil Militaire.

Digitized by Google

agir que par ses ordres; il aura l'exécution des lois et des règlemens militaires, ainsi que la direction de la milice, de la garnison, des fortifications et des arsenaux.

Tit. IX, art. 2.

Art. 112. *Le Conseil d'État* choisira les officiers de la milice sur une nomination en nombre double faite par le Conseil militaire; le Conseil d'Etat pourra y ajouter les indications qu'il jugera convenables *).

Tit. IX. art. 4, (B.)

Art. 113. Le Directeur général de l'artillerie sera Conseiller d'État.

Tit. III, art. 5, §. 13, (B.)

Art. 114. Le Conseil d'État élira tous les officiers de la garnison; il les grabélera en s'adjoignant le Conseil militaire.

Tit. IX, art. 4, (A.)

---

*) La loi du 26. Mars 1824 sur la Milice a établi des regles fixes sur l'election des officiers de la Milice.

Voyez le chapitre 4 de cette loi.

Digitized by Google

Art. 115. Le tirage de l'arquebuse et les exercices de la navigation et de l'arc seront soumis à l'autorité du Conseil d'État, et présidés par un membre du dit Conseil.

Tit. III, art. 5, §. 13, (A.)

§. 8. Police et Lieutenant de Police *).

Art. 116. *Le Conseil d'État* fera des Règlemens

---

*) La Police administrative est, d'après la loi du 11. Mars 1816, exercée sous l'inspection et la direction du Conseil d'Etat.

1. Par le Lieutenant de Police et les Auditeurs;
2. Par une Chambre des Etrangers;
3. Par une Chambre des Travaux publics;
4. Par les Maires et leurs Adjoints.

La Chambre des Etrangers est présidée par le Lieutenant de Police, et composée de deux Conseillers d'Etat et de six autres Membres nommés par le Conseil d'Etat.

Elle est chargée de veiller à l'exécution des lois et règlemens sur les Etrangers.

La Chambre des Travaux publics est composée de quatre Conseillers d'Etat et de huit à douze autres membres nommés par le Conseil d'Etat.

Digitized by Google

de police, et il en mandera l'exécution à qui de droit *).

Tit. III, art. 5, §. 1, alin. 2.

Art. 117. Il fera des règlemens sur les médecins, sur les chirurgiens et les pharmaciens **).

Tit. III, art. 5, §. 9.

Elle est chargée de veiller à l'exécution des lois et des règlemens sur la voirie et sur la police des constructions.

Elle est en outre chargée de l'entretien des routes et de l'exécution des ouvrages d'art.

Voyez sur les attributions de la Chambre des Travaux publics les lois du 11. et 25. Mars 1816 et du 27. Fevrier 1829, et sur sa composition la loi du 8. Décembre 1834.

*) Voyez la loi du 4. Mars 1816 sur la sanction pénale des règlemens et ordonnances faits par le Conseil d'Etat.

**) Voyez la loi du 4. Février 1833 et le règlement du 27. Décembre 1833, sur l'exercice de la médecine, de la chirurgie et de la pharmacie dans le Canton de Geneve.

Cette loi a établi un Conseil de Santé qui doit veiller, sous l'autorité du Conseil d'Etat, à tout ce qui peut intéresser la sante publique

Digitized by Google

Art. 118. Le Conseil d'Etat pourra créer une Chambre de Réforme et faire des Ordonnances somptuaires *).

Tit. III, art. 13.

Art. 119. Le Conseil d'Etat aura le droit de faire arrêter et emprisonner les personnes prévenues d'un délit; il devra les remettre aux Tribunaux dans les vingt-quatre heures; il leur déférera aussi tous les délits qui viendront à sa connaissance.

Tit. III, art. 5, §. 7.

Art. 120. Le Lieutenant de Police est placé sous l'autorité du Conseil d'Etat.

Loi du 5. Décembre 1832, (n. II.) art. 4.

---

et à l'observation des lois et des réglemens médicaux.

Ce Conseil est composé de deux Conseillers d'Etat, du Lieutenant de Police, de deux Docteurs en médecine, de deux Docteurs en chirurgie, de deux Pharmaciens et de deux membres pris hors des trois colleges de la faculté de médecine.

*) Aucune Chambre de Réforme n'a été créée.

Digitized by Google

Art. 121. La loi réglera ses attributions et son traitement *).

Loi du 5. Décembre 1832 (n. II.), art. 5.

Art. 122. En cas d'empêchement du Lieutenant de Police, le Conseil d'Etat déléguera un autre de ses membres pour le remplacer.

Loi du 5. Décembre 1832 (n. II.), art. 3.

§. 9. Administration Municipale.

Art. 123. Les Maires des communes sont conservés, sauf pour la ville de Genève **).

---

*) Voyez la loi sur la Police Administrative du 11. Mars 1816 et la loi sur les attributions du Lieutenant de Police du 5. Décembre 1832, (n. VI). Cette loi fixe le traitement du Lieutenant de Police à 3,825 florins. Ce traitement ne peut pas être cumulé avec celui de Conseiller d'Etat.

**) L'administration municipale de la Ville de Genève est confiée à une Chambre Municipale, composée d'un Président et d'un Vice-Président Conseillers d'Etat et de neuf citoyens, domiciliés dans la Ville, nommés par le Conseil d'Etat, et administrant sous l'autorité et l'inspection de ce Conseil les intérêts municipaux de la Ville.

Digitized by Google

Les Maires auront un Conseil de commune; ils seront nommés par le Conseil d'Etat; le Conseil Représentatif déterminera leurs attributions et compétence.

Ils seront immédiatement soumis au Conseil dÉtat *).

Tit. X, art. 5, modifié par la loi du 17. Janvier 1834, art. 93,

---

Les recettes et les dépenses de la Ville de Genève sont décretees par le Conseil Représentatif sur la proposition du Conseil d'État.

Voyez la loi du 9. Mars 1835 sur la composition et les attributions de la Chambre Municipale de la Ville de Geneve.

*) Chaque Commune a:

1. Un Maire et des Adjoins nommés par le Conseil d'État et chargés de l'administration de la Commune;
2. Un Conseil municipal composé du Maire, des Adjoints et de Conseillers municipaux dont le nombre varie de 9 à 21 suivant la population de la Commune.

Les Conseillers municipaux sont nommés par les Électeurs communaux.

Voyez sur ces élections et sur les attributions des Maires et des Conseils municipaux la loi du 17. Janvier 1834.

Digitized by Google

§. 10. Chambre des Tutelles.

Art. 124. La Chambre des Tutelles est maintenue: les règlemens faits à son origine sont remis en vigueur; le Conseil d'État dont elle relève, pourra les modifier.

Deux Conseillers d'État élus par le dit Conseil seront membres de cette Chambre et la présideront *).

Tit. XI, art. 7.

Le Conseil d'État a créé une Commission administrative des Communes composées de trois Conseillers d'État et de trois autres Membres. Cette Commission est chargée sous l'autorité du Conseil d'Etat de la direction de tout ce qui est relatif à l'administration des Communes.

Voyez les attribution de cette Commission dans les reglemens du 20. Mai 1816 et 21. Février 1817.

*) La Chambre des Tutelles est composée de deux Conseillers d'Etat, du Procureur-général et de Commissaires dont le nombre est actuellement de dix-neuf.

Cette Chambre exerce la surveillance sur les mineurs et les interdits, leurs tuteurs et curateurs et fait rendre compte à ceux-ci de leur gestion. Voyez la loi du 5. Avril 1824 et les

Digitized by Google

SECTION IV.

Élections attribuées au Conseil d'Etat.

Art. 125. *Le Conseil d'Etat* aura l'élection de toutes les places qui ne sont pas attribuées au Conseil Représentatif ou à d'autres corps *).

Tit. III, art. 5, §. 3, alin. 1.

---

reglemens du 1. Juin 1824 et 30. Mars 1831 sur la Chambre des Tutelles

*) Le Conseil d'Etat présente au Conseil Représentatif une liste de candidats pour chaque election attribuee à ce corps. Voyez l'article 69.

L'approbation du Conseil d'Etat est nécessaire pour la validité de l'election:

1. A toutes les places du Clerge des deux Cultes (art. 168).
2. Aux places de Membres du Consistoire (art. 161), de la Societe économique (art. 172), de la Direction de l'Hôpital (art 182) et du Bureau de Bienfaisance (art. 186).

Le Conseil d'Etat accorde toutes des décharges, sauf celles des Syndics, du Lieutenant de Police et du Procureur-général (art. 87).

Il reçoit le serment des fonctionnaires publics autres que les Syndics, les Conseillers d'Etat, les Membres des Tribunaux et du Ministère pu-

Digitized by Google

SECTION V.

Compte rendu annuel de l'Administration du Conseil d'Etat.

Art. 126. *Le Conseil d'Etat présentera chaque année au Conseil Représentatif:*

Un compte rendu de son Administration, dont tout ou partie pourra être renvoyé par le Conseil Représentatif à l'examen d'une Commission composée et nommée comme celle de Revision des comptes *). (*Voyez l'article* 62.)

Loi du 6. Mars 1835, art. unique, §. 3.

---

blic, les Auditeurs et les Députés à la Diète (art. 84, 85, 86 et note sur l'article 83).

*) Ce compte rendu comprend ce qui est rélatif à l'administration du Canton et à celle de la Ville de Geneve, il est ordinairement présenté à la fin du mois de Décembre.

Digitized by Google

TITRE V.

De l'Organisation judiciaire.

SECTION PREMIÈRE.

Des Autorités judiciaires.

§. 1. Du Tribunal de Recours.

Art. 127. Il y aura un Tribunal de Recours composé:

D'un Syndic-Président.

De six Conseillers d'Etat dont deux au moins aient été Syndics.

Du Président et du premier Juge de la Cour de Justice.

Du Président et du premier Juge du Tribunal civil et correctionnel.

Du Président et du premier Juge du Tribunal de Commerce.

Des deux premiers Auditeurs.

De vingt-quatre Membres du Conseil Représentatif.

Tit. VII, art. 1, interprété par la loi du 15. Février 1816, art. 7, et par la loi du 5. Décembre 1832 (n. IV.), art. 13o.

Digitized by Google

Art. 128. Le Tribunal connaîtra du recours contre la sentence, ou du recours à la grâce de la sentence *), qui aurait condamné des prévenus à des peines afflictives ou infamantes. Ce Tribunal aura le pouvoir de remettre la peine en tout ou en partie, même de prononcer l'absolution pure et simple.

---

*) L'article 37 de la loi du 28. Janvier 1825 sur le régime interieur des prisons a institué une Commission de Recours à laquelle ont été confiées des fonctions qui par leur nature appartiennent à l'exercice du droit de grâce.

Voice le texte de cet article, lequel, comme dérogatoire à la Constitution, a eté voté constitutionnellement.

»La bonne conduite des prisonniers pourra »donner lieu à réduire la durée de leur peine. »Ce pouvoir sera exercé par une Commission »dont la loi déterminera la composition.«

La Commission de Recours est, d'après la dite loi, composée du Syndic Président du Tribunal de Recours, de deux des Conseillers Inspecteurs des prisons, du Président de la Cour de Justice et de celui du Tribunal civil et correctionnel, enfin de quatre Membres du Conseil Représentatif, désignés les premiers par le sort pour siéger dans le Tribunal de Recours.

Digitized by Google

Les peines ne pourront être aggravées.

Il jugera aussi des nullités de la procédure; s'il y en a, il la renverra aux Tribunaux compétens pour la recommencer.

Tit. VII, art. 3.

Art. 129. L'appel au Tribunal de Recours devra être vidé dans le terme de trois jours pour le plus tard.

Le Tribunal jugera sur l'état de la procédure.

Le prévenu aura le droit de présenter un mémoire qui pourra être lu par un Avocat.

Tit. VII, art. 4,

Nul autre que les Juges, la partie publique, et l'Avocat du prévenu n'assisteront à l'audience *).

Cette Commission a le pouvoir de réduire d'un tiers la durée de la peine des condamnés qui se sont bien conduits pendant les deux premiers tiers. Voyez la loi du 28. Janvier 1825.

*) Voyez sur la procédure à suivre devant le Tribunal de Recours:

Les lois du 6. Janvier 1815, Tit. V; du 20. Février 1816, Tit. V; du 28. Janvier 1825, art. 47, et du 3. Mars 1826.

Digitized by Google

§. 2. De la Cour de Justice civile et criminelle *).

Art. 130. La Cour de Justice civile et criminelle sera composée:

D'un Président,
D'un Vice-Président,
De six Juges,
De cinq Suppléans **).

Loi du 5. Décembre 1832 (n. I.), art. 2.

---

*) »La dénomination de *Cour de Justice civile et »criminelle* sera substituée à celle de *Cour Su»prême*, et la dénomination de *Tribunal civil et »correctionnel* à celle de *Tribunal de l'Audience.*«

Voyez l'article 1 de la loi constitutionnelle du 5. Décembre 1832, (n. 1.)

Cet article transitoire a paru mieux placé en note que dans le texte même de cette nouvelle édition de la Constitution.

**) La loi du 7. Décembre 1816 a établi vingt Adjoints pour la Cour Criminelle, tirés au sort chaque année, au mois de Décembre, pour l'année suivante, entre les Membres du Conseil Représentatif autres que les Conseillers d'Etat et et ceux qui exercent des fonctions judiciaires. Ces Adjoints doivent remplacer en matière criminelle les Membres de la Cour de Justice

Digitized by Google

Art. 131. La loi détermine les attributions de *la Cour de Justice civile et criminelle* *).

Loi du 5. Décembre 1832 (n. I.), art. 4. (A.)

§. 3. Du Tribunal civil et correctionnel **).

Art. 132. Le Tribunal civil et correctionnel sera composé:

D'un Président,
D'un Vice-Président,
De six Juges,
De deux Juges-Assesseurs.

Loi du 5. Décembre 1832 (n. I.), art. 3.

---

lorsque, par suite de récusations ou d'autres empêchemens, la Cour se trouverait réduite au-dessous du nombre requis pour être légalement composée.

Il n'a été fait qu'une fois usage de cette loi depuis 1816.

*) Voyez les lois judiciaires du 5. Décembre 1832 qui ont modifié en quelques points les lois sur l'organisation judiciaire des 15. et 20. Février 1816.

**) Voyez la note sur le §. 2.

Digitized by Google

Art. 133. La loi détermine les attributions *du Tribunal civil et correctionnel* *).

Loi du 5. Décembre 1832 (n. I.), art. 4, (B.)

§. 4. Du Tribunal de Commerce.

Art. 134. La loi détermine la composition et les attributions du Tribunal de Commerce **).

Loi du 5. Décembre 1832 (n. I.), art. 5.

§. 5. Du Ministère public.

Art. 135. Le Ministère public sera composé d'un Procureur-Général et de deux Substituts.

La loi détermine ses attributions ***).

Loi du 5. Décembre 1832 (n. I.), art. 6.

§. 6 Des Auditeurs.

Art. 136. Quatre Auditeurs seront chargés des

---

*) Voyez la note sur l'article 131.

**) Le Tribunal de Commerce est composé d'un Président, de quatre Juges et de quatre Suppléans. Voyez la loi du 5. Décembre 1832 (n. IV), sur l'organisation, art. 3.

***) Voyez la note sur l'article 131.

Digitized by Google

attributions que la loi fixera, en matière de conciliation, de juridiction volontaire, de police administrative et judiciaire *).

Loi du 5. Décembre 1832 (n. I.), art. 7.

SECTION II.

Election des Magistrats de l'Ordre judiciaire.

Art. 137. Les Membres du Conseil d'État, qui siégeront dans *le* Tribunal *de Recours*, seront élus pour un an par le Conseil Représentatif et rééligibles.

Les 24 Membres du Conseil Représentatif seront tirés au sort et renouvelés à chaque session périodique.

Tit. VII, art. 2.

Art. 138. Les membres de la Cour de Justice, du Tribunal civil et correctionnel et du Ministère public, le Président du Tribunal de Commerce et

---

*) Voyez les lois judiciaires et de police du 5. Décembre 1832 et la loi sur la police administrative du 11. Mars 1816.

Digitized by Google

les Auditeurs, seront élus par le Conseil Représentatif.

Loi du 5. Décembre 1832 (n. I.), art. 8.

Art. 139. Les membres du Tribunal de Commerce, autres que le Président, seront élus par une assemblée de commerçans, dont la loi détermine la composition *).

Cette élection sera soumise à la vérification du Conseil d'État, qui l'annulera si les dispositions de la loi n'ont pas été observées.

Loi du 5. Décembre 1832 (n. I.), art. 9.

SECTION III.

Conditions d'éligibilité aux fonctions judiciaires, et incompatibilité de ces fonctions avec d'autres fonctions publiques.

Art. 140. L'âge de trente-cinq ans accomplis

---

*) Voyez les articles 19 et suivans de la loi judiciaire du 5. Décembre 1832 (n. IV), et la loi du 13. Décembre 1819 sur l'élection des Membres du Tribunal de Commerce.

Digitized by Google

sera requis pour être élu Président d'un Tribunal, Vice-Président et Juge de la Cour de Justice.

Celui de trente ans accomplis pour être élu Procureur-Général, Suppléant à la Cour de Justice, Vice-Président et Juge du Tribuual civil et correctionnel, Juge et Suppléant du Tribunal de Commerce.

Celui de vingt-sept ans accomplis pour être élu Substitut du Procureur-Général, Juge-Assesseur et Auditeur.

Loi du 5. Décembre 1832 (n. I.), art. 10.

Art. 141. Les fonctions de Juge et celles du Ministère public seront incompatibles avec celles de Conseiller d'État.

Elles le seront avec toute autre fonction administrative salariée *).

Loi du 5. Décembre 1832 (n. I.), art. 15.

---

*) Elles le sont aussi avec celles de Professeur salarié, de Régent, d'Avocat plaidant ou consultant, de Notaire, de Procureur ou de Greffier.
Voyez la loi du 20. Janvier 1815 sur l'incompatibilité de diverses places.

Digitized by Google

SECTION IV.

Durée des fonctions judiciaires et traitemens.

Art. 142. Les Membres de la Cour de Justice et les Président, Vice-Président et Juges du Tribunal civil et correctionnel seront élus pour huit ans.

Les Juges-Assesseurs seront élus pour quatre ans.

Les uns et les autres seront indéfiniment rééligibles.

Loi du 5. *Décembre* 1832 (n. I.), art. 11.

Art. 143. Le Procureur-Général sera élu pour trois ans, et rééligible pour trois autres années seulement.

Les Substituts seront nommés pour trois ans et indéfiniment rééligibles.

Loi du 5. Décembre 1832 (n. I.), art. 13.

Art. 144. Les Auditeurs seront élus pour trois ans, et rééligibles immédiatement pour trois autres années.

Ils ne pourront être élus de nouveau qu'après un an d'intervalle.

Loi du 5. *Décembre* 1832 (n. I.), art. 12.

Digitized by Google

Art. 145. Les termes fixés pour la durée des diverses fonctions ci-dessus, partiront uniformément du 31. Décembre, jour fixé pour l'installation.

A l'égard des élections qui auraient lieu dans le courant de l'année, pour cause de decès ou de démission, ces termes partiront du 31. Décembre de l'année précédente.

Loi du 5. *Décembre* 1832 (n. I.), art. 14.

Art. 146. Les Membres de la Cour de Justice, autres que les Suppléans, les Membres du Tribunal civil et correctionnel, ceux du Ministère public et les Auditeurs, reçoivent un traitement qui est fixé par la loi *).

Loi du 5. *Décembre* 1832 (n. I.), art. 16.

---

*) Ces traitemens sont:

3,825	florins	pour chaque Président et pour le Procureur-Général.
3,400	»	pour chaque Vice-President et pour le Juge d'instruction.
2,550	»	pour chaque Juge ou Substitut du Procureur-Général.
1,275	»	pour chaque Juge-Assesseur ou Auditeur.

Digitized by Google

SECTION V.

Des Officiers judiciaires.

Art. 147. *Le Conseil d'Etat* créera les Notaires après un examen, et il en fixera le nombre.

Tit. III, art. 6. §. 2. (A.)

Art. 148. Il fera dans le plus court délai, le tablean des Avocats: seront inscrits dans ce tableau les Genevois qui ont été reçus Avocats á Genève ou dans quelqu'université. Ceux-là seulement auront le droit d'occuper devant les Tribunaux *).

A l'avenir il faudra avoir subi des examens à Genève, selon les anciens Règlemens, pour être compris dans le tableau des Avocats.

Tit. III, art. 6, §. 1 et 4.

Voyez les lois judiciaires du 5 Décembre 1832, N. IV, art. 34, et N. V, art. 3.

*) Voyez la loi du 20. Juin 1834 sur les Avocats, les Procureurs et les Huissiers. Cette loi permet aux Avocats étrangers qui en auront reçu l'autorisation spéciale du Conseil d'Etat de plaider devant les Tribunaux du Canton.

Digitized by Google

Art. 149. Il nommera les Procureurs, il en fixera le nombre, il en fera dresser une liste; ceux-là seulement qui y seront compris auront droit d'occuper par-devant les Tribunaux *).

Tit. III, art. 6, §. 2. (B.)

Art. 150. Le Conseil pourra suspendre ou interdire les Avocats et les Procureurs, s'ils s'écartent de leurs devoirs; les Tribunaux auront le même pouvoir.

Tit. III, art. 6, §. 3.

Art. 151. Le Conseil d'Etat fera un Règlement sur les émolumens des personnes publiques employées dans les transactions des particuliers et dans l'ordre judiciaire, et sur les frais de justice.

Tit. III, art. 7.

---

*) La loi du 20 Juin 1834 sur les Avocats, les Procureurs et les Huissiers, permettant aux Avocats d'exercer les fonctions jusque là réservées aux Procureurs, amènera l'abrogation des offices de Procureur.

Cette loi a conservé les Procureurs actuels, mais elle a décidé qu'il ne serait point procédé à leur remplacement en cas de vacance.

Digitized by Google

SECTION VI.

Dispositions générales.

Art. 152. Les audiences des Tribunaux sont publiques.

Toutefois, en matière criminelle et correctionnelle, la publicité pourra être restreinte à l'égard des femmes et des enfans, et, en matière civile, dans les cas et sous les conditions réglées par la loi *).

Loi du 5. *Décembre* 1832 (n. I.), art. 17.

Art. 153. Les Cours et les Tribunaux présenteront chaque année le tableau de leurs opérations

---

*) En matière criminelle et correctionnelle, le huis-clos ne peut jamais être ordonné; la publicité n'a été restreinte qu'à l'égard des femmes et des enfans: pour la Cour de Justice voyez la loi du 5. Décembre 1832 (n. V), art. 18; pour le Tribunal correctionnel voyez la loi du 22. Janvier 1817.

En matière civile l'article 42 de la loi du 5. Décembre 1832 (n. IV) a fixé les cas ou la plaidoirie à huis-clos peut être ordonnée.

Digitized by Google

au Conseil d'Etat, qui en donnera connaissance au Conseil Représentatif *).

Tit. X, art. 8.

Art. 154. Le Conseil Représentatif, sur un préavis du Conseil d'Etat, réglera le surplus de l'organisation, compétence et attributions des Tribunaux, et il fera la revision des lois sur la procédure criminelle.

Tit. VII, art. 6.

TITRE VI.

Du Culte, de l'Instruction publique, de la Société Economique et de divers Etablissemens de charité.

SECTION PREMIÈRE.

Du Culte protestant.

Art. 155. *La Constitution* maintient la Com-

*) Voyez le détail de ce que doivent contenir ces tableaux dans les articles 56 à 59 de la loi du

Digitized by Google

pagnie des Pasteurs, *et* un Consistoire pour les Protestans.

Tit. I, art. 1. (B.)

Art. 156. La Compagnie des Pasteurs élira chacun de ses membres; leur élection sera soumise à l'approbation du Conseil d'Etat; elle se grabélera ellemême *).

Tit. XI, art. 1', §. 1.

---

5. Décembre 1832 (n. IV), sur l'organisation judiciaire.

*) La Vénérable Compagnie des Pasteurs est composée:

1. De tous les Pasteurs du Canton;
2. De ceux des anciens Pasteurs auxquels par délibération spéciale, approuvée par le Conseil d'Etat, la Compagnie conserve le droit de siéger dans son corps;
3. D'un petit nombre d'autres personnes ecclésiastiques ou laïques qui sont appelées à faire partie de la Compagnie par délibération spéciale de ce corps, approuvée par le Conseil d'Etat.

Le President de la Compagnie porte le titre de Modérateur, il est élu annuellement entre les Membres de la Compagnie par le Consistoire et la Compagnie des Pasteurs réunis.

Digitized by Google

Art. 157. Elle conservera le titre, les préséances et le rang dont elle jouissait avant 1792.

Tit. XI, art. 1, §. 4, alin. 1.

Art. 158. Elle fera des Règlemens sur la police de son corps.

Tit. XI, art. 1, §. 2. (A.)

Art. 159. Elle conservera les élections dont elle est en possession par la loi et l'usage; sauf les modifications qui y sont apportées par le présent Édit *).

Tit. XI, art. 1, §. 2, (B.)

---

*) La loi du 27. Janvier 1834 sur la direction et l'administration des établissemens d'instruction publique, art. 21, voté constitutionnellement, déroge aux disposition de cet article comme suit:

»Le § 2, art. 1, Tit. XI de la Constitution »est abrogé en ce qui concerne les élections re-»latives à l'instruction publique, confiées à la »Compagnie des Pasteurs.«

Cette loi a maintenu à la Compagnie le droit de nommer, sous la confirmation du Conseil d'Etat, les professeurs de théologie, de même que le droit d'inspection et de surveillance sur

Digitized by Google

Art. 160. Elle aura le droit d'adresser au Conseil d'État des représentations sur le maintien des mœurs et de la Religion, en se renfermant uniquement dans ces objets; elle pourra aussi, pour le maintien de ses attributions, s'adresser au Conseil d'État.

Tit. XI, art. 1, §. 5, alin. 2.

Art. 161. Le Consistoire pour les Protestans élira luimême pour six ans ses membres laïcs; ils seront rééligibles; ils devront être âgés de trente ans accomplis: les membres élus seront soumis à l'approbation du Conseil d'Etat.

A la tête des membres laïcs seront deux Conseillers d'Etat élus pour trois ans par le dit Conseil et la Compagnie des Pasteurs *).

Tit. XI, art. 2. (A.)

---

les études théologiques et religieuses protestantes et sur les etudians en théologie; elle seule prononce sur leur admission au Saint Ministère.

*) Le Consistoire est composé des Pasteurs ayant charge d'âmes, de deux Conseillers d'Etat, d'un Auditeur et de onze membres laïcs qui portent le titre d'Anciens.

La présidence est exercée par le Modérateur.

Digitized by Google

Art. 162. La compétence du Consistoire sera la même qu'elle était ci-devant par l'ordonnance ecclésiastique, à la réserve toutefois de la partie contentieuse et judiciaire sur les promesses de mariage, les séparations et les divorces, à l'égard desquels il sera statué par l'Édit civil.

Le Consistoire aura toujours le droit de mander les parties et de leur adresser des exhortations.

Tit. XI. art. 2. (B.)

SECTION II.

Du Culte catholique.

Art. 163. La Constitution garantit le maintien, le libre exercice et l'entretien du culte catholique aux Genevois du nouveau territoire *).

Lois éventuelles, art. 1, §. 1.

---

*) Le traité de Turin du 16. Mars 1816 contient, art. 12, la disposition suivante:

»Attendu que le protocole de Vienne du 29. »Mars 1815 a arrêté art. 3, § 1, que la Religion »Catholique sera maintenue et protégée de la

Art. 164. Quoique la Religion Protestante soit dominante dans la République de Genève, *l'Eglise catholique qui est dans Genève, sera conservée sous l'inspection du Conseil d'Etat.* Le culte catholique y sera célébre comme par le passé; elle sera placée sous l'autorité du Conseil d'Etat, à l'approbation duquel sera soumise la nomination du Curé *).

Tit. I, art. 2, alin. 1, modifié par les lois éventuelles, art. 1, §. 2.

»même maniere qu'elle l'est maintenant dans tou»tes les Communes cédées par S. M. le roi de »Sardaigne et qui seront reunies au Canton de »Genève, il est convenu que les lois et usages »en vigueur au 29. Mars 1815, relativement à »la Religion Catholique dans tout le territoire »cédé, seront maintenus, sauf qu'il en soit reglé »autrement par l'autorité du Saint Siége.«

*) L'article 2, Tit. I de la Constitution decidait qu'il y aurait dans Genève une église ou une chapelle destinée au culte catholique. Cette disposition a été modifiée par la § 2 de l'article 1 des lois éventuelles qui décide que l'église catholique qui est dans Genève sera conservée sous l'inspection du Conseil d'Etat. En conservant le reste du texte de l'article 2, Tit. I, on a substitué cette dernière disposition à la premiere.

Digitized by Google

Art. 165. Chaque Église catholique aura sa fabrique.

Lois éventuelles, art. 1, §. 5.

Art. 166. Le Conseil d'État fera toutes les démarches nécessaires, pour que le clergé catholique relève d'un Évêque Suisse *).

Tit. I, art. 2, alin. 2 (A.), et lois éventuelles art. 1, §. 4.

---

*) Les négociations entamées à ce sujet avec la Cour de Rome ont amené le Bref du Pape du 20. Septembre 1819, accepté par le Gouvernement le 1. Novembre 1819, qui réunit la paroisse catholique de Geneve et toutes les paroisses et fractions de paroisse du nouveau territoire au diocèse de Lausanne dont l'Évêque réside à Fribourg.

Par un autre Bref du 30. Janvier 1821, dont la reception dans le Canton a été autorisée par le Gouvernement le 9. Mars 1821, le Pape a transféré le titre honorifique d'Évêque de Geneve à l'Évêque de Lausanne; ainsi l'Évêque diocésain des paroisses catholiques du Canton, résidant à Fribourg, porte actuellement le titre d'Évêque de Lausanne et de Geneve.

Voyez la convention conclue le 1. Février 1820 entre Gouvernement du Canton de Genève et sa Grandeur le Réverendissime Évêque de

Digitized by Google

SECTION III.

Dispositions communes aux de Cultes.

Art. 167. L'entretien du culte catholique est à la charge de l'État; l'entretien du culte protestant est à la charge de la Société économique *).

Lois éventuelles, art. 2, alin. 1. (A.)

L'Eglise catholique dans la ville de Genève sera entretenue aux frais de la République, lesquels seront réglés par le Conseil Représentatif, selon les circonstances.

Tit. I, art. 2, alin. 2. (B.)

Lausanne sur quelques points de l'administration ecclésiastique des paroisses catholiques du Canton de Genève, ratifiée le 5. Avril 1820.

Voyez la loi du 7. Avril 1820 relative à la réception, à la publication et à la mise à exécution des actes de la Cour de Rome et de ceux de l'Évêque diocésain.

*) La Société économique n'est tenue que jusqu'à la concurrence de ses revenus; s'ils deviennent insuffisans l'État pourvoit au surplus de la dépense. Voyez art. 177.

Digitized by Google

Art. 168. Pour toutes les places du clergé des deux cultes, la nomination sera soumise à l'approbation du Conseil d'État *).

Lois éventuelles, art. 1, §. 3.

SECTION IV.

De l'Instruction publique **).

Art. 169. *La Constitution maintient* l'Académie que le Conseil Représentatif, sur un préavis du Conseil d'Etat, pourra convertir en Université, se-

---

Le protocole du congres du Vienne du 29. Mars 1815, art. 3, § 5, contient ee qui suit:

»Le Gouvernement Genevois fournira aux »mêmes frais que fournit le Gouvernement sarde »pour l'entretien des ecclésiastiques du culte ca»tholique.«

*) Voyez l'article 156 et la convention conclue le 1. Février 1820 avec l'Évêque diocésain.

**) Voyez la loi du 27. Janvier 1834 sur la direction et l'administration des établissemens d'instruction publique.

Cette loi confie, sous l'autorité du Conseil d'Etat, l'inspection et la direction générale des établissemens d'instruction publique à un Conseil

Digitized by Google

lon les règles et les statuts qu'il jugera convenable de lui donner *).

Tit. I, art. 1. (C.)

Art. 170. *La Société économique* est chargée de pourvoir, comme par le passé, à l'entretien de l'Académie, soit Université, du Collège, de Écoles, en un mot, à l'éducation et à l'instruction de la jeunesse protestante **).

Lois éventuelles, art. 2, alin. 1. (B.)

Art. 171. Les Genevois du territoire nouveau participeront aux établissemens publics qui existen-

---

d'Instruction publique, composé de cinq Membres du Conseil d'Etat, du Recteur et du Vice-Recteur de l'Academie, et de six autres Membres dont quatre doivent être pris hors de l'Académie.

*) L'Académie n'a point été convertie en Université; elle est divisée en quatre facultés, savoir: une Faculté de Théologie protestante, une Faculté de Droit, une Faculté des Sciences et une Faculté des Lettres.
Voyez la loi du 29. Mai 1835 sur l'Académie.

**) Voyez la note sur l'article 167.

Digitized by Google

dans Genève, destinés à l'éducation et à l'instruction.

Les heures destinées à l'instruction religieuse seront séparées de celles qui sont destinées aux autres parties de l'instruction *).

Lois éventuelles, art. 4.

SECTION V.

De la Société Economique.

Art. 172. La Société économique est maintenue.

---

*) L'article 17 de la loi du 27. Janvier 1834 sur la direction et l'administration des établissemens d'instruction publique décide que:

»Indépendamment de l'inspection exercée sur »les établissemens généraux d'instruction publique »par les corps chargés de leur administration »spéciale, ceux de ces établissemens dans lesquels »il sera donné un enseignement religieux, se»ront, seulement en ce qui concerne cet en»seignement, dirigés et surveillés par des Ec»clésiastiques des deux cultes, sous l'autorité re»spective de la Compagnie des Pasteurs et de »l'Évêque du Dioeèse et suivant le mode qui

Digitized by Google

Elle élira elle-même ses membres; l'élection sera soumise à l'approbation du Conseil d'Etat. Les membres actuels de la Société sont inamovibles. A l'avenir ils seront élus pour dix ans et rééligibles.

Le Président sera pris dans le Conseil d'Etat et élu pour deux ans par le dit Conseil et rééligible *).

Tit. I, art. 1 (F.), et Tit. XI, art. 4, alin. 1.

Art. 173. La Société économique cessera d'avoir inspection sur le culte et sur l'instruction, cette inspection étant attribuée au Conseil d'État.

Tit. XI, art. 4, §. 5.

»sera déterminé par un règlement du Conseil »d'Etat.«

*) La Société économique, établie en 1798 lors de la réunion de Genève à la France, est composée de quinze Membres.

Voyez les actes des 16. Avril et 4. Mai 1798 de la commission extraordinaire, à laquelle le Conseil Général avait délégué, en Mars et en Avril 1798, *le pouvoir de prendre et d'exécuter définitivement toutes les résolutions qu'elle estimerait nécessaires au salut des citoyens.*

Digitized by Google

Art. 174. La Société économique administrera cette partie de l'ancien patrimoine des Genevois qui lui avait été confiée ; tous les actes de son administration sont ratifiés.

Tit. XI, art. 4, §. 1.

Art. 175. Le patrimoine des anciens Genevois administré par la Société économique, sera toujours séparé des biens de l'Etat *).

---

*) Les biens administrés par la Société économique sont les anciens biens communaux des Genevois, lesquels avaient été respectés par le traité de réunion de Genève à la France et par le Gouvernement français.

Voyez les actes de la commission extraordinaire des 16. Avril et 4. Mai 1798, et le traité de réunion à la France, qui dans l'article 5 s'exprimait ainsi à cet égard :

»Les biens déclarés communaux par l'arrêté »de la commission extraordinaire du 16. Avril »1798, appartiendront en toute propriété aux »Genevois qui en disposeront comme ils le ju»geront à propos.«

La loi du 14. Novembre 1816 sur l'organisation des territoires cédés au Canton de Genève, en rappelant la réserve faite en faveur des an-

Digitized by Google

La bibliothèque continuera de faire partie du patrimoine reservé aux anciens Genevois.

Lois éventuelles, art. 3. (A et C.)

Art. 176. *Les* revenus *de la Société économique* seront appliqués, comme par le passé, à l'entretien du culte protestant, de l'instruction publique, des maisons dont elle tire un loyer, et des édifices qui ne seront pas appliqués à l'usage de l'État; le tout sous l'inspection et autorité du Conseil d'État.

Tit. XI, art. 4, §. 2.

Art. 177. La Société ne sera tenue que jusqu'à la concurrence de ses revenus; s'ils deviennent insuffisans, l'État pourvoira au surplus de la dépense *).

Lois éventuelles, art. 2, alin. 2.

---

ciens Genevois, en contient une semblable en faveur des nouveaux Genevois rélativement aux biens communaux et autres propriété appartenant aux diverses communes du territoire réuni qui leur sont respectivement conservés. Voyez l'article 8 de la dite loi.

*) Les augmentations successives de dépenses pour

Art. 178. Si le Conseil d'État propose à la Société économique des dépenses nouvelles, ou une augmentation de dépenses et que la Société économique croie devoir s'y refuser, la proposition sera portée à la décision du Conseil Représentatif, à moins que le Conseil d'Etat ne retire sa proposition. La Société économique pourra donner par écrit les motifs de son refus.

Tit. XI, art. 4, §. 3.

Art. 179. Le Conseil Représentatif, sur un préavis du Conseil d'Etat, disposera, s'il le juge convenable, de l'usage des bâtimens réservés à la Société économique, à la charge de les entretenir, et de fournir à ladite Société un revenu égal au produit qu'elle en retirait.

Tit. XI, art. 4, §. 6.

---

le culte et l'instruction publique ont depuis long-temps amené l'insertion au budget de l'Etat de sommes affectées à ces services, vu l'insuffisance des revenus de la Société économique.

Cet état de choses a été régularisé par une convention conclue entre le Conseil d'Etat et la Société le 14. Mai 1834, approuvée par le Conseil Représentatif le 26. Mai 1834.

Digitized by Google

Art. 180. Chaque année, *la Société économique* rendra compte au Conseil d'Etat de son administration.

Tit. XI, art. 4, §. 4.

SECTION VI.

De divers Établissemens de charité.

Art. 181. *Les* biens régis par les directions des divers établissemens de charité qui existent dans Genève, tels que l'Hôpital Genevois, les Bourses française et allemande, la chambre des Tutelles *), etc. au secours desquelles ont droit les seuls Ge-

---

*) La Chambre des Tutelles ne gère point de biens, ceux qui avaient eté donnes à cet établissement pour aider les orphelins sans fortune et leur procurer des apprentissages sont administrés par un corps distinct, le Comité de Orphelins.

Voyez l'article 67 de la loi du 6. Janvier 1815, l'article 36 de la loi du 20. Février 1816 et les réglemens sur le Comité des Orphelins du 3. Juin 1816 et du 15. Octobre 1821.

Voyez les attributions de la Chambre des Tutelles rappelees dans la note sur l'article 124.

Digitized by Google

nevois de l'ancien territoire, *seront toujours séparés des biens de l'État.*

Lois éventuelles, art. 3 (B.)

Art. 182. La Direction de l'Hôpital Genevois est maintenue sur le pied actuel; ses membres seront élus par elle pour neuf ans et rééligibles; ils seront soumis à l'approbation du Conseil d'État *).

Un Membre du Conseil d'Etat, élu par ledit Conseil conjointement avec la Compagnie des Pasteurs, la présidera. Il sera élu pour un an et rééligible.

Le Vice-Président sera élu par la Compagnie des Pasteurs et élu par elle pour quatre ans.

Tit. XI, art. 5. (A.)

Art. 183. Le patrimoine qu'administre *la Direction de l'Hôpital* provenant des Genevois, les seuls Genevois actuels et ceux qui acquerront le droit

---

*) La direction de l'Hôpital Genevois établie sous le nom de Société de Bienfaisance en 1798, lors de la réunion de Genève à la France, est composée de onze Membres et de quelques Adjoints. Voyez les actes de la commission extraordinaire des 1. Avril et 4. Mai 1798.

Digitized by Google

de commune dans Genève par concession ou par achat, auront droit à l'assistance de l'Hôpital *).

Tit. XI, art. 5, (C.)

Art. 184. *La Direction de l'Hôpital* sera sous l'inspection du Conseil d'Etat à qui elle rendra compte annuellement de sa gestion.

Tit. XI, art. 5. (B.)

Art. 185. Les établissemens de charité, destinés au soulagement des Genevois d'origine française ou allemande, sont maintenus sous l'inspection du Conseil d'Etat; et si jamais les deux Conseils estiment qu'ils sont devenus inutiles, leurs propriétés seront dévolues à l'Hôpital Genevois.

Tit. XI, art. 6, alin. 1.

---

*) La fondation Tronchin, appelée ainsi du nom de son généreux fondateur, est destinée à faire donner dans l'Hôpital de la ville de Genève des sécours médicaux aux malades indigens des communes du nouveau territoire. Voyez l'acte de cette fondation acceptée par le Conseil d'Etat le 8. Mai 1818, et deux arrêtés du Conseil d'Etat relatifs à cette fondation du 23. Novembre 1818 et 1. Juillet 1829.

Digitized by Google

Art. 186. Le Bureau de Bienfaisance est maintenu sous l'inspection du Conseil d'Etat dont il devra demander chaque année l'autorisation pour faire une collecte qui pourra être accordée ou refusée.

Ses membres seront élus pour cinq ans et rééligibles; leur élection sera soumise à l'approbation du Conseil d'Etat *).

Tit. XI, art. 6, alin. 2 et 3.

---

*) Le Bureau de Bienfaisance est destiné à donner des secours aux indigens de la Ville de Genève qui n'ont pas droit aux secours de l'Hôpital.

Il est composée de onze Membres et présidé par un Conseiller d'Etat.

Digitized by Google

Loi organique

SUR

L'ELECTION DES DEPUTES AU CONSEIL REPRESENTATIF.

Du 22. Septembre 1819,

Modifiée le 24. Janvier 1831 *).

TITRE PREMIER.

Dispositions préparatoires.

ARTICLE PREMIER.

CHAQUE année, dans la session de Mai, le Conseil d'Etat présentera au Conseil Représentatif la liste des vacances dans ce Corps. Cette liste sera renvoyée à l'examen d'une commission, puis arrêtée définitivement par le Conseil Représentatif.

---

*) La loi constitutionelle du 21. Janvier 1831 ayant supprimé la section électorale qui était appelée à terminer l'election commencée par le corps électoral (voyez l'avertissement note VIII), la loi organique a dû être modifiée sous ce rapport; elle l'a été par la loi du 24. Janvier 1831

Digitized by Google

Art. 2. Lorsque le tirage au sort des Députés, mentionné au paragraphe 4 de l'article 5, Titre II, de la Constitution (*art.* 14), devra avoir lieu, il s'opérera publiquement devant le Conseil Représentatif, le troisième Lundi de Mai. Le bureau présidé par les Syndics, sera composé de deux secrétaires, nommés par le Syndic-Président, et de quatre membres du Conseil Représentatif désignés par le sort, entre les membres qui ne sont pas soumis au tirage périodique.

Art. 3. Avant de procéder à ce tirage, les membres du bureau vérifieront si les noms de tous les membres du Conseil Représentatif soumis au sort, ont été mis dans l'urne.

Après cette verification, le plus âge, des quatre membres du bureau tirés au sort, extraira successivement de l'urne, un nombre de noms égal à celui des Députés qui doivent sortir. Il remettra chaque billet

---

qui a donné une nouvelle rédaction pour les articles 22 et 23; cette loi a aussi simplifié l'article 31. Les changemens apportés par la loi du 24. Janvier 1831 à la loi du 22. Septembre 1819 ont été introduits dans cette réimpression.

Digitized by Google

au Syndic-Président, qui nommera le Député sortant.

Art. 4. Avant chaque élection annuelle, le Conseil d'Etat fera préparer le tableau du Corps Électoral: ce tableau sera imprimé, annonce par une publication, et déposé en Chancellerie, chez les Maires et Adjoints, et chez les Dizeniers.

Art. 5. Il sera formé une Commission des inscriptions, composée:

1. De deux Syndics, deux Conseillers d'Etat, deux membres du Conseil Représentatif, deux Électeurs et deux Maires, choisis par le Conseil d'Etat;

2. De six membres du Conseil Représentatif et deux Maires, désignés par la voie du sort;

3. De deux Secrétaires, choisis par les deux Syndics membres de la Commission.

Art. 6. Le Procureur-Général aura le droit d'assister aux séances de la Commission des inscriptions et d'y être entendu sur la composition du Corps électoral.

Art. 7. Cette Commission sera chargée de vérifier le tableau du Corps électoral et celui des aspirans qui, en exécution de l'article 4, Titre II, de la Con-

Digitized by Google

stitution (*art.* 30), se seraient inscrits en Chancellerie.

Elle entrera en fonctions huit jours après la publication de ce tableau.

Art. 8. Le Conseil d'État fera connaître le lieu, les jours et heures, où cette commission s'assemblera.

Art. 9. Le Conseil d'Etat invitera tous les Citoyens qui, n'étant pas inscrits sur le tableau, croiraient avoir le droit de l'être, à se presenter devant cette commission, dans le délai de quinze jours dès son entrée en fonctions; passé ce terme, les réclamations ne seront plus admises.

Art. 10. La Commission des inscriptions appellera à se présenter devant elle, dans un temps déterminé, ceux qu'elle croirait devoir exclure du tableau.

Art. 11. Les décisions, tant d'admission que d'exclusion, prises par la commission, pourront être attaquées par voie de recours au Conseil d'État.

Ce recours sera ouvert à la partie intéressée et au Procureur-Général.

Art. 12. A l'expiration du délai fixé par l'article 8, la commission fera dresser deux tableaux:

1. Celui du Corps Électoral.
2. Celui des Aspirans à la place de Député.

Digitized by Google

Ces tableaux, et l'état des admissions et exclusions pour lesquelles il aura recours, seront transmis au Conseil d'État, qui statuera sur ces recours et clora les tableaux.

Art. 13. Le Conseil d'État fera imprimer ces tableaux et en enverra un exemplaire à chaque Electeur.

Art. 14. Le registre des opérations de la commission sera signé par le Syndic-Président, le Procureur-Général et l'un des Secrétaires. Il sera déposé dans les archives.

TITRE II.

Des Élections.

Art. 15. L'élection annuelle se fera dans le mois d'Août.

Art. 16. Il sera formé une Commission des Elections, composée des Syndics, du Lieutenant de Police, du Procureur-Général, de six Membres du Conseil Représentatif tirés au sort, du Doyen de la Compagnie des Pasteurs, du Doyen des Curés genevois, du Recteur de l'Académie, de six Electeurs ti-

Digitized by Google

Art.
dans so
Genev
ment
de co
est issu
s'il l'a

*) C
à
d
**)
G
ju

ç

ét
d
1
c
d
li

c
d

Digitized by Google

Art. 23. Le tableau des Dépu
Candidats seront aussitôt imprimés,
à chaque Électeur avec l'indication d
de la nouvelle réunion du Corps élect
deux jours au moins entre l'envoi des t
verture du scrutin *).

Art. 24. Les élections devront être t
quinze jours au plus tard, à dater de l
premier scrutin.

Art. 25. Dès que les élections seront
Conseil d'Etat fera imprimer, publier
tableau des Députés élus.

Art. 26. Les dispositions de l'article 14
dues à la Commission des élections.

Art. 27. Dans tous les tableaux rala
tions chaque individu sera désigné par s
noms, profession, âge et demeure.

Dans les deux tableaux du Corps éle
alphabétique sera suivi, et ceux des Elec
seront pas éligibles, seront désignés par
d'impression particulier.

---

*) Ces deux articles sont insérés ici te
été modifiés par la loi 24. Janvier 1

Dans le tableau des Aspirans et des Députés l'ordre sera déterminé par l'âge.

Dans le tableau des Candidats l'ordre sera déterminé par le nombre des suffrages.

Art. 28. Chaque Electeur, avant de voter, prêtera serment de fidélité à la République et Canton de Genève, et d'élire ceux qu'il estimera les plus propres à l'office de Député.

Art. 29. Les billets d'élection devront être remplis dans les salles destinées aux élections.

Art. 30. Les Electeurs qui ne pourront pas écrire leurs votes, devront se faire assister par un Electeur à leur choix; ils pourront au besoin réclamer l'assistance d'un membre du bureau.

Art. 31. Les membres du bureau prêteront, au commencement des opérations électorales, et en mains des Syndics, le serment d'écrire fidèlement de votes, et d'en garder le seeret.

Les personnes choisies en vertu de l'article précédent seront tenues à prêter le même serment *).

---

*) La dernière alinea de cet article a été modifié par la loi du 24. Janvier 1831. Il était ainsi conçu :

Digitized by Google

Art. 32. Les billets d'élection porteront la signature ou la griffe d'un Syndic, et indiqueront le nombre des suffrages à donner.

Art. 33. Le nombre des billets délivrés sera déclaré par le Président, avant l'ouverture de l'urne.

Art. 34. Les billets déposés dans l'urne seront comptés avant que le déchiffrement commence.

Si le nombre des billets trouvés dans l'urne excède de plus de cinq celui des billets delivrés, le scrutin sera déclaré nul et recommencé.

Si le nombre des billets trouvés est inférieur à celui des billets délivrés, le scrutin n'en sera pas moins valide.

Art. 35. Les billets contenant moins de suffrages que le nombre des places à pourvoir, seront nuls. Dans les billets qui contiendront plus de suffrages

---

»Les personnes choisies en vertu de l'article »précédent seront tenues à prêter le même serment *chaque fois qu'elles seront appelées par un »Électeur à écrire son billet.«*

Les mots imprimés en caractères italiques ont été supprimés.

Digitized by Google

que le nombre requis, les derniers inscrits ne seront pas comptés.

Art. 36. Ne pourront être annulés que les suffrages qui seront la répétition d'un suffrage déjà porté dans le même billet et ceux que le bureau prononcera ne pouvoir attribuer à aucun individu déterminé. La nullité de ces suffrages n'entrainera pas celle des billets qui les auront portés.

Art. 37. Après chaque déchiffrement, les billets de suffrages seront détruits.

TITRE III.

Dispositions générales.

Art. 38. Les Députés sortans cesseront leurs fonctions dès que les élections auront été terminées.

Art. 39. Dans la première séance qui suivra l'élection, le Conseil Représentatif nommera une Commission chargée de vérifier la légalité de l'élection des nouveaux Députés, et de rapporter dans le plus bref delai.

Art. 40. Sur le rapport de cette Commission, le Conseil Représentatif admettra immediatement à pré-

Digitized by Google

ter serment les nouveaux Députés légalement élus, et prononcera l'exclusion de ceux dont l'election aurait été reconnue illégale.

Art. 41. Les vacances qui pourraient survenir dans le Conseil Représentatif, soit entre le tirage au sort et l'election, soit à raison de l'illégalité prononcée de quelques-unes des nouvelles élections, seront comprises dans la liste des vacances de l'annee suivante.

Art. 42. Les Députés au Conseil Représentatif élus en exécution de l'article 4 de la Loi constitutionnelle du 18. Novembre 1816, ne seront pas considérés comme étant de la premiere formation.

TITRE IV.

Dispositions restreintes à la prochaine Election.

Art. 43. Il sera procédé à la formation de la liste des places de Député vacantes, mentionnée en l'article 1 de cette loi, au tirage au sort, s'il doit avoir lieu, et aux opérations electorales, immédiatement après la sanction de la présente loi.

Digitized by Google

TITRE V.

Clause abrogatoire.

Art. 44. La loi du 23. Novembre 1816 sur l'Élection des Députés au Conseil Représentatif est abrogée

---

Digitized by Google

Neu revidirte Verfassung des Kantons Appenzell der innern Rhoden.

Eintheilung des Kantons.

Der Kanton Appenzell theilt sich in den Kantonstheil von Innerrhoden, und in den Kantonstheil der äußern Rhoden; die katholische Religion ist ausschließlich die Religion Innerrhodens, die reformirte Religion die Religion Außerrhodens.

Politische Eintheilung des Kantons Appenzell der innern Rhoden.

Innerrhoden wird in sieben Rhoden eingetheilt, welche aus verschiedenen Geschlechtern zusammengesetzt sind, als: 1) die Schwendinner-Rhod; 2) die Rütinner-Rhod; 3) die Lehner-Rhod; 4) die Schlatter-Rhod; 5) die Gonter-Rhod; 6) die Rinkenbacher- und Stechlenegger-Rhod, machen zusammen Eine aus, und hat zugleich ihr gesönder-

Digitized by Google

tes Vermögen wie Oberegg; 7) die Hirschberger- und Oberegger-Rhod, machen ebenfalls Eine aus.

Oeffentliche Gewalten.

Die erste und souveräne Behörde des Landes ist die Landsgemeinde. Sie besteht aus der Gesammtheit aller Landleute, welche die erforderlichen Eigenschaften zur Stimmfähigkeit haben.

Stimmfähigkeit.

Jeder nicht richterlich entehrte Landmann vom achtzehnten Jahr bis in das höchste Alter ist stimmfähig bei der Lands- und seiner Rhodsgemeinde.

Kompetenz der Landsgemeinde.

Die Landsgemeinde erwählt zwei Landammänner, einen Landstatthalter, den Landseckelmeister, den Landshauptmann, den Landsbauherrn, den Landsfähnrich, den Armenleutenseckelmeister, den Armenleutenpfleger als Armenverwalter, den Landszeugherrn, den Reichsvogt, den Landweibel und Landschreiber für ein Jahr. Jeder Imamtstehende ist wieder wählbar, doch kann kein Landammann länger denn zwei Jahre an der Regierung bleiben. Die Landsgemeinde empfängt durch Umfrage bei

Digitized by Google

den Hauptleuten und Beamteten den Bericht über die abgelegten Rechnungen, oder von ihr bestellten Verwaltungsämter. Die Wahlen sowohl, als die Beschlüsse der Landsgemeinde geschehen durch offenes Mehr, die Mehrheit der Stimmen entscheidet, doch soll bei jedem Mehr das Kleinste wegfallen, dann die zwei Größten am Ende entschieden werden. Die Landsgemeinde ertheilt das Landrecht an Katholische, nachdem die Erlaubniß um Bewerbung desselben vom Gr. Rath eingeholt worden. Gesetzesentwürfe, welche der Gr. Rath derselben vorlegen muß, werden von ihr angenommen, verworfen, oder zurückgewiesen. Es kann aber kein anderer Gegenstand von der Landsgemeinde in Berathung gezogen werden, als nachdem ein solcher einen Monat vorher dem Gr. Rathe schriftlich mitgetheilt, wo dann selbes vom Großen Rathe geprüft werden muß. Ist es der allgemeinen Bundesverfassung nicht zuwider, so solle selbes der Landammann der Landsgemeinde vorlegen müssen; im Falle aber dieses vom Landammann nicht geschehen sollte, so solle der Landmann berechtiget sein, solches selbst mit Bescheidenheit auf dem Stuhl vorzubringen, und das ohne Schaden und Nachtheil seiner Ehre und seines Vermögens. Gesetzesvor-

Digitized by Google

schläge und Ansichten sowohl von der Regierung, als auch von dem gemeinen Landmann sollen am ersten Sonntag nach dem verfassungsmäßigen Gr. zweifachen Landrathe, von allen Kanzeln im Lande publizirt werden. Zugleich hat jeder Landmann das Recht, das Verlesene schriftlich von der Kanzlei auszufordern. Die außerordentlichen Landsgemeinden können nur über diejenigen Gegenstände, weßwegen sie zusammen berufen worden, berathschlagen. Die Landsgemeinde bestätiget oder verwirft die ihr vom Gr. Rath vorgelegten Bündnisse, Kriegs- und Friedensanträge, womit der Gesandte zur Tagsatzung instruirt wird.

Großer Rath.

Die zweite oberste Landesbehörde ist der Gr. Rath. Er besteht aus den gewählten Landesbeamteten, Kl. und Gr. Räthen sämmtlicher Rhoden, nebst dem Kirchenpfleger der Pfarr- und Mutterkirche Appenzell. Er kann der Landsgemeinde Gesetze zur Ratifikation oder Verwerfung laut oben bemerkter Bekanntmachung vorschlagen. Er bestimmt die Erhebung von Vermögensabgaben nach dem Kataster, und verfügt über das Verwaltungsfach. Er ver-

Digitized by Google

fügt über die zweckmäßigste Benutzung und Anwendung des Armenguts. Er spricht in letzter Instanz über bürgerliche Streitigkeiten, und bei Kriminalfällen über Leben und Tod. Er ernennt die Gesandten auf die Tagsatzung und ertheilt die Instruktionen über Gegenstände, welche nicht der Landsgemeinde, wie schon bemerkt, vorbehalten sind. Er erwählt aus seiner Mitte einen Vogteirath. Er übt das Kollaturrecht aus. Er ertheilt den titulum mensæ an Geistliche. Er giebt laut bestehenden Gesetzen die Bewilligung neu zu erbauender Mühlen, Sägen und öffentlicher Wasserwerke, wie auch an Landleute Wirth- und Weinschenksrechte. Er erwählt die Kriegsräthe und die Kastenvögte über die Klöster. Er vergiebt die gebetenen Dienste, welche nicht der Landsgemeinde vorbehalten sind. Der Gr. Rath versammelt sich ordentlicherweise dreimal des Jahrs, im Frühjahr, im Herbst und einen Monat vor der gewöhnlichen Landsgemeinde. Außerordentlich versammelt er sich auf Schluß von Wochenrath und Zuzug. Er entscheidet seine Schlüsse und Rechtssprüche durch offenes Mehr und Mehrheit der Stimmen; doch soll bei jedem Mehr das Kleinste wegfallen, wo dann die zwei Größten am Ende entschieden werden. Bei

Digitized by Google

gleichfallenden Stimmen soll das Präsidium entscheiden.

Kleiner Rath.

Dieser besteht nebst den Beamteten aus den gewählten Kl. Räthen jeder Rhod. Jeder Landsbeamte wird als Kl. Rath beachtet. Diese werden in drei gleichzählige Gänge oder Rathssektionen abgetheilt. Ein solcher Gang heißt der Wochenrath. Jeder Gang hält wenigstens vier, und höchstens sechs Sitzungen. Im ersten Gange hat die erste Stimme der jeweilige Landstatthalter, im zweiten der jeweilige Landseckelmeister, im dritten der jeweilige Landshauptmann. Vom regierenden Landammann und den drei vorbemeldten Beamteten, wird die Eintheilung der Rathsgänge jährlich gebildet.

Kompetenz des Wochenraths.

Dieser spricht in allen bürgerlichen Streitigkeiten zwischen Mein und Dein, und in Kriminalfällen, welche nicht durch die bestehenden Gesetze dem Gr. Rathe vorbehalten sind, nur in erster Instanz ab; wo aber erwiesene Polizeivergehungen nach bestimmten Gesetzen am Tage liegen, spricht

Digitized by Google

dieser letztinstanzlich ab. In wichtigen Fällen zieht er den Zuzug zu sich. Schick und Täusche von Liegenschaften, welche zuvor bei der Landeskanzlei einprotokollirt sein müssen, werden demselben in Copia vorgelegt. Er entscheidet über Heirathsbewilligungen. Er bietet nach dem Gesetze Ungehorsame vor Gericht. Er erkennt und verordnet Besichtigungen und richterliche Beaugenscheinigungen und Sprüche. Ueber Sprüche von Hauptleuten und Räthen von Hirschberg und Oberegg, wenn selbe von den Partheien weiter gezogen werden, ist er die zweite Instanz. Die Stimmenmehrheit entscheidet auch hier, und soll bei jedem Mehr das Kleinste wegfallen, wo dann die zwei Größten am Ende entschieden werden. Bei gleichfallenden Stimmen soll das Präsidium entscheiden.

Sprüche auf Beaugenscheinigungen.

Jeder Spruch ist erst-, zweit-, dritt- oder viertinstanzlich. Jeder Hauptmann des Rhodsbezirks, wo der Spruch aufgeführt wird, ist Präsident des Spruches. Dazu werden in erster Instanz noch vier Kl. Räthe aus der gleichen Rhod, nebst Landschreiber und Landweibel zugezogen. Bei der zweiten Instanz werden, nebst den vorgemeldeten Rich-

tern, die noch übrigen Kl. Räthe, auch wenn es nöthig ist, Gr. Räthe gleicher Rhod zugezogen, bis die Zahl von dreizehn erfüllt ist. Von dritter Instanz werden von der gleichen Rhod, nebst den Vorigen, noch die übrig bleibenden Rathsglieder gleicher Rhod zugezogen, dann aber von den andern Rhoden so viel nöthig sind, bis die Zahl von fünf und zwanzig ergänzt ist. In vierter Instanz werden, nebst den Vorigen, Rhodweis zuerst von Kl., dann von Gr. Räthen zugezogen, bis die Zahl von neun und vierzig erfüllt ist. Bei diesen Sprüchen soll Verwandtschaft von Geschwisterkind und näher ausgeschlossen sein. Bei der vierten Instanz müssen auch beide Landammänner zugezogen werden, wenn anders die Verwandtschaftsgrade mit den Partheien sie nicht davon ausschließen. Jeder Spruch soll nach eingenommenem Augenschein und abgehörten Kundschaften auf dem Span und offenem Felde geschehen. Von der vierten Instanz hat keine Weitersziehung (Appellation) mehr statt.

Zuzüge.

Diese werden vom Präsidium in den Kl. Rath berufen, und nach folgender Zusammensetzung verstärkt. Einfacher Zuzug: Die sämmtlichen Herren

Digitized by Google

Beamten. Doppelter Zuzug: In wichtigen Fällen, nebst den Vorigen, die regierenden Hauptleute. Verstärkter Zuzug: In noch wichtigern Fällen, alle Beamtete, regierende und stillstehende Hauptleute. Diese Behörde, vereint mit dem Wochenrathe, spricht in Kriminalfällen, auch in Civilstreitigkeiten, wenn wegen Wichtigkeit der Sache dieselbe vom Wochenrath dahin gewiesen wird, laut oben bemerkter Kompetenz, wie der Wochenrath hat, ab. Man nennt sie auch den großen zweifachen Landrath oder den Blutrath.

Vogteirath.

Dieser wird vom Gr. Rathe aus seiner Mitte gewählt, und wird bei der Wahl und Zusammensetzung desselben Rücksicht genommen, daß nebst den Landesbeamteten die übrigen Mitglieder aus Kl. Räthen von den verschiedenen Gegenden gewählt werden, damit jede Gegend bei diesem Vogtei- oder Waisenrath repräsentirt sei.

Kompetenz.

Er nimmt Vogteien ab, bestätiget oder erwählt die Vögte. Er spricht über Zahlung von Vogtkinderschulden, über Anwendung von Vogteigut

zur Nothdurft. Er erkennt und ſtellt Widerlegbriefe auf. Er hört das Geſuch der Armen und Bedrängten an und ertheilt ihnen Unterſtützungen und Wochenſteuern. Demſelben mögen auch Käufe und Täuſche zur Ratifikation vorgelegt werden. Nie aber hat er (der Vogteirath) zwiſchen Mein und Dein abzuſprechen. Er verſammelt ſich jeden Monat ein Mal.

Kommiſſionen.

Die Kriminalkommiſſion, die Marktordnungs- und die Schulkommiſſion beſtehen aus jeweiligen Landsſtatthalter, Landsſeckelmeiſter und Landsbauherrn. Zur Schulkommiſſion iſt noch beigeordnet, jeweiliger Pfarrherr und Kirchenpfleger des Hauptorts Appenzell.

Kompetenz des regierenden Landammanns.

Der regierende Landammann präſidirt alle Rathsverſammlungen. Er ertheilt das Recht zu Rathsverkündigungen, zu Verhaftung von Sachen aller Art, zu Widerlegungen. Er giebt Gewalt, verdächtige Perſonen in Verhaft und unter polizeiliche Sicherung zu ſtellen. Er hat Oberaufſicht über

Digitized by Google

Polizei. Er exequirt Gesetze und macht Verordnungen wirken. Er bewilliget die ihm vom Rath zugestandenen Begünstigungen. Er ertheilt bei geschlossenen Gerichten, und wo es dringend der Fall, Erlaubniß, Sprüche abzuhalten. Er entscheidet bei Jahrmärkten über Streitigkeiten des Marktrechts. Er hat unter sich die Kanzlei und Bedienstete; er unterschreibt und besiegelt alle abgehende Akten und Briefe, und die innern Aktenstücke des Landes werden von ihm visirt. Er fordert auf zur Rechnungsabgabe, Klöster, Pfrundenpfleger, milde Stiftungen und Vogteiversammlungen. Unter seinem Namen werden Räthe, Gerichte, Zuzüge und Vogteiräthe zusammenberufen. Der Landsstatthalter übernimmt in Abwesenheit oder Krankheit des Landammanns das Präsidium und die Amtsverrichtungen des regierenden Landammanns.

Hirschberg und Oberegg.

Hirschberg und Oberegg werden jeder Theil als eine halbe Rhod geachtet, und gemeinsam als eine ganze Rhod gezählt, und in dem Gr. Rathe gleichzählig repräsentirt. Jede derselben hat für sich das Recht, in erster Instanz, in Civilfällen abzusprechen, und in Polizeivergehungen und Nichtachtung

obrigkeitlicher Verordnungen laut Gesetz in ihren Rhodseckel zu strafen. Im Falle die Zahl der Richter der einen Rhod durch Ausschluß wegen Verwandtschaftsgraden oder Partheilichkeit zu weit herunter kommt, so werden von der andern Rhod die nöthige Zahl der Richter verlangt. Kriminal- und Paternitätsprozesse gehören vor die Tribunalien in Appenzell. Die zweite richterliche Instanz dieser beiden Rhoden ist der Kl. Rath, die dritte der Gr. Rath des Kantons. Bemeldete Rhoden haben ihr eigenes gesondertes Gemeinds- und Armengut, und unter Aufsicht des Kantons ihre eigene Vogteiverwaltung. Ihre besondere Lokalgesetze werden dem Gr. Rathe zur Prüfung und Bekräftigung vorgelegt.

Sollten Landammann und Rath und sämmtliche Landleute an dieser neu revidirten Landesverfassung in die Zukunft abzuändern und zu verbessern es für nützlich und nothwendig erachten, so behalten sie sich dieses Recht für sich und ihre Nachkommen vor; jedoch erbieten sie sich, eine solche vorzunehmende Abänderung, bevor sie in Ausübung gebracht wird, der hohen eidgenössischen Tagsatzung zur Einsicht und Prüfung vorzulegen, daß sie nie-

Digitized by Google

mals etwas enthalte, was mit den allgemeinen Verfügungen der eidgenössischen Bundesverfassung im Widerspruch stehe.

Gegenwärtige Verfassungsurkunde des Kantons Appenzell der innern Rhoden ist auf Ratifikation der künftig zu haltenden hohen Landsgemeinde hin von dem unterm 16. März 1829 abgehaltenen ehrsamen Gr. Verfassungslandrathe, so wie auch von der am 26. April 1829 gehaltenen hohen Landsgemeinde angenommen worden.

In Bezug auf die Bundesverhältnisse haben beide Kantonstheile an der Tagsatzung zusammen nur eine Stimme und wenn die Instruktionen verschieden sind, gar keine. Wegen der Kehrordnung bei der Standesrepräsentation wurde am 14. und 22. April 1817 folgende noch gültige Uebereinkunft getroffen: 1) daß die gedachte jährliche Kehrordnung in der Art stattfinden solle, daß jeder Kantonstheil Jahr um Jahr den ersten Gesandten zu den Tagsatzungen ernennen möge, und Innerrhoden solle 1817 den Anfang mit dem Vorsitz ma-

Digitized by Google

chen; 2) sollen die Tagsatzungsinstruktionen von Abgeordneten beider Kantonstheile gemeinsam berathen und abgefaßt werden, und die Konferenz solle jedesmal in demjenigen Kantonstheil und unter dem Vorsitz seines ersten Standeshauptes statt haben, der den zweiten Gesandten zur Tagsatzung ernennt.

Digitized by Google

Staatsverfassung
der
Republik und des Kantons Wallis.

Im Namen des allmächtigen Gottes.

Tit. I.

1. Die heilige, apostolische, katholische, römische Religion ist ausschließlich die Religion des Staates; diese allein hat einen öffentlichen Gottesdienst; das Gesetz sorget, daß selbe weder in ihrer Lehre, noch in ihrer Ausübung gestört werde.

Tit. II.

2. Das Wallis bildet einen freien unabhängigen Staat, und mit der schweizerischen Eidsgenossenschaft einverleibten Kanton, welcher durch die nämliche Verfassung und Gesetze regiert wird; seine Regierungsform ist demokratisch.

Tit. III.

Eintheilung des Gebiets.

3. Der Kanton Wallis ist in dreizehn Zehnen

eingetheilt, nämlich: Goms, Brig, Visp, Raren, Leuck und Siders in ihren alten Grenzen; Hereng, in den Grenzen des vorigen Zehnens Heremenz sammt den Gemeinden Savieſe, Ayent und Arbaz; Sitten, beſtehend aus den Gemeinden Sitten, Bremis, Salins, Veyſona und Grimslen; Gundis, gebildet aus den Gemeinden Gundis, Neudaz, Ardon und Chamoſon; Martinach, in ſich begreifend die Gemeinden Martinach, Fully, Saillon, Leytron, Riddes, Iſerable, Saxon und Bouvernier; Entremont, St. Maurice und Monthey in ihren wirklichen Grenzen.

4. Sitten iſt der Hauptort des Kantons; die höchſte Behörde hat da ihre Sitzungen.

Tit. IV.

Politiſcher Zuſtand der Bürger.

5. Als Bürger Walleſiens werden anerkannt alle diejenigen, welche irgend in einer Burgſchaft oder Gemeinde wirkliche Bürger oder Gemeinder ſind, oder ſich als ſolche werden annehmen laſſen; davon ſind ausgenommen jene, welche ſich ſeit 1802 als Bürger oder Gemeinder haben annehmen laſſen, ohne vorläufig die durch das Geſetz vorgeſchriebene Naturaliſation erhalten zu haben.

Digitized by Google

6. Die Fremden können nicht als Bürger oder Gemeinder angenommen werden, bevor sie von dem Landrath sind naturalisirt worden.

7. Niemand ist stimmfähig, bevor er das achtzehnte Jahr erfüllt hat; derjenige, der in mehrern Gemeinden das Gemeindrecht besitzt, kann nur in einer einzigen Gemeinde stimmen, und er kann dieses Recht in einer andern nicht ausüben, ohne seine Erklärung den Häuptern beider Gemeinden sechs Monate voraus gemacht zu haben.

8. Niemand kann vor erfülltem einundzwanzigsten Jahre zu den Gemeindestellen und vor fünfundzwanzig Jahren zum Haupte des Gemeinderaths, noch Zehnenämtern gewählt werden.

Tit. V.

Zustand der Grundgüter.

9. Kein Grundstück ist mit einer ewigen und unauslöslichen Beschwerde beladen.

Tit. VI.

Gemeinde- und Zehnen-Behörden.

10. Jede Gemeinde hat einen Gemeinderath, der mit der Verwaltung der Gemeindegüter, Be-

ſtimmung der Ausgaben, Austheilung der Beſchwerden und der Verordnung der Ortspolizei beladen iſt. Die Grundſätze dieſer Einrichtung werden durch ein auf alle Gemeinden des Landes anwendbares Geſetz beſtimmt werden.

11. In einem jeden Zehnden iſt ein Rath, welcher zu den Stellen, ſo ihm eigen ſind, ernamſet, die Ausgaben beſtimmt, die Beſchwerden unter den Gemeinden vertheilt, und überhaupt Alles, ſo den Zehnen betrifft, verordnet. Ein Geſetz des Landraths beſtimmt gleichfalls auf eine allgemeine Weiſe die Organiſation dieſes Rathes.

12. Ein jeder Zehnen hat einen Vorſteher und einen Statthalter, ſo ihn in Abweſenheits- und Krankheitsfall erſetzt; ſie werden durch den Zehnenrath gewählt. Die Bedingniſſe der Wählbarkeit ſind die nämlichen, welche durch Art. 18 für die Geſandten auf den Landrath vorgeſchrieben ſind.

13. Der Zehnenvorſteher ruft den Zehnenrath zuſammen; er führt darin den Vorſitz: er iſt mit der Vollziehung der Geſetze und den Verordnungen der Ober- und Zehnenbehörden beladen; er gebraucht hiezu die Gemeindehäupter, ſo ihm diesfalls untergeordnet ſind.

Digitized by Google

Tit. VII.

Von der Regierung.

14. Die höchste Gewalt ist einem einzigen Korps unter dem Namen Landrath anvertraut.

15. Der Landrath besteht aus den Gesandten der Zehnen, jeder Zehnen hat vier Gesandte, welche aus der Staatskasse bezahlt werden.

16. Jeder Gesandte des Landraths stimmt insbesondere und die Stimmen werden kopfweise gezählt.

17. Die Gesandten auf den Landrath werden durch den Zehnenrath ernannt. Die Zehnenvorsteher sind von Rechtswegen Gesandte auf den Landrath; die Gesandten bleiben zwei Jahre lang an ihrer Stelle, und sind immer wieder wahlfähig.

18. Um auf den Landrath wählbar zu sein, muß man fünfundzwanzig Jahre erfüllt, das Amt eines Gesetzgebers, Richters, oder Verwalters in den höhern Behörden, oder im Zehnen besessen, oder das Amt eines öffentlichen Schreibers ausgeübt, oder den Rechts- oder Medizin-Doktor-Grad erhalten, oder eine Offiziersstelle in den Linientruppen bekleidet haben.

Digitized by Google

19. Der hochwürdigste Bischof hat Sitz und Stimme im Landrath; seine Stimme gilt so viel als jene eines Zehnens, und zählt für vier Stimmen.

20. Der Landrath hat die gesetzgebende Gewalt; die Gesetzesvorschläge werden durch den Staatsrath vorbereitet; kein Gesetz kann vollzogen werden, bevor es den Zehnenräthen wird hinterbracht und durch die Mehrheit derselben bestätiget worden sein. Die Finanzgegenstände, Militärkapitulationen und Annehmungen der Fremden zu Landesleuten, werden nicht nur den Zehnenräthen, sondern auch den Gemeinderäthen hinterbracht. Das Referendum ist nicht auf jene Gegenstände anwendbar, welche das Wallis als Schweizerkanton betreffen und aus den durch den Bundesverein bestimmten Verhältnissen und Obliegenheiten herfliessen.

21. Er beschließt Militärkapitulationen und andere Verträge über Polizei- und ökonomische Gegenstände.

22. Er ernennt zu den geistlichen Würden und Pfründen, zu welchen die ehemalige Regierung ernannte.

23. Er hat das Recht zu begnadigen und die Strafen zu verändern.

Digitized by Google

24. Er hat ausschließlich das Recht Geld zu schlagen. Er nimmt alle Jahre im Maimonat die Rechnungen des Landseckelmeisters ab, und macht sie bekannt.

25. Der Landrath ernamset einen Landshauptmann, einen Landshauptmann-Statthalter, einen Landsseckelmeister und zwei Staatsräthe; sie werden in oder außer seiner Mitte gewählt. Der Landshauptmann-Statthalter, Landsseckelmeister und die Staatsräthe einmal gewählt, sind von Rechtswegen in der Zahl der Gesandten ihrer respektiven Zehnen einbegriffen.

Er ernamset auch aus seiner Mitte zwei Schreiber, um das Protokoll von seinen Berathschlagungen abzufassen, und erwählt gleichfalls die Abgesandten des Kantons Wallis auf die eidsgenössische Tagsatzung in der Schweiz.

Alle dem Landrath zugehörende Ernamsungen werden durch geheimes und absolutes Stimmenmehr entschieden.

26. Um zu den Würdigkeiten eines Landshauptmanns, Landshauptmann-Statthalters, Landseckelmeisters und eines Staatsraths gelangen zu können, muß man das dreißigste Jahr zurückgelegt

Digitized by Google

und das Amt eines Gesetzgebers, Richters oder Verwalters in den obern Behörden bekleidet haben.

27. Von den fünf Mitgliedern des Staatsrathes werden immer zwei aus den westlichen Zehnen, und die drei übrigen aus den acht orientalischen gewählt; von den zwei Staatsgliedern der westlichen Zehnen wird einer immer mit einem der drei ersten Aemter dieses Korps bekleidet sein.

Es kann aus dem nämlichen Zehnen niemals mehr als ein Mitglied im Staatsrath sein.

28. Er versammelt sich zweimal des Jahres, nämlich den ersten Montag Mai's, und den letzten Montag Wintermonats.

29. Der Landshauptmann führt im Landrath und Staatsrath den Vorsitz; er unterzeichnet und sigillirt die Gesetze und alle übrigen Akten der Oberbehörden. Bei eintreffender Stimmengleichheit ist seine Stimme entscheidend; er empfängt die Bittschriften, und die an die Regierung geschickten Briefschaften, trägt die durch den Staatsrath den Berathschlagungen des Landraths vorzulegende Gegenstände vor, und gibt dem Landrath Bericht von seinem mit den übrigen Staaten der Schweiz und mit dem Auslande gehaltenen Briefwechsel.

Digitized by Google

Die Gegenstände, welche die Zehnenräthe der Landesversammlung vorzubringen wünschen, müssen dem Landshauptmann mitgetheilt werden, um vorläufig im Staatsrathe berathschlagt zu werden.

30. Der Landshauptmannstatthalter ersetzt den Landshauptmann in Krankheits- und andern Verhinderungsfällen.

31. Die Schreiber des Landraths kontrasigniren die Gesetze und andere von dieser Versammlung ausgehende Akten; einer schreibt und verfaßt in der deutschen, der andere in der französischen Sprache.

32. Der Staatsrath, der in dem Hauptorte des Kantons residirt, besteht aus dem Landshauptmann, Landshauptmannstatthalter, Landssekelmeister und zwei Staatsräthen; er ernennt seinen Sekretär, unter dem Titel eines Landschreibers, so wie auch die übrigen für sein Bureau nöthigen Beamten.

33. Der Staatsrath ruft sowohl die gewöhnlichen als ausserordentlichen Landräthe zusammen; er bereitet alle ihren Berathungen vorzulegenden Gegenstände. Er ist mit der Vollziehung der Gesetze, mit der öffentlichen Verwaltung, mit der Generalpolizei, mit der Entscheidung der Verwaltungszwistigkeiten beladen und trägt die diesfalls nöthigen Beschlüsse;

er hat die Aufsicht über die Landstraßen; er besorgt die Korrespondenz mit dem Direktorium der schweizerischen Eidsgenossenschaft, mit den Regierungen der übrigen Kantone und mit dem Auslande.

34. Der Staatsrath kann die Gesandten des Landrathes auch ausserordentlich, sogar in minderer Anzahl als gewöhnlich, zusammenrufen; in diesen aus geringerer Zahl bestehenden Versammlungen kann über keine andern Gegenstände berathen werden als jene, die in dem Einladungsbriefe sind angekündet worden. Auf das Begehren von drei Zehnen ist der Staatsrath gehalten, einen ausserordentlichen Landrath zusammenzuberufen. Desgleichen kann er auch nicht versagen, dem Landrath einen durch drei Zehnen begehrten Gegenstand vorzutragen.

35. Wenn die innere Ruhe oder äußere Sicherheit bedroht werden sollte, kann der Staatsrath über die bewaffnete Macht verfügen, ist aber gehalten, die Zehnen sogleich von den getroffenen Maßregeln einzuberichten, und, wenn es die Umstände erfordern, einen ausserordentlichen Landrath zu beschreiben.

36. Die Dauer der Amtsverrichtungen des Landshauptmanns, des Hauptmannstatthalters, Landseckel-

meisters und der Staatsräthe ist auf zwei Jahre bestimmt. Der Landshauptmannstatthalter, der Landseckelmeister und die Staatsrätbe sind immer wieder wählbar; aber der Landshauptmann kann nur nach einem Zwischenraum von zwei Jahren wiederum zu diesem Amte erwählt werden.

Tit. VIII.

Gerichtsordnung.

37. Eine jede Gemeinde kann einen Richter erster Instanz unter dem Namen Kastellan haben, vor welchen alle Zivilhändel gebracht werden und welcher ein Endurtheil bis auf den vom Gesetze zu bestimmenden Betrag fällt.

38. Die Kastellane werden durch die Gemeindeversammlungen in einer jeden Gemeinde auf einen von dem Rathe gemachten dreifachen Vorschlag gewählt.

39. Diese Beamten bleiben zwei Jahre in ihren Verrichtungen, sind immer wieder wählbar und leisten den Eid in die Hände des Großkastellans.

40. Sie haben einen Statthalter, welcher auf die nämliche Art und für die nämliche Zeit gewählt wird.

Digitized by Google

41. In einem jeden Zehnen ist ein Oberrichter unter dem Namen Großkastellan, der auch einen Statthalter hat.

42. Der Großkastellan wird durch den Zehnenrath gewählt; er legt den Eid in die Hände seines Vorgängers ab; er bleibt zwei Jahre im Amt und kann wieder bestätigt werden.

43. Der Großkastellanstatthalter wird auch durch den Zehnenrath gewählt und leistet den Eid in die Hände des Großkastellans.

44. Um zu den Stellen eines Großkastellans und Großkastellanstatthalters zu gelangen, werden eben jene Bedingnisse erfordert wie für einen Abgesandten auf dem Landrathe.

45. In den Zehnen, welche wegen ihrer Gemeindebequemlichkeiten keine Kastellane haben wollen, können die Großkastellane die Verrichtungen des Richters erster Instanz erfüllen. Der erste Gerichtsbeisitzer ersetzt den Großkastellanstatthalter in Krankheits- und andern Verhinderungsfällen.

46. Von einem in erster Instanz gefällten Urtheile wird an den Zehnengerichtshof appellirt. Dieser besteht aus dem Großkastellan oder seinem Statthalter und sechs Beisitzern; diese Beisitzer

werden durch den Zehnenrath erwählt und aus den gewesenen Großkastellanen, ihren Statthaltern, Richtern, Altrichtern, geschwornen Schreibern und andern Personen genommen, welche durch ihre Sitten und Kenntnisse die empfehlenswürdigsten sind.

Der Zehnengerichtshof trägt ein Endurtheil bis auf den Betrag einer durch das Gesetz bestimmten Summe; er hat auch in Polizei- und Kriminalgegenständen eine bestimmte Kompetenz.

47. Die Zehnenrichter werden für zwei Jahre erwählt und können immer wieder ernamset werden.

48. Es werden zwei Stellvertreter ernamset, um diese Beisitzer zu ersetzen.

49. Ein Richter kann bei einem Handel, über welchen er schon gesprochen, nicht im Appellationsgericht sitzen.

50. Der Großkastellan oder dessen Statthalter sammt acht Beisitzern, gewählt, wie im Art. 48 gemeldet ist, bilden das Kriminal- und Korrektionalgericht erster Instanz; der Großkastellan mit zwei Beisitzern richtet den Prozeß ein. Dieser Gerichtshof hat auch zwei Stellvertreter.

51. Es ist ein oberster Gerichtshof für den ganzen Kanton, welcher sowohl über die ziviliſchen als

Digitized by Google

kriminalischen Händel, die die Kompetenz der untern Gerichtshöfe übersteigen, ein Endurtheil fällt; er besteht aus dreizehn Gliedern, die durch den Landrath in Verhältniß eines Gliedes durch Zehnen in oder außer seiner Mitte ernamset werden.

Er hat auch das Recht, den öffentlichen Schreiber zu ernamsen.

52. Die Richter im obersten Gerichtshof bleiben zwei Jahre in ihren Amtsverrichtungen und können allezeit wieder gewählt werden.

53. Der Gerichtshof erkieset seinen Präsidenten unter seinen eigenen Gliedern. Dieser wird Oberstlandrichter und sein Statthalter Landrichterstatthalter genannt. Er ernamset auch seinen Gerichtsschreiber.

Tit. IX.

Allgemeine Verfügungen.

54. Die Gerichts- und Verwaltungsverrichtungen sind mit einander nicht unverträglich.

55. Bei dem Abstimmen über alle Verfügungen und Beschlüsse des Landrathes entscheidet die Mehrheit der Stimmen und soll die Minderheit der Mehrheit folgen.

56. Der Staat ist mit den Unkosten des öffent-

Digitized by Google

lichen Unterrichtes in den Kollegien von Sitten, Brig und St. Mauriz beladen.

57. Vor Verlauf von fünf Jahren können in der gegenwärtigen Verfassung keine Abänderungen gemacht werden. Diese Veränderungen sind unzuläßig, wenn sie nicht in zwei auf einander folgenden Landräthen genehmigt und durch die Mehrheit von neununddreißig Stimmen beschlossen werden.

58. Das Sigill des Kantons hat ein weißes und rothes Feld mit dreizehn Sternen, deren Farbe weiß im rothen und roth im weißen Felde ist. Die Inschrift wird sein: Sigillum Reipublicæ Vallesiæ.

Der konstituirende Landrath beschließt:

Daß die gegenwärtige, in achtundfünfzig Artikeln bestehende Verfassung des wallesianischen Volkes angenommen ist, um die Grundverfassung des Kantons Wallis zu sein.

Daß fünf Originalien derselben abgefaßt und von dem Präsidenten und den Sekretären des Landrathes unterschrieben werden sollen, um drei der gemeldten Originalien Ihren Excellenzen den Ministern von Oesterreich, Rußland und England bei der schweizerischen Eidsgenossenschaft zuzustellen, das andere der schweizerischen Tag-

Digitized by Google

satzung vorzulegen und das fünfte in das Archiv abzugeben.

Auszug aus dem Protokoll des Landrathes von Wallis, den 12. Maimonat eintausend achthundert und fünfzehn.

Der Präsident des Landrathes:
de Sepibus.

Die Sekretäre des Landrathes:
Roten. Dufour.

Digitized by Google

Verfassungsurkunde
des
Fürstenthums Neuenburg.

Wir Friedrich Wilhelm III., von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc.

Die Siege, welche die göttliche Vorsehung Unsern Waffen verliehen hat, gewährten Unserm Herzen die höchst angenehme Befriedigung, treue und geliebte Völker auf immer an Unsere Herrschaft zu knüpfen, die unserm Hause entweder gewaltsam entrissen, oder, um größeres Unglück von ihnen abzuwenden, durch Uns abgetreten wurden. Diese Genugthuung, Theure und Liebe, gewährt Uns vorzüglich die Rückkehr der glücklichen, zwischen dem Fürsten und seinen Unterthanen ein volles Jahrhundert durch bestandenen Verhältnisse. Ueberzeugt, daß der Wohlstand, wozu euer Kunstfleiß und eure Anstrengungen ein von Natur wenig fruchtbares Land erhoben haben, nicht allein die Frucht einer väterlichen Verwaltung, sondern auch einer wohl-

Digitized by Google

berechneten Verfassung und der durch Unsere Vorfahren zu verschiedenen Zeiten ertheilten Freiheiten und Befreiungen waren, haben Wir eine Prüfung dieser letztern vornehmen lassen, in der Absicht, denselben eine neue Gewährleistung zu ertheilen, und nur in solchen Punkten darin Abänderungen vorzunehmen, die mit den gegenwärtigen Fortschritten der Zivilisirung, und mit den engern Verhältnissen, welche zwischen dem Fürstenthum und der schweizerischen Eidsgenossenschaft stattfinden werden, unverträglich sind. Wir haben demnach die gegenwärtige Erklärung ausgestellt, welche Wir treu zu halten und zu beobachten verheißen, und welcher alle Könige von Preußen, Unsere Thronfolger, als souveräne Fürsten von Neuenburg, nachzukommen verheißen werden, indem sie nach ihrer Thronbesteigung und in Gemäßheit alter Uebung die gegenseitigen Eide leisten. Wir erklären demnach:

I. Daß Wir und Unsere Nachfolger, die Könige von Preußen, unter Unserer unmittelbaren Herrschaft behalten werden das souveräne Fürstenthum Neuenburg, mit allen seinen Zubehörden, Pertinentien, Domänen und Einkünften

jeder Art, um dasselbe in seiner vollkommenen Unabhängigkeit, Unveräußerlichkeit und Untheilbarkeit zu behalten, ohne daß solches könne verringert oder jemals einem jüngern Prinzen als Leibgeding überlassen, noch als Lehen oder Afterlehen, an wen es immer wäre oder auf welche Weise solches geschehen könnte, übertragen werden.

II. Die freie Ausübung der protestantischen und der katholischen Religion, über die Wir Uns förmlich Unsere landesherrliche Obergewalt vorbehalten, sollen von Uns und Unsern Nachfolgern, ohne Rücksicht auf Wohnort, erhalten und geschützt bleiben, die protestantische Religion unter der Leitung und Gewalt der Klasse der Pfarrer und der Konsistorien. Wir bestätigen hierdurch alle von jener Klasse erworbenen Rechte, und insbesondere dasjenige, die Pfarrer zu ernennen, sie in ihren Verrichtungen einzustellen, zu entsetzen und abzuändern, und über Gegenstände, welche die Geistlichkeit betreffen, zu urtheilen. Die katholische Religion steht in Allem, was Ordnung und Disziplin betrifft, unter der Leitung und Gewalt des Bischofs von Lausanne.

III. Jeder Unterthan und Einwohner des Fürstenthums kann, ohne dadurch sein Bürgerrecht in

Digitized by Google

demselben zu verlieren, und mit der Befugniß, jederzeit in seine Heimath zurückkehren zu können,

1) das Fürstenthum ungehindert verlassen, zum Behuf von Reisen sowohl als für auswärtige Niederlassung;

2) in Kriegsdienste einer fremden Macht treten, insofern nämlich diese sich mit dem Souverän in seiner Eigenschaft als Fürst von Neuenburg nicht im Kriege befindet. Werbungen dürfen ohne dafür ertheilte Bewilligung des Fürsten nicht stattfinden.

IV. Wer nicht Landesunterthan und im Fürstenthum ansäßig ist, kann keine Zivil- oder Militärstelle bekleiden. Von dieser Bestimmung ist einzig die Stelle des Gouverneurs ausgenommen. Gleichmäßig sind Diejenigen von Staatsbedienungen ausgeschlossen, welche Aemter und Stellen im Dienst eines andern Fürsten oder fremden Staates bekleiden. Die Bestellungsbriefe der Staatsbeamten oder der Mitglieder von Gerichtsstellen und Notarien, mit Ausnahme der Gerichtsboten, sollen die Bestimmung enthalten, daß die Ernannten an ihren Stellen so lange bleiben werden, als sie sich wohl verhalten, so daß sie nicht dürfen entsetzt werden außer in Folge

Digitized by Google

sattsam erwiesener Verbrechen, Verwaltungsuntreue, schlechter Aufführung oder offenbarer Unfähigkeit. Dieser Artikel soll in Bezug auf das Militär diejenigen Ausnahmen erleiden, welche durch die Verbindung mit der Schweiz erforderlich werden.

V. Die vollkommene und gänzliche Handelsfreiheit im Lande und auswärts wird den Unterthanen und Einwohnern des Fürstenthums zugesichert, so weit solche den Verpflichtungen nicht zuwiderlauft, welche der Eintritt des Landes in den Bund der schweizerischen Eidsgenossenschaft mit sich führt. Wir behalten Uns das Recht vor, die erforderlichen Polizeivorschriften zu ertheilen in Hinsicht auf den Verkauf solcher Gegenstände, welche die Sicherheit des Staates gefährden könnten, und eben so in Fällen, wo das öffentliche Wohl solches erheischt, die Ausfuhr von Lebensmitteln oder Gegenständen erster Nothwendigkeit zu verbieten.

VI. Der wirkliche status quo in Hinsicht auf Verwaltung und Rechtsordnung wird in allen seinen Theilen bestätigt, und es soll derselbe anders nicht als entweder durch den Willen des Fürsten oder durch das Gesetz, je nach Beschaffenheit der Umstände, verändert werden dürfen. Es soll insbeson-

Digitized by Google

dere durch die Landstände für die Aufstellung eines einzigen Appellationsgerichts im Fürstenthum gesorgt werden.

VII. Die Polizeiordnungen gehen vom Fürsten aus und sollen unmittelbar im ganzen Staate bekannt gemacht und vollzogen werden. Die Bewilligungen, kraft welcher Korporationen oder Gemeinden die Polizei ausüben, bleiben jederzeit Unserer Oberaufsicht unterworfen.

VIII. Wir bestätigen ausdrücklich das Uns zustehende Recht, Uns, so oft wir es dienlich erachten, in den Versammlungen aller Staatskorporationen ohne Ausnahme repräsentiren zu lassen.

IX. Kein Unterthan oder Einwohner des Fürstenthums darf in Verhaft gebracht werden, in Neuenburg ohne ein Urtheil der vier Menestrals und in den übrigen Gerichtsbezirken ohne ein durch wenigstens fünf Richter der Gerichtsstelle des Ortes, wo das Vergehen stattfand, unterzeichnetes Urtheil. Wenn einer auf frischer That ergriffen oder wegen eines sehr hohen Verdachtes angehalten ward, so darf ein solcher provisorischer Verhaft nicht länger als dreimal vierundzwanzig Stunden dauern. Nach Verfluß derselben soll der Beklagte entweder freigelassen oder

Digitized by Google

gefangen gesetzt werden, insofern das Letztere durch die Gerichtsstelle beschlossen ward. Das Vermögen eines Beklagten darf unter keinerlei Vorwand, ganz oder theilweise, weder eingezogen noch sequestrirt werden, so lange derselbe nicht richterlich beurtheilt und verfällt ist.

X. Keine Abgabe oder neue Auflage, unter welchem Namen und Titel es sein mag, darf anders als vermöge eines Gesetzes erhoben werden. Die allgemeinen Aenderungen, welche man mit den gegenwärtig schuldigen und bezahlten Abgaben vorzunehmen nöthig erachten möchte, sollen gleichfalls durch Gesetze angeordnet werden. Dieser Artikel findet keine Anwendung auf die durch Polizeimaßnahmen angeordneten Leistungen und Abgaben.

XI. Alle Unterthanen und Einwohner des Fürstenthums Neuenburg, ohne Ausnahme, sind von ihrem achtzehnten bis in ihr fünfzigstes Jahr waffendienstpflichtig; sie können aber in wirklichen Dienst zu keinem andern Zweck gerufen werden als für die Erhaltung der öffentlichen Ordnung, für die Landesvertheidigung und für die Erfüllung der Verträge, welche das Fürstenthum mit der Schweiz verbinden. Die Milizen stehen künftig unter Unserer alleinigen

Digitized by Google

Oberaufsicht; sie sollen von nun an nur einerlei Fahne und Kokarde haben, und jede diesem zuwiderlaufende Bewilligung wird hiemit ausdrücklich von Uns aufgehoben. Wir behalten Uns vor, durch eine besondere Verordnung Alles, was den Militärdienst betrifft, zu reguliren, und es sollen die Bestimmungen derselben den Verhältnissen angepaßt werden, welche Unser Fürstenthum mit der schweizerischen Eidsgenossenschaft verbinden werden.

XII. Wir behalten Uns hinwieder vor, in Kraft einer mit Unserm Fürstenthum Neuenburg zu schliessenden Kapitulation, ein Bataillon Truppen in Sold zu nehmen, das zu Unserer Garde gehören und mit ihr gleiche Vorrechte genießen soll. Es wird solches vierhundert Mann stark sein, und Unser Staatsrath von Neuenburg hat Uns die dabei anzustellenden Offiziere zur Genehmigung vorzuschlagen, mit Ausnahme des Kommandanten, dessen Ernennung Wir Uns selbst vorbehalten. Ueber die freiwillige Werbung und über die Bildung dieses Bataillons soll ein besonderer Vertrag geschlossen werden.

XIII. Das bewegliche und unbewegliche Eigenthum der Korporationen, der Unterthanen und Einwohner darf durch keinerlei Eingriffe verletzt werden.

Digitized by Google

Wenn nach dem Befinden des Fürsten für Gegenstände öffentlichen und allgemeinen Vortheils die Verfügung über irgend ein Eigenthum nothwendig wird, so soll deßhalb mit dem Besitzer gütlich unterhandelt und bei sich ergebenden Schwierigkeiten eine gerichtliche Schätzung des Gegenstandes veranstaltet werden.

XIV. Um Unsern getreuen Unterthanen einen neuen Beweis Unsers Wohlwollens und Unserer Zuneigung zu ertheilen, haben Wir beschlossen, die Landstände wieder als gesetzgebende Behörde und Nationalrath herzustellen und die Stellvertretung jedes Bezirks nach seiner Wichtigkeit und Bevölkerung festzusetzen. Die Bildung und die Attribute der Landstände sollen in einer besondern, mit Unserer Unterschrift versehenen Verordnung enthalten sein.

XV. Alle Gesetze, Befreiungen, Freiheiten, wohlhergebrachte Uebungen, geschriebene und nicht geschriebene Urkunden und Bewilligungen, die der gegenwärtigen Erklärung nicht zuwiderlaufen, sind beibehalten und bestätigt.

Gegeben in London, am achtzehnten Brachmonat des Gnadenjahrs eintausend achthundert und vierzehn.

(L. S.) Unterz. Friedrich Wilhelm.

Und weiter unten Der Fürst von Hardenberg.

Heutiges Tages, am 2. Heumonat 1814, in der im Schlosse von Neuenburg gehaltenen Rathsversammlung, ist gegenwärtige königliche Erklärung in Gegenwart der Vasallen, der Staatsbeamten, der Abgeordneten der Geistlichkeit, der Bürgerschaften und Gemeinden verlesen und hernach in die Protokolle des Rathes eingetragen und nach Form und Inhalt anerkannt worden.

Ich, der Kanzler des Königs in seinem souveränen Fürstenthum, war dabei gegenwärtig.

von Sandoz-Travers.

Digitized by Google

Verfassung
des
Kantons Glarus.

(Angenommen von der außerordentlichen Landsgemeinde am 2. Oktober 1836.)

Wir Landammann, Räthe und gemeine Landleute des eidgenössischen Standes Glarus, am 2. Oktober im Jahr 1836 in außerordentlicher Landsgemeinde in Glarus versammelt,

urkunden anmit,

daß, nachdem uns in Vollziehung des Landsgemeind-Schlusses vom 29. Mai 1836 der Entwurf zu einer neuen Verfassung heute zur Berathung vorgelegt worden ist, wir nachfolgende Bestimmungen als die Verfassung hiesigen Kantons angenommen haben.

Digitized by Google

Erster Abschnitt.

I. Kapitel.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 1. Der Kanton Glarus als ungetheiltes Ganzes ist ein Freistaat mit demokratischer Verfassung und bildet als solcher ein Glied der schweizerischen Eidgenossenschaft.

§. 2. Die Souveränität beruht im Volke. Es übt dieselbe unmittelbar an der Landsgemeinde, mittelbar durch die von ihm gewählten Behörden aus in der durch die Verfassung vorgeschriebenen Form.

§. 3. Alle Landleute stehen unter dem gleichen Gesetze und üben die gleichen politischen Rechte aus, vorbehalten die im §. 26 bestimmten Ausnahmen. Es giebt sonach im Kanton keine Vorrechte der Konfession, des Orts, der Geburt, des Standes, der Familie und des Vermögens.

§. 4. Die gänzliche Glaubens- und Gewissensfreiheit ist unverletzlich.

Die freie Ausübung des evangelisch-reformirten und römisch-katholischen Gottesdienstes ist in den Gemeinden, wo der einte oder andere dermalen ausgeübt wird, feierlichst gewährleistet.

Digitized by Google

§. 5. Die Verfassung sichert das Recht, gemischte Ehen einzugehen. — Weder die Eingehung derselben, noch der Uebertritt von einer Konfession zur andern haben Nachtheile in Bezug auf politische und Heimathrechte zur Folge.

§. 6. Niemand kann gerichtlich verfolgt oder verhaftet werden, als in den durch das Gesetz bezeichneten Fällen, und in den durch dasselbe vorgeschriebenen Formen.

Niemand darf seinem ordentlichen Richter entzogen werden.

Die Anwendung peinlicher Mittel zu Bewirkung eines Geständnisses ist untersagt.

§. 7. Das Privateigenthum ist unverletzlich. Indessen räumt die Verfassung dem Staate das Recht ein, in Fällen, wo es das Staatswohl erheischt, von Privaten oder Gemeinheiten das Opfer eines unbeweglichen Besitzthums gegen gerechte nach Anleitung des Gesetzes auszumittelnde Entschädigung zu fordern.

§. 8. Die Verfassung sichert die Freiheit der Presse und der Meinungsäußerung. Das Gesetz bestimmt die Strafe gegen deren Mißbrauch.

§. 9. Handel und Gewerbe sind frei. Die Rega-

Digitized by Google

lien und gesetzlichen Bestimmungen, welche das Gemeinwohl erforderlich macht, vorbehalten.

Gleiche Gewerbsfreiheit genießen auch die Angehörigen anderer Kantone und auswärtiger Staaten, in welchen dem Glarner das Gegenrecht zugesichert ist.

§. 10. Jedem Schweizerbürger und Angehörigen auswärtiger Staaten ist unter den gesetzlichen Bestimmungen die Erwerbung des hiesigen Landrechtes gestattet, insofern er darthut, daß in seinem Kanton oder in seiner Heimath dem Glarner das Gegenrecht gehalten wird. — Ehe demselben jedoch das Landrecht ertheilt wird, muß er nachweisen, daß er auf den Fall der Erlangung desselben ein Tagwen- oder Gemeindsrecht erlangt hat.

§. 11. Jedem Landmann ist das Recht der Erwerbung des Gemeinde- und Tagwenrechts in einer andern Gemeinde oder einem andern Tagwen unter den durch das Gesetz festzusetzenden Bedingungen gewährleistet. Dagegen darf kein Tagwen einem Nicht-Kantonsbürger das Tagwen- oder Gemeindsrecht definitiv ertheilen, ehe ein solcher das Landrecht erworben hat.

§. 12. Ueber die Erneuerung, Verzichtleistung

und den Verlust des Land- und Tagwenrechts wird das Gesetz das Nähere bestimmen.

§. 13. Ebenso hat jeder Landmann das Recht, sich unter den durch das Gesetz festzusetzenden Bedingungen in jedem andern Tagwen, oder jeder andern Gemeinde niederzulassen, und dorten seinen Beruf oder sein Gewerbe ungestört auszuüben.

§. 14. Jeder Landmann und jeder im Lande angesessene Schweizer ist zum eidsgenössischen Militärdienst nach den gesetzlichen Bestimmungen verpflichtet. Das Gesetz bestimmt die Ausnahmen.

§. 15. Die Abschließung von Militär-Kapitulationen mit fremden Staaten bleibt untersagt.

§. 16. Jeder Landmann, so wie die Tagwen und Korporationen, haben zur Deckung der Staatsausgaben gleichmäßig nach den gesetzlichen Bestimmungen beizutragen. Kirchen-, Schul- und Armengüter sind steuerfrei.

Niedergelassene haben ihr im Lande befindliches Vermögen und Fremde ihre Liegenschaften im Kanton gleich den Landleuten zu versteuern.

§. 17. Der Grundsatz der Oeffentlichkeit in Bezug des Rechnungswesens und des Staatshaushalts ist durch die Verfassung anerkannt.

Digitized by Google

Wie dieser Grundsatz bei den Behörden in Anwendung zu bringen seie, wird das Gesetz bestimmen.

§. 18. Die richterliche und vollziehende Gewalt werden unter sich und von der gesetzgebenden getrennt, so daß ihre Verrichtungen besonderen Behörden übertragen, und diese innerhalb ihrer Schranken als selbstständig anerkannt sind.

§. 19. Der Unterricht der Jugend und das gesammte Schulwesen stehen unter der Aufsicht des Staates. Er leitet und befördert die öffentlichen Unterrichtsanstalten und wacht darüber, daß jeder Landmann seinen Kindern oder Pflegbefohlenen den gehörigen Schul- und Religionsunterricht zukommen läßt.

§. 20. Eben so liegt dem Staate die Pflicht der Oberaufsicht über die Sittenpolizei und das Armenwesen ob.

§. 21. Die Verwaltung der Tagwens-, Kirchen-, Schul- und Armengüter ist, wie bis dahin, Sache der respektiven Tagwen, Gemeinden und Korporationen. Diese Güter stehen unter dem Schutze des Staates.

§. 22. Die Errichtung von Korporationen für

Digitized by Google

immerwährende Zwecke unterliegt der Genehmigung des Staates.

§. 23. Die dermalen bestehenden Stiftungen für Kirchen, Schulen und andere gemeinnützige Zwecke bleiben bei ihren statutenmäßigen Rechten geschützt.

§. 24. Kein Mitglied einer Behörde oder Beamteter darf ohne Genehmigung der Landsgemeinde von einer fremden Macht einen Titel, Orden, Geld oder Geldeswerth annehmen.

Das Tragen von Orden oder andern Auszeichnungen vom Ausland in amtlicher Stellung, an Versammlungen verfassungsmäßiger Behörden und im Kantonalmilitärdienst ist untersagt.

§. 25. Alle bestehenden Gesetze, in so fern sie nicht durch diese Verfassung abgeändert oder aufgehoben werden, bleiben so lange in Kraft, bis neue an deren Stelle treten.

Dem dreifachen Landrath liegt es ob, mit Beförderung der Landsgemeinde diejenigen Gesetze, denen durch diese Verfassung gerufen wird, vorzuschlagen.

II. Kapitel.

Politische Rechte der Bürger.

§. 26. Aktivbürger ist jeder Landmann, nachdem

er das 18te Altersjahr zurückgelegt hat und in bürgerlichen Ehren steht.

Von der Ausübung des Aktivbürgerrechts ausgeschlossen sind:

a) Falliten und Akkorditen, so lange sie nicht rehabilitirt sind.

b) Ehrlose, d. h. solche, welche wegen Diebstahl abgestraft worden oder zu entehrenden Strafen verurtheilt.

c) Di ejenigen, welche durch Spruch der kompetenten Behörde in der Ausübung des Aktivbürgerrechts stille gestellt worden sind, für die Dauer dieser Zeit, und

d) Wahnsinnige und Blödsinnige.

§. 27. Jedem Aktivbürger steht das Recht zu, in der §. 49 bestimmten Form Vorschläge zu Gesetzen und hoheitlichen Beschlüssen ans Memorial zu geben, an Gemeinds- und Tagwensversammlungen, so wie an der Landsgemeinde zu rathen, zu mindern und zu mehren, an den Wahlen Theil zu nehmen und gewählt zu werden, so fern er die erforderlichen Eigenschaften besitzt.

Digitized by Google

III. Kapitel.

Wahlbestimmungen.

§. 28. Kein politischer Beamteter oder Bediensteter soll auf Lebenszeit gewählt werden, dagegen ist derselbe nach Verfluß seiner Amtsdauer wiederum wählbar.

Suspensionen, Entlassungen oder Entsetzungen können nur in Folge Spruchs kompetenter Behörde statt haben.

§. 29. Sämmtliche Stellen werden durch das freie Handmehr vergeben.

Die Versteigerung und die allgemeine Verlosung von Landesbedienstungen ist abgeschafft.

§. 30. Bei Besetzung der Raths- und Gerichtsstellen, so wie der verschiedenen Landesbedienstungen, soll rücksichtlich der Parität ein billiges Verhältniß beobachtet werden und zwar werden die Gemeinden die Mitglieder des Raths und des dreifachen Landraths nach dem im §. 52 festgesetzten Verhältniß erwählen.

Zur Herstellung einer möglichst annähernden Repräsentation beider Konfessionstheile wird der Rath überdies aus der Zahl der katholischen Landleute

Digitized by Google

derjenigen Gemeinden, welche durch die Verfassung kein katholisches Mitglied im Rath haben, Ein Mitglied in den Rath und für dieses auch die zwei Mitglieder in dreifachen Landrath wählen.

In die Standeskommission und in jedes Gericht soll wenigstens Ein Mitglied der katholischen Konfession gewählt werden.

§. 31. Bei Besetzung der verschiedenen Kommissionen, der Gerichte, der besondern Verwaltungen und Bedienstungen soll jeweilen auf die verschiedenen Landestheile billige Rücksicht genommen werden.

§. 32. Jeder das Aktivbürgerrecht ausübende Landmann ist unter den nachfolgenden Bestimmungen wählbar.

§. 33. Um in die Standeskommission oder in das Appellationsgericht gewählt werden zu können, soll einer entweder 25 Jahre alt oder wenigstens drei Jahre lang Mitglied des Raths, einer Rathskommission oder eines untern Gerichts gewesen sein.

§. 34.

Vater und Sohn,
Schwäher und Tochtermann,
Brüder und
Schwäger

können zu gleicher Zeit weder Mitglieder der Standeskommission, noch Mitglieder einer und derselben gerichtlichen Behörde sein. Eben so wenig dürfen von einem Tagwen zwei in oben benannten Verwandtschaftsgraden stehende zu gleicher Zeit oder solche, welche nicht in dem Tagwen wohnen, in den Rath gewählt werden.

Von Einer Person können gleichzeitig nicht bekleidet werden:

a) eine Stelle in der Standeskommission, im Kriminal- und Appellationsgericht;
b) eine Stelle am Verhöramt, im Kriminal- und Appellationsgericht;
c) die Stelle eines Vermittlers, Verhörrichters oder Richter erster und zweiter Instanz.

Auch sollen nicht mehr als 2 Rathskommissionen von einem und demselben Mitglied der Standeskommission präsidirt werden.

§. 35. Der Landammann und Landstatthalter werden auf eine Dauer von drei Jahren gewählt. Beide sind wieder wählbar.

§. 36. Die Mitglieder des dreifachen Landraths, des Raths, der Standeskommission und sämmtlicher Gerichte werden auf eine Amtsdauer von fünf

Jahren gewählt. Die austretenden Mitglieder sind wieder wählbar; jedoch ergeht für jede einzelne Stelle eine neue Wahl.

§. 37. Ueber die Amtsdauer der übrigen hiervor nicht benannten Beamtungen und Bedienstungen wird das Gesetz das Nähere bestimmen.

§. 38. Stellen, welche innerhalb der festgesetzten Amtsdauer ledig fallen, werden bei dem ersten Zusammentritt der kompetenten Wahlbehörde wieder besetzt.

Demissionen können in der Zwischenzeit von einer ordentlichen Versammlung der Wahlbehörde zur andern nicht eingereicht werden, in so fern der die Entlassung Begehrende die gesetzlichen Eigenschaften noch besitzt.

In außerordentlichen Fällen entscheidet der Rath.

Zweiter Abschnitt.

Gebietseintheilung.

§. 39. Der Kanton Glarus wird in nachfolgende 17 politische Gemeinden oder Wahltagwen eingetheilt, welche die ihnen nach §. 52 zustehende Zahl von Mitgliedern in Rath und dreifachen Landrath zu wählen haben:

Digitized by Google

1) Bilten.
2) Kerenzen und Mühlehorn.
3) Niederurner.
4) Oberurner.
5) Näfels.
6) Mollis sammt Beglingen.
7) Nettstall.
8) Glarus und Niedern.
9) Ennenda und Ennetbühls.
10) Mitlödy, Sool und Schwändy.
11) Schwanden sammt Thon.
12) Der Eschentagwen, bestehend aus:
Nittfurn, Läugelbach, Luchsingen und Adelbach.
13) Der alte Tagwen Diesbach, bestehend aus:
Zusingen, Haslen, Hätzigen, Diesbach, Dornhaus und Bettschwanden.
14) Nüty.
15) Linthal: Dorf, Matt und Ennetlinth.
16) Matt und Engy.
17) Elm.

Digitized by Google

Dritter Abschnitt.

Von den Behörden und ihrer Kompetenz, oder von den öffentlichen Gewalten.

I. Kapitel.

Von der Landsgemeinde.

§. 40. Die Versammlung aller stimmfähigen Landleute an der Landsgemeinde bildet die souveräne Behörde des Kantons.

§. 41. Die Landsgemeinde versammelt sich ordentlicherweise im Jahr einmal, und zwar am zweiten Sonntag im Maimonat in Glarus.

Außerordentlich nur dann, wann es der dreifache Landrath auf den Vorschlag der Standeskommission wichtiger und dringlicher Geschäfte wegen für nöthig findet.

§. 42. Jeder stimmfähige Landmann ist, gesetzliche Ehehaften vorbehalten, verpflichtet, an der Landsgemeinde zu erscheinen, den Eid zu schwören, für Gesetze und Beschlüsse und bei Wahlen so zu stimmen, wie er es vor Gott und dem Vaterlande verantworten kann.

Digitized by Google

§. 43. In die Kompetenz der Landsgemeinde gehören:

a) Alle Bestimmungen hinsichtlich der Verfassung nach Anleitung des §. 48.

b) Die Gesetzgebung nach Anleitung der in de Verfassung festgesetzten Bestimmungen.

c) Hoheitliche Verfügungen über Münz, Maaß und Gewicht, das Salz- und Postwesen, das Forstwesen und die Gewässer, die Jagd und Fischerei, die Zoll-, Weg- und Brückengelder, die Susten, Märkte und Bergwerke, so wie über Veräußerung und Ankauf von Landeseigenthümlichkeiten.

d) Die Oberaufsicht über die Landesverwaltung.

e) In Beachtung der Bundespflicht der Entscheid über Krieg und Frieden, Bündnisse und alle Verträge und Verabkommnisse mit eidsgenössischen Ständen und auswärtigen Staaten, welche nicht laut Verfassung einer andern Behörde vorbehalten sind.

f) Die Wahlen des Landammanns, Landstatthalters, der Mitglieder der Standeskommission und der Gerichte.

g) Die Errichtung und Aufhebung öffentlicher Beamtungen und ihre Besoldungen.

h) Das Steuerwesen und alle Verfügungen betreffend die zur Bestreitung der Landesausgaben erforderlichen Mittel.

i) Alle Anstalten, Bauten, Anschaffungen, deren Totalkosten die Summe von fl. 2500 überschreiten, außerordentlich dringende Verumständungen und Bedürfnisse vorbehalten.

k) Landrechtsertheilung und Landrechtserneuerung.

§. 44. Dagegen hat die Landsgemeinde kein Recht, über die von den übrigen Behörden in Gemäßheit ihrer Befugnisse erlassenen Erkanntnisse und Urtheile einzutreten.

§. 45. Die Landsgemeinde berathet und entscheidet einzig über die im Memorial enthaltenen Artikel und Gutachten des Landraths, und zwar nach einem festzusetzenden Reglement.

Sie hat das Recht, die Anträge anzunehmen, abzuändern, zu verwerfen oder zur nochmaligen Begutachtung oder Erledigung an den dreifachen Landrath zurückzuweisen.

Die Beschlüsse der Mehrheit sind für die Minderheit verbindlich.

Digitized by Google

§. 46. Alljährlich wird der Landsgemeinde eine Uebersicht der Landesrechnung und des Standes der übrigen Landesverwaltungen vorgelegt.

Diese Uebersicht, so wie die Beschlüsse der Landsgemeinde, werden durch den Druck bekannt gemacht.

II. Kapitel.

Vom dreifachen Landrath.

§. 47. Derselbe besteht aus 119 Mitgliedern, und wird gebildet:

a) Aus dem Landammann, Landsstatthalter und den übrigen Mitgliedern der Standeskommission.

b) Aus den 35 von den Tagwen gewählten Mitgliedern des Raths nach §. 52.

c) Aus 70, je 2 auf 1 von den Tagwen gewähltem Rathsglied, gewählten Landräthen.

d) Aus 3 vom Rath nach §. 30 zu wählenden Mitgliedern.

Das Präsidium führt der jeweilige Amtslandammann.

Sämmtliche Mitglieder des Landraths stehen in gleichen Rechten und Pflichten, und haben als solche das Interesse des gesammten Landes und nicht ein-

Digitized by Google

zelner Theile desselben nach ihrem besten Wissen und Gewissen zu vertreten.

§. 48. In seiner Kompetenz liegt:

a) Die Formation des Landsgemeindmemorials nach den gesetzlichen Bestimmungen.

b) Die Behandlung aller derjenigen Geschäfte, welche ihm von der Landsgemeinde zugewiesen werden.

c) Die Instruktion und Wahl der Gesandten auf ordentliche und außerordentliche Tagsatzungen, Abnahme der Relation und Prüfung ihrer Verrichtungen.

d) Anordnungen von Truppenaufstellungen in Gemäßheit des Bundesvertrags oder in andern dringlichen Fällen.

e) Die Aufsicht über Rath und Gericht, zu welchem Ende ihm alljährlich sowohl von der Obrigkeit, als vom Appellationsgericht ein Amtsbericht erstattet wird.

f) Prüfung und Abnahme der Landesrechnung und der abgesonderten Verwaltungsrechnungen.

g) Berathung des Voranschlags der Einnahmen und Ausgaben des Landes für das folgende Jahr.

h) Das Begnadigungsrecht von Verbrechern, wel-

Digitized by Google

che von kompetenter Behörde zum Tode verurtheilt worden sind, nach den gesetzlichen Bestimmungen.

i) Die Abschließung von Verträgen, Verabkommnissen und Konkordaten mit auswärtigen Staaten und eidsgenössischen Kantonen, ökonomischer und polizeilicher Natur.

k) Die Wahl der Präsidenten der obrigkeitlichen Kommissionen und des Landseckelmeisters aus der Mitte der Standeskommission. Ferners

der Standeskanzlei,
des Straßen-
" Polizei-,
" Salz- und
Zeughaus-Direktors,
des Postverwalters,
der Stabsoffiziere,
der Raths- und Gerichtsdiener,
des Waag- und Hausmeisters.

l) Die Besammlung außerordentlicher Landsgemeinden.

III. Kapitel.

Vom Landsgemeindememorial.

§. 49. Für die von der Landsgemeinde zu behan-

delnden Gegenstände ird alljährlich vom dreifachen Landrath ein Memorial gebildet, welches 4 Wochen vor der Landsgemeinde dem Volke mitgetheilt werden soll.

Jedem stimmfähigen Landmann steht das Recht zu, Vorschläge zu Gesetzen und hoheitlichen Beschlüssen, die er bei seiner aufhabenden Landespflicht der Ehre und dem Nutzen des Vaterlandes angemessen erachtet, an das Memorial zu geben; die Eingaben müssen in Schrift verfaßt, den Antrag bestimmt und mit den Erwägungsgründen begleitet enthalten und vom Eingeber unterzeichnet sein.

Diese Anträge sowohl, als die von Behörden ausgehenden, werden vom dreifachen Landrath geprüft, nöthigenfalls zur Vorberathung an Kommissionen aus seiner Mitte verwiesen und diejenigen, welche er für erheblich und dringlich erachtet, mit seinem Gutachten dem Memorial einverleibt.

Unter einer eigenen Rubrik, jedoch ohne besonsonderes Gutachten, werden im Memorial auch diejenigen Anträge aufgenommen, die der dreifache Landrath für unerheblich erklärt hat. Ueber Anträge der letzteren Art wird nur auf speziellen Anzug an

der Landsgemeinde eingetreten, so daß sie entweder die Ablehnung oder die Begutachtung auf das folgende Jahr beschließt.

§. 50. Gegen ein von nun an neu angenommenes Gesetz sollen vor Ablauf von drei Jahren keine Abänderungsanträge angenommen werden dürfen; es wäre denn, daß sich ein solches Gesetz offenbar dem Lande nachtheilig beweisen würde. In diesem Fall liegt dem dreifachen Landrath ob, von sich aus die Landsgemeinde auf die Unstatthaftigkeit eines solchen Gesetzes aufmerksam zu machen, und auf Abänderung desselben anzutragen.

IV. Kapitel.

Vollziehende Behörden.

A. Der Rath.

§. 51. Der Rath besteht aus 47 Mitgliedern, nämlich:

a) den 11 Mitgliedern der Standeskommission.
b) den 35 von den respektiven Tagwen gewählten Mitgliedern.
c) dem nach §. 30 vom Rath gewählten Mitglied katholischer Konfession.

Derselbe bildet die oberste Vollziehungs- und Verwaltungsbehörde des Kantons.

Digitized by Google

§. 52. Die 35 von den Tagwen zu wählenden Mitglieder werden nach Maßgabe der Bevölkerung folgendermaßen auf die verschiedenen Tagwen vertheilt.

	Rathsglied.
Bilten wählt	1
Kerenzen und Mülehorn	2
Niederurnen	1
Oberurnen	1
Näfels	2
Mollis sammt Beglingen	3
Nettstall	2
Glarus und Niederen	4
Ennenda und Ennetbuehls	2
Mitlödy, Sool und Schwändi	2
Schwanden sammt Thon	3
Der Eschentagwen, bestehend aus Nitfurn, Läugelbach, Luchsingen und Adlenbach	2
Der alte Tagwen Diesbach: bestehend aus Susingen, Haslen, Hätzingen, Diesbach, Dornhaus und Bettschwanden	3
Rüthy	1
Linthal: Dorf, Matt und Ennetlinth	2
Matt und Engi	2
Elm	2

§. 53. Dem Rath liegt ob: die Sorge für das Interesse des Kantons nach Außen, so wie die Führung der Regierungsgeschäfte und der Landesverwaltung im Innern in allen ihren Theilen.

§. 54. Er wacht für die Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit, vollzieht die Gesetze und Beschlüsse der Landsgemeinde und des Landraths, und erläßt die hiefür erforderlichen Verordnungen nach den Grundsätzen und Bestimmungen derselben.

Gleichergestalt ist ihm die Vollziehung der von eidsgenössischen Behörden ausgegangenen, für unsern Kanton verbindlichen Verfügungen, so wie die Handhabung der mit andern eidsgenössischen Ständen oder auswärtigen Staaten geschlossenen Verträge übertragen.

§. 55. Er leitet und beaufsichtigt die Rathskollegien, denen besondere Zweige der Verwaltung übertragen sind, in Gemäßheit der auf ihre Organisation und Verrichtungen aufzustellenden Reglements.

§. 56. Er legt dem dreifachen Landrath alljährlich sowohl über die Verwaltung des Landsseckels, als über diejenigen der abgesonderten Kantonalgüter und Kassen Rechnung ab und entwirft zu sei-

Digitized by Google

nen Handen den Voranschlag der jährlichen Einnahmen und Ausgaben.

§. 57. Er erstattet alljährlich dem dreifachen Landrath Bericht über alle Zweige der Landesverwaltung.

§. 58. Er ernennt alle Landesangestellten, deren Wahl nicht durch die Verfassung der Landsgemeinde oder dem dreifachen Landrath ausdrücklich zugeschieden ist.

§. 59. Er führt die Aufsicht über die untergebenen besondern Stellen und Verwaltungen und die Oberaufsicht über das Standesarchiv.

§. 60. Er hat erforderlichen Falls das Recht, von der Verwaltung der Tagwen-, Kirchen-, Schul- und Armengüter Einsicht zu nehmen und nach Umständen einzuschreiten.

§. 61. Ihm steht mit Ausnahme des Landammanns die Beeidigung der neugewählten Mitglieder der Standeskommission, der Räthe, der Gerichte, und der übrigen Landesbeamten und Bediensteten zu.

B. Kommissionen.

§. 62. Theils zur Besorgung der verschiedenen Verwaltungszweige, theils zur Vorberathung der Geschäfte werden folgende Rathskommissionen bestellt:

Digitized by Google

1) Die Standes- oder Schrankenkommission.
2) Die Haushaltungskommission.
3) Die Militärkommission.
4) Die Schulkommission.
5) Die Sanitätskommission.
6) Die Polizeikommission.
7) Die Straßen- und Baukommission.

Die Standeskommission.

§. 63. Dieselbe besteht mit Inbegriff des Landammanns und Landstatthalters aus 11 von der Landgemeinde gewählten Mitgliedern.

Sie vertritt für die minder wichtigen Regierungsgeschäfte den Rath. Dahin gehören:

a) Die laufende Korrespondenz mit auswärtigen Staaten, den Bundesbehörden und den andern eidsgenössischen Ständen, so wie die Gesandtschaftsberichte, so weit solche bloße Empfangsbescheinigungen bedürfen.

Ferner einfache Stellungsbegehren von auswärtigen Behörden in einfachen Polizeifällen, Anordnung der Einvernahme von Zeugen im Innern des Kantons auf auswärtige Requisition, Stellung von Zeugen vor auswärtigen Behörden, so wie auch Gegenrechtsbescheinigungen.

Digitized by Google

b) Ratifikation von Kaufbriefen und Testamenten, Landrechtsbescheinigungen, Bewilligung zu Verehelichung Fremder im Kanton und Einheimischer im Ausland, Rechtbottsverbriefungen, Prüfung der Aspiranten zu Kanzleistellen, Raths- und Gerichtsdiener und andern Landesbedienstungen.

Ferners fällt in ihren besondern Wirkungskreis als Kommission:

c) Die Vorberathung und Begutachtung zu Instruktionen auf die Tagsatzungen und Konferenzen.

d) Die Begutachtung und Erledigung der ihr vom Rath zugewiesenen Gegenstände.

e) Die Handhabung und Besorgung der Linth, Linthschiffahrts- und Grenzangelegenheiten, der Weg- und Brückengelder.

f) Das Vormundschafts- und Armenwesen (z. B. Bevogtigungen, Ratifikationen von Steuerrödeln u. s. w.).

g) Die Aufsicht über die Kantonskanzlei und das Archiv.

h) Eben so die Aufsicht über die Unterangestellten des Kantons oder Landesbediensteten, welche

Digitized by Google

nicht unter den Befehlen besonderer Kommissionen stehen, so wie die Fürsorge für den verfassungsmäßigen Zustand der verschiedenen Stellen und Behörden.

i) Verfügungen in dringlichen Fällen.

k) Prüfung, Genehmigung und Aufbewahrung der von Landesbeamteten zu leistenden Kautionen oder Bürgschaften.

l) Die unmittelbare Leitung der Postangelegenheiten, mit Ausschluß des darauf bezüglichen Rechnungswesens.

m) Einberufung des Raths und dreifachen Landraths für seine ordentlichen und bei dringlichen Fällen für seine außerordentlichen Sitzungen.

§. 64. Ueber die Zusammensetzung und die Befugnisse der übrigen Kommissionen wird das Gesetz und über ihre Geschäftsführung ein Reglement das Nähere bestimmen.

V. Kapitel.

Vom Landammann.

§. 65. Der Landammann führt das Präsidium an der Landsgemeinde, im dreifachen Landrath, im Rath und in der Standeskommission. An ihn ge-

langen alle amtlichen Schreiben, die an die von ihm präsidirten Behörden gerichtet sind; er ist pflichtig, dieselben in erster Sitzung vorzulegen; er verwahrt das Landessiegel und unterzeichnet und besiegelt alle Verträge und Verkommnisse, Instruktionen und Kreditive, so wie alle an auswärtige Regierungen abgehende Schreiben und diejenigen öffentlichen Akten, die ihm durch das Gesetz werden zugewiesen werden.

Er wacht über die Vollziehung der Beschlüsse der Landsgemeinde, der Räthe und der Standeskommission, insoweit dieselbe nicht besondern Behörden übertragen ist.

§. 66. In Verhinderungs- oder Ausstandsfällen des Landammanns wird derselbe durch den Landstatthalter und dieser letztere durch das erstgewählte Mitglied der Standeskommission vertreten.

VI. Kapitel.

Richterliche Gewalten.

§. 67. Alle Zivilstreitigkeiten müssen, ehe sie ans Gericht gelangen, zum Zweck der gütlichen Ausgleichung vor Vermittlung gebracht werden.

Digitized by Google

Für die Zivil- und Strafgerechtigkeitspflege sind folgende Behörden aufgestellt:

A. Das Zivilgericht.

§. 68. Dasselbe besteht aus dem Präsidenten und 6 Mitgliedern. Zu seiner Kompetenz gehören:

a) Alle vorläufigen Verfügungen, und die Erledigung aller auf die Einleitung des Prozesses erforderlichen Vorfragen.

b) Es spricht in erster Instanz über alle Zivilklagen und Verwaltungsstreitigkeiten und zwar inappellabel über alle Streitsachen, deren Betrag die Appellationssumme nicht erreicht.

B. Das Augenscheinsgericht.

§. 69. Es besteht aus dem Präsidenten und 4 Mitgliedern, und spricht in erster Instanz über Streitsachen wegen unbeweglichem Gut und darauf bezügliche Rechtsame, welche eine Beaugenscheinigung an Ort und Stelle erfordern.

C. Das Ehegericht.

§. 70. Bestehend aus dem Präsident und 6 Mitgliedern, behandelt und beurtheilt inappellabel:

a) Alle Paternitätsfälle, und

b) Alle Ehestreitigkeiten, mit Ausnahme derjenigen

Digitized by Google

Fälle, wo beide Theile der katholischen Konfession angehören.

Ueber die Behandlung paritätischer Ehestreitigkeiten wird das Gesetz das Nähere bestimmen.

Bei Ehestreitigkeiten zwischen evangelischen Glaubensgenossen wird das katholische Mitglied durch ein evangelisches ersetzt.

D. Das Kriminalgericht.

§. 71. Dasselbe besteht aus dem Präsidenten und 12 Mitgliedern. In seine Kompetenz fallen:

a) Polizeiübertretungen aller Art.

b) Alle Ehrverletzungen durch Wort und Schrift.

c) Vergehen und Verbrech

Die Fälle unter a und b werden durch ein aus dem Präsidenten und den 6 erstgewählten Gliedern des Gerichts gebildetes Polizeigericht beurtheilt, und zwar die unter a bezeichneten inappellabel.

In welchen Fällen von Ehrverletzungen die Appellation ergriffen werden kann, wird das Gesetz das Nähere bestimmen.

Vergehen und Verbrechen werden durch das ganz gesessene Gericht erstinstanzlich beurtheilt.

Es leitet und beaufsichtigt das Verhöramt und be-

Digitized by Google

stellt, wenn es von dem Inquisiten nicht selbst geschieht, seinen Vertheidiger.

E. Das Appellationsgericht.

§. 72. Es besteht aus dem Präsidenten und 6 Mitgliedern, und erhält 6 Ergänzungsrichter für Fälle von Behinderung oder Austritt eines oder mehrerer Mitglieder.

Es bildet mit Zuzug der 6 Suppleanten das Appellationsgericht über alle Kriminalfälle.

Zur Beurtheilung von Malefizfällen, in welchen über Leben und Tod abgesprochen werden soll, werden sämmtliche Mitglieder der Standeskommission zum Appellationsgericht als Verstärkung zugezogen.

Es entscheidet in höchster und letzter Instanz über alle Zivilstreitigkeiten, deren Betrag die Summe von fl. 50 übersteigt, oder welche immerwährende Rechte zum Gegenstand haben.

Ihm liegt die Oberaufsicht über die andern Gerichtsstäbe wegen Beobachtung des gesetzmäßigen Verfahrens ob.

Es erstattet dem dreifachen Landrath alljährlich einen Amtsbericht.

§. 73. Bei Ausstandsfällen von Mitgliedern des Kriminal-, Civil-, Augenscheins- und Ehegerichts

findet die Ergänzung von einem Gericht in das andere in obiger Reihefolge statt.

Bei Ausstandsfällen des Gerichtspräsidenten tritt der erstgewählte Richter, welcher im Gericht sitzen kann, an seine Stelle.

VII. Kapitel.

A. Vom Verhöramt.

§. 74. Zur Untersuchung von Polizei- und Kriminalfällen wird ein Verhöramt aufgestellt. Das Nähere darüber zu bestimmen ist dem Gesetz vorbehalten.

B. Von der Kanzlei.

§. 75. Zur Besorgung der Kanzleigeschäfte bei Rath und Gericht wird das nöthige Personale aufgestellt werden.

Das Nähere über die Kanzlei so wie über das Sekretariat der Kommissionen wird das Gesetz bestimmen.

Vierter Abschnitt.

I. Kapitel.

Von den Besoldungen.

§. 76. Die Mitglieder des dreifachen Landraths

verrichten ihre Geschäfte unentgeldlich; hingegen wird über die Besoldung der Mitglieder des Raths der Standeskommission und der übrigen Kommissionen, der Gerichte und der andern verfassungsmäßigen Beamtungen das Gesetz das Nähere bestimmen.

II. Kapitel.

Vom Eid.

§. 77. Sämmtliche Landleute, die Mitglieder aller Behörden und alle Landesangestellten, so wie die Herren Geistlichen beider Konfessionen und auch die Niedergelassenen sollen alljährlich an der Landsgemeinde den ihnen vorgeschriebenen Eid schwören.

Fünfter Abschnitt.

Vom Kirchenwesen.

§. 78. Nach §. 4 genießen die im Lande bestehenden evangelisch-reformirten und römisch-katholischen Kirchen das Recht der freien Ausübung ihres Glaubensbekenntnisses und des öffentlichen Gottesdienstes, und es kommt jeder der beiden Konfessionen zu, nach der Verfassung ihrer Kirche und unter Aufsicht des Staates ihre konfessionellen Angelegenheiten selbst zu besorgen.

Digitized by Google

§. 79. Es wird zu diesem Ende von jedem Konfessionstheil ein eigener Kirchenrath aufgestellt, über dessen Wahl, Zusammensetzung, Befugnisse und Geschäftsführung das Gesetz das Nähere bestimmen wird.

§. 80. Die Geistlichen beider Konfessionen stehen in allen bürgerlichen Beziehungen, in Zivil- und Kriminalsachen unter den Gesetzen und Gerichten des Landes und sind pflichtig, nach §. 77 den Eid zu schwören.

Sechster Abschnitt.

Von den Gemeinden und Gemeindsbehörden.

§. 81. Die gegenwärtige Eintheilung in Kirchgemeinden, Tagwen und Dorfschaften bezüglich ihrer innern Verwaltung bleibt unverändert.

§. 82. Jedem Tagwen, jeder Dorfschaft, jeder Kirch- und Schulgemeinde steht, wie bis anhin, das Recht zu, ihre innern Angelegenheiten innerhalb der verfassungs- und gesetzmäßigen Schranken selbstständig zu besorgen und zu verwalten, und ihre Verwalter und Angestellten zu erwählen.

Der gleiche Grundsatz gilt auch für alle Korporationen und Stiftungen laut §. 23.

Digitized by Google

I. Kapitel.

Von den Gemeindsversammlungen.

§. 83. Die laut §. 26 stimmfähigen Gemeindsbürger, welche in der Gemeinde oder Dorfschaft wohnen, bilden die Gemeindsversammlung.

Bei Wahlen von Mitgliedern des Raths und dreifachen Landraths mögen auch diejenigen Gemeindsbürger mitstimmen, welche nicht in der Gemeinde selbst wohnen.

§. 84. Sie führt die Aufsicht über den Gemeindshaushalt, verfügt über den Erwerb oder Verkauf von Liegenschaften, Anhebung und Fortsetzung von Prozessen, über Bauten oder andere öffentliche Einrichtungen und die Benutzung der Gemeindsgüter, in so fern nicht die Gemeindsgesetze in letzterer Beziehung beschränkende Bestimmungen enthalten. — Ihr stehen ferner zu: alle Verfügungen über rein ortspolizeiliche Gegenstände, die Ertheilung und Erneuerung von Gemeindsrechten laut §. 11, so wie endlich die ihnen zustehenden Wahlen.

§. 85. Alljährlich soll über die Verwaltung der Gemeinde-, Kirchen-, Armen-, Schul- oder andere Korporationsgüter den Genossen Rechnung abgelegt werden.

Digitized by Google

Ueber die Führung und Prüfung der Rechnungen wird das Gesetz das Nähere bestimmen.

II. Kapitel.

Vom Gemeindrath.

§. 86. Es wählt jeder Tagwen einen Gemeindrath. Derselbe besteht aus einem Präsidenten, wenigstens 3 und höchstens 10 Gemeindräthen, dem Tagwenvogt und dem Tagwenschreiber; letzterer aber ohne Stimme.

Die von der Gemeinde gewählten Mitglieder des Raths sind als solche Mitglieder des Gemeindraths.

§. 87. Das Präsidium bei Tagwensversammlungen und beim Gemeindrath führt der Gemeindspräsident. In dessen Abwesenheit oder andern Verhinderungsfällen funktionirt das erstgewählte Mitglied des Gemeindraths.

Der Tagwenvogt steht unter der Leitung des Gemeindraths und vollzieht dessen Beschlüsse.

Der Tagwenschreiber führt über die Verhandlungen der Gemeindsversammlungen und der Gemeindsräthe ein ordentliches Protokoll.

§. 88. Um Mitglied des Gemeindraths sein zu können, muß einer in derjenigen Gemeinde wohnhaft sein, von welcher er gewählt worden ist.

Digitized by Google

§. 89. Der Gemeindrath besorgt alle innern Tagwensangelegenheiten, vollzieht die Beschlüsse der Tagwensversammlungen und die von den Kantonsbehörden an ihn gelangenden Verordnungen und Aufträge, insoweit dieselben nicht bereits einzelnen Vorstehern übertragen sind, und ist zugleich Strafrichter für Frevel und alle Uebertretungen von Gemeindsgesetzen.

Unter seiner speziellen Aufsicht stehen auch die Verwaltungen der verschiedenen Gemeindsgüter.

III. Kapitel.

Von den Kirchgemeinden.

§. 90. Die Kirchgemeinde wird von sämmtlichen stimmfähigen Kirchgenossen gebildet.

Sie beschließt innerhalb der gesetzlichen Schranken über die kirchlichen Angelegenheiten der betreffenden Gemeinde, hat die Aufsicht über die Verwaltung des Kirchenvermögens und wählt nebst den Herren Geistlichen die Kirchenvorsteher und Kirchenbedienstete.

IV. Kapitel.

Von den Schulgemeinden.

§. 91. Ebenso steht der Versammlung der Schul-

Digitized by Google

genossen mit Vorbehalt von §. 23 das Recht zu, die nöthigen Verordnungen über ihre Schulen zu treffen, die Verwaltung des Schulvermögens zu besorgen, den Schulvogt und die Schullehrer zu wählen, alles innerhalb den durch das Gesetz festgesetzten Schranken.

V. Kapitel.

Vom Stillstand.

§. 92. Jede Kirchgemeinde hat einen eigenen Stillstand, bestehend aus dem Ortspfarrer als Präsidenten, den Mitgliedern des Raths der betreffenden Gemeinden, und einer beliebigen Anzahl von der Kirchgemeinde zu wählender Beisitzer.

§. 93. Er bildet die vorberathende und vollziehende Behörde in den Kirchensachen der Gemeinde, er handhabt die Sittenpolizei, besorgt das Armenwesen, beaufsichtigt in seiner Gesammtheit oder durch besonders Beauftragte die Schulen, und ist die einleitende Behörde in Matrimonial- und Paternitätsfällen. Ueber seine Verhandlungen wird ein regelmäßiges Protokoll geführt.

VI. Kapitel.

Von den Waisenämtern.

§. 94. Von jedem Wahltagwen wird ein Wai-

senamt von wenigstens 4, höchstens 6 Mitgliedern aufgestellt.

Der Präsident dieser Behörde ist der Waisenvogt, welcher auf den Vorschlag des Gemeindraths aus dessen Mitte vom Rath gewählt wird.

Das Waisenamt besorgt nach Anleitung des Gesetzes das Vormundschaftswesen des betreffenden Tagwens, beaufsichtigt die Vögte, und ist hinsichtlich seiner Verrichtungen hinwieder der Standeskommission untergeordnet.

VII. Kapitel.

Vom Vermittler.

§. 95. In jedem Wahltagwen soll aus der Zahl der Aktivbürger ein Vermittler und für Verhinderungsfälle ein Stellvertreter erwählt werden.

Die Verrichtungen derselben wird das Gesetz bestimmen.

VIII. Kapitel.

Vom Polizeivorsteher.

§. 96. Eben so soll vom Rath für jeden Wahltagwen aus der Mitte des Gemeindraths und auf dessen Vorschlag ein Polizeivorsteher gewählt werden.

Digitized by Google

IX. Kapitel.

Parität und Amtsdauer.

§. 97. In den Gemeinden Glarus, Nettstall und Mitlödy soll wenigstens Ein Mitglied katholischer Konfession in den Gemeindrath und in das Waisenamt gewählt werden.

§. 98. Sämmtliche Gemeindsbeamtete werden auf 5 Jahre gewählt und sind wieder wählbar.

Rücksichtlich des Verwandtschaftsgrades der Mitglieder des Gemeindraths und Waisenamts gelten die in §. 34 festgesetzten Grundsätze.

Sieventer Abschnitt.

Von der Revision der Verfassung.

§. 99. Die gegenwärtige Verfassung wird auf die Dauer von vier Jahren angenommen.

§. 100. Innerhalb dieser Zeit, mithin vor dem Jahr 1841, sind keine Anträge auf Verfassungsabänderung zulässig.

§. 101. Nach Abfluß der vier Jahre wird der dreifache Landrath von sich aus oder auf an ihn gelangte Anträge die Frage in Berathung ziehen, ob, und bejahenden Falls über welche Punkte eine

Digitized by Google

Revision in der Verfassung vorzunehmen seie. Er legt diese Frage begutachtet der Landsgemeinde vor.

Spricht sich die Landsgemeinde für keine Revision aus, so bleibt die Verfassung wiederum für die folgenden vier Jahre in Kraft.

Wird hingegen Revision beschlossen, so bezeichnet die Landsgemeinde unter den ihr vom Landrath vorgelegten Artikeln diejenigen, welche einer Abänderung unterworfen und aufs nächste Jahr begutachtet werden sollen.

Der dreifache Landrath legt dieselben mit seinem Gutachten versehen der nächsten ordentlichen Landsgemeinde vor.

Schlußbestimmung.

§. 102. Bis zur Einführung der neuen Verfassung bleibt die dermalen bestehende Verfassung in Kraft und die Behörden in ihrer gesetzlichen Thätigkeit.

In Kraft dessen gegenwärtige Verfassung urkundlich ausgefertiget, mit den Unterschriften des heutigen Präsidii und der Kanzlei versehen, so wie mit dem gewohnten Standessiegel verwahrt worden ist.

Gegeben zu Glarus, am 2. Oktober 1836.

Namens Landammann, Räthe und Landleute des eidgenössischen Standes Glarus:

Der Interims-Standespräsident:

(Sig.) C. Heer, alt Landammann.

Der Landschreiber: (Sig.) P. Schmid.

Digitized by Google

Inhalt.

	Seite.
Verfassung des Standes Uri	1
Kantonsverfassung des eidgenössischen Standes Unterwalden ob dem Wald	11
Verfassung des eidgenössischen Standes Unterwalden nid dem Kernwald	22
(Vierzehner-) Verfassung des Kantons Glarus .	31
Verfassung des Kantons Zug	46
Verfassung des Kantons Appenzell der äussern Rhoden	65
Verfassung des eidgenössischen Standes Graubünden	83
Verfassung des Kantons Schaffhausen . . .	102
Costituzione della republica e cantone del Ticino	138
Constitution de la république et canton de Genève.	168
Neu revidirte Verfassung des Kantons Appenzell der innern Rhoden	283
Staatsverfassung des Kantons Wallis . . .	297
Verfassungsurkunde des Fürstenthums Neuenburg	313
Verfassung des Kantons Glarus von 1836 . .	323

Digitized by Google

Digitized by Google